

Strategie

für

Wohnen

und

Arbeiten

Ein qualitätsorientiertes und vielfältiges Wohnungsangebot soll zur Abmilderung der Einwohnerverluste, zur Einwohnerbindung und zur gezielten Einwohnergewinnung insbesondere einkommensstarker Haushalte und junger Familien erhalten und entwickelt werden. Für ein Angebot an bezahlbarem und qualitativem Wohnraum soll der Wohnungsbau, insbesondere der sozialer Wohnungsbau, im Bestand erhalten und durch Neubau ergänzt werden. Für eine gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit sollen Kinder, Jugendliche und ihre Familien entsprechend ihren jeweiligen Bedürfnissen und Lebenssituationen ganzheitlich, begabungsorientiert unterstützt werden. Die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzbarkeit von Wohnungen, des Wohnumfelds und von Infrastrukturangeboten soll für ein selbstbestimmtes Leben in allen Lebensphasen erhalten und weiterentwickelt werden. Die Lebenssituation der unterstützungsbedürftigen Menschen soll verbessert und ihre Selbstverantwortung gestärkt werden. Insgesamt sollen mehr Menschen ohne Transferleistungen auskommen. Die kommunal getragenen Einrichtungen der Bildung, des Sozialwesens, der Kultur und des Sports sollen räumlich konzentriert, gut erreichbar und in tragfähige Strukturen mit guter Qualität überführt werden. Die Infrastruktur der technischen Ver- und Entsorgung soll an die demografischen, ökologischen und stadtstrukturellen Veränderungen angepasst werden. Bildungsangebote sollen als **Zu neuen Ufern!** Grundlage beruflicher Erfolgchancen und gesellschaftlicher Teilhabemöglichkeiten aller Bevölkerungsgruppen für ein lebenslanges **Leben am Wasser**. Lernen in ihrer Qualität und ihren Schwerpunkten ausgebaut werden. Duisburg soll als Stadt der Bildung und Wissen durch die verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Stadt, den Bildungs-, Forschungs- und Hochschulen, Einrichtungen sowie der Wirtschaft weiter profiliert und ausgebaut werden. Für ein breit gefächertes Arbeitsplatzangebot soll Duisburg die Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen, -ansiedlungen und -entwicklungen verbessern, insbesondere in den Kompetenzfeldern des Programms »impuls.duisburg«: Informations- und Kommunikationstechnologien, Material- und Werkstofftechnologien, Personenorientierte Dienstleistungen, Umwelt- und Energietechnologien, Logistik, Städtetourismus. Das Flächenangebot für kleine und mittlere Unternehmen sowie das Handwerk soll zur Standortbindung bestehender und neuer Unternehmen nachfragegerecht weiterentwickelt werden. Bei der Stadtentwicklung sollen räumliche Schwerpunkte gesetzt werden, ausgerichtet an den bestehenden Siedlungskernen und Infrastrukturen sowie den vorhandenen Stärken, **Weltoffen**. Potenzialen und Defiziten. Entsprechend ihren Potenzialen und Bedarfen sollen Quartiere unter Einbeziehung der Akteure vor Ort sozial und stadt- **An Rhein und Ruhr verankert**. strukturell nachhaltig stabilisiert und gestärkt werden. Eine städtebauliche Aufwertung und funktionale Stärkung soll vorrangig in den Siedlungskernen, insbesondere den Handelslagen, erfolgen. Das vorhandene Netzwerk von Grün- und Freiraum soll zur Veränderung der Siedlungsbereiche ergänzt, zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität aufgewertet und in seiner Zugänglichkeit verbessert werden. Um den Umweltverbund attraktiver zu gestalten, soll der öffentliche Personennahverkehr gestärkt und auf zentrale Knotenpunkte ausgerichtet sowie die Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger, insbesondere des ÖPNV, Rad- und Fußverkehrs, verbessert werden. Der motorisierte Individualverkehr soll durch Verkehrslenkung und die Einschränkung in Teilbereichen an das städtische Umfeld angepasst und entsprechend gesteuert werden. Wirtschaftsverkehre sollen durch eine konsequente Abstimmung von Flächennutzungen und Verkehrsinfrastruktur sowie Verkehrslenkung stadtverträglich organisiert werden. Die Möglichkeiten, sensible und belastende Nutzungen umwelt- **Die Stadt hat, was uns verbindet**. und stadtverträglich neu zu ordnen, sollen zur Entzerrung von Konfliktlagen und den Abbau von Zäsuren genutzt werden. Die Entwicklung von Wohnbauflächen soll vorrangig auf die Wiedernutzung von Brachflächen sowie den Um-, Rück- und Neubau im bestehenden Siedlungsbereich ausgerichtet werden. Die zukünftige Entwicklung von Wirtschaftsflächen soll vorrangig auf die bestehenden räumlichen Schwerpunkte von Gewerbe, Industrie und Dienstleistung konzentriert werden. Kurzfristig sollen Flächen im Zusammenhang mit den räumlichen Schwerpunkten verfügbar gemacht werden, die es erlauben, den Wirtschaftsstandort Duisburg lokal, regional und überregional zu entwickeln. Durch die Wiedernutzung von Brachflächen sollen neue Freiräume im Siedlungsbereich geschaffen und das Grün- und Freiraumsystem sowie das Biotopverbundsystem gestärkt werden. Mit der Ressource Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden. Die Böden und das Grundwasser in Duisburg sollen vor nachteiligen Einwirkungen geschützt werden. Die Inanspruchnahme von Boden durch beeinträchtigende Nutzungen soll auf Flächen mit geringer Bedeutung für die als schützenswert identifizierten Bodenfunktionen und **Buntes Wohnen und Leben**. auf für das Grundwasser unempfindliche Bereiche gelenkt werden. Die hohen Lärm- und Luftbelastungen, insbesondere durch **Zu Hause in der Stadt**. Industrie, Hausbrand und Verkehr, sollen verringert und zusätzliche Belastungen vermieden werden. Zur Verbesserung des Lokalklimas und der Luftqualität sollen die Luftleitbahnen und die Gebiete, die der Kalt- und Frischluftzerzeugung dienen, **Zukunft gestalten**: erhalten und weiterentwickelt werden. Für den Klimaschutz sollen der Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen bei der Energieerzeugung gesenkt werden. Der Anteil umweltverträglicher und erneuerbarer Energieträger soll erhöht werden. Bedeutende Projekte und **gemeinsam handeln**. vorhandene Standortqualitäten sollen genutzt werden, um Standorte mit besonderen Potenzialen zu markenbildenden, regional und überregional bedeutsamen Wohn- und Wirtschaftsstandorten zu entwickeln. Duisburg soll über die international bekannten Stärken des Hafens und der Stahlindustrie hinaus sein Profil verstärkt als technologie- und **Wirtschaft und Wissen**. wissensbasierter Wirtschaftsstandort entwickeln. Der Einzelhandelsstandort Duisburg soll in seiner regionalen und überregionalen **Partnerschaft. Perspektiven**. Bedeutung durch eine städtebauliche Aufwertung und funktionale Ergänzung der zwei Hauptzentren zu attraktiven Stadträumen mit urbaner Angebotsvielfalt gestärkt werden. Ein eigenständiges kulturelles Profil Duisburgs innerhalb der Kulturregion Rhein-Ruhr soll durch regionale Abstimmung und Vernetzung entwickelt und gestärkt werden. Die Stärken Duisburgs als regionaler und **Urbanität und Leben**: überregionaler Sport- und Freizeitstandort sollen weiterentwickelt werden. Wasser soll als Leitthema für die zukünftige Stadtentwicklung dienen. Durch die Gestaltung mit dem Element Wasser sollen neue städtebauliche und freiraumbezogene Qualitäten geschaffen werden. Flächen mit Bezug zum Wasser sollen entsprechend ihren Potenzialen für die Entwicklung der Stadt zum Wasser genutzt und unabhängig von der Nutzung für die Menschen erlebbar werden. Die Gewässerlandschaft soll als Rückgrat der Grün- und Freiraumentwicklung und für den Hochwasserschutz naturnah gestaltet sowie in ihrer Zugänglichkeit zur Naherholung verbessert werden. Das kulturelle Erbe, stadtbildprägende und identitätsstiftende Siedlungen, Ensembles, Bauwerke, Landmarken, Grün- und Freiräume sollen zur Identifikation und Markenbildung erhalten und neue Qualitäten geschaffen werden. Öffentliche Räume **Frisches Stadtklima**. sollen entsprechend ihrer jeweiligen städtebaulichen Bedeutung als **am Rhein** stiftende Orte für Aufenthalt, Kommunikation und Bewegung sowie als stadtbildprägende Eingänge gestaltet und aufgewertet werden. Investitionen der verschiedenen Ressorts der Stadt Duisburg werden auf die vom Rat beschlossene Stadtentwicklungsstrategie abgestimmt, insbesondere unter Berücksichtigung langfristiger Wirkungen auf die Gesamtstadt. Für die Umsetzung der vom Rat beschlossenen Stadtentwicklungsstrategie und ihrer Schwerpunkte sollen kommunale Investitionen und Leistungen durch ein aktives und zielgerichtetes Fördermittelmanagement die Handlungsfähigkeit der Stadt Duisburg als maßgeblicher Akteur auf dem Bodenmarkt soll durch ein kommunales Flächenmanagement langfristig gesichert werden, das der vom Rat der Stadt beschlossenen Stadtentwicklungsstrategie folgt. Die Stadtgesellschaft soll an der Gestaltung eines zukunftsfähigen Duisburgs frühzeitig beteiligt und aktiv eingebunden werden. Die Aktivierung und Beteiligung der in Duisburg lebenden Menschen, lokaler Akteure und Interessengruppen soll die zukünftige wirtschaftliche, soziale, kulturelle und ökologische Entwicklung nachhaltig sichern und verbessern.

DUISBURG

DUISBURG²⁰²⁷

Inhalt

- 1.0 Duisburg2027 – Wie wollen wir in Zukunft in Duisburg wohnen und arbeiten? 04**
- 2.0 Zukunftsbilder und strategische Ziele 08**
 - 2.1 *Buntes Wohnen und Leben. Zu Hause in der Stadt.* Wohnen, Gesellschaft und Infrastruktur **10**
 - 2.2 *Wirtschaft und Wissen. Partnerschaft. Perspektiven.* Arbeit, Wirtschaft und Bildung **20**
 - 2.3 *Urbanität und Leben: Freiraum findet Stadt!* Stadtgliederung, Freiraum und Mobilität **26**
 - 2.4 *Frisches Stadtklima. Umweltschutz für gesundes Leben.* Umweltqualität, Klimaschutz und Gesundheit **42**
 - 2.5 *Weltoffen. An Rhein und Ruhr verankert.* Regional und international **48**
 - 2.6 *Zu neuen Ufern! Leben am Wasser.* Wasser **56**
 - 2.7 *Die Stadt hat, was uns verbindet.* Identität und Identifikation **62**
 - 2.8 *Zukunft gestalten: gemeinsam planen, gemeinsam handeln.* Handlungsfähigkeit und Beteiligung **66**
- 3.0 Herausforderungen der zukünftigen Stadtentwicklung 72**
 - 3.1 Duisburg im regionalen und überregionalen Raumgefüge **74**
 - 3.2 Bevölkerungsentwicklung **78**
 - 3.3 Wohnen **90**
 - 3.4 Wirtschaft **98**
 - 3.5 Bildung **106**
 - 3.6 Städtebau und Siedlungsstruktur **112**
 - 3.7 Grün und Freiraum **123**
 - 3.8 Einzelhandel und Zentrenstruktur **128**
 - 3.9 Mobilität **132**
 - 3.10 Umwelt **138**
 - 3.11 Gesundheit **152**
 - 3.12 Soziales **155**
 - 3.13 Sport **161**
 - 3.14 Kultur **165**
 - 3.15 Technische Ver- und Entsorgung **169**
 - 3.16 Kommunaler Haushalt **174**
- 4.0 Prozess Duisburg2027 176**
 - 4.1 Grundlagen aus der politischen Diskussion: Ziele und Querschnittsbelange »Demografische Entwicklung«, »Förderung der Europäischen Integration«, »Grundprinzip Wirtschaftlichkeit«, »Gleichstellung von Frauen und Männern«, »Integration« und »Barrierefreiheit« **178**
 - 4.2 Zukunftsorientierte und fachübergreifende Zusammenarbeit **180**
 - 4.3 Beteiligung der Stadtgesellschaft **181**
- 5.0 Ausblick 184**
 - 5.1 Teilräumliche Strategiekonzepte **185**
 - 5.2 Stadtentwicklungsstrategie **186**
 - 5.3 Neuaufstellung Flächennutzungsplan **186**
 - 5.4 Steuerungsaufgaben einer nachhaltigen Stadtentwicklung **187**
 - 5.5 Stadtentwicklungsstrategie als Prozess **188**
- 6.0 ANHANG 190**



WOHNEN - GESELLSCHAFT - INFRASTRUKTUR
*Buntes Wohnen und Leben.
Zu Hause in der Stadt.*



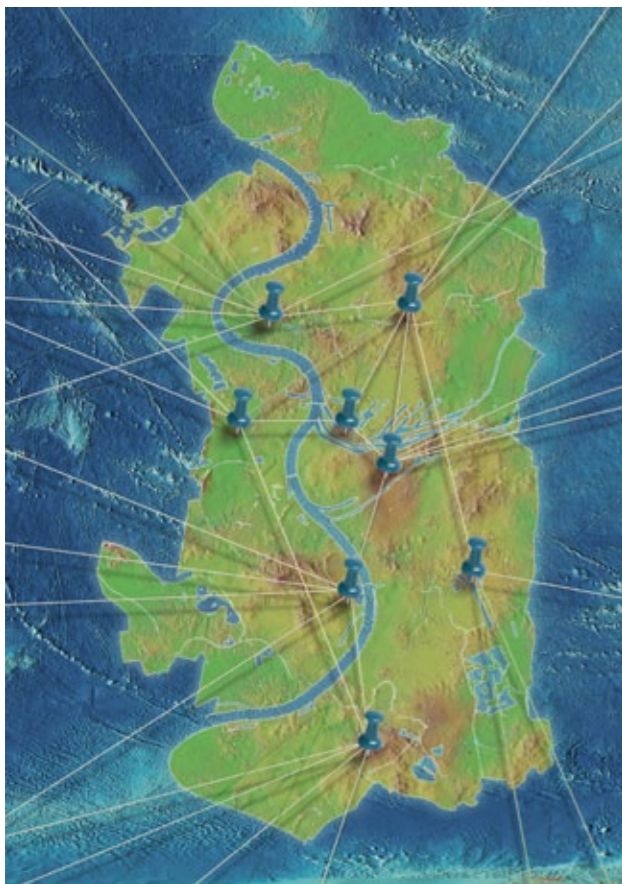
ARBEIT - WIRTSCHAFT - BILDUNG
*Wirtschaft und Wissen.
Partnerschaft. Perspektiven.*



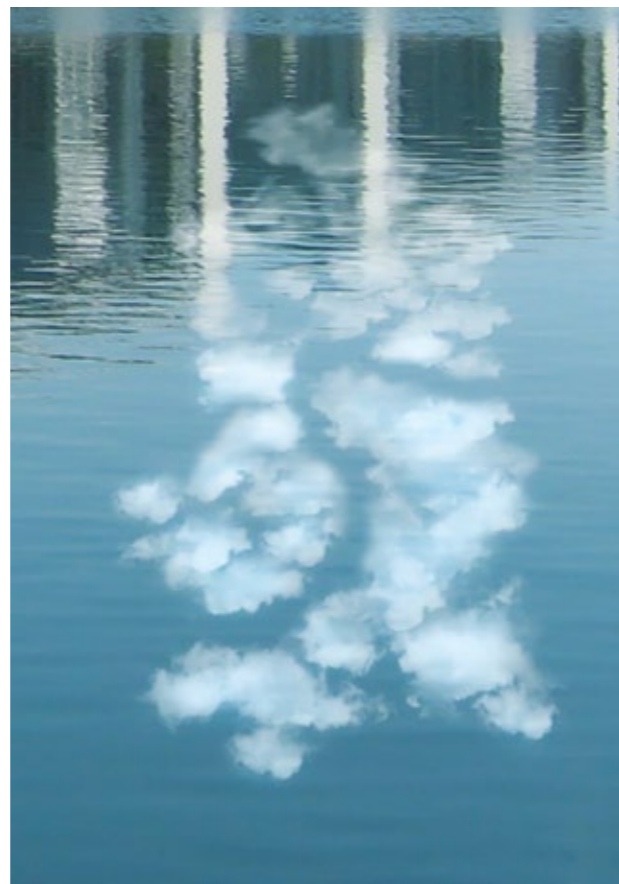
STADTGLIEDERUNG - FREIRAUM - MOBILITÄT
*Urbanität und Leben:
Freiraum findet Stadt!*



UMWELTQUALITÄT - KLIMASCHUTZ - GESUNDHEIT
*Frisches Stadtklima.
Umweltschutz für gesundes Leben.*



REGIONAL - INTERNATIONAL
*Weltoffen.
An Rhein und Ruhr verankert.*



WASSER
*Zu neuen Ufern!
Leben am Wasser.*



IDENTITÄT - IDENTIFIKATION
*Die Stadt hat,
was uns verbindet.*



HANDLUNGSFÄHIGKEIT - BETEILIGUNG
*Zukunft gestalten:
gemeinsam planen, gemeinsam handeln.*

Strategie für Wohnen und Arbeiten

beschlossen vom Rat der Stadt am 12. Dezember 2011



DUISBURG2027

Vorwort

Duisburg ist eine Stadt, in der Zukunft sta(d)t findet. Sie ist es schon allein deswegen, weil sie bereits heute für viele Menschen eine lebenswerte, eine liebenswerte Stadt ist. Allen Menschen, die hier leben, ist sie eine Heimat, die bewahrt werden möchte und dennoch auf zukünftige Veränderungen vorbereitet sein muss. Sie ist überdies eine Stadt, in der immer hart gearbeitet wurde und immer noch wird. Duisburg wird auch in den kommenden Jahren eine Stadt bleiben, in der das Wohnen und das Arbeiten eng miteinander verknüpft sind. Eine erfolgreiche Gestaltung der Zukunft im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung heißt deshalb, einen Ausgleich zwischen sozialen, ökonomischen und ökologischen Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen zu finden, damit Menschen heute und zukünftig gerne und gut in Duisburg leben können.

Aber wie wollen wir in Zukunft in Duisburg wohnen und arbeiten? Eine erste Antwort auf diese Frage will die Stadt Duisburg mit dem Projekt Duisburg2027 und der hier vorgelegten »Strategie für Wohnen und Arbeiten« geben. Sie soll ein erstrebenswertes und realisierbares Bild der Zukunft aufzeigen (»Wie soll die Stadt aussehen?«) und einen realisierbaren Weg (»Was müssen wir tun, um die gewünschte Zukunft zu erreichen?«) vorschlagen.

Ein Stück weit ist die Zukunft immer auch an der Vergangenheit ablesbar. Hervorragende Entwicklungen der vergangenen Jahre wie der Innenhafen, der Landschaftspark, die Innenstadt, das Logistikzentrum Logport, der Sportpark oder der RheinPark haben den Weg für ein zukunftsweises Stadtbild gezeichnet. Sie sind ein gutes Fundament, auf dem die Zukunft Duisburgs weiterentwickelt werden soll.

Es ist wichtig, auf die Zukunft vorbereitet zu sein, eigene Ziele zu definieren und diese Ziele konsequent und langfristig zu verfolgen. Die Stadt Duisburg muss den Blick nach vorne richten, ihre Zukunft in die eigenen Hände nehmen, das Erreichbare mit Blick über den Tag hinaus und mutigen Entscheidungen anstreben und das Machbare im Auge behalten. Die vom Rat der Stadt am 12. Dezember 2011 beschlossene »Strategie für Wohnen und Arbeiten« ist eine gute Grundlage, diese Zukunft gemeinsam zu gestalten. Wir laden Sie herzlich ein, sich an der Zukunftsgestaltung unserer Stadt Duisburg zu beteiligen.

Sören Link
Oberbürgermeister

Dr. Peter Greulich
Stadtdirektor

Dr. Peter Langner
Stadtkämmerer

Carsten Tum
Beigeordneter


Karl Janssen
Beigeordneter

Wolfgang Rabe
Beigeordneter

Reinhold Spaniel
Beigeordneter

Leyla Özmal
Integrationsbeauftragte

Doris Freer
Gleichstellungsbeauftragte



1.0 Duisburg2027 – Wie wollen wir in Zukunft in Duisburg wohnen und arbeiten?

**»Wie wollen wir in Zukunft in Duisburg wohnen und arbeiten?«
Dieser Frage stellt sich die Stadt Duisburg mit dem Projekt Duisburg2027.**

Der Rat der Stadt hat am 11. Juni 2007 beschlossen, die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans mit einer Strategie der nachhaltigen Stadtentwicklung zu verbinden. Mit einer gesamtstädtischen, strategischen Planung, ausgerichtet auf einen Zeithorizont von 15 bis 20 Jahren, begegnet der Rat der Stadt aktiv den tief greifenden Herausforderungen des absehbaren Wandels der Bevölkerung, der notwendigen Stabilisierung der Stadtgesellschaft, der zukunftsfähigen Entwicklung der Wirtschaft und den Erfordernissen an eine gesunde Umwelt. Eine Erfolg versprechende Perspektive für die nachhaltige Entwicklung Duisburgs ist nur durch eine auf gemeinsame Ziele ausgerichtete, zukunftsweisende, fachübergreifende und weite Teile der Stadtgesellschaft mitnehmende Strategie mit dem Blick auf die Gesamtstadt tragfähig zu gestalten. Eine Diskussion über die strategische Ausrichtung ist für die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans, der in Grundzügen die Art der Bodennutzung und der infrastrukturellen Ausstattung der Stadt darstellt, unumgänglich. Im April 2008 hat die Verwaltung mit dem Projekt Duisburg2027 diesen Prozess begonnen und legt mit der Strategie für Wohnen und Arbeiten den ersten Teil der dreistufigen Stadtentwicklungsstrategie Duisburg2027 vor. Die Strategie zeigt in acht Zukunftsbildern eine langfristige Perspektive für die Stadt Duisburg und benennt strategische Ziele für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Einen besonderen Stellenwert innerhalb des Prozesses hat die Beteiligung der in Duisburg lebenden Menschen. Hervorzuheben sind hierbei die Bürgerforen, die parallel zum Erarbeitungsprozess in der Verwaltung inhaltlich und organisatorisch eigenständig Ideen und Vorstellungen zur zukünftigen Entwicklung Duisburgs erarbeiteten und deren Ergebnisse bereits in die Strategie für Wohnen und Arbeiten eingeflossen sind.

Nachhaltigkeit bedeutet,

einen Ausgleich zwischen sozialen, ökonomischen und ökologischen Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen zu suchen und zu gewährleisten. Nachhaltige Stadtentwicklung ist kein statischer Zustand, sondern vielmehr ein dynamischer Prozess. Die Herausforderung in Duisburg ist, wie eine lebenswerte Stadt im Hinblick auf Wohnen und Arbeiten für heutige und zukünftige Duisburger dauerhaft gestaltet werden kann.

Eine Nachhaltigkeit insbesondere unter ökonomischen Aspekten wird sich in Duisburg mit der Anforderung befassen müssen, wie die vorwiegend großindustrielle und monostrukturierte Wirtschaftsstruktur Duisburgs um weitere moderne, vielfältige und wettbewerbsfähige Branchenstrukturen als Grundlage für Erwerbstätigkeit und Wohlstand ergänzt werden kann.

Eine Nachhaltigkeit insbesondere unter ökologischen Aspekten wird sich in Duisburg mit der Anforderung befassen müssen, wie vor dem Hintergrund der industriellen Vergangenheit und Gegenwart der Region die Gesundheit der Menschen sowie Natur und Umwelt geschützt werden können, sodass auch nachfolgende Generationen Zugang zu unbelasteten natürlichen Ressourcen haben.

Eine Nachhaltigkeit insbesondere unter sozialen Aspekten wird sich in Duisburg mit der Anforderung befassen müssen, wie möglichst viele Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben und teilnehmen können, damit der gesellschaftliche Zusammenhalt auch zukünftigen Generationen als Grundlage für eine lebenswerte Stadt dient.

ORIENTIERUNGSRAHMEN FÜR STADT UND KONZERN DUISBURG



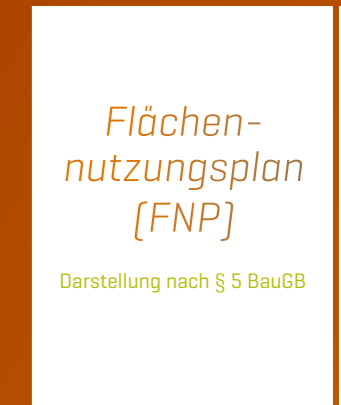
INFORMELLES VERFAHREN

Die Strategie für Wohnen und Arbeiten verfolgt im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung konsequent

- einen **integrierten gesamtstädtischen Ansatz**, der die verschiedenen Handlungsfelder der Stadtentwicklung bei der Formulierung strategischer Ziele und Handlungsansätze sowie deren Umsetzung fachübergreifend berücksichtigt
- die Ausrichtung an einer **langfristigen finanziellen Tragfähigkeit** von Aufgaben und Projekten, die die kommunale Leistungs- und Handlungsfähigkeit bei der Umsetzung der strategischen Ziele berücksichtigt, auch um stadtentwicklungsbedeutsame Schlüsselprojekte zukünftig selbst initiieren zu können
- den **sparsamen und effizienten Umgang mit der Ressource Fläche** mit der Zielsetzung, neue Entwicklungen vornehmlich auf bereits genutzten oder ehemals genutzten Flächen zu verwirklichen, um keine weiteren Flächen im Freiraum in Anspruch zu nehmen
- das Kriterium **Qualität vor Quantität**, indem es vorrangig auf qualitatives Wachstum bezüglich der räumlichen und infrastrukturellen Entwicklung der Stadt ankommt
- einen **beteiligten und transparenten Ansatz**, um die Zusammenarbeit mit der Stadtgesellschaft und anderen Akteuren durch eine aktive Weitergabe von Informationen und die gemeinsame Suche nach guten Lösungen zu unterstützen

Dies entspricht dem Verständnis einer integrierten Stadtentwicklungspolitik, wie sie in der »LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt« von den für Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Ministern der Europäischen Union während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 niedergelegt wurde.

ENTWICKLUNGSRAHMEN FÜR BEBAUUNGSPLÄNE



FORMALES VERFAHREN

Die vorliegende Strategie für Wohnen und Arbeiten ist der erste Teil der Stadtentwicklungsstrategie Duisburg2027, der eine strategische Ausrichtung mit Zukunftsbildern und Zielen für die Entwicklung der Gesamtstadt Duisburg auf Grundlage einer zukunftsorientierten, fachübergreifenden Arbeitsweise mit einer integrierten, gesamtstädtischen Perspektive und unter Beteiligung der Stadtgesellschaft beinhaltet. In den folgenden Kapiteln finden sich

- die **Zukunftsbilder**, mit einer bildlichen Darstellung und Beschreibung einer erstrebenswerten und realisierbaren Zukunft für die Stadt Duisburg im Jahr 2027 (Kapitel 2)
- die **strategischen Ziele** für die Stadt Duisburg mit den dazugehörigen grundlegenden Handlungsansätzen sowie die Darstellung der mit den Zielen übereinstimmenden Beteiligungsergebnisse und der berücksichtigten Querschnittsbelange (Kapitel 2)
- die **Herausforderungen zur zukünftigen Entwicklung** der verschiedenen Handlungsfelder vor dem Hintergrund der Ausgangslage (Kapitel 3)
- die Beschreibung des bisherigen **Prozesses Duisburg2027** (Kapitel 4)
- ein **Ausblick** auf den weiteren Prozessverlauf (Kapitel 5)
- ein **Anhang** zu den Beteiligungsergebnissen und Querschnittsbelangen sowie ein Glossar mit Begriffserklärungen

2.0

Zukunftsbilder und strategische Ziele

Die Reihenfolge der Zukunftsbilder, Ziele, Handlungsansätze und DuisbürgerIdeen stellt keine Hierarchie dar.

Wie wir in Zukunft in Duisburg wohnen und arbeiten wollen, lässt sich am besten mit einer bildlichen Vorstellung einer erstrebenswerten und realisierbaren Zukunft vermitteln. Die acht folgenden Zukunftsbilder bilden einen Orientierungsrahmen für Duisburg bis zum Jahr 2027. Für die Erreichung dieser Zukunftsbilder ist die aufeinander abgestimmte Ausrichtung aller zukünftigen Entscheidungen und Planungen an den strategischen Zielen zwingend. Die Botschaft lautet: »Alle Akteure ziehen an einem Strang.« Nur gemeinsam ist es möglich, eine an den Zukunftsbildern orientierte, nachhaltige und lebenswerte Stadt zu gestalten, in der auch zukünftig Menschen gerne wohnen und arbeiten.

Die strategischen Ziele beschreiben dabei, was getan werden muss. Sie leiten langfristig das Handeln im Konzern Duisburg, also der Kernverwaltung und der städtischen Gesellschaften, in räumlicher, sachlicher und zeitlicher Hinsicht für einen effizienten Ressourceneinsatz. Die strategischen Ziele sind dabei nicht vollständig widerspruchsfrei. Sie müssen vielmehr auf der räumlichen Ebene und situativ gegeneinander abgewogen werden. Eine räumliche Konkretisierung der gesamtstädtischen, strategischen Ziele erfolgt im weiteren Prozess Duisburg2027 auf der Ebene der Teilräumlichen Strategiekonzepte und des neuen Flächennutzungsplans.

Die strategischen Ziele folgen dem nachstehenden Aufbau:

- Die **strategischen Ziele** beschreiben, was getan werden muss, um die Zukunftsbilder zu erreichen. Die Erläuterung ist ein fester Bestandteil des Ziels, welcher die verschiedenen fachlichen Aspekte näher beschreibt.
- Die den Zielen zugeordneten beispielhaften **Handlungsansätze** beschreiben, wie die Ziele verwirklicht werden können.
- Alle strategischen Ziele wurden in eine inhaltliche Beziehung zu den

folgenden vom Rat der Stadt beschlossenen **Querschnittsbelangen** gesetzt: 1. Gleichstellung von Frauen und Männern, 2. »Interkulturelle Urbanität« (Integration), 3. Förderung der Europäischen Integration, 4. »Design für Alle« (Barrierefreiheit). Um die Zuordnung der Querschnittsbelange zu den Zielen nachvollziehen zu können, wird über eine Nummerierung der Bezug zu einer im Anhang befindlichen Liste hergestellt.

- Die **DuisbürgerIdeen** kennzeichnen,

wie die Vorschläge aus den Bürgerforen und der Jugendbeteiligung in den strategischen Zielen berücksichtigt worden sind. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurde die große Zahl der Vorschläge zu wenigen Punkten zusammengefasst und nummeriert. Um eine größtmögliche Transparenz zu gewährleisten, kann über die Nummerierung ein direkter Bezug zu den Ergebnissen hergestellt werden. Die vollständige Liste ist über die Internetseite www.duisburg2027.de aufrufbar.

2.1 Zukunftsbild Buntes Wohnen und Leben. Zu Hause in der Stadt.

- **Wohnen mit allen Facetten: von bezahlbar bis anspruchsvoll, von klassisch bis kreativ**
- **Eine Stadt für alle: generationsübergreifend, miteinander, reich an Kulturen**
- **Selbstbestimmt leben: eine Stadt, die Teilhabe ermöglicht und Chancen bietet**
- **Infrastruktur nach Maß: passend und finanzierbar für Stadtgesellschaft und Stadt**



2.1.1 Strategisches Ziel

Ein qualitätsorientiertes und vielfältiges Wohnungsangebot soll zur Abmilderung der Einwohnerverluste, zur Einwohnerbindung und zur gezielten Einwohnergewinnung insbesondere einkommensstarker Haushalte und junger Familien erhalten und entwickelt werden.

ERLÄUTERUNG: Auch erfolgreiche bevölkerungsfördernde Maßnahmen werden die negative Bevölkerungsentwicklung nur verlangsamen. Die Gewinnung neuer Einwohner und die Anpassung an den Bevölkerungsrückgang stehen aus diesem Grund gleichberechtigt nebeneinander. Die Lagegunst in der Rhein-Ruhr-Region insbesondere zur Nachbarstadt Düsseldorf sowie die vorhandenen Standortqualitäten und -potenziale wie das Infrastruktur- und Freiraumangebot und die verkehrliche Anbindung sind hervorragende Voraussetzungen, um eine gezielte Einwohnergewinnung zu betreiben.

Unter diesen Gesichtspunkten soll ein qualitativvolles, vielfältiges und innovatives Wohnungsangebot insbesondere für junge Familien und einkommensstarke Haushalte gefördert werden. Durch Bestandsqualifizierung wie auch hochwertigen Neubau sollen sowohl der Wunsch nach Eigentum als auch die Nachfrage nach Mietwohnungen befriedigt werden.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Entwicklung zukunftsweisender Wohnbauprojekte (Wedau / Bissingheim, RheinPark, Innenstadt)

Ausbau der Kooperation mit der Wohnungswirtschaft

Förderung innovativer und zielgruppenorientierter Wohnbaukonzepte (Baugruppen; Mehrgenerationen-Wohnen)

Umsetzung von hohen stadtgestalterischen Ansprüchen bei hochwertigen Wohnbauprojekten (Architektenwettbewerbe, Beratung)

Beratungsangebote / Einrichtung einer Agentur für Eigenheimförderung

Wohnanlage Uhlenbroicher Weg

Stadt für Familien und junge Menschen attraktiv gestalten (Halt und Gewinnung junger Bevölkerung; Erhalt und Erweiterung der Kinder- und Jugendangebote) [1]

Verbesserung der Wohnqualität für alle Bevölkerungsgruppen (Schaffung neuer, nachfrageorientierter Wohnformen für verschiedene Bevölkerungsgruppen; barrierefreies Wohnen; gemeinschaftliche Wohnprojekte; Entwicklung alternativer Wohnmodelle) [2]

DUISBÜRGERIDEEN



2.1.2 Strategisches Ziel

Für ein Angebot an bezahlbarem und qualitativem Wohnraum soll der Wohnungsbau, insbesondere der soziale Wohnungsbau, im Bestand erhalten und durch Neubau ergänzt werden.

ERLÄUTERUNG: Der soziale Wohnungsbau soll sich in Duisburg durch preisgünstige und attraktive Wohnkonzepte auszeichnen, die sich an der Nachfrage von einkommensschwachen Zielgruppen orientieren. Um eine adäquate Wohnungsversorgung auch von Haushalten mit geringen Einkommen und mit Bezug von Transferleistungen sicherzustellen, bedarf es der Erhaltung der bestehenden Instrumente zur Einflussnahme auf die Wohnungsvergabe. Darüber hinaus sind Fördermöglichkeiten im Bestand und Neubau zum Erwerb zusätzlicher Belegungsrechte, zur Vermeidung von unfreiwilliger Segregation und zur Schaffung von modernem und dennoch erschwinglichem Wohnraum zu nutzen. Zukünftig werden keine neuen, größeren geförderten Wohnbauprojekte, sondern vermehrt Bestandsentwicklungen und ein stärker personenbezogener und nachfragegesteuerter sozialer Wohnungsneubau durchgeführt. Der soziale Wohnungsbau dient auch als Instrument zur Umstrukturierung des Siedlungsgefüges, zum Beispiel durch Förderung für Rückbaumaßnahmen.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Nachfrageorientierter qualitätsvoller sozialer Wohnungsbau

Einführung eines Wohnungsmarkt-Monitorings

Erhalt und Neugewinnung von Steuerungsmöglichkeiten der Wohnraumentwicklung

Fortführung der Leerstandsanalyse

Verbesserung der Wohnqualität für alle Bevölkerungsgruppen

Verbesserung der Wohnqualität für alle Bevölkerungsgruppen (Schaffung neuer, nachfrageorientierter Wohnformen für verschiedene Bevölkerungsgruppen) [2]

Qualitativer Neu- und Umbau des Wohnungsbestands (Prüfung des Wohnungsbestands auf Modernisierungsbedarf, evtl. auch Umbau, Abriss) [24]

DUISBÜRGERIDEEN



Siedlung Hüttenheim

2.1.3 Strategisches Ziel

Für eine gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit sollen Kinder, Jugendliche und ihre Familien entsprechend ihren jeweiligen Bedürfnissen und Lebenssituationen ganzheitlich, begabungsorientiert unterstützt werden.

ERLÄUTERUNG: Kinder, Jugendliche und deren Eltern sollen in Duisburg besonders gute Lebensbedingungen vorfinden. Dazu ist eine aktive Kinder-, Jugend- und Familienpolitik erforderlich.

Um Kinder in ihrer Entwicklung zu fördern, soll die frühe Bildung weiter intensiviert und qualifiziert sowie der Übergang zwischen Kindertageseinrichtungen und Schulen verbessert werden. Träger der Kinder- und Jugendarbeit sowie Schulen sollen ihre Angebote verstärkt aufeinander abstimmen und miteinander vernetzen, sodass Bildungs- und Betreuungsangebote um sozialpädagogische Kompetenzen erweitert und die unterschiedlichen Bedingungen des Aufwachsens bewältigt werden können. Insbesondere in sozial benachteiligten Lebenssituationen sollen Kinder und Jugendliche gefördert werden, um ihre späteren Zugangschancen zum Arbeitsmarkt zu verbessern. Die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen an den für sie bedeutsamen Entscheidungsprozessen sollen ausgebaut werden. Für eine Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte soll die Kinder- und Jugendarbeit interkulturell ausgerichtet werden. Kinder und Jugendliche sollen präventiv durch das Zusammenwirken aller Beteiligten und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit geschützt werden.

Um für Familien und insbesondere Alleinerziehende gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zu schaffen, sollen Betreuungsangebote entsprechend angepasst und flexibel gestaltet werden. Die lokalen Bildungs-, Erziehungs- und Beratungsangebote sollen zusammengeführt und mit dem umgebenden Quartier vernetzt werden, um die Familien als Ganzes bedarfsgerecht und präventiv zu unterstützen. Der Kontakt zwischen Jung und Alt soll intensiviert werden, um den Zusammenhalt der Generationen zu fördern.

Beispielhafte Handlungsansätze:

- Bedarfsgerechter Ausbau von zentralen Bildungs-, Betreuungs- und Beratungszentren
- Ausbau Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche
- Förderung des generationenübergreifenden Zusammenhalts
- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Planungsprozessen
- Ausbau und Weiterentwicklung der Kindertages- und Ganztagesbetreuung
- Bessere Gestaltung des Übergangs von Kinderbetreuung über die Schule zum Beruf

Stadt für Familien und junge Menschen attraktiv gestalten [Erhalt und Erweiterung der Kinder- und Jugendangebote; Ausbau der Ganztagsbetreuung; Zusammenarbeit zwischen Schule, Vereinen und Jugendhilfe ausbauen] [1]

Kapazitätsanpassung der sozialen Infrastruktur an die demografischen Entwicklungen [Erhalt und Ausbau der sozialen und kulturellen Infrastruktur; Beratungs-/Betreuungsangebote für alle Bevölkerungs-/Altersgruppen] [4]

Förderung der Integration [interkulturelle Öffnung in beide Richtungen, insbesondere durch politische Teilhabe [Partizipation] als Voraussetzung für die innere Einheit und den Zusammenhalt unserer Stadt] [5]

DUISBÜRGERIDEEN

2.1.4 Strategisches Ziel

Die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzbarkeit von Wohnungen, des Wohnumfelds und von Infrastrukturangeboten soll für ein selbstbestimmtes Leben in allen Lebensphasen erhalten und weiterentwickelt werden.

ERLÄUTERUNG: Unter dem Label »Design für Alle« sollen gute, über gesetzliche Mindestanforderungen hinausreichende Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben in allen Lebensphasen geschaffen werden.

Jeder soll unabhängig von seinen individuellen Fähigkeiten einen einfachen und möglichst selbständigen Zugang zu verschiedenen Angeboten der Stadt wie Kultur, Unterhaltung, Naherholung, Bildung, Verkehr, Einkaufsmöglichkeiten, Bürgerservice und Arbeitsstätte haben. Die gebaute Umwelt, Produkte und Dienstleistungen sollen sicher, gesund, funktional, leicht verständlich sowie nachhaltig ästhetisch gestaltet werden. Eine entsprechende Umgestaltung des Wohnbereichs und des Wohnumfelds sowie eine quartiersnahe Versorgungsstruktur sollen einen Beitrag dazu leisten, möglichst allen Menschen ein eigenständiges Leben zu ermöglichen.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Gründung eines Aktionsbündnis zum »Design für Alle« mit Wohnungsakteuren

Entwicklung von Bau- und Gestaltungsgrundsätzen »Design für Alle« für Neubau und Bestand

Verbesserung der Wohnqualität für alle Bevölkerungsgruppen [Schaffung neuer, nachfrageorientierter Wohnformen für verschiedene Bevölkerungsgruppen; barrierefreies Wohnen] [2]

Wohnen und Leben im Stadtbezirk zukunftsorientiert gestalten [Aufwertung und Stärkung der Nahversorgung, z. B. durch neue Konzepte] [7]

Verbesserung der Erreichbarkeit (z. B. von Naherholungsgebieten, der Innenstadt, Sportangeboten) [19]

DUISBÜRGERIDEEN

Altsiedlung Friemersheim



2.1.5 Strategisches Ziel

Die Lebenssituation der unterstützungsbedürftigen Menschen soll verbessert und ihre Selbstverantwortung gestärkt werden. Insgesamt sollen mehr Menschen ohne Transferleistungen auskommen.

ERLÄUTERUNG: Durch die Wiedererlangung der potenziellen Beschäftigungsfähigkeit oder die Wiedereingliederung in die Berufswelt soll einerseits für die Betroffenen und ihre Familien die Teilhabe an der Gesellschaft verbessert und andererseits der kommunale Finanzhaushalt durch eine Verringerung der Zahl der Leistungsempfänger nach SGB XII (Gewährung von Sozialhilfe) und SGB II (Kosten der Unterkunft) entlastet werden.

Um die Lebenssituation von älteren Menschen zu verbessern und einer zukünftigen Altersarmut vorzubeugen, soll über die Möglichkeiten privater Vorsorge intensiver aufgeklärt und für eine verbesserte Förderung dieser auf Bundesebene eingetreten werden.

Damit werden Voraussetzungen geschaffen, um insbesondere der Kinder- und Altersarmut weitestgehend vorzubeugen sowie soziale Schieflagen und deren räumlichen Konsequenzen zu vermeiden.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Kleinräumiges Sozialraum-Monitoring

Gezielte Beratung und Förderung zur Vermeidung von existenziellen Notlagen

Verstärkung des Fallmanagements

Verbesserung der Lebensqualität/-bedingungen für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen [Stabilisierung des sozialen Milieus] [11]

DUISBÜRGERIDEEN

2.1.6 Strategisches Ziel

Die kommunal getragenen Einrichtungen der Bildung, des Sozialwesens, der Kultur und des Sports sollen räumlich konzentriert, gut erreichbar und in tragfähige Strukturen mit guter Qualität überführt werden.

ERLÄUTERUNG: Angebote der Daseinsvorsorge sollen unter Gewährleistung einer guten Erreichbarkeit und bei gleichzeitigem Erhalt der Angebotsqualität, auch unter Einbindung Dritter, räumlich konzentriert werden.

Durch eine Konzentration der Bildungs-, Betreuungs- und Beratungsangebote an zentralen Standorten sollen bei zurückgehenden Bevölkerungszahlen zukünftig leistungsfähige, hochwertige und insbesondere über den ÖPNV gut erreichbare Infrastrukturangebote der sozialen Daseinsvorsorge zur Verfügung stehen. Das bedeutet einerseits, weniger, aber gut ausgestattete Bildungs-, Betreuungs- und Beratungsangebote vorzuhalten, und andererseits, die aus dem Rückbau der Infrastruktur freiwerdenden Mittel in diese Bereiche zu reinvestieren.

Kultureinrichtungen sollen nach räumlichen und inhaltlichen Schwerpunkten unter Berücksichtigung der Anforderungen und besonderen Potenziale der Zentren und der Stadtteile ausgerichtet werden. Die kulturelle Infrastruktur soll möglichst erhalten und qualitativ weiterentwickelt werden. Hierzu sollen insbesondere private Initiativen einbezogen und unterstützt werden.

Sportstätten sollen zum Erhalt der Angebotsqualität bedarfsgerecht und zielgruppengerecht angepasst und konzentriert werden. Dabei steht die Qualität der Anlagen im Vordergrund, wobei eine gute Erreichbarkeit sowie die Barrierefreiheit sichergestellt werden sollen.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Potenzialanalyse der bestehenden Strukturen für den Bildungs-, Sozial-, Kultur- und Sportbereich

Erstellung eines Infrastrukturkatasters

Erstellung von Konzepten zur Standortkonzentration und Qualitätsoptimierung [Bildung, Sport und Kultur sowie soziale Einrichtungen, integrierte Nutzungskonzepte]

Sicherung und Stärkung der kulturellen Markenzeichen

Sportanlagenmanagement

Kapazitätsanpassung der sozialen Infrastruktur an die demografischen Entwicklungen (Erhalt und Ausbau der sozialen und kulturellen Infrastruktur; Erhalt, Aufwertung und Betonung des bestehenden Kulturangebots) [4]

Weiterentwicklung Duisburgs als Sport-, Freizeit- und Gesundheitsstadt [Sicherung, Ausbau und Attraktivierung von Sport- und Freizeitmöglichkeiten/-angeboten für alle Bevölkerungsgruppen] [10]

Verbesserung der Erreichbarkeit (z. B. von Naherholungsgebieten, der Innenstadt, Sportangeboten) [19]

Schaffung eines umfassenden Bildungs- und Kulturangebots [allen Bürgern muss das Angebot an Erziehungs- und Bildungsangeboten zugänglich sein; mehr Investitionen in Bildung als bisher] [25]

DUISBÜRGERIDEEN

Schulzentrum Hamborn



2.1.7 Strategisches Ziel

Die Infrastruktur der technischen Ver- und Entsorgung soll an die demografischen, ökologischen und stadtstrukturellen Veränderungen angepasst werden.

ERLÄUTERUNG: Die Auswirkungen auf die technische Infrastruktur aufgrund der demografischen, ökologischen und stadtstrukturellen Veränderungen erfordern eine sukzessive Anpassung der vorhandenen Ver- und Entsorgungsstrukturen und -angebote.

Eine Doppelversorgung mit Erdgas und Fernwärme soll vermieden und eine optimale Auslastung bestehender Netzstrukturen, zum Beispiel durch Wärme- und Kältenutzung, erreicht werden.

Für eine ökologische Verbesserung soll das Niederschlagswasser unter Beachtung der Duisburger Bodenverhältnisse dezentral versickert oder ortsnah in ein Gewässer eingeleitet werden. Dafür ist es erforderlich, die bestehenden Entwässerungskanäle von einem Mischsystem in ein Trennsystem mit separatem Regenwasserkanal umzuwandeln. Eine verstärkte dezentrale Versickerung von Niederschlagswasser unterstützt die natürliche Grundwasseranreicherung und verbessert das Gleichgewicht zwischen Grundwasserentnahme und -neubildung. Darüber hinaus wird durch verringerte Abflussmengen ein Beitrag zum Hochwasserschutz und zur Anpassung an den Klimawandel geleistet.

Für die technische Ver- und Entsorgung müssen langfristige Lösungen gefunden werden, die eine Erweiterung der bestehenden Netze vermeiden sowie gezielte Rückbaumaßnahmen mit technischen Übergangslösungen verbinden.

Im Zweifelsfall sollen Umweltschutz und Ver- und Entsorgungssicherheit höher gewichtet werden als die Preisstabilität.

Beispielhafte Handlungsansätze:

<i>Anpassung der Netze und Betriebsabläufe</i>	<i>Erstellung eines stadtweiten Niederschlagswasserbeseitigungskonzepts</i>
<i>Netzwerkausbau zur Kostenstabilisierung der Abfallwirtschaft</i>	<i>Umsetzung des dualen Klimakonzepts [Teil B – Strategie zur Anpassung an den Klimawandel]</i>
<i>Erweiterung von Service- und Beratungsangeboten</i>	<i>Erstellung Energieversorgungskonzept [Ausbau der Nah- und Fernwärme]</i>
<i>Modernisierung und Anpassung der Wasserentsorgung</i>	

Stadtwerke Duisburg

Verbesserung der Entsorgung [13]

DUISBÜRGER IDEEN



2.2 Zukunftsbild Wirtschaft und Wissen. Partnerschaft. Perspektiven.

- **Starke Impulse für Arbeit in der Stadt: mehr Dienstleistung, moderne Technologie, innovative Logistik**
- **Bildung von morgen: Begabungen erkennen, Talente fördern, Qualitäten stärken**
- **Neue Ideen aus der Stadt: Vernetzung von Forschung und Produktion an einem Standort**

2.2.1 Strategisches Ziel

Bildungsangebote sollen als Grundlage beruflicher Erfolgchancen und gesellschaftlicher Teilhabemöglichkeiten aller Bevölkerungsgruppen für ein lebenslanges Lernen in ihrer Qualität und ihren Schwerpunkten ausgebaut werden.

ERLÄUTERUNG: Das Heben des breiten Bildungsniveaus und der Grundsatz des lebenslangen Lernens sollen als Schlüssel zu einer erfolgreichen und selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben beitragen. Unabhängig von ihrer sozialen Herkunft oder ihrer körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen soll Kindern und Jugendlichen eine optimale, begabungsgerechte Ausbildung ermöglicht werden. Duisburg soll ein Modell der ganzheitlichen Bildung und Fürsorge für Kinder und Jugendliche verfolgen, das die Förderung ihrer eigenständigen Persönlichkeit und die Beratung der Familie als Gesamtes ebenso wie die Stärkung der frühkindlichen Bildung umfasst. Im Sinne des lebenslangen Lernens sollen Bildungswege bei der frühkindlichen Bildung ansetzend über die reibungslose Gestaltung von Übergängen zwischen Schule, Ausbildung und Beruf («Kultur des Übergangs») bis zu den Lernbedürfnissen einer älter werdenden Gesellschaft und unter Berücksichtigung interkultureller Bildungsbelange optimiert werden.

Über die Bildungswege hinaus sollen die Bildungsangebote sich stärker an die Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort anpassen und örtlich variieren können. Bildungseinrichtungen sollen thematische Schwerpunkte bilden, um eigenständige Profile in einer vielfältigen Bildungslandschaft zu besetzen und sich an die örtlichen Bedarfe anzupassen.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Weiterführung des Regionalen Bildungsrats

Ausbau der Kommunalen Bildungsförderung [Ausbildung eigenständiger Standortprofile für Bildungseinrichtungen]

Aufbau des Bildungs-Monitorings

Weiterentwicklung familienunterstützender Angebote

Stärkung der frühkindlichen Bildung [Ausbau der Sprachförderung, Etablierung einer »Kultur des Übergangs«]

Weiterentwicklung der Kindertages- und Ganztagesbetreuung

Stadt für Familien und junge Menschen attraktiv gestalten [Ausbau der Ganztagsbetreuung; Zusammenarbeit zwischen Schule, Vereinen und Jugendhilfe ausbauen] [1]

Förderung der Integration [interkulturelle Öffnung in beide Richtungen, insbesondere durch politische Teilhabe [Partizipation] als Voraussetzung für die innere Einheit und den Zusammenhalt unserer Stadt] [5]

Schaffung eines umfassenden Bildungs- und Kulturangebots [allen Bürgern muss das Angebot an Erziehungs- und Bildungsangeboten zugänglich sein; mehr Investitionen in Bildung als bisher; Vernetzung aller Initiativen und Projekte] [25]

DUISBÜRGERIDEEN



Universität Duisburg-Essen

2.2.2 Strategisches Ziel

Duisburg soll als Standort für Bildung und Wissen durch die verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Stadt, den Bildungs-, Forschungs- und Hochschuleinrichtungen sowie der Wirtschaft weiter profiliert und ausgebaut werden.

ERLÄUTERUNG: Die Stadt Duisburg ist mit der Hochschule, den Berufskollegs, einer Vielzahl an Schulen sowie Weiterbildungsangeboten ein bedeutender Bildungsstandort für den Niederrhein und das Ruhrgebiet. Gleichzeitig sind die Hochschule und die verschiedenen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen wichtige Faktoren für den Standort der Wissenswirtschaft. Beide Handlungsbereiche sind für die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Duisburg im Hinblick auf die Ansiedlung von zukunftsorientierten Unternehmen und die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften von entscheidender Bedeutung.

Unternehmen benötigen Bildungsangebote nicht nur für die eigene Entwicklung, sondern als Standortfaktor für die Anwerbung von Arbeitskräften. Die Weiterentwicklung der Qualitäten Duisburgs als Ausbildungs-, Arbeits- und Wohnstandort soll auch dazu beitragen, junge Menschen, die zur Ausbildung nach Duisburg kommen, langfristig an die Stadt zu binden.

Eine verstärkte Abstimmung, Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen Bildungs-, Forschungs-, Wirtschafts- und städtischen Bereichen trägt zu einer Verbesserung der lokalen Wirtschaftskraft und des Fachkräfteangebots bei. Dazu gehört die Vernetzung unterschiedlicher Akteure des Bildungsbereichs untereinander sowie zwischen Trägern der Bildungs-, Aus- und Weiterbildungsarbeit mit ansässigen Unternehmen.

Bildungs-, forschungs- und entwicklungsorientierten Einrichtungen und Unternehmen, insbesondere in den im Rahmen von »impuls.duisburg« identifizierten Kompetenzfeldern, sollen Entwicklungsmöglichkeiten geboten werden.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Ausarbeitung einer Strategie zur Förderung des Wissenschaftsstandorts [Profil der UDE; Verstärkung von Kooperationen und Netzwerken zwischen Industrie und Forschung]

Weiterentwicklung des Universitätsstandorts [Ansiedlung von universitätsnahen Forschungseinrichtungen und Spin-off-Unternehmen; Entwicklung von Flächen für wissensbasierte Unternehmen, Bereitstellung von Erweiterungsflächen für die UDE]

Verbesserung der wirtschaftlichen Vielfalt und Entwicklung [Stärkung des Wissenschaftsstandorts Duisburg] [22]

Schaffung eines umfassenden Bildungs- und Kulturangebots [Vernetzung aller Initiativen und Projekte] [25]

DUISBÜRGERIDEEN

2.2.3 Strategisches Ziel

Für ein breit gefächertes Arbeitsplatzangebot soll Duisburg die Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen, -ansiedlungen und -entwicklungen verbessern, insbesondere in den Kompetenzfeldern des Programms »impuls.duisburg«:

Informations- und Kommunikationstechnologien | Material- und Werkstofftechnologien | Personenorientierte Dienstleistungen | Umwelt- und Energietechnologien | Logistik | Städtetourismus

ERLÄUTERUNG: Ausgerichtet auf das kommunale Handlungsprogramm »impuls.duisburg« sollen die Kompetenzfelder weiter ausgebaut werden und damit optimale Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Investitionen zum Erhalt und zur Entstehung von Arbeitsplätzen geschaffen werden.

Dafür erforderlich ist die systematische Verbesserung weicher und harter Standort- und Entwicklungsfaktoren für die identifizierten Kompetenzfelder der Duisburger Wirtschaft. Gleiches gilt für die Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und des Handwerks sowie die Entwicklung des Bürostandorts. Geeignete Flächen für Dienstleistungen und produzierendes Gewerbe sollen dabei vorrangig durch Flächenrecycling mobilisiert werden. Der in Duisburg unterrepräsentierte Anteil des Dienstleistungssektors soll durch Ausweitung von hochwertigen Bürostandorten deutlich angehoben werden.

Die Kreativ- und Kulturwirtschaft soll als Potenzial gefördert werden, um das Image des Standorts positiv mit zu prägen. Insbesondere die Entwicklung einzelner Standorte und Quartiere mit vielfältigen kulturellen und kreativen Nutzungen soll hierzu beitragen und ein attraktives Umfeld für Unternehmen und qualifizierte Arbeitskräfte schaffen.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Kompetenzfeldorientierte
Wirtschaftsförderung

Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur
strategischen Positionierung des Duisburger
Büroimmobilien-Standortes

Weiterentwicklung der identifizierbaren
Kreativpotenziale

Tourismuskonzeption
[Tagestourismus, Tagungstourismus,
Messestourismus]

Kompetenzfeld Umwelttechnologie

Verbesserung der wirtschaftlichen Vielfalt und
Entwicklung [Weiterentwicklung des Logistikzen-
trums Duisburg; Förderung der Kreativwirtschaft;
Stärkung des Wissenschaftsstandorts Duisburg] [22]

Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen
[v. a. im Umweltbereich] [23]

DUISBÜRGERIDEEN



2.2.4 Strategisches Ziel

Das Flächenangebot für kleine und mittlere Unternehmen sowie das Handwerk soll zur Standortbindung bestehender und neuer Unternehmen nachfragegerecht weiterentwickelt werden.

ERLÄUTERUNG: Kleine und mittlere Unternehmen sowie das Handwerk bilden aufgrund ihrer hohen Standortbindung einen wichtigen Wirtschaftsfaktor für Duisburg. Sie haben mit rund 40.000 Arbeitsplätzen einen hohen Anteil an den insgesamt rund 160.000 Beschäftigten in Duisburg.

Der Flächennachfrage bestehender und neuer Unternehmen insbesondere aus dem Handwerk soll durch die mittelfristige Realisierung kleinteiliger und markt-gängiger Flächen entsprochen werden. Insbesondere das fluktuationsbedingte Flächenangebot in den Duisburger Gewerbegebieten soll genutzt werden, um die Ansiedlung und das Wachstum von Unternehmen zu stärken und damit eine Grundlage für Beschäftigungssicherung und -zunahme zu schaffen. Dabei geht es darum, sowohl quantitativ genügend Flächen anzubieten als auch bezüglich der Lage, des Zuschnitts und der Größe das Angebot qualitativ zu verbessern, keine neuen Konflikte entstehen zu lassen und langfristig im Saldo einen ausgeglichenen Flächenverbrauch zu erreichen.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Fortführung des Gewerbeflächen-
Monitorings

Kurzfristige Realisierung kleinteiliger und
markt-gängiger Gewerbeflächen durch eine
aktive Rolle im Flächenrecycling
[kommunaler Grundstücksfonds]

Weiterführung der KMU-orientierten
Wirtschaftsförderung

Verbesserung der wirtschaftlichen Vielfalt und
Entwicklung [Sicherung des Gewerbes/Ansiedlung
von Gewerbe] [22]

Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen
[v. a. im Umweltbereich] [23]

DUISBÜRGERIDEEN

2.3 Zukunftsbild Urbanität und Leben: Freiraum findet Stadt!

- **Qualitäten der Stadt genießen: mitten im Leben, kurze Wege, Grün vernetzt**
- **Neues Leben auf alten Flächen: Brachen bieten Möglichkeiten für heute und morgen**
- **Mobilität neu organisiert: konfliktfreier, attraktiver gestaltet, besser verbunden**
- **Starke Kerne: gut versorgt in Stadt und Quartier**

2.3.1 Strategisches Ziel

Bei der Stadtentwicklung sollen räumliche Schwerpunkte gesetzt werden, ausgerichtet an den bestehenden Siedlungskernen und Infrastrukturen sowie den vorhandenen Stärken, Potenzialen und Defiziten.

ERLÄUTERUNG: Die Siedlungsstrukturen in Duisburg weisen unterschiedliche Ausgangslagen bezüglich eigener und der sie umgebenden Stärken und Defizite auf, die bei zukünftigen Entwicklungen zu beachten sind. Daran ausgerichtet sollen öffentliche Investitionen dazu beitragen, die vorhandenen Stärken zu erhalten und Potenziale weiterzuentwickeln. In Bereichen mit städtebaulichen Defiziten sind öffentliche Investitionen von den jeweiligen Entwicklungsperspektiven und der Bedeutung für das gesamtstädtische Siedlungsgefüge abhängig zu machen.

Im Rahmen des Stadtbbaus sollen bestehende Siedlungsbereiche, je nach Potenzial und Ausgangslage, durch Neu- oder Umbau sowie Nachverdichtung sinnvoll ergänzt, durch Rückbau und Umnutzung strukturell aufgewertet, bei Schrumpfungprozessen begleitet oder durch Grün- und Freiflächen aufgelockert werden.

Bestehende und neue Siedlungsstrukturen sollen zu städtebaulich geordneten, kompakten und an den Kernen ausgerichteten Siedlungsbereichen entwickelt werden, um eine dauerhaft leistbare Versorgungs- und Verkehrsinfrastruktur zu gewährleisten. Von zentraler Bedeutung sind der Erhalt und die Entwicklung der polyzentralen Stadtgliederung mit starken Kernen und kurzen Wegen.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Erarbeitung von teilräumlichen Strategiekonzepten [räumliche Potenzialanalyse und Schwerpunktsetzung]

Erarbeitung von integrierten räumlichen Entwicklungskonzepten

Qualitativer Neu- und Umbau des Wohnungsbestands

Maßnahmenkataloge zur Wohnumfeldverbesserung

Städtebaulich qualitätsvolle oder schlichte Gestaltung von Dienstleistungs- und Gewerbebereichen abhängig von ihrer Funktion und Lage



Ruhrort

Erhalt und Revitalisierung attraktiver Zentren [Umgestaltung und Aufwertung von Plätzen; Erhalt und Belebung der Ortskerne; Stärkung Einzelhandel/ Gastronomie] [15]

Qualitativer Neu- und Umbau des Wohnungsbestands [Prüfung des Wohnungsbestands auf Modernisierungsbedarf, evtl. auch Umbau, Abriss; Verbesserung der Gestaltung] [24]

Schaffung und Erhalt eines ausgewogenen Verhältnisses von Wohn-/Siedlungsflächen und Freiräumen [zielgerichtete Aufteilung von Wohnen und Arbeiten; Verringerung der Streuung von Gewerbegebieten; räumliche Entlastung der Siedlungsdichte [Durchgrünung]] [30]

DUISBÜRGERIDEEN

2.3.2 Strategisches Ziel

Entsprechend ihren Potenzialen und Bedarfen sollen Quartiere unter Einbeziehung der Akteure vor Ort sozial und stadtstrukturell nachhaltig stabilisiert und gestärkt werden.

ERLÄUTERUNG: Vor dem Hintergrund kleinräumiger wohnungswirtschaftlicher und sozialräumlicher Herausforderungen soll der Quartiersbezug stadtentwicklungs- und wohnungspolitischer Maßnahmen gestärkt werden. Nach der empfohlenen Auswahl und Prioritätensetzung auf Grundlage der im Prozess Duisburg2027 erarbeiteten Potenzialanalysen sind für die festgelegten Quartiere mit besonderen Entwicklungspotenzialen bzw. Unterstützungsbedarfen kleinräumige Quartiersentwicklungskonzepte unter aktiver Beteiligung der Quartiersbevölkerung, der Eigentümer und der lokalen Wohnungswirtschaft zu erarbeiten. Hierzu sollen in den Quartieren die Stabilisierung und Belebung der Nachbarschaft, die Verbesserung des Wohnumfelds, die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, die Aufrechterhaltung eines adäquaten Infrastrukturangebots und die Entwicklung nachhaltiger Wohnstrukturen verfolgt werden.

Beispielhafte Handlungsansätze:
Kleinräumiges Quartiers-Monitoring

Erstellung von quartiersbezogenen Konzepten

Verbesserung der Wohnqualität für alle Bevölkerungsgruppen

Quartiersmanagement mit Akteuren vor Ort

Unterstützung von Immobilien- und Standortgemeinschaften des Wohnens
»Housing Improvement Districts«

Verbesserung der Wohnqualität für alle Bevölkerungsgruppen [Schaffung neuer, nachfrageorientierter Wohnformen für verschiedene Bevölkerungsgruppen; barrierefreies Wohnen; gemeinschaftliche Wohnprojekte; Entwicklung alternativer Wohnmodelle] [2]

Einbeziehung der Bürger in kommunale Fragen und Entscheidungen [Weiterentwicklung der Beteiligungskultur; Erfahrungsaustausch; bürgerschaftliches Engagement; weitere Beteiligung der Bürgerforen sicherstellen und Bürgerhaushalt einführen] [3]

Förderung des Zusammenlebens/Zusammenhalts in den Stadtteilen [Räume der Begegnung für Menschen aller Altersklassen und Nationalitäten schaffen] [6]

Verbesserung der Lebensqualität/-bedingungen für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen [Stabilisierung des sozialen Milieus] [11]

DUISBÜRGERIDEEN

2.3.3 Strategisches Ziel

Eine städtebauliche Aufwertung und funktionale Stärkung soll vorrangig in den Siedlungskernen, insbesondere den Handelslagen, erfolgen.

ERLÄUTERUNG: Die verdichteten und funktionsgemischten Siedlungskerne bilden als zentrale Orte für Versorgung, Wirtschaft und Wohnen sowie Bildung, Kultur und Freizeit das Grundgerüst der Siedlungsstruktur und sind damit die Identifikations- und Kristallisationspunkte des urbanen und öffentlichen Lebens. Ungeachtet ihrer Größe und Bedeutung innerhalb der Stadt leisten die Siedlungskerne mit ihren festgelegten zentralen Versorgungsbereichen und ihren jeweils unterschiedlichen Zentrenfunktionen einen wesentlichen Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Dabei reicht die für den Einzelhandel relevante Zentrenfunktion vom Nahversorgungszentrum für die umliegenden Quartiere über Nebenzentren, die mehrere Ortsteile oder ganze Bezirke versorgen, bis hin zu den beiden Hauptzentren Innenstadt und Hamborn/Marxloh mit gesamtstädtischen und überregionalen Einzugsbereichen und Versorgungsfunktionen.

Die Siedlungskerne sollen einerseits durch eine qualitätsvolle Gestaltung der öffentlichen Räume und der zum öffentlichen Raum orientierten Ansichten, gute Erreichbarkeit und eine städtebauliche Integration der Hauptverkehrsstraßen aufgewertet werden. Andererseits soll dort die private und öffentliche Angebotsvielfalt gesichert und weiterentwickelt werden. Die Hauptzentren Innenstadt und Hamborn/Marxloh sollen entsprechend ihren jeweiligen Potenzialen funktional und städtebaulich gegenüber den anderen Zentren hervorgehoben werden.

Die zentralen Versorgungsbereiche sollen zur Sicherung und Weiterentwicklung des Einzelhandelsangebots gestärkt werden. Außerdem soll eine räumlich ausgewogene Nahversorgung gesichert und ausgebaut werden. Einzelhandelsansiedlungen an Sonderstandorten sollen zur gesamtstädtischen Attraktivität beitragen, ohne die Entwicklung der Zentren oder der Nahversorgung zu beeinträchtigen.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Umsetzung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts

Konzeption zur Aufwertung der Hauptgeschäftsbereiche und der öffentlichen Räume in den Kernen [Gestaltungsgrundsätze, Weiterentwicklung der Hauptzentren]

Weiterentwicklung und Umsetzung Masterplan Innenstadt

Unterstützung von Immobilien- und Standortgemeinschaften

Erhalt und Revitalisierung attraktiver Zentren
 [Erhalt und Belebung der Ortskerne; Stärkung Einzelhandel/Gastronomie] [15]
DUISBÜRGER IDEEN

2.3.4 Strategisches Ziel

Das vorhandene Netzwerk aus Grün und Freiraum soll zur Gliederung der Siedlungsbereiche ergänzt, zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität aufgewertet und in seiner Durchgängigkeit verbessert werden.

ERLÄUTERUNG: Das Duisburger Grün- und Freiraumsystem ist gekennzeichnet durch einen hohen Anteil an Wasserflächen, große zusammenhängende Freiräume im Süden und Nordwesten, die Grünzüge entlang des Rheins und an den Stadtgrenzen im Osten, die innerstädtischen Grünzüge sowie die herausragenden Grünflächen und Freizeiteinrichtungen wie den Landschaftspark Nord, den Sportpark Duisburg und den Revierpark Mattlerbusch. Zusammen mit den im Stadtgebiet verteilten bedeutenden Grün- und Parkanlagen und Freizeiteinrichtungen bilden die linearen Grünzüge und -verbindungen ein Netz, dessen wichtigstes Rückgrat die Rhein und Ruhr beidseitig begleitenden Landschaftsbereiche darstellen. Dieses Netzwerk soll zur Gliederung der Siedlungsbereiche und zur weiteren Grünvernetzung ergänzt und in seiner Durchgängigkeit auch für den Biotopverbund verbessert werden.

Voraussetzung für ein ausreichendes Grün- und Freiflächenangebot ist ein System, das sowohl wohnungsnah und quartiersbezogen als auch auf Bezirks- und gesamtstädtischer Ebene ein differenziertes Angebot vorhält. Zum einen sind es die wohnungsnahen Grünflächen, die einen Aufenthalt und die Ausübung von Freizeitaktivitäten ermöglichen, zum anderen spielt die stadtgestalterische Funktion des Grüns im öffentlichen Raum eine wichtige Rolle für die Wohn- und Lebensqualität der Bevölkerung. In verdichteten Siedlungsbereichen und Gebieten mit schlechter Zugänglichkeit zum landschaftsbezogenen Freiraum soll der Grünanteil erhöht werden. Eine besondere Wertigkeit hat der weitere Ausbau durchgängiger Rad- und Fußwege, eingebettet in attraktive Grünverbindungen, sowie wohnungsnaher Bewegungsmöglichkeiten, die sportliche Aktivitäten zur Gesundheitsförderung anregen und unterstützen.

Grün- und Freiraumsystem



< 2.3.4 Strategisches Ziel

Grün- und Freiflächen sind zugleich wichtige Räume für den Arten- und Naturschutz. Diese sind mit Freizeit- und Erholungsansprüchen in Einklang zu bringen. Daher sollen einige Bereiche als Vorrangräume für den Naturschutz definiert werden, um sie vor konkurrierenden Nutzungen zu schützen und wichtige Lebensräume für Tier- und Pflanzenwelt zu verbessern. Die Kulturlandschaft in Duisburg soll in ihren unterschiedlichen Ausprägungen und mit ihren charakteristischen Elementen erhalten und weiter entwickelt werden.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Umsetzung des Grünordnungs- und Freiraumentwicklungskonzepts Duisburg	Umgestaltung von Infrastrukturbändern zu linearen Grünverbindungen
Erhöhung des Durchgrünungsgrads im Siedlungsbereich	Ausbau eines durchgängigen, möglichst barrierefreien Wegesystems, eingebettet in attraktive Grünverbindungen
Vernetzung der siedlungsinternen Grünflächen und Verknüpfung mit den regionalen Grünzügen [Berücksichtigung der Verbindung von Wasser und Grün]	Weiterentwicklung wohnortnaher Grünflächen [Berücksichtigung von bürgerschaftlichem Engagement bei Gestaltung und Pflege]
Definition von Vorrangräumen für den Naturschutz einerseits und für Erholungszwecke andererseits	Erstellung differenzierter Gestaltungs- und Pflegekonzepte

Sicherung, Schutz und Erweiterung qualitätsvoller und individueller Freiräume / Grünflächen und Erholungsflächen [Beibehaltung, Arrondierung und Erweiterung der Natur- und Landschaftsschutzgebiete; Schaffung naturnaher Landschaftsstrukturen; Umsetzung der Biotopverbundplanung im Flächennutzungsplan und Berücksichtigung bei Planungen] [9]

Verbesserung der Lebensqualität/-bedingungen für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen [Erhöhung der Sicherheit; Stabilisierung des sozialen Milieus] [11]

Berücksichtigung des Klimawandels und Klimaschutzes bei der Stadtplanung [Verbesserung des Stadtklimas/Kleinklimas; Weiterentwicklung Duisburgs als »Grüne Stadt«] [14]

Verbesserung der Erreichbarkeit (z. B. von Naherholungsgebieten, der Innenstadt, Sportangeboten) [19]

Großräumige Vernetzung von Grünflächen [Erschließung fehlender [Grün-]Verbindungen; Schaffung von Grünzügen und Wegeverbindungen] [20]

Schaffung von Grünzügen / Verbindung einzelner Grünflächen [26]

Schaffung und Erhalt eines ausgewogenen Verhältnisses von Wohn-/Siedlungsflächen und Freiräumen [Gebietsentwicklung hin zum lebenswerten Wohnen; räumliche Entlastung der Siedlungsdichte [Durchgrünung]] [30]

DUISBÜRGERIDEEN

2.3.5 Strategisches Ziel

Um den Umweltverbund attraktiver zu gestalten, soll der öffentliche Personennahverkehr gestärkt und auf zentrale Knotenpunkte ausgerichtet sowie die Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger, insbesondere des ÖPNV, Rad- und Fußverkehrs, verbessert werden.

ERLÄUTERUNG: Attraktive Fuß- und Radwege und eine gute Anbindung der Kerne an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) tragen in einer polyzentralen, kompakten Siedlungsstruktur dazu bei, dass mehr Wege zu Fuß, mit dem Rad oder dem ÖPNV zurückgelegt und die Verkehrsmenge des motorisierten Individualverkehrs und die dadurch bedingten Luft- und Lärmbelastungen verringert werden. Die topografischen Bedingungen in Duisburg sind hierfür äußerst günstig.

Insbesondere der ÖPNV soll auf städtischer und regionaler Ebene konsequent beschleunigt und vernetzt werden. Die zentralen Knotenpunkte des ÖPNV sollen ausgebaut und attraktiv sowie barrierefrei gestaltet werden. Hierzu sollen verbesserte Umsteigemöglichkeiten zwischen den einzelnen Verkehrsträgern in den Siedlungskernen und an bedeutenden Verkehrsknotenpunkten, eine bessere Anbindung von Arbeits- und Wohnbereichen an die Hauptachsen des öffentlichen Personennahverkehrs sowie die Berücksichtigung der Belange des Rad- und Fußverkehrs, insbesondere bei Neu- und Umbaumaßnahmen der Verkehrsinfrastruktur, beitragen.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Erstellung eines Nahverkehrsplans	Qualifizierung des bestehenden öffentlichen Personennahverkehrs [Sicherstellung der regionalen Vernetzung, schnelle Anbindung des Hauptbahnhofs, Erhöhung der Takte, Senkung der Fahrzeiten]
Integration der Stadtteile in ein effizientes Netz aus Hauptlinien, z. B. Prüfung »Sprung über den Rhein« zur Stadtbahn-Anbindung der linksrheinischen Stadtbezirke	Attraktive Gestaltung der zentralen Knotenpunkte [Park&Ride, Bike&Ride, CarSharing – Optimierung der Umsteigemöglichkeiten, verbesserte Abstimmung der Fahrpläne, Gestaltung und Integration der Haltestellen in den Stadtraum]
Konzentration der Siedlungsentwicklung auf die Hauptachsen des ÖV [Ausweisung von Nutzungen mit hohem Verkehrsaufkommen wie überregional bedeutende Freizeitanlagen, Stadt- und Einkaufszentren, Dienstleistungs- und Forschungsbereiche im Einzugsradius von attraktiven ÖV-Haltestellen]	Entwicklung eines Rad- und Fußwegekonzepts

Förderung des Umweltverbunds [Ausbau/Verbesserung/Beschleunigung des öffentlichen Personennahverkehrs; Stärkung des Fuß- und Radverkehrs] [16]

Verringerung der Umweltbelastungen zum Schutz und zur Regeneration aller Lebensmedien [Bewusstsein für klimagerechte Mobilität stärken] [17]

Großräumige Vernetzung von Grünflächen [Schaffung von Grünzügen und Wegeverbindungen] [20]

DUISBÜRGERIDEEN

2.3.6 Strategisches Ziel

Der motorisierte Individualverkehr soll durch Verkehrslenkung und die Einschränkung in Teilbereichen an das städtische Umfeld angepasst und entsprechend gesteuert werden.

ERLÄUTERUNG: Der motorisierte Individualverkehr (MIV) ist ein wesentliches Element urbaner Mobilität. Die Herstellung einer Balance zwischen urbaner Qualität und der Möglichkeit der individuellen, motorisierten Fortbewegung ist entscheidend für eine nachhaltige Entwicklung der Wohn- und Lebensqualität in Duisburg.

Ein urbaner motorisierter Individualverkehr ist ein fließender, dessen Geschwindigkeit an das jeweilige städtische Umfeld angepasst ist. Durch eine an städtebaulichen Kriterien orientierte Gestaltung von Verkehrsräumen sollen neue urbane Qualitäten geschaffen werden. Maßnahmen wie Kreisverkehre und das »Shared Space«-Prinzip, bei dem MIV und nicht-motorisierter Individualverkehr gleichberechtigt sind, sollen weiter ausgebaut werden. Einseitig autogerechte, überdimensionierte Straßenquerschnitte sollen zugunsten anderer Nutzer und des Umfelds umgebaut werden. Durchgangsverkehre sollen auf Autobahnen und Hauptverkehrsachsen konzentriert werden, um Wohngebiete zu entlasten sowie wohnungsnah Freiräume und ruhige Rückzugsgebiete zu schützen.

Beispielhafte Handlungsansätze:

- | | |
|---|---|
| Weiterentwicklung von Verkehrsflächen zugunsten des nicht motorisierten Individualverkehrs (flexible Spuraufteilung, Busspuren, Radfahrstreifen) | Steuerung des Verkehrsflusses durch Verkehrsmanagement (flächenhafte Verkehrsberuhigung in Wohngebieten; Lenkung des Verkehrs auf Autobahnen und Hauptverkehrsachsen) |
| Umbau von Verkehrsflächen zur städtebaulichen Qualifizierung des öffentlichen Raums (Erhöhung der Aufenthaltsqualität, gestalterische Aufwertung) | Ausarbeitung eines Verkehrsentwicklungskonzepts |
| Einführung von Mobilitätsberatung | Erstellung des Nahverkehrsplans |

Bereinigung bestehender Verkehrsprobleme/ Minimierung von Verkehrsbelastungen [Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur; Anpassung des Straßennetzes; Verkehrsberuhigung; Entwicklung eines integrierten Verkehrskonzepts; Verkehrslenkung] [21]

DUISBÜRGERIDEEN

2.3.7 Strategisches Ziel

Wirtschaftsverkehre sollen durch eine konsequente Abstimmung von Flächennutzungen und Verkehrsinfrastruktur sowie Verkehrslenkung stadtverträglich organisiert werden.

ERLÄUTERUNG: Eine besondere Stärke Duisburgs ist die gute regionale und überregionale Erreichbarkeit und die vorhandene Verkehrsinfrastruktur. Dies begünstigt Ansiedlungen von Unternehmen, die ein hohes Verkehrsaufkommen erzeugen. Die disperse Gewerbeflächenstruktur erzeugt zudem einen hohen Anteil an Binnenverkehr zwischen den verstreut liegenden Gewerbegebieten. Die derzeitige Abwicklung der Wirtschaftsverkehre über Stadtstraßen führt, insbesondere in sensiblen Bereichen, zu Konflikten durch Lärm- und Luftbelastung.

Um Wirtschaftsverkehr besser steuern zu können, ist eine differenzierte Betrachtung der Unternehmensansiedlungen nach dem Verkehrsaufkommen erforderlich. Für verkehrsintensive Nutzungen sollen Schwerpunkträume mit einer guten bestehenden öffentlichen Verkehrserschließung definiert werden. Diesen soll Vorrang bei der weiteren wirtschaftlichen Ansiedlungspolitik und Flächenentwicklung eingeräumt werden.

Der überregionale, regionale und lokale Wirtschaftsverkehr soll durch Verkehrslenkung und gegebenenfalls ergänzende Anpassungen der Verkehrsinfrastruktur verträglicher durch den Stadtraum geleitet werden. Langfristig soll der Wirtschaftsverkehr stadtverträglich und möglichst direkt auf das Autobahnnetz gelenkt werden.

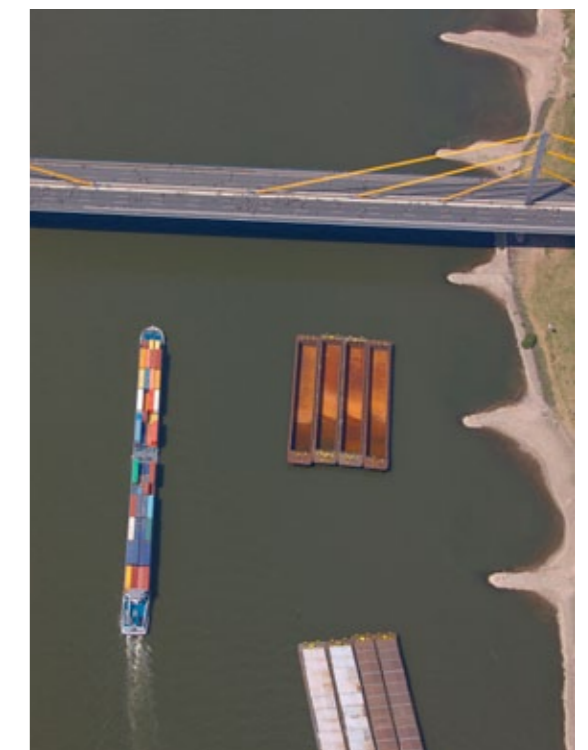
Beispielhafte Handlungsansätze:

- Erstellung eines LKW-Routenkonzepts [insbesondere Logistikspange]
- Definition von Schwerpunkträumen für verkehrsintensive Wirtschaftsnutzungen
- Vorausschauender Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zur optimierten Anbindung verkehrsintensiver Nutzungen an Bundesautobahnen
- Aktive Einschränkung von Wirtschaftsverkehr in Wohngebieten

Bereinigung bestehender Verkehrsprobleme/ Minimierung von Verkehrsbelastungen [Entwicklung eines attraktiven integrierten Verkehrskonzepts; Verkehrslenkung; Durchgangsverkehr aus Wohngebieten heraushalten; Verbesserung der verkehrlichen Erschließung der Gewerbegebiete] [21]

DUISBÜRGERIDEEN

Der Rhein als Schifffahrtsstraße



2.3.8 Strategisches Ziel

Die Möglichkeiten, sensible und belastende Nutzungen umwelt- und stadtverträglich neu zu ordnen, sollen zur Entzerrung von Konfliktlagen und den Abbau von Zäsuren genutzt werden.

ERLÄUTERUNG: Duisburg ist geprägt durch eine historisch gewachsene Nähe von Industrie, Gewerbe, großen Verkehrsachsen und sensiblen Nutzungen wie zum Beispiel Wohnen.

Um eine gesundheitsfördernde und umweltschützende Stadtentwicklung zu ermöglichen und in dafür vorgesehenen Bereichen den Produktionsstandort zu sichern, sollen konfliktbehaftete Gemengelage entschärft und räumliche Zäsuren abgebaut werden. Für die Konfliktlagen soll daher entschieden werden, welcher Nutzung zukünftig Vorrang einzuräumen ist. Werden industrielle, gewerbliche oder Wohnnutzungen aufgegeben, soll die Chance zur Entflechtung von konfliktreichen Gemengelage genutzt werden. Neue Gemengelage sollen nicht entstehen.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Abbau von Zäsuren [Schaffung von Wege- und Grünverbindungen]

Abbau von Konfliktlagen [Anwendung planungsrechtlicher Bestimmungen, Einhaltung angemessener Abstände, Lärmaktionsplanung]

Entwicklung von Konzepten zum Umgang mit Konfliktlagen / Festlegung eines langfristigen Nutzungsvorrangs [Wohnen oder Industrie/Gewerbe oder Freiraum]

Verringerung der Umweltbelastungen zum Schutz und zur Regeneration aller Lebensmedien [Entzerrung von Gemengelage] [17]

DUISBÜRGERIDEEN



Grüngürtel Duisburg-Nord Bruckhausen

2.3.9 Strategisches Ziel

Die Entwicklung von Wohnbauflächen soll vorrangig auf die Wiedernutzung von Brachflächen sowie den Um-, Rück- und Neubau im bestehenden Siedlungsbereich ausgerichtet werden.

ERLÄUTERUNG: Die Stadt Duisburg verfügt über ein immenses Potenzial an Brachflächen, deren Nutzung abhängig von ihrer Lage und Eignung zur Reduktion des Flächenverbrauchs bzw. zur Vermeidung der Neuinanspruchnahme von Freiflächen im Außenbereich beitragen können. Die sich verändernden Wohnansprüche erfordern es langfristig, den Bestand mit neuen städtebaulichen Qualitäten weiterzuentwickeln. Dadurch eröffnen sich Chancen, mit nachfrageorientierten Wohnkonzepten das Wohnungsangebot zu ergänzen, um neue Bevölkerungsgruppen zu gewinnen und der Abwanderung ins Umland entgegenzuwirken.

Neue Flächenausweisungen für Wohnnutzungen sollen in Bereichen erfolgen, in denen auf ein bereits vorhandenes leistungsfähiges Infrastrukturangebot zurückgegriffen werden kann. Dazu zählen Flächen, die dem Grundsatz »Innen- vor Außenentwicklung« entsprechen oder die das bereits vorhandene Siedlungsgefüge sinnvoll ergänzen. Insgesamt gilt der Grundsatz, im Saldo keine weiteren Flächen zu verbrauchen.

Die Wiedernutzung von Brachflächen für Wohnnutzungen ist nur möglich, wenn ein Verdacht auf schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten ausgeräumt oder eine gezielte fachgerechte Sicherung bzw. Sanierung durchgeführt wird. Dafür ist frühzeitig eine überschlägige Beurteilung und Empfehlung für den planerischen Umgang mit belasteten Brachflächen erforderlich, um geeignete Flächen mit möglichst geringem oder kleinflächigem Gefahrenpotenzial für Menschen und Umwelt zu identifizieren, die unter Berücksichtigung eines vertretbaren Mitteleinsatzes für eine Wohnnutzung aufbereitet werden können. Nur durch eine gezielte Untersuchung und Sanierung von belasteten Brachflächen stehen diese auch tatsächlich für die Entwicklung von Wohnbauflächen zur Verfügung. Gemäß dem Verursacherprinzip sind für die Kosten von Untersuchungen, Sanierungs- oder Sicherungsmaßnahmen die Verursacher oder Flächeneigentümer in die Pflicht zu nehmen. Durch ein auf die Duisburger Bodenverhältnisse abgestimmtes Flächenrecycling kann sowohl ein Beitrag zur Altlastensanierung als auch zur Reduzierung des Flächenverbrauchs geleistet werden.



< 2.3.9 Strategisches Ziel

Beispielhafte Handlungsansätze:
Qualitätsorientierte Ergänzung und Umbau
des Wohnungsbestands

Folgenutzungskonzeption für Brachflächen
[Schwerpunkt Wohnen]

Erstellung einer Konzeption für die Wohn-
bauentwicklung [Ermittlung der Flächen-
bedarfe, Bewertung potenzieller Wohnbau-
flächen]

Etablierung eines Wohnungsmarkt-
Monitorings

Aufbau eines kommunalen Flächenma-
nagements zur Förderung des Flächen-
recyclings

Aktive Grundstückspolitik [in Ausrichtung
auf einen kommunalen Grundstücksfonds]

Untersuchung der Altlastenverdachts-
flächen gemäß Prioritätenliste

Erarbeitung von differenzierten, flächen-
spezifischen Planungsempfehlungen für
den Umgang mit belasteten Brachflächen

Umsetzung des Maßnahmenkonzeptes zum
Umgang mit flächenhaften schädlichen

Bodenveränderungen

Keine weitere Flächenversiegelung/Entsiege-
lung [kein weiterer Flächenverbrauch; keine Bebau-
ung im Außenbereich] [18]

Reaktivierung/Wiedernutzung von brachliegenden
Flächen [Umnutzung von brachliegenden Werks-/
Firmengeländen; freiwerdende Flächen für die Frei-
raumentwicklung nutzen] [31]

Qualitativer Neu- und Umbau des Wohnungsbe-
stands [Prüfung des Wohnungsbestands auf Moder-
nisierungsbedarf, evtl. auch Umbau, Abriss] [24]

DUISBÜRGERIDEEN

Mercator Quartier Duisburg



2.3.10 Strategisches Ziel

Die zukünftige Entwicklung von Wirtschaftsflächen soll vorrangig auf die bestehenden räumlichen Schwerpunkte von Gewerbe, Industrie und Dienstleistung konzentriert werden. Kurzfristig sollen Flächen im Zusammenhang mit den räumlichen Schwerpunkten verfügbar gemacht werden, die es erlauben, den Wirtschaftsstandort Duisburg lokal, regional und überregional zu entwickeln.

ERLÄUTERUNG: Die Entwicklung von Wirtschaftsflächen soll sich an den identifizierten Kompetenzfeldern des Handlungsprogramms »impuls.duisburg« orientieren. Bei der Entwicklung des Flächenangebots soll dessen jeweilige Bedeutung für den lokalen, regionalen und überregionalen Markt sowie eine effiziente Flächenausnutzung besonders berücksichtigt werden. Ansiedlungen sind im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Analyse auf ihren Mehrwert für die gesamtstädtische Entwicklung zu prüfen. Im Vordergrund steht eine effiziente und zielgerichtete Flächenausnutzung, um ausreichend marktfähige Flächen für eine wirtschaftliche Entwicklung zur Verfügung zu stellen.

Der Flächennachfrage der Wirtschaft soll vorrangig dadurch entsprochen werden, brachliegende Flächen marktfähig zu entwickeln und bereits genutzte Flächen besser auszunutzen. Dafür ist eine gezielte Untersuchung und gegebenenfalls eine Sicherung oder Sanierung von Brachflächen mit Altlastverdacht erforderlich, die als Wirtschaftsflächen aufbereitet werden sollen oder die sich aufgrund ihres zu erwartenden großflächigen oder schwerwiegenden Gefahrenpotenzials für eine gewerbliche oder industrielle Nutzung mit einem hohen Versiegelungsgrad anbieten. Für die Kosten von Untersuchungen, Sanierungs- und Sicherungsmaßnahmen sind zunächst Verursacher oder Flächeneigentümer in die Pflicht zu nehmen. Die Stadt Duisburg unterstützt auch zukünftig private Eigentümer bei der Entwicklung von Brachflächen im Sinne der Stadtentwicklungsstrategie. Dies kann auch das Eingehen von Entwicklungspartnerschaften mit den Eigentümern sowie das aktive Einwerben von Fördermitteln bedeuten.

Aufgrund bestehender Mobilisierungshemmnisse und Engpässe von kurzfristig verfügbaren Wirtschaftsflächen sind zeitnah dennoch zusätzliche Flächen für eine wirtschaftliche Entwicklung zu prüfen. Eine Neuinanspruchnahme von Flächen soll nur in Bereichen stattfinden, in denen die Arrondierung bestehender Wirtschaftsschwerpunkte möglich ist. Darüber hinaus sollen keine infrastrukturellen Investitionen und Folgekosten sowie keine negativen Auswirkungen auf imagebildende Projekte, wie zum Beispiel den Innenhafen, den Landschaftspark Nord, den Sportpark Duisburg, oder geplante Projekte, wie zum Beispiel die Wohnentwicklung Wedau/Bissingheim, ausgelöst werden. Die zusätzliche Flächeninanspruchnahme ist im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans zugunsten der Grün- und Freiraumentwicklung auszugleichen, um den Anteil der Siedlungsfläche, bestehend aus Wirtschafts-, Verkehrs- und Wohnbauflächen, nicht zu Lasten der Grün- und Freiflächen zu erhöhen.

< 2.3.10 Strategisches Ziel

Beispielhafte Handlungsansätze:

Folgenutzungskonzeption für Brachflächen
[Schwerpunkt Wirtschaft]

Umsetzung des Maßnahmenkonzeptes zum
Umgang mit flächenhaften schädlichen
Bodenveränderungen

Ausarbeitung eines Entwicklungskonzepts
für Wirtschaftsflächen [Ermittlung der
Flächenbedarfe]

Kosten-Nutzen-Analyse bei Gewerbe-
ansiedlungen [Wirtschaftlichkeits-
berechnung]

Etablierung eines Flächenmanagements

Einrichtung einer »Expertenkommission
für Logistikentwicklung« [Stadt Duisburg,
GFW, Duisport und Universität Duisburg-
Essen, IHK u. a.]

Aktive Liegenschaftspolitik der Stadt und
ihrer Unternehmen

Untersuchung der Altlastenverdachts-
flächen gemäß Prioritätenliste

Erarbeitung von differenzierten, flächen-
spezifischen Planungsempfehlungen für
den Umgang mit belasteten Brachflächen

Maßnahmen [Erhöhung des Schutzstatus der im FNP
dargestellten Baugebiete; keine Verschlechterung
der im FNP dargestellten Baugebiete in umgekehrte
Richtung [MI in GE]] [8]

Keine weitere Flächenversiegelung [kein weiterer
Flächenverbrauch; keine Bebauung im Außen-
bereich] [18]

Reaktivierung/Wiedernutzung von brachliegenden
Flächen [Umnutzung von brachliegenden Werks-/
Firmengeländen] [31]

DUISBÜRGERIDEEN



Umnutzung der Krupp-Industriebrache
als Logistikstandort Logport I

2.3.11 Strategisches Ziel

Durch die Wiedernutzung von Brachflächen sollen neue Freiräume im Siedlungsbereich geschaffen und das Grün- und Freiraumsystem sowie das Biotopverbundsystem gestärkt werden.

ERLÄUTERUNG: Die Wiedernutzung von Brachflächen im Siedlungsbereich bietet die Möglichkeit, Siedlungserweiterungen im zusammenhängenden Freiraum zu vermeiden. Dabei sind auch die Grün- und Freiraumbelange zu berücksichtigen und neue Grünverbindungen dort zu schaffen, wo diese das Grün- und Freiraumsystem sowie das Biotopverbundsystem sinnvoll ergänzen. Brachliegende Flächen im Innenbereich, die für das Freiraum- und Biotopverbundsystem von Bedeutung sind und für die schädliche Bodenveränderungen mit Gefahren für Menschen und Umwelt, insbesondere das Grundwasser, ausgeschlossen oder aber entsprechend saniert bzw. gesichert werden können, sollen zu Freiflächen entwickelt und als solche dauerhaft erhalten werden. Isolierte Flächen mit entsprechender Biotop- und Artenausstattung sollen in das gesamtstädtische Biotopverbundsystem integriert werden. Dies gilt insbesondere auch für brachliegende Standorte, auf denen sich eine hohe Anzahl von verschiedenen Biotoptypen entwickelt hat und die für den Biotop- und Artenschutz durch ihre jahrzehntelange »versteckte« Lage eine besondere Bedeutung haben. Diese empfindlichen Bereiche sollen in ihrer Eigenart erhalten werden und sind ein wichtiges Potenzial für die Freiraumentwicklung innerhalb des Siedlungsgefüges.

Durch eine überschlägige Beurteilung und die Erarbeitung von Planungsempfehlungen für Brachflächen mit Verdacht auf schädliche Bodenveränderungen sollen die Brachflächen identifiziert werden, bei denen durch den Anbau spezifischer Pflanzenarten schädliche Bodenveränderungen mit einem vertretbaren Mitteleinsatz mittel- bis langfristig kontrolliert beseitigt werden können.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Umsetzung des Grünordnungs-
und Freiraumentwicklungskonzepts
Duisburg

Erarbeitung von differenzierten, flächen-
spezifischen Planungsempfehlungen für
den Umgang mit belasteten Brachflächen

Umsetzung des Biotopverbundkonzepts

Umsetzung des Maßnahmenkonzeptes zum
Umgang mit flächenhaften schädlichen
Bodenveränderungen

Erhöhung des Grünvolumens in stark
verdichteten Siedlungsbereichen

Untersuchung der Altlastenverdachts-
flächen gemäß Prioritätenliste

Maßnahmen [Sicherung, Schutz und Erweiterung quali-
tätsvoller und individueller Freiräume/Grünflächen
und Erholungsflächen [Beibehaltung, Arrondierung
und Erweiterung der NSG und LSG; Umsetzung der
Biotopverbundplanung im FNP und Berücksichtigung
bei Planungen] [9]

Keine weitere Flächenversiegelung [keine Bebauung
im Außenbereich] [18]

Reaktivierung/Wiedernutzung von brachliegenden
Flächen [freiwerdende Flächen für die Freiraum-
entwicklung nutzen] [31]

DUISBÜRGERIDEEN

2.4 Zukunftsbild Frisches Stadtklima. Umweltschutz für gesundes Leben.

- **Umwelt in der Stadt ist anders: gesund leben in einem städtischen Umfeld**
- **Ans Klima denken: auf den Wandel eingestellt, sparsam im Umgang mit Energie und Ressourcen**

2.4.1 Strategisches Ziel

Mit der Ressource Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden. Die Böden und das Grundwasser in Duisburg sollen vor nachteiligen Einwirkungen geschützt werden. Die Inanspruchnahme von Boden durch beeinträchtigende Nutzungen soll auf Flächen mit geringer Bedeutung für die als schützenswert identifizierten Bodenfunktionen und auf für das Grundwasser unempfindliche Bereiche gelenkt werden.

ERLÄUTERUNG: Die wichtigen Funktionen, die der Boden für den Natur- und Wasserhaushalt, als land- und forstwirtschaftliche Produktionsfläche und als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte übernimmt, sollen erhalten und gefördert werden. Böden mit hoher Naturnähe sollen geschützt werden, da es in Duisburg nur sehr wenige vergleichsweise naturbelassene Böden gibt und natürliche Bodenbildungsprozesse sehr lange Zeiträume benötigen. Die Neuinanspruchnahme von Böden für bauliche und andere Nutzungen soll auf Flächen gelenkt werden, die von vergleichsweise geringer Bedeutung für die als schützenswert identifizierten Bodenfunktionen sind. Auf geeigneten Brachflächen, die eine bauliche oder andere Wiedernutzung auf absehbare Zeit nicht erwarten lassen und entsprechende Potenziale für die Grün- und Freiraumvernetzung und -ausstattung bieten, soll die Wiederherstellung der natürlichen Bodenfunktionen unterstützt werden.

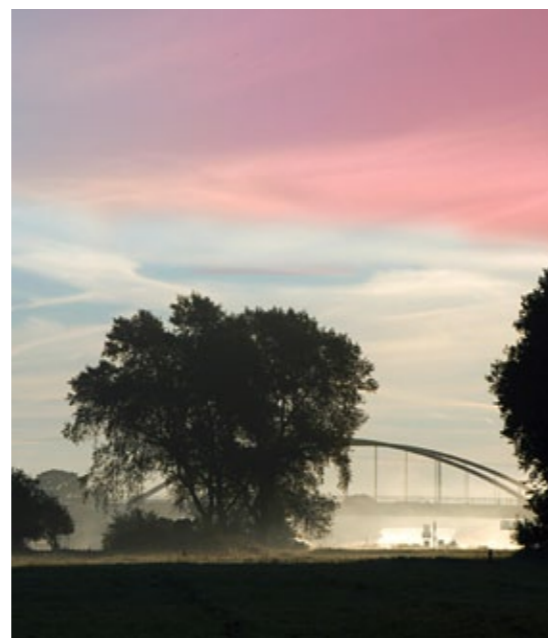
Um das Grundwasser vor Schadstoffeinträgen zu schützen und in seiner Qualität zu verbessern, sind Ursachen für Grundwasserbelastungen, zum Beispiel indirekte Schadstoffeinträge aus Altlasten, schädlichen Bodenveränderungen oder Nährstoffauswaschungen aus der Landwirtschaft, zu beseitigen, sensible Bereiche zum Beispiel für die Trinkwassergewinnung zu sichern und Nutzungen, bei denen mit wasserführenden Stoffen umgegangen wird, in Bereichen mit hoch anstehendem Grundwasser zu vermeiden.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Reduzierung von zusätzlicher Bodeninanspruchnahme durch gezieltes Flächenmanagement und flächensparende Siedlungsentwicklung	Wiederherstellung natürlicher Bodenfunktionen
Erstellen eines Bodenschutzkonzepts (Ausweisung von Bodenschutzgebieten)	Einführung eines Bodenüberwachungssystems
Kartierung von naturnahen und schutzwürdigen Böden	Sanierung/Sicherung vorhandener Grundwasserbelastungen sowie Beseitigung der auslösenden Ursachen

Erstellung eines Konzepts zur

Ruhrwiese



Sicherung, Schutz und Erweiterung qualitätsvoller und individueller Freiräume/Grünflächen und Erholungsflächen [Schaffung naturnaher Landschaftsstrukturen] [9]

Keine weitere Flächenversiegelung/Entsiegelung [kein weiterer Flächenverbrauch; keine Bebauung im Außenbereich] [18]

Reaktivierung/Wiedernutzung von brachliegenden Flächen [Umnutzung von brachliegenden Werks-/ Firmengeländen; freiwerdende Flächen für die Freiraumentwicklung nutzen] [31]

DUISBÜRGERIDEEN

2.4.2 Strategisches Ziel

Die hohen Lärm- und Luftbelastungen, insbesondere durch Industrie, Hausbrand und Verkehr, sollen verringert und zusätzliche Belastungen vermieden werden.

ERLÄUTERUNG: Die menschliche Gesundheit soll vor schädlichen Auswirkungen und Belästigungen durch Immissionen, insbesondere in Bezug auf Lärm und Luftschadstoffe, geschützt werden.

Bestehende Immissionskonflikte sollen deutlich entschärft werden. Für ein attraktives Wohnumfeld und Straßenräume mit Aufenthaltsqualität sollen die verkehrsbedingten Emissionen durch Verkehrsvermeidung, Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs und des Fuß- und Radverkehrs sowie eine umwelt- und stadtvträgliche Verkehrslenkung reduziert werden. Die Ausweisung von Flächen für verkehrserzeugende Nutzungen wie Logistik und Industrie soll in sensiblen Bereichen wie Wohngebieten und Freiräumen als ruhige Rückzugsbereiche vermieden werden. Die Bereiche des Stadtgebiets, in denen geringe Immissionen vorhanden sind, müssen im Hinblick auf die Gesundheitsvorsorge erhalten und weiter ausgebaut werden, um insgesamt eine Verbesserung des Gesundheitsschutzes und eine Steigerung der Lebensqualität in Duisburg zu erreichen. Insbesondere ruhige, wohnungsnaher Freiräume sollen als wichtige Erholungsbereiche erhalten und ausgebaut werden.

Durch die Einhaltung von Schutzabständen zwischen emittierenden und sensiblen Nutzungen sowie der Förderung einer emissionsarmen Energieerzeugung und der Verlagerung von Verkehren auf emissionsärmere Verkehrsträger sollen Belastungsschwerpunkte vermieden, entschärft und beseitigt werden. Im Bereich von Belastungsschwerpunkten wird eine emissionsarme Nachnutzung angestrebt.

Die zukünftige Stadtentwicklung soll auf die Siedlungskerne mit ihrem guten Infrastrukturanangebot und leistungsstarken ÖPNV-Haltepunkten konzentriert werden, um so die Immissionsbelastungen durch den motorisierten Verkehr zu verringern.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Schutz und Ausbau ruhiger Gebiete	Steuerung der Ansiedlung von Anlagen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz im Rahmen der Bauleitplanung
Schutz, Ausbau und Vernetzung lufthygienischer Ausgleichsräume	Erstellung und Umsetzung integrierter und regional abgestimmter Konzepte zur Emissionsminderung
Umsetzung und Fortführung der Lärmschutzaktionsplanung und der Luftreinhalteplanung	Förderung Umweltverbund

Verringerung der Umweltbelastungen zum Schutz und zur Regeneration aller Lebensmedien [Bewusstsein für klimagerechte Mobilität stärken; Reduzierung der Emissionen von der Industrie; keine weiteren umweltbelastenden Industrieansiedlungen; Entzerrung von Gemengelagen] [17]

DUISBÜRGERIDEEN

2.4.3 Strategisches Ziel

Zur Verbesserung des Lokalklimas und der Luftqualität sollen die Luftleitbahnen und die Gebiete, die der Kalt- und Frischluft-erzeugung dienen, erhalten und weiterentwickelt werden.

ERLÄUTERUNG: Das angestrebte Netzwerk aus Grünzügen und Gewässern sowie die kleinteilige Vernetzung von grünen und blauen Freiräumen sind Chancen, klimatische Beeinträchtigungen zu mindern und die Durchlüftung der bebauten Bereiche zu verbessern. Bedeutsame Belüftungsbahnen sollen von Bebauung und Emittenten freigehalten werden. Große Freiflächen sollen als regional bedeutsame Kalt- und Frischluftproduktionsgebiete ebenso erhalten werden wie die großen Park- und Grünflächen als wohnungsnah klimatische Ausgleichsräume. In klimatisch belasteten Siedlungsbereichen soll darauf hingewirkt werden, Luftschadstoffbelastungen zu minimieren, die Verdunstungsrate zu verbessern und der Überhitzung von Siedlungsstrukturen entgegenzuwirken. Um die Folgen des Klimawandels auf die menschliche Gesundheit zu mindern, soll der Entstehung von Hitze-Inseln durch vorsorgende Maßnahmen begegnet werden.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Erarbeitung eines Stadtklimakonzepts	Erhalt, Ausbau und Vernetzung von klimarelevanten Grün- und Freiflächen im Siedlungsbereich
Verbesserung der Vernetzung stadtbedeutsamer Kalt- und Frischluftleitungen	Umsetzung des dualen Klimakonzepts (Teil B – Strategie zur Anpassung an den Klimawandel)
Freihaltung der Luftleitbahnen von Bebauung und Emittenten	

Erhalt und Entwicklung klimatischer Ausgleichsräume (Vermeidung von Bodenversiegelung)

Verbesserung klimatisch belasteter Räume (Verbesserung der Verdunstungsrate, Durchgrünung, Begrünung von Gebäuden, Reduzierung von Emissionen)

Irrondierung und Erweiterung der Natur- und Landschaftsschutzgebiete; Schaffung naturnaher Landschaftsstrukturen; Umsetzung der Biotopverbundplanung im Flächennutzungsplan und Berücksichtigung bei Planungen) [9]

Berücksichtigung des Klimawandels und Klimaschutzes bei der Stadtplanung (Verbesserung des Stadtklimas/Kleinklimas) [14]

Großräumige Vernetzung von Grünflächen (Erschließung fehlender [Grün-]Verbindungen; Schaffung von Grünzügen und Wegeverbindungen) [20]

Schaffung von Grünzügen/Verbindung einzelner Grünflächen [26]

DUISBÜRGERIDEEN

2.4.4 Strategisches Ziel

Für den Klimaschutz sollen der Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen bei der Energieerzeugung gesenkt werden. Der Anteil umweltverträglicher und erneuerbarer Energieträger soll erhöht werden.

ERLÄUTERUNG: Rund zwei Drittel des privaten Energieverbrauchs entfallen in Duisburg auf den Wärmebedarf der privaten Haushalte. Für den Klimaschutz steht daher die energetische Sanierung des Gebäudebestands im Vordergrund. Energetische Lösungen sollen unter Berücksichtigung und Erhalt siedlungsstruktureller Besonderheiten oder der Eigenart der Gebäude erfolgen.

Die im Zusammenhang mit der Energieerzeugung entstehenden CO₂-Emissionen sollen durch die Nutzung von Fernwärme in dichten Siedlungsbereichen reduziert werden. In peripheren Siedlungsbereichen mit geringerer Bebauungsdichte soll verstärkt eine dezentrale Versorgung zum Beispiel mit Blockheizkraftwerken erfolgen. Durch die Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung sowohl im Fernwärme- als auch im Nahwärmebereich soll der Wirkungsgrad bei der Energieerzeugung erhöht werden. Technische Maßnahmen zur Wirkungsgradsteigerung bei der Energieerzeugung, zum Beispiel durch den städtischen Versorger, sollen die CO₂-Emissionen reduzieren.

Eine weitere Reduzierung der CO₂-Emissionen soll durch den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energiequellen bei der Energieerzeugung erfolgen. Dazu sollen sich die Stadtwerke bei der Energiegewinnung zunehmend an Projekten beteiligen, die auf die Erzeugung regenerativer Energien an geeigneten Standorten, auch außerhalb Duisburgs, setzen. Darüber hinaus soll durch eine enge Abstimmung zwischen Energie- und Bauleitplanung die private, dezentrale Nutzung von regenerativen Energien begünstigt werden.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Umsetzung des dualen Klimakonzepts (Teil A – Klimaschutz)	Erstellung Energieversorgungskonzept (Ausbau der Nah- und Fernwärme)
Energetische Optimierung des städtischen Gebäudebestands	Entwicklung von Modellprojekten für den energieeffizienten Umbau von Quartieren
Einrichtung der »KlimaAgentur Duisburg«	

Reduzierung des Energieeinsatzes sowie Förderung erneuerbarer Energieträger und der Energieeffizienz (ökologische Anforderungen an Neubauprojekte stellen; energetische Sanierung fördern) [12]

Berücksichtigung des Klimawandels und Klimaschutzes bei der Stadtplanung (Erarbeitung Dualen Klimakonzept)[14]

DUISBÜRGERIDEEN



inHaus

2.5 Zukunftsbild Weltoffen. An Rhein und Ruhr verankert.

- Standortvorteil von regional bis international: Leben, Wohnen, Arbeiten in bester Lage
- Anziehungspunkt in der Region für Einkauf, Sport, Kultur: mehr Erleben in der Stadt
- Regionale und lokale Kompetenzen genutzt: international profiliert, global positioniert

2.5.1 Strategisches Ziel

Bedeutende Projekte und vorhandene Standortqualitäten sollen genutzt werden, um Standorte mit besonderen Potenzialen zu markenbildenden, regional und überregional bedeutsamen Wohn- und Wirtschaftsstandorten zu entwickeln.

ERLÄUTERUNG: Die Nähe zur Wachstumsregion Düsseldorf mit seinem internationalen Flughafen, die gute regionale Erreichbarkeit innerhalb der Metropolregion Rhein-Ruhr, die Verbindungen in die Niederlande und nach Belgien auch über die Wasserstraßen sowie das Vorhandensein von Standorten mit hoher Lagequalität und eine urbane Angebotsvielfalt sind ausbaufähige Potenziale der Stadt. Standorte mit besonderen Qualitäten sollen perspektivisch zu markenbildenden Wohn- und Wirtschaftsstandorten entwickelt werden.

Durch gezieltes Marketing sollen Duisburgs Standortqualitäten regional und überregional bekannt gemacht werden, um die Entwicklung einzelner Standorte mit positiven Wirkungen für die Gesamtstadt zu fördern. Dazu sollen bedeutende Projekte realisiert werden, vergleichbar mit dem Sportpark Duisburg, dem Innenhafen, dem RheinPark oder der Wohnentwicklung Wedau/Bissingheim.

Beispielhafte Handlungsansätze:
Beteiligung an regionalen Netzwerken

Entwicklung von herausragenden Einzelprojekten

Wettbewerbsverfahren zur Qualitätssicherung

Vermarktung des Standorts Duisburg

Umsetzung von Masterplänen, insbesondere Innenstadt und Ruhrort

RheinPark Duisburg



Verbesserung der wirtschaftlichen Vielfalt und Entwicklung [Weiterentwicklung des Logistikzentrums Duisburg; Förderung der Kreativwirtschaft; Stärkung des Wissenschaftsstandorts Duisburg] [22]

DUISBÜRGERIDEEN

2.5.2 Strategisches Ziel

Duisburg soll über die international bekannten Stärken des Hafens und der Stahlindustrie hinaus sein Profil verstärkt als technologie- und wissensbasierter Wirtschaftsstandort entwickeln.

ERLÄUTERUNG: Die Weiterentwicklung des internationalen Profils und der Ausbau von Partnerschaften sollen die Attraktivität des Standorts Duisburg insbesondere für technologie- und wissensbasierte Unternehmen erhöhen und die Position im internationalen Wettbewerb im Zuge der Globalisierung verbessern.

Mit dem größten Binnenhafen und als größter Stahlstandort Europas verfügt Duisburg bereits über international bedeutende Alleinstellungsmerkmale und Wettbewerbsvorteile. Daran anknüpfend und zusammen mit weiteren Standortqualitäten wie zum Beispiel der hervorragenden Erreichbarkeit und der Nähe zum Flughafen Düsseldorf, international beachteten Städtebauprojekten wie dem Innenhafen und dem Landschaftspark Nord, den Entwicklungspotenzialen am Wasser und der Universität Duisburg-Essen soll das internationale Profil weiterentwickelt werden.

Bereits vorhandene sowie neue unternehmerische und wissenschaftliche Netzwerke auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene sollen gefördert werden, um den Fokus global agierender Unternehmen auf den Standort Duisburg zu lenken. Die Partnerschaften zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und lokalen Akteuren bilden dabei eine Basis für positive Effekte in den Bereichen des Wissens- und Ausbildungstransfers.

Beispielhafte Handlungsansätze:
Standortmarketing

Aufbau und Ausbau von bestehenden städtischen Netzwerken

Regionale Arbeitsteilung in der Logistik

Profilbildung zum Wissens- und Wirtschaftsstandort, aufbauend auf dem bestehenden »Raum-Cluster«

Wirtschaftsstandorts Duisburg] [22]

DUISBÜRGERIDEEN

2.5.3 Strategisches Ziel

Der Einzelhandelsstandort Duisburg soll in seiner regionalen und überregionalen Bedeutung durch eine städtebauliche Aufwertung und funktionale Ergänzung der zwei Hauptzentren zu attraktiven Stadträumen mit urbaner Angebotsvielfalt gestärkt werden.

ERLÄUTERUNG: Die Etablierung Duisburgs im regionalen und überregionalen Wettbewerb erfordert den Erhalt und die Stärkung der oberzentralen Versorgungsfunktion. Durch eine Neuorientierung der Zentrenstruktur und die Ausrichtung auf zwei Hauptzentren kann die regionale und überregionale Bedeutung gesteigert und Duisburg als Oberzentrum mit entsprechendem Einzelhandelsangebot etabliert werden. Eine Stärkung der qualitativen Angebotsvielfalt wird ebenso angestrebt wie die Erweiterung unterrepräsentierter Angebote. Langfristig soll eine Erhöhung der Zentralität auf mindestens 120 % erreicht werden.

Die Duisburger Innenstadt bietet zum Beispiel mit der Königstraße und dem Innenhafen bereits vielfältige städtebauliche Qualitäten und Potenziale, um sie für den Stadt-, Freizeit- und Einkaufstourismus funktional und städtebaulich im Sinne des Masterplans Innenstadt weiterzuentwickeln.

Die in unmittelbarer Nähe zueinander liegenden Siedlungskerne Alt-Hamborn und Marxloh erfüllen zusammen bereits heute für den bevölkerungsstarken Duisburger Norden zentrale, mit ihren besonderen Einzelhandelsstrukturen und Angebotschwerpunkten auch überregionale Funktionen. Eine städtebauliche und funktionale Aufwertung der beiden Ortskerne und des sie verbindenden Entwicklungsbereichs soll das zweite Hauptzentrum unterstützen.

*Beispielhafte Handlungsansätze:
Umsetzung des Einzelhandels-
und Zentrenkonzepts*

Umsetzung des Masterplans Innenstadt

*Stärkung und Weiterentwicklung der
Innenstadt*

*Stärkung und Weiterentwicklung des
Zentrums Hamborn/Marxloh*

*Erhalt und Revitalisierung attraktiver Zentren
[Erhalt und Belebung der Ortskerne; Stärkung Einzel-
handel/Gastronomie] [15]*

DUISBÜRGERIDEEN

2.5.4 Strategisches Ziel

Ein eigenständiges kulturelles Profil Duisburgs innerhalb der Kulturregion Rhein-Ruhr soll durch regionale Abstimmung und Vernetzung entwickelt und gestärkt werden.

ERLÄUTERUNG: Eine regional abgestimmte, inhaltliche Schwerpunktsetzung unter Berücksichtigung der kulturellen Markenzeichen und Aushängeschilder Duisburgs, wie zum Beispiel die Duisburger Philharmoniker, die Deutsche Oper am Rhein, die Duisburger Museen für Moderne Kunst und Internationale Skulptur, die Duisburger Tanztage und den Landschaftspark Nord, trägt zusammen mit der besonderen Lage Duisburgs an der Schnittstelle zwischen Ruhrgebiet, Rheinschiene und Niederrhein dazu bei, die regional bedeutsamen Kulturangebote weiter aufrechtzuerhalten und zu stärken. Entsprechend der zunehmend regionalen Wahrnehmung und Nutzung von Kulturangeboten soll die weitere Vernetzung, Weiterentwicklung und Vermarktung mit den etablierten Kulturstandorten der Region angestrebt werden.

*Beispielhafte Handlungsansätze:
Erhalt und qualitative Stärkung
kommunaler Kulturangebote*

*Regionale Abstimmung der kulturellen
Schwerpunkte und Markenzeichen*

*Bündelung von Kultur- und Wirtschafts-
förderung sowie Stadtentwicklungsplanung*

*Schaffung eines umfassenden Bildungs- und
Kulturangebots [Vernetzung aller Initiativen und
Projekte] [25]*

DUISBÜRGERIDEEN

Duisburger Philharmoniker



2.5.5 Strategisches Ziel

Die Stärken Duisburgs als regionaler und überregionaler Sport- und Freizeitstandort sollen weiterentwickelt werden.

ERLÄUTERUNG: Für die Wahrnehmung Duisburgs als regionaler und überregionaler Sport- und Freizeitstandort sollen die bedeutenden Sport- und Freizeitschwerpunkte genutzt und weiterentwickelt werden. Dazu zählen Standorte wie der Sportpark Duisburg, der Landschaftspark Nord, die Sechs-Seen-Platte, national und international bekannte Sportveranstaltungen und Wettkämpfe sowie Sportarten wie der Frauenfußball, die über die Grenzen Duisburgs hinaus bekannt sind.

Daneben sollen der Städte- und Freizeittourismus und die Ansiedlung von sport- und gesundheitsbezogenen Wirtschaftszweigen gefördert werden, um diese Potenziale im Zusammenhang mit den Stärken im Sport- und Freizeitbereich zu nutzen.

Sport- und Freizeitangebote sollen in Verbindung mit Grün- und Freiraumprojekten entwickelt werden, um der steigenden Bedeutung von Freizeitsport außerhalb von Sportstätten und dem Aspekt der Gesundheitsförderung gerecht zu werden. Bedeutende regionale Grünzüge für die Naherholung wie die Rheinauen, das Ruhrtal und das Emschertal sollen mit angrenzenden Freiräumen zu einem Netzwerk innerhalb der Region verknüpft werden. In das Netzwerk sollen bewegungsfördernde Angebote wie Fuß-, Wander- und Radwegeverbindungen sowie Fitnesspfade integriert werden. Dabei sollen einerseits Bereiche für den Biotop- und Artenschutz durch Besucherlenkung geschützt und andererseits die Möglichkeit geboten werden, Natur zu erleben.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Umsetzung des Rahmenplans Sportpark Duisburg

Profilierung Duisburgs als Sportstadt

Stärkung und Ausbau kommunaler Sport- und Freizeitangebote [Bewegungsräume]

Ausbau und Stärkung touristisch relevanter Stadträume [z. B. Landschaftspark Nord, Zoo Duisburg]

Weiterentwicklung Duisburgs als Sport-, Freizeit- und Gesundheitsstadt [Sicherung, Ausbau und Attraktivierung von Sport- und Freizeitmöglichkeiten/-angeboten für alle Bevölkerungsgruppen; Verknüpfung und Verbindung von Sportstätten] [10]

Schaffung eines umfassenden Bildungs- und Kulturangebots [Vernetzung aller Initiativen und Projekte] [25]

DUISBÜRGERIDEEN

Kanuregatta im Sportpark Duisburg



2.6

Zukunftsbild

Zu neuen Ufern! Leben am Wasser.

- **Ein Element, das prägt: Wasser gestaltet**
- **Die Stadt rückt ans Wasser: Gewässerlandschaft urban und grün erleben**
- **Wasser vernetzt: Flüsse und Seen als Rückgrat von Freiraum und Stadtraum**

2.6.1 Strategisches Ziel

Wasser soll als Leitthema für die zukünftige Stadtentwicklung dienen. Durch die Gestaltung mit dem Element Wasser sollen neue städtebauliche und freiraumbezogene Qualitäten geschaffen werden.

ERLÄUTERUNG: Die Einbeziehung des Elements Wasser eignet sich in Duisburg in besonderem Maße, um hohe städtebauliche und freiraumbezogene Qualitäten in den Siedlungsräumen zu erzielen und um das Potenzial Wasser als duisburgspezifische Marke zu prägen. Alle Duisburger Bezirke bieten individuelle Möglichkeiten, am und mit Wasser identitätsstiftende Bereiche für Wohnen, Dienstleistungen und Freizeit zu entwickeln. Insbesondere Ruhrort, Kasserfeld und die Innenstadt bieten sich an, ein »Duisburger Hafenflair« zu vermitteln.

Neben dem Innenhafen als wohl bekanntestes Projekt für die Gestaltung eines Quartiers mit und am Wasser verfügt Duisburg schon heute über eine Anzahl von Ansätzen, wie zum Beispiel den RheinPark in Hochfeld, den Hafentadtteil Ruhrort, die Brunnenmeile auf der Königstraße oder Rheinorange, als Hinweis auf den Zusammenfluss von Rhein und Ruhr, die das Element Wasser aufgreifen. Identitäts- und stadtbildprägende Merkmale sollen bei der Gestaltung des Stadt- und Landschaftsbilds, bei der Neu- bzw. Umgestaltung von Siedlungsbereichen an den Fließgewässern, Seen oder Häfen, bei der Entwicklung von Nutzungen am und auf dem Wasser und bei der Errichtung von Anlagen in Verbindung mit Wasser eine wesentliche Gestaltungsrolle spielen.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Konzeption zur Aufwertung des Stadtbilds durch Wasser und zur Stärkung der Erlebbarkeit von Wasser in der Stadt
[Masterplan Wasser]

Berücksichtigung eines Masterplans Wasser bei städtebaulichen Wettbewerben

Aufwertung des Gewässerumfelds zu »Erlebnissräumen«

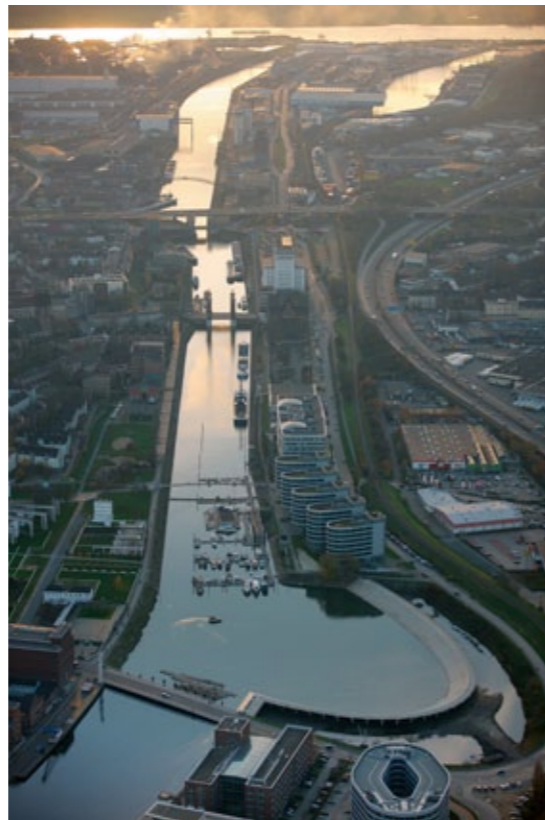
Schaffung attraktiver Zielpunkte am Wasser

Öffnung und Renaturierung technisch verbauter Fließgewässer

Mit Wasser gestalten

Schaffung von Zugängen/Bessere Anbindung an die Gewässer [27]

DUISBÜRGER IDEEN



2.6.2 Strategisches Ziel

Flächen mit Bezug zum Wasser sollen entsprechend ihren Potenzialen für die Entwicklung der Stadt zum Wasser genutzt und unabhängig von der Nutzung für die Menschen erlebbar werden.

ERLÄUTERUNG: Wasserlagen sind für die Wohn-, Freizeit-, Büro- und Dienstleistungsentwicklung und Gewerbeansiedlung ein wesentliches Standortpotenzial, um im Wettbewerb um Einwohner und Unternehmen bestehen zu können. Für eine Umstrukturierung zur Verfügung stehende Flächen am Wasser sollen dafür genutzt werden, die Stadt ans Wasser heranzuführen, neue Zugänge zu schaffen und für die Menschen wieder erlebbar und nutzbar zu machen.

Durch die Entwicklung von zukunftsweisenden Wohnprojekten am Wasser sollen die besonderen Vorzüge der Duisburger Gewässerlandschaft genutzt werden, um zum einen attraktive und hochwertige Wohnangebote mit Anziehungskraft über Duisburg hinaus zu schaffen und zum anderen die Wasserlagen stärker in den Siedlungsraum einzubinden. Beispiele hierfür sind die Entwicklung der Rheinfront in Alt-Homberg oder die geplante Wohnentwicklung in Wedau/Bissingheim.

Aktuell und perspektivisch verfügt Duisburg über ein großes Potenzial von Entwicklungsflächen für Büro- und Dienstleistungsstandorte in Wasserlage und mit guter Erreichbarkeit, zum Beispiel der RheinPark in Hochfeld und der Hafentadtteil Ruhrort mit der Mercatorinsel.

Durch die Mobilisierung von Flächen auf bereits genutzten oder untergenutzten Industrie- und Gewerbearealen bieten sich zudem Ansiedlungsmöglichkeiten für gewerbliche Nutzungen, sodass bereits vorhandene Schwerpunkte wie der Hafen Ruhrort und der Rheinpreußenhafen weiter gestärkt und keine weiteren Wasserlagen in Anspruch genommen werden. Diese Potenziale sollen genutzt werden, um die Ansiedlung neuer Unternehmen zu fördern.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Konzeptionen und Rahmenplanungen für Flächen in Wasserlage (unter Berücksichtigung des Grünordnungs- und Freiraumentwicklungskonzepts)

Potenzialanalyse für die verschiedenen Nutzungen am Wasser

Entwicklung von wasseraffinen Projekten [Mercatorinsel, Alt-Homberg an den Rhein]

Schaffung von Zugängen zu den Uferbereichen und von Wegeverbindungen entlang von Still- und Fließgewässern

Schaffung von Zugängen/Bessere Anbindung an die Gewässer [27]

DUISBÜRGER IDEEN

2.6.3 Strategisches Ziel

Die Gewässerlandschaft soll als Rückgrat der Grün- und Freiraumentwicklung und für den Hochwasserschutz naturnah gestaltet sowie in ihrer Zugänglichkeit zur Naherholung verbessert werden.

ERLÄUTERUNG: Fließgewässer, insbesondere Rhein und Ruhr, Kanäle, Seen und ihre Randbereiche, sollen als ein Rückgrat des Grün- und Freiraumsystems sowie des Naturschutzes weiterentwickelt werden. Uferbereiche, die bisher nicht erreichbar und nutzbar sind, sollen – ausgenommen die Gewässerabschnitte, die dem Naturschutz dienen – zugänglich gemacht und möglichst naturnah aufgewertet werden.

Die Gewässerlandschaft soll in das gesamtstädtische Grün- und Freiraumnetz durch begleitende durchgängige Fuß- und Radwege, die Weiterentwicklung attraktiver Zielpunkte und den Rückbau von Barrieren integriert werden.

Die verschiedenen Sport- und Bewegungsangebote auf und am Wasser sollen für ein attraktives Freizeitangebot sorgen. Dabei sollen einerseits Wasserflächen geschützt und andererseits die Möglichkeit geboten werden, Natur und Wasser zu erleben. Durch eine naturnahe Umgestaltung der weitgehend veränderten bzw. künstlich angelegten Duisburger Gewässer sowie ihrer Ufer und Randbereiche sollen diese in ihrer ökologischen Funktion und als Retentionsraum bei Hochwasser gestärkt werden. Naturnahe Flussauen besitzen bei Hochwasser eine höhere Speicherkapazität. Insbesondere an kleineren Fließgewässern sollen frühere Überschwemmungsgebiete durch eine naturnahe Umgestaltung der Gewässer und ihrer Randbereiche zurückgewonnen werden. Die Randbereiche haben eine besondere Bedeutung für die Qualität der Still- und Fließgewässer, da durch ihre puffernde Wirkung Schadstoffeinträge reduziert werden.

*Beispielhafte Handlungsansätze:
Knüpfung eines Netzwerks aus Grünverbindungen entlang der Still- und Fließgewässer*

*Erstellung eines Entwicklungs- und Unterhaltungskonzepts Seen
[Definition von Nutzungszonen]*

Erarbeitung von Konzepten zur Vernetzung von Gewässern zu besserer Wassersteuerung und besserem Wasseraustausch

Ermittlung und Ausweisung relevanter Überschwemmungsgebiete und hochwassergefährdeter Gebiete für alle potenziell gefährdeten Gewässer

Ökologische Aufwertung der Gewässer nach dem Maßnahmenprogramm der Wasserrahmenrichtlinie

*Erstellung von Hochwasseraktionsplänen
Umsetzung des dualen Klimakonzepts
[Teil B – Strategie zur Anpassung an den Klimawandel]*

Einführung eines Monitorings für alle Duisburger Gewässer

Entwicklung von Konzepten zum Umgang mit hoch anstehendem Grundwasser

Sicherung, Schutz und Erweiterung qualitätsvoller und individueller Freiräume/Grünflächen und Erholungsflächen [Schaffung naturnaher Landschaftsstrukturen] [9]

DUISBÜRGER IDEEN

Naturschutzgebiet Rheinaue Walsum



2.7

Zukunftsbild

Die Stadt hat, was uns verbindet.

- **Willkommen zu Hause: Stadträume laden ein**
- **Stadtbild mit vielen Gesichtern: verbunden mit der Geschichte, offen für Neues**

2.7.1 Strategisches Ziel

Das kulturelle Erbe, stadtbildprägende und identitätsstiftende Siedlungen, Ensembles, Bauwerke, Landmarken, Grün- und Freiräume sollen zur Identifikation und Markenbildung erhalten sowie neue Akzente und Qualitäten geschaffen werden.

ERLÄUTERUNG: Die besonderen Potenziale und Alleinstellungsmerkmale von architektonischer, kultureller, historischer, städtebaulicher, landschaftlicher oder künstlerischer Bedeutung, insbesondere bedeutende Bau-, Boden- und Naturdenkmäler, sollen zur Bewahrung und Weiterentwicklung der Ortsverbundenheit und zur Markenbildung der Stadt sowie ihrer Bezirke und Ortsteile genutzt werden. Die Duisburg prägenden Kontraste zwischen Stadt-, Kultur- und Industrielandschaft sollen inszeniert und um spannungsreiche Akzente ergänzt werden.

Vorhandene architektonische, städtebauliche und Freiraumqualitäten sollen gesichert und sensibel weiterentwickelt werden. Bei zukünftigen Entwicklungen sollen neue Qualitäten geschaffen werden, damit identitätsstiftende Bereiche mit besonderer Attraktivität für eine gesamtstädtische Wahrnehmung entstehen.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Entwicklung von Stadtteilkonzepten und Masterplänen

Erhalt, Hervorhebung sowie Inszenierung von besonderen Orten, Landmarken, Natur- und Baudenkmalern, Kunstwerken im öffentlichen Raum

Herausarbeitung städtebaulicher Qualitäten und ortsspezifischer Gestaltungsprinzipien [barrierefreie Gestaltung, Einleitung von Denkmalverfahren, Wiedernutzbarmachung von prägenden Gebäuden, Förderung von Wettbewerbsverfahren]

Beteiligung der Akteure vor Ort

Strukturelle Besonderheiten erhalten und fördern (Erhaltung und Betonung von Sehenswürdigkeiten, historischer Infrastruktur und identitätsstiftenden Zeitzeugen der Industriekultur / Kulturdenkmäler; Verbesserung des Stadtbilds) [28]

DUISBÜRGERIDEEN

SchachtZeichen der Zeche Friedrich Thyssen 1/6



2.7.2 Strategisches Ziel

Öffentliche Räume sollen entsprechend ihrer jeweiligen städtebaulichen Bedeutung als identitätsstiftende Orte für Aufenthalt, Kommunikation und Bewegung sowie als stadtbildprägende Eingänge gestaltet und aufgewertet werden.

ERLÄUTERUNG: Die Qualität der öffentlichen Räume wirkt sich unmittelbar auf die Wahrnehmung und Attraktivität Duisburgs aus. Die Gestaltung von Ortseingängen, Plätzen, Fußgängerzonen, Grünanlagen und Räumen mit Aufenthaltsqualität soll die Identifikation mit der Stadt unterstützen. Gleichzeitig trägt die multifunktionale und flexible Nutzbarkeit von Plätzen, Grün- und Freiflächen sowie Verkehrswegen innerhalb des Siedlungsraums dazu bei, Aufenthalt, Kommunikation, Zusammenleben und Bewegung im öffentlichen Raum zu fördern. Darüber hinaus soll die Zugänglichkeit von öffentlichen Räumen barrierefrei – im Sinne des »Designs für Alle« – gestaltet werden.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Konzeptionen für die Gestaltung der öffentlichen Räume [städtebauliche Aufwertung von Plätzen und Stadt- und Ortsteileingängen]

Entwicklung von Gestaltungsgrundsätzen für den öffentlichen Raum [barrierefreie Gestaltung, Verkehrsberuhigung]

BauhausKarree



Förderung des Zusammenlebens / Zusammenhalts in den Stadtteilen [Räume der Begegnung für Menschen aller Altersklassen und Nationalitäten schaffen] [6]

Wohnen und Leben im Stadtbezirk zukunftsorientiert gestalten [Verbesserung des Wohnumfelds; Vernetzung, Umgestaltung und Aufwertung von Plätzen und Treffpunkten] [7]

Erhalt und Revitalisierung attraktiver Zentren [Umgestaltung und Aufwertung von Plätzen; Erhalt und Belebung der Ortskerne] [15]

Strukturelle Besonderheiten erhalten und fördern [Verbesserung des Stadtbilds] [28]

DUISBÜRGERIDEEN

2.8 Zukunftsbild Zukunft gestalten: gemeinsam planen, gemeinsam handeln.

- **Die gleichen Ziele im Blick: für eine nachhaltige Entwicklung**
- **Verantwortungsvoll entscheiden: kommunales Handeln aktiv und konsequent gestalten**
- **Stadt zum Mitmachen: die engagierte Stadtgesellschaft hat mehr Möglichkeiten**



2.8.1 Strategisches Ziel

Investitionen der verschiedenen Ressorts der Stadt Duisburg werden auf die vom Rat beschlossene Stadtentwicklungsstrategie abgestimmt, insbesondere unter Berücksichtigung langfristiger Wirkungen auf die Gesamtstadt.

ERLÄUTERUNG: Durch die Stadtentwicklungsstrategie Duisburg2027 und den neuen Flächennutzungsplan werden räumliche Schwerpunkte, wie auch fachliche Zielrichtungen, für ein abgestimmtes Verwaltungshandeln definiert.

Damit ist sie eine wichtige Beurteilungsgrundlage für die zukünftige Finanz- und Fördermittelplanung, die auch im Rahmen der Gesellschafterziele bei den städtischen Gesellschaften Berücksichtigung finden muss.

Zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der Stadt Duisburg soll die Stadtentwicklungsstrategie Duisburg2027 kontinuierlich überprüft und an die sich verändernden Bedarfe angepasst werden.

Beispielhafte Handlungsansätze:

Aufbau einer interdisziplinär besetzten Organisationsstruktur zur Steuerung der Umsetzung der Strategie für Wohnen und Arbeiten

Ausarbeitung eines Verfahrensansatzes als Hilfe für die politischen Entscheidungsträger (Überprüfung der operativen Umsetzung)

Entwicklung eines indikatorengestützten Prüfsystems

Controlling



Duisburger Rathaus

2.8.2 Strategisches Ziel

Für die Umsetzung der vom Rat beschlossenen Stadtentwicklungsstrategie und ihrer Schwerpunkte sollen kommunale Investitionen und Leistungen durch ein aktives und zielgerichtetes Fördermittelmanagement unterstützt werden.

ERLÄUTERUNG: Die verfügbaren Mittel aus dem kommunalen Haushalt der Stadt Duisburg sollen durch ein aktives und zielorientiertes Fördermittelmanagement ergänzt werden. Dazu sollen die im Rahmen der Stadtentwicklungsstrategie Duisburg2027 identifizierten Handlungsschwerpunkte besonders berücksichtigt werden.

In diesem Zusammenhang ist der Aufbau und die Vertiefung von lokalen, regionalen und insbesondere europaweiten Netzwerken und Partnerschaften entscheidend, um auf Förderschwerpunkte Einfluss zu nehmen, vorhandene Fördermittel aktiv einzuwerben und Informationen über aktuelle Fördermöglichkeiten zu erhalten. Hierfür müssen auch die institutionellen Voraussetzungen in der Verwaltung geschaffen werden, um ein gezieltes Fördermittelmanagement betreiben zu können.

*Beispielhafte Handlungsansätze:
Fördermittelmanagement*

Ausbau von Netzwerken und Partnerschaften auf europäischer und regionaler Ebene

Verbesserung der Europakompetenz der politischen Entscheidungsträger und der Verwaltung

Gezielte »Lobbyarbeit« der Stadt Duisburg

Initiierung von Impulsprojekten und Nutzung von Synergieeffekten für den Wandlungsprozess [29]

DUISBÜRGER IDEEN



Duisburg 2027

2.8.3 Strategisches Ziel

Die Handlungsfähigkeit der Stadt Duisburg als maßgeblicher Akteur auf dem Bodenmarkt soll durch ein kommunales Flächenmanagement langfristig gesichert werden, das der vom Rat der Stadt beschlossenen Stadtentwicklungsstrategie folgt.

ERLÄUTERUNG: Eine an langfristigen Zielen ausgerichtete raumbezogene Stadtentwicklungspolitik und deren nachhaltige Durchsetzung erfordert eine starke kommunale Position. Dafür ist ein kommunales Flächenmanagement aufzubauen, um einen verantwortungsvollen, nachhaltigen und strategischen Umgang mit der begrenzten Ressource Fläche sicherzustellen und Flächennutzungen hinsichtlich ihrer Lage, Qualität und Menge entsprechend den Zielen der Stadtentwicklungsstrategie zu steuern. Im Rahmen des Flächenmanagements sind Flächen und ihre Nutzungen bzw. spezifischen Potenziale sowohl unter ökonomischen, ökologischen, sozialen und gesundheitsbezogenen Gesichtspunkten wie im Hinblick auf ihre gesamtstädtische Bedeutung und langfristige Wirkung auch für nachfolgende Generationen zu bewerten und durch ein abgestimmtes Handeln aller beteiligten Ressorts zu entwickeln.

Die Stadt Duisburg soll einerseits aktiv als Flächeneigentümerin gemäß ihren Zielen tätig werden. Dazu sind eine kommunale Bodenvorratspolitik sowie ein strategisch ausgerichteter Flächenan- und -verkauf erforderlich.

Andererseits soll die Stadt im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit Flächenentwicklungen mit privaten Flächeneigentümern auf partnerschaftlicher und vertraglicher Basis im Sinne der Stadtentwicklungsstrategie Duisburg2027 steuern, um eine nachhaltige Stadtentwicklung zu gewährleisten. Baurecht soll dort geschaffen werden, wo es dazu beiträgt, die Ziele der Stadtentwicklungsstrategie zu erreichen und einen Mehrwert für die Stadt zu erzielen. An den Kosten für Flächenentwicklung sowie den damit in Zusammenhang stehenden Folgekosten sollen die Eigentümer, zum Beispiel durch Abtreten von Grundstücken oder Nutzungsrechten, beteiligt werden. Insbesondere für die Aufbereitung von Brachflächen mit einem Verdacht auf schädliche Bodenveränderungen und Altlasten ist es notwendig, Verursacher oder Flächeneigentümer für Untersuchung und Sanierung in die Pflicht zu nehmen. In Fällen, in denen dies nicht möglich ist, müssen darüber hinaus staatliche Fördermittel für die Sanierung belasteter Böden gewonnen werden.

Beispielhafte Handlungsansätze:

- | | |
|--|---|
| Aufbau eines kommunalen Flächenmanagements verbunden mit einer kommunalen Bodenvorratspolitik [strategisch ausgerichteter An- und Verkauf von Flächen unter Einbindung der Unternehmen im städtischen Besitz oder mit städtischer Beteiligung] | Stärkere Anwendung des Verursacherprinzips bei der Untersuchung und Sanierung von Altlasten |
| Abschöpfung planungsbedingter Wertzuwächse | Fördermittelmanagement für die Sanierung von Altlasten und schädlichen Bodenveränderungen |

Reaktivierung/Wiedernutzung von brachliegenden Flächen [nachhaltiges Flächenmanagement] [31]

DUISBÜRGERIDEEN

2.8.4 Strategisches Ziel

Die Stadtgesellschaft soll an der Gestaltung eines zukunftsfähigen Duisburgs frühzeitig beteiligt und aktiv eingebunden werden. Die Aktivierung und Beteiligung der in Duisburg lebenden Menschen, lokaler Akteure und Interessengruppen soll die zukünftige wirtschaftliche, soziale, kulturelle und ökologische Entwicklung nachhaltig sichern und verbessern.

ERLÄUTERUNG: Die Entwicklung der Stadt als gemeinsamer Lebens- und Wirtschaftsraum liegt in der Verantwortung der Gesamtheit der Stadtgesellschaft. Ohne die aktive Einbindung und Mitnahme der Stadtgesellschaft ist die Realisierung vieler Projekte und Maßnahmen in Zukunft nur noch eingeschränkt möglich. Für eine zukunftsfähige Stadt ist daher die Ausrichtung auf eine von Politik, Bürgern sowie weiteren lokalen Akteuren und Interessengruppen getragene nachhaltige Stadtentwicklungsstrategie entscheidend.

Eine breite aktive Beteiligung und offene, transparente und kooperative Kommunikation zwischen den verschiedenen Akteuren der Stadtgesellschaft, also der in Duisburg lebenden Menschen, Politik, lokalen Akteuren und Interessengruppen, wurde bei der Erstellung der »Strategie für Wohnen und Arbeiten« mit Gründung der Bürgerforen, der Jugendbeteiligung, der Berücksichtigung von Frauenbelangen in der Stadtentwicklung, der Einbindung der Wohnungswirtschaft, der Beteiligung von Kulturschaffenden, dem Beteiligungsprozess »Integration und Stadtentwicklung« sowie der frühzeitigen Einbindung der politischen Entscheidungsträger bereits begonnen und ist für eine erfolgreiche Stadtentwicklung weiterzuentwickeln.

Dabei geht es nicht darum, die Ideen und Vorschläge der in Duisburg lebenden Menschen, lokalen Akteure und Interessengruppen an die Stelle der Entscheidungen des Rates der Stadt zu setzen, sondern durch eine aktive Einbeziehung von Beteiligungsergebnissen für Politik und Verwaltung wichtiges »Vor-Ort-Wissen« zu erschließen und Planungen, Projekte und schließlich die politischen Entscheidungen vorab auf eine breite Basis zu stellen.

Beispielhafte Handlungsansätze:

- | | |
|--|--|
| Konzeption für die Beteiligung der Stadtgesellschaft [Ausbau von Beteiligungs- und Mitwirkungsverfahren] | Einführung eines Bürgerhaushalts |
| Ausbau zielgruppengerichteter Beteiligungsverfahren [junge Menschen, ältere Menschen, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte etc.] | Ausweitung und Intensivierung des Informations- und Beratungsangebots für die Stadtgesellschaft [Serviceleistungen, Internetauftritt, soziale Netzwerke] |
| Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement [Stärkung des Ehrenamts, Unterstützung thematischer bürgerschaftlicher Aktionen] | |

Einbeziehung der Bürger in kommunale Fragen und Entscheidungen [Weiterentwicklung der Beteiligungskultur; Erfahrungsaustausch; bürgerschaftliches Engagement; weitere Beteiligung der Bürgerforen sicherstellen und Bürgerhaushalt einführen] [3]

DUISBÜRGERIDEEN



3.0

Herausforderungen der zukünftigen Stadtentwicklung

Vor welchen Herausforderungen Duisburg bereits heute steht, welche Entwicklungsperspektiven und -chancen sich in Zukunft bieten und wie sich wichtige Rahmenbedingungen für die Stadt gestalten, wurde durch die jeweiligen Fachbereiche und städtischen Gesellschaften in den für die Stadtentwicklung relevanten Handlungsfeldern in Form von Fachkonzepten und -beiträgen erarbeitet. Ausgehend von einer Beschreibung der Ausgangssituation, den jeweiligen Stärken und Schwächen werden im Folgenden für die verschiedenen Handlungsfelder die zukünftig zu erwartenden bedeutenden Entwicklungsperspektiven, wesentlichen Anforderungen und Rahmenbedingungen zusammengefasst dargestellt. Diese bilden den fachlichen Hintergrund für die Entwicklung der strategischen Ziele und Handlungsansätze.

3.1 Duisburg im regionalen und überregionalen Raumgefüge

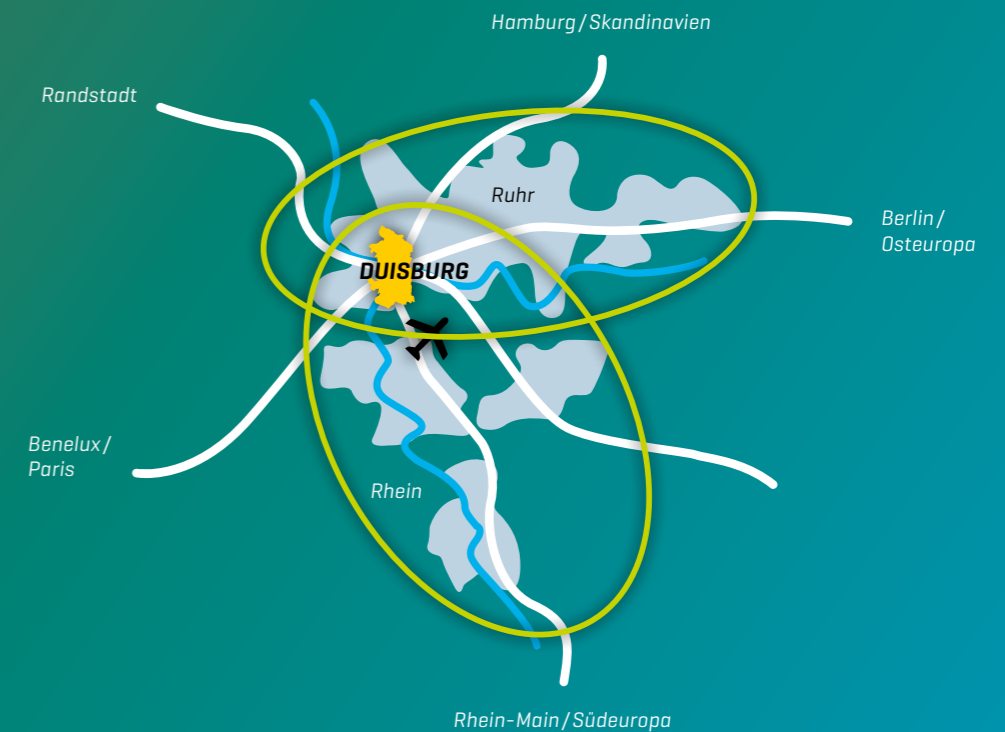
Die Stellung Duisburgs auf regionaler, europäischer und internationaler Ebene steht in einem engen Zusammenhang mit der zentralen geografischen Lage in der Metropolregion Rhein-Ruhr, die neben Paris, London, Randstad und Moskau zu den größten Verdichtungsräumen in Europa gehört. Die seit Jahren gebräuchliche Bezeichnung Duisburgs als »Scharnier« zwischen den Regionen hat an Aktualität nichts eingebüßt. Die Stadt bildet innerhalb der Rhein-Ruhr-Region auch künftig eine wichtige Schnittstelle zwischen den Städten des Ruhrgebiets und denen der Rheinschiene mit Verbindungen bis in die Niederlande.

Zu der besonderen geografischen Lage an Rhein und Ruhr zählt auch die im internationalen Vergleich herausragende verkehrliche Anbindung. Duisburg liegt sowohl im europäischen Fernstraßennetz wie auch im Schienennetz im Schnittpunkt wichtiger Verkehrsachsen. Ebenso ist Duisburg ein bedeutender Knotenpunkt nationaler und europäischer Wasserstraßen und verfügt über den größten Binnenhafen Europas. Der internationale Flughafen Düsseldorf liegt in einer Entfernung von weniger als 20 Minuten von der Duisburger Innenstadt. Die Flughäfen Köln-Bonn, Weeze und Dortmund sind in weniger als einer Stunde zu erreichen. Mit dem PKW oder der Bahn kann Duisburg von 11 Millionen Menschen innerhalb einer Stunde erreicht werden. In einem Radius von 150 km um Duisburg wohnen rund 30 Millionen Menschen.

Duisburg in der Region

Wie vielfältig und mehrschichtig die Verflechtungen Duisburgs in das Umland sind, lässt sich anhand der verschiedenen Zuordnungen zu unterschiedlichen Planungsräumen und Verwaltungseinheiten, aber auch an den Pendlerbeziehungen und dem Einzugsbereich Duisburgs sowie daran, zu welcher Region sich die Duisburger Bevölkerung zugehörig fühlt, erkennen.

Seit Oktober 2009 obliegt dem Regionalverband Ruhr (RVR) die Regionalplanung. Dies wird zwangsläufig zu einer stärkeren Beziehung der Stadt Duisburg zu den Kommunen des Ruhrgebiets führen. Die Zusammenarbeit der Städte wird sich unter der Klammer des Regionalverbands Ruhr intensivieren. Gleichzeitig bleibt die Stadt Duisburg Teil des Regierungsbezirks Düsseldorf, steht im engen Zusammenhang mit dem südlich angrenzenden Raum Düsseldorf und ist Teil des Niederrheins. Die Bezirksregierung Düsseldorf hat weiterhin Aufsichtsfunktionen und ist Genehmigungsbehörde. Der Gebietsentwicklungsplan für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) behält für Duisburg seine Gültigkeit bis zur Erstellung eines neuen Regionalplans durch den RVR. Die übergeordneten Aufgaben im Bereich der Kulturpflege, im Gesundheits-, Schul-, Jugend- und Sozialwesen werden vom Landschaftsverband Rheinland wahrgenommen, der bis in den Rhein-Sieg-Kreis und den Kreis Euskirchen reicht, jedoch nur einen Teil des Ruhrgebiets beinhaltet.



Die Wirtschaftsregion der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer umfasst die Stadt Duisburg und die Kreise Wesel und Kleve. Dieser Raum ist identisch mit der im Rahmen der regionalisierten Strukturpolitik definierten Region Niederrhein. Seit Jahren wird mit wechselnder Intensität, zum Beispiel im Rahmen der sogenannten Niederrheinkonferenz, in Fragen der Wirtschaftsentwicklung sowie der Umwelt- und Verkehrsplanung zusammengearbeitet.

Die verschiedenen freiwilligen und institutionalisierten Formen der interkommunalen Zusammenarbeit sowohl mit Kommunen des Ruhrgebiets als auch mit den Nachbarkommunen und -kreisen entlang des Rheins zeigen sich in einer Vielzahl von Projekten und Handlungsfeldern: zum Beispiel der Internationalen Bauausstellung (IBA) Emscherpark, der Städteregion Ruhr 2030, der Kulturhauptstadt RUHR.2010, der gemeinsamen Präsentation der Metropolregion Rhein-Ruhr auf Immobilienmessen, dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, der Zusammenarbeit verschiedener Verkehrsunternehmen unter dem Begriff »Via«, der Entsorgungsregion Niederrhein, der Universität Duisburg-Essen oder der Theatergemeinschaft Duisburg-Düsseldorf.

Die wirtschaftliche Verflechtung mit den benachbarten Regionen macht die Zahl der Berufsein- und Auspendler deutlich. So wurden in Duisburg 2006 ca. 98.600 Einpendler sowie ca. 83.500 Auspendler gezählt. Dadurch wird die starke Verbindung der Stadt

zu ihrem Umland deutlich. Während Einpendler insbesondere aus Kommunen des Ruhrgebiets und dem Kreis Wesel stammen, pendeln Arbeitnehmer vornehmlich ins Ruhrgebiet und nach Düsseldorf aus.

Duisburg übernimmt als Oberzentrum die Funktion, den spezialisierten, höheren Bedarf an Versorgungsangeboten und Einrichtungen mit überörtlicher Ausstrahlung für das Umland zu decken. Durch die unmittelbare räumliche Nähe zu anderen Oberzentren wie Essen, Düsseldorf und Krefeld stößt die oberzentrale Versorgungsfunktion in vielen Bereichen jedoch schnell an Grenzen. Die bestehenden leichten Überschüsse an Einpendlern sowie die in Duisburg gebundene Kaufkraft aus Stadt und Umland sind für ein Oberzentrum nicht allzu stark ausgeprägt.

Dennoch bietet die enge räumliche Nähe zu anderen Ober- und Mittelzentren auch Chancen. So kann Duisburg sowohl von den Infrastrukturen als auch von der Anziehungskraft der benachbarten Städte, wie zum Beispiel dem Düsseldorfer Flughafen oder dem regionalen Kulturangebot, profitieren. Die regionalen Verflechtungen und die gute regionale Erreichbarkeit bieten Chancen für die zukünftige Entwicklung von Einzelhandel, Wirtschaft, Bildung, Forschung, Wohnen, Freizeit und Kultur, die weit über die Möglichkeiten und Nachfrage hinausgehen, die allein aus dem Stadtgebiet Duisburgs zu generieren sind. Duisburger Wirtschaftsstandorte und Infrastrukturen, etwa die Industriearale von ThyssenKrupp Steel, die Hüttenwerke Krupp

Mannesmann, Logport oder der Hafen Duisburg, die Universität sowie der Sportpark Duisburg oder der Landschaftspark Nord, haben zum Teil seit Jahrzehnten regionale und überregionale Bedeutung. Weitere Entwicklungspotenziale resultieren aus der unmittelbaren Nähe zur wachsenden Region Düsseldorf und der damit verbundenen Nachfrage nach Wohnraum.

Das Zugehörigkeitsgefühl der Duisburger Bevölkerung zu einer bestimmten Region ist nicht eindeutig. Nach einer Umfrage fühlen sich ca. zwei Drittel der Bevölkerung eher als Bürger des Ruhrgebietes. Etwa ein Drittel würden sich eher als Rheinländer bezeichnen. Dabei überwiegt der Anteil der »Rheinländer« in den linksrheinischen Ortsteilen, wo hingegen in den rechtsrheinischen, und hier insbesondere in den Bezirken Innenstadt und den nördlichen Bezirken, der persönliche Bezug zum Ruhrgebiet stärker ist.

Eine eindeutige Zuordnung Duisburgs zu einer einzigen Region ist nicht möglich. Duisburg agiert nicht in einem einheitlich strukturierten und klar abgegrenzten Verflechtungsraum, sondern ist multiregional ausgerichtet. Im Hinblick auf die wirtschaftliche und demografische Entwicklung Duisburgs geht es zukünftig darum, die Chancen der multiregionalen Ausrichtung deutlich stärker zu nutzen und die positiven Entwicklungsimpulse der umgebenden Regionen aufzugreifen.

Duisburg international und in Europa

Die steigenden weltweiten Verflechtungen, insbesondere im Wirtschaftsbereich, sowie die zunehmende Regulierungsdichte und Eingriffstiefe durch die Gesetzgebung der Europäischen Union erfordern eine Positionierung Duisburgs im europäischen und internationalen Kontext.

Die internationale Wahrnehmung Duisburgs steht in einer engen Verbindung mit der Funktion der Stadt als weltweit bedeutender Spitzenstandort der Stahlindustrie. Mit den drei führenden Unternehmen ThyssenKrupp Steel, den Hüttenwerken Krupp Mannesmann und der ArcelorMittal Steel ist Duisburg das Zentrum der deutschen Stahlindustrie. Im Zuge des Strukturwandels übernimmt der Duisburger Hafen als internationales Aushängeschild zunehmend eine bedeutende Rolle für die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts. Mit der Anbindung an den Rhein, den Rhein-Herne-Kanal und einer Vielzahl an Autobahnen und Schienenstrecken ist der Duisburger Hafen die zentrale logistische Hinterlanddrehscheibe in Westeuropa. Für die ARA-Häfen (Amsterdam/Rotterdam/Antwerpen) ist der Hafen Duisburg der mit Abstand wichtigste Binnenhafen.

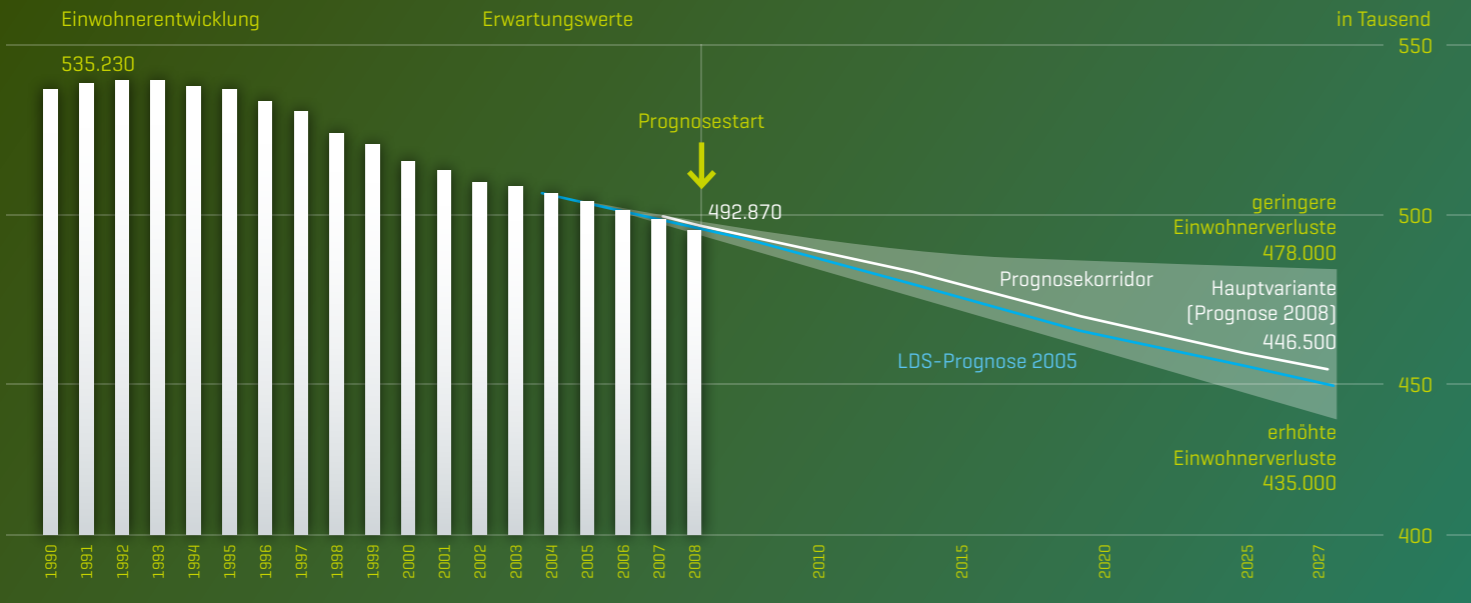
Die beiden hochverdichteten Ballungsräume an Rhein und Ruhr bilden zusammen die »Metropolregion Rhein-Ruhr«. Dahinter steht die Idee, die »gedachten« Grenzen zwischen Ruhrgebiet und Rheinland zu überwinden und den bestehenden vielfältigen und engen Verflechtungen entsprechend eine gemeinsame Wahrnehmung im europäischen und internationalen Kontext

voranzubringen. Für Duisburg an der Schnittstelle dieser beiden Teilräume bietet sich die Chance, sich mit seinen besonderen Standortvorteilen innerhalb der Metropolregion Rhein-Ruhr in Europa und international zu positionieren.

Die Nähe zu den Niederlanden sowie die grenzüberschreitende Kooperation von Kommunen und Wirtschaftsverbänden in der Euregio Rhein-Waal machen deutlich, dass die interkommunale Zusammenarbeit zukünftig nicht an den nationalen Grenzen haltmachen kann, sondern dass insbesondere im Zuge der Europäischen Integration projekt- oder themenbezogene Kooperationen und Partnerschaften auch mit Städten, Regionen und Institutionen in und außerhalb Europas sinnvoll sind, um Partner, gute Lösungen und Handlungsansätze für gemeinsame Herausforderungen und Aufgabenstellungen zu finden und voneinander zu lernen.

Der europäische Integrationsprozess wird sich vor dem Hintergrund der fortschreitenden Globalisierung und dem weltweiten Wettbewerb sowohl auf wirtschaftlicher als auch auf politischer Ebene weiter verstärken. Dies wird auch das Handeln der Stadt Duisburg maßgeblich beeinflussen. Bereits heute werden etwa 70 % der nationalen Gesetzgebung in Brüssel initiiert und kommunale Handlungsfelder in zunehmendem Maße durch die Europäische Union mitbestimmt. Mit dem Vertrag von Lissabon wurden die kommunalen Kompetenzen gestärkt, insbesondere wurde das kommunale Selbstverwaltungsrecht auch auf europäischer Ebene verankert

und die Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips gekräftigt, das besagt, dass zuerst die untergeordnete, kommunale Ebene für die Lösung und Umsetzung staatlicher Aufgaben zuständig ist, während übergeordnete Ebenen zurückzutreten haben. Dies wird die Rolle der Kommunen im europäischen Mehrebenensystem nachhaltig verbessern. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Stadt Duisburg alleine nur ein kleiner Akteur im europäischen Interessengeflecht ist. Aufgrund der heterogenen Interessenlagen und der Vielzahl an Akteuren ist es erforderlich, Kooperationen und Partnerschaften mit anderen Kommunen und Regionen innerhalb der Europäischen Union einzugehen, um gemeinsame Positionen wirksam vertreten zu können. Es gilt, die nachhaltige Stadtentwicklung, wie sie in der »Leipzig Charta« vom 24. Mai 2007 verabschiedet wurde, auch mit Unterstützung europäischer Förderpolitik voranzubringen und die Städte als Zentren und Triebkräfte des gesellschaftlichen Fortschritts und wirtschaftlichen Wachstums zu stärken und ihre Handlungsfähigkeit zu erhalten. Die zukünftige Ausrichtung der EU-Förderpolitik spielt dabei eine entscheidende Rolle. Daher ist eine gemeinsame kommunale Einflussnahme zugunsten des derzeitigen Ansatzes, auch weiterhin Städte und Regionen außerhalb der strukturschwächsten Regionen in die Förderung mit einzubeziehen, wichtig, damit auch die Stadt Duisburg die Möglichkeit hat, die europäischen Strukturfonds für eine integrierte Stadtentwicklung zu nutzen.



3.2 Bevölkerungsentwicklung

Nach der kommunalen Neuordnung 1975 hatte Duisburg 608.158 Einwohner. Seitdem sind die Einwohnerzahlen kontinuierlich bis auf 488.218 im Jahr 2010 zurückgegangen. Nach der Vorausberechnung des Amtes für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten aus dem Jahr 2008 wird bis zum Jahr 2027 ein weiterer Bevölkerungsrückgang erwartet. Die zukünftigen Einwohnerverluste werden sich danach in einem »Korridor« zwischen 14.780 (Variante mit geringeren Einwohnerverlusten) und 57.870 Einwohnern (Variante mit erhöhten Einwohnerverlusten) bewegen. Die Hauptvariante mit der aus heutiger Sicht größten Entwicklungswahrscheinlichkeit geht von einem zukünftigen Bevölkerungsrückgang von rund 46.300 Einwohnern (ca. -9,4 %) gegenüber 2008 auf insgesamt rund 446.500 Einwohner im Jahr 2027 aus. Das würde gegenüber 1975 einen Verlust von rund 160.000 Einwohnern bzw. 26,6 % bedeuten. Das Verhältnis zwischen Frauen und Männern wird sich dabei nicht ändern.

Der Einwohnerrückgang in Duisburg hat verschiedene Ursachen. Zum einen bewegt sich die natürliche Bevölkerungsentwicklung weiterhin auf einem gleichmäßig hohen negativen Niveau: Auf zwei Geburten kommen in Duisburg rund drei Sterbefälle. Die negative natürliche Bevölkerungsentwicklung machte zwischen 2000 und 2008 etwas mehr als die Hälfte des jährlichen Bevölkerungsverlustes aus.

Zum anderen verliert Duisburg durch Abwanderung Einwohner. Bei der räumlichen Bevölkerungsentwick-

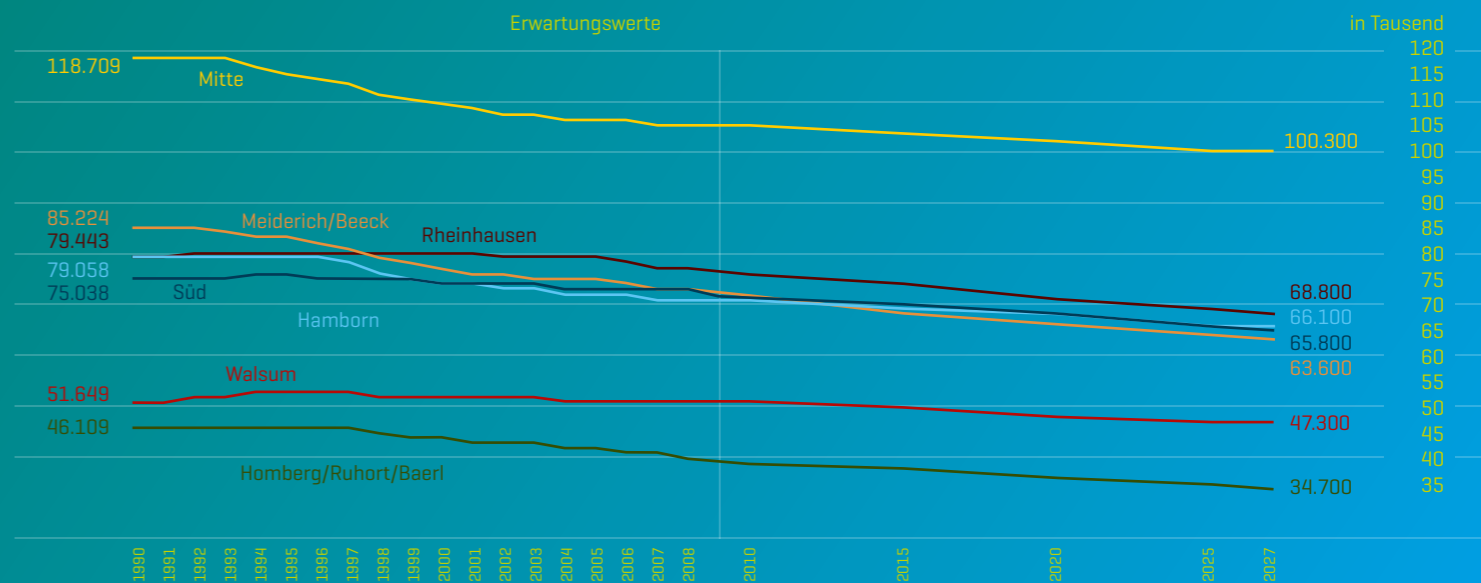
lung gab es in den vergangenen Jahren unterschiedliche Tendenzen. So sind in den 1990er Jahren besonders viele Menschen aus Duisburg fortgezogen. Dies waren häufig junge Haushalte, die in das Duisburger Umland, zum Beispiel nach Moers, Rheinberg oder Dinslaken, gezogen sind. Die Abwanderung von jungen Haushalten führte auch dazu, dass die Geburtenzahlen in Duisburg in der Folgezeit entsprechend zurückgegangen sind und wahrscheinlich auch zukünftig weiter zurückgehen werden. Während die Abwanderung in das Umland insbesondere durch die im Vergleich fehlende Attraktivität des Duisburger Wohnungsmarkts sowie Lücken im Wohnungsangebot bedingt wurde, konnte Duisburg in der Vergangenheit von einer arbeitsmarktorientierten Zuwanderung aus anderen Regionen und dem Ausland profitieren. Eine Zuwanderung nach Duisburg fand im Saldo allein in der Altersgruppe der 18- bis 30-Jährigen statt, die für ihre Ausbildung oder ihren ersten Arbeitsplatz nach Duisburg kamen. Nach vergleichsweise niedrigen Wanderungsverlusten in den Jahren 2001 bis 2003 haben sich die Abwanderungsraten in den letzten Jahren wieder verstärkt. In den Jahren 2000 bis 2008 kamen auf jährlich rund 16.600 Fortzüge rund 15.100 Zuzüge, sodass knapp 10 % mehr Menschen Duisburg verlassen haben als zugezogen sind. Insgesamt bewegt sich der jährliche Bevölkerungsverlust in den letzten Jahren zwischen 2.500 und 3.000 Einwohnern und wird wohl – ohne weitere Maßnahmen zur aktiven Einwohnergewinnung – weiterhin auf diesem hohen Niveau verbleiben.



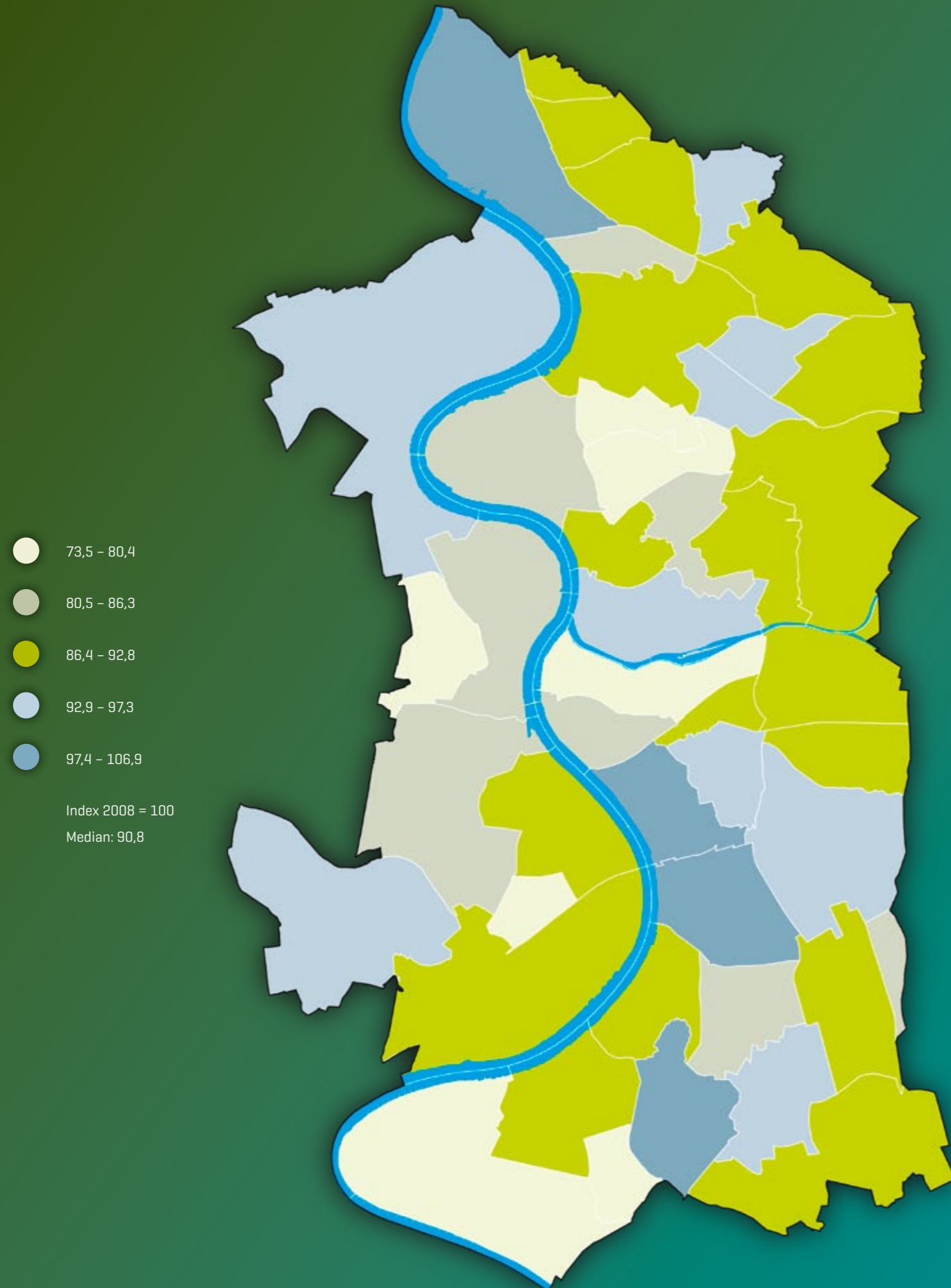
Räumliche Verteilung der Bevölkerungsentwicklung

Alle Duisburger Stadtbezirke sind von einem Bevölkerungsrückgang betroffen. Die stärksten Verluste werden zukünftig in den Bezirken Homberg-Ruhrort-Baerl (-14,7 %) und Meiderich-Beeck (-13,2 %) erwartet, die geringsten Verluste werden für den Bezirk Mitte (-4,9 %) prognostiziert.

Auf Ebene der Duisburger Ortsteile verläuft die zukünftige Bevölkerungsentwicklung zum Teil sehr unterschiedlich. So werden aufgrund bereits realisierter oder erwarteter Wohnprojekte sowie durch Zuzüge aus dem Ausland Einwohnerzuwächse für die Ortsteile Alt-Walsum (+2,2 %), Hochfeld (+4,9 %), Wanheimerort (+1,7 %) und Huckingen (+6,9 %) erwartet. Die stärksten Einwohnerverluste werden für Mündelheim (-26,5 %) und Ungelsheim (-22,7 %) prognostiziert.



Prognostizierte Bevölkerungsveränderung 2008 bis 2027 auf Ortsteilebene



Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen 2008 bis 2027

	2008	Anteil an der Gesamtbevölkerung 2008	2027	Anteil an der Gesamtbevölkerung 2027	Veränderung absolut 2008 - 2027	Veränderung relativ in % 2008 - 2027
Bevölkerung insgesamt	492.870	100,0 %	446.545	100,0 %	-46.325	-9,4 %
Minderjährige [0 bis unter 18 Jahre]	83.952	17,0 %	71.250	16,0 %	-12.702	-15,1 %
18 bis unter 25 Jahre	40.152	8,2 %	33.890	7,6 %	-6.262	-15,6 %
25 bis unter 45 Jahre	132.544	26,9 %	117.330	26,3 %	-15.214	-11,5 %
45 bis unter 65 Jahre	131.057	26,6 %	124.460	27,9 %	-6.597	-5,0 %
Ältere Bevölkerung [65 Jahre und älter]	105.165	21,3 %	99.670	22,3 %	-5.495	-5,2 %
Hochbetagte [85 Jahre und älter]	10.571	2,1 %	14.610	3,3 %	4.039	38,2 %

Entwicklung der Altersgruppen

Der prognostizierte Einwohnerrückgang sowie die höhere Lebenserwartung werden auch die Altersstruktur der Duisburger Bevölkerung weiter verändern. Während die Bevölkerung unter 25 Jahren bis 2027 voraussichtlich um 15,3 % stark abnehmen wird, wird für die Bevölkerungsgruppe zwischen 25 und 65 Jahren ein Verlust von 8,3 % erwartet. Die Zahl der über 65-Jährigen wird voraussichtlich um 5,2 % zurückgehen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird jedoch bis 2027 von 21,3 % auf 22,3 % zunehmen. Für die Anzahl der »hochbetagten« 85-Jährigen und Älteren wird eine Zunahme von rund 38 % angenommen. Deren Anteil an der Gesamtbevölkerung wird sich von 2,1 % in 2008 auf 3,3 % in 2027 erhöhen.

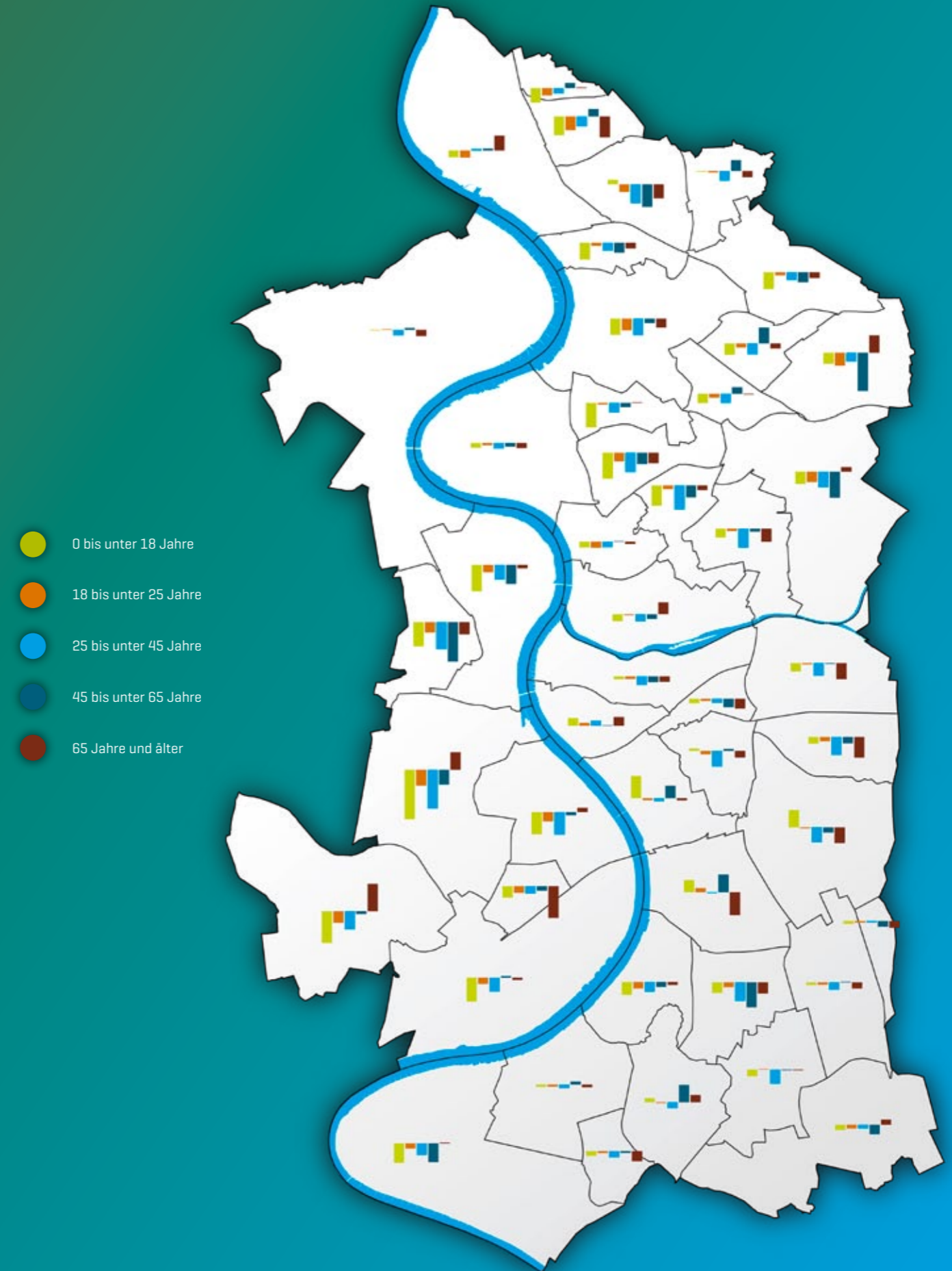
Der demografische Wandel wird in Duisburg nicht dazu führen, dass die ältere Bevölkerung in ihrer Gesamtzahl zunimmt, sondern dass aufgrund des starken Rückgangs der Bevölkerung unter 45 Jahren ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ansteigt. Dadurch wird sich das Durchschnittsalter der Bevölkerung von derzeit rund 43 Jahren (Männer 41 Jahre; Frauen 44 Jahre) auf ca. 45 Jahre (Männer 44 Jahre; Frauen 46,5 Jahre) erhöhen. Gleichwohl wird Duisburg nach einer Bevölkerungsprognose des Landes Nordrhein-Westfalen im Vergleich mit anderen Städten und Kreisen in Zukunft zu den jüngeren Kommunen in Nordrhein-Westfalen zählen.

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 25 bis 65 Jahren wird – trotz leicht ansteigendem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 53,5 % (2008) auf 54,1 % (2027) – zurückgehen. Dies bedeutet einen Verlust von etwa 21.800 Einwohnern in dieser Altersgruppe. Die Gruppe der 25- bis unter 45-Jährigen, die erfahrungsgemäß am häufigsten neue Haushalte bilden und damit Wohnungen nachfragen, wird ebenfalls gegenüber 2008 um weitere 15.200 abnehmen.

Die Altersstruktur wird sich ebenso wie die Bevölkerungszahl in den Bezirken und Ortsteilen unterschiedlich entwickeln. Der Anteil der Bevölkerung ab 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung wird in allen Bezirken bis 2027 zunehmen. Die absolute Anzahl der über 65-Jährigen wird gegenüber 2008 im Bezirk Rheinhauen zunehmen (+2,6 %), im Bezirk Hamborn (+0,01 %) stagnieren und in den Bezirken Walsum (-6,6 %), Meiderich-Beeck (-6,2 %), Homberg-Ruhrort-Baerl (-3,3 %), Mitte (-14,4 %) und Süd (-4,6 %) zurückgehen. Besonders zunehmen wird die Anzahl der 65-Jährigen und Älteren in den Ortsteilen Alt-Walsum (+51,1 %), Ruhrort (+32,8 %) und Rumeln-Kaldenhausen (+19,4 %). Während viele Ortsteile junge Bevölkerung verlieren, wird für die Ortsteile Hochfeld, Dellviertel, Neudorf-Süd und Wanheimerort sowie für die Ortsteile Huckingen und Aldenrade ein Zuwachs an Kindern und Jugendlichen bis unter 18 Jahren erwartet. Ein überdurchschnittlicher Verlust an Kindern und Jugendlichen wird für die Ortsteile Bruckhausen, Beeck, Untermeiderich, Mündelheim und Ungelsheim prognostiziert.

Um Ortsteile mit vergleichsweise junger bzw. älterer Bevölkerung zu identifizieren, wird das quantitative Verhältnis zwischen der Anzahl von jungen und älteren Menschen in den einzelnen Ortsteilen betrachtet (»Aging-Index«). Gesamtstädtisch gesehen standen 2008 statistisch 100 jungen Menschen unter 18 Jahren 72 ältere Menschen über 65 Jahren gegenüber. Auf Ebene der Ortsteile ist dieses Verhältnis zum Teil recht unterschiedlich. So stehen besonders in den südlich der Ruhr liegenden Ortsteilen überdurchschnittlich viele ältere Menschen den jüngeren Einwohnern gegenüber. Die »jüngeren« Ortsteile, wie zum Beispiel Alt-Walsum und Marxloh, befinden sich 2008 überwiegend nördlich der Ruhr und östlich des Rheins. Bis zum Jahr 2027 wird sich dieses Verhältnis verändern. So werden 2027 gesamtstädtisch betrachtet 100 jungen Menschen 137 ältere Menschen gegenüberstehen. Das Verhältnis zwischen jungen und älteren Menschen wird auch weiterhin im Norden, zum Beispiel in Marxloh, Obermarxloh, Beeckerwerth, aber auch südlich der Ruhr in Kasserfeld und Hochfeld, am günstigsten sein.

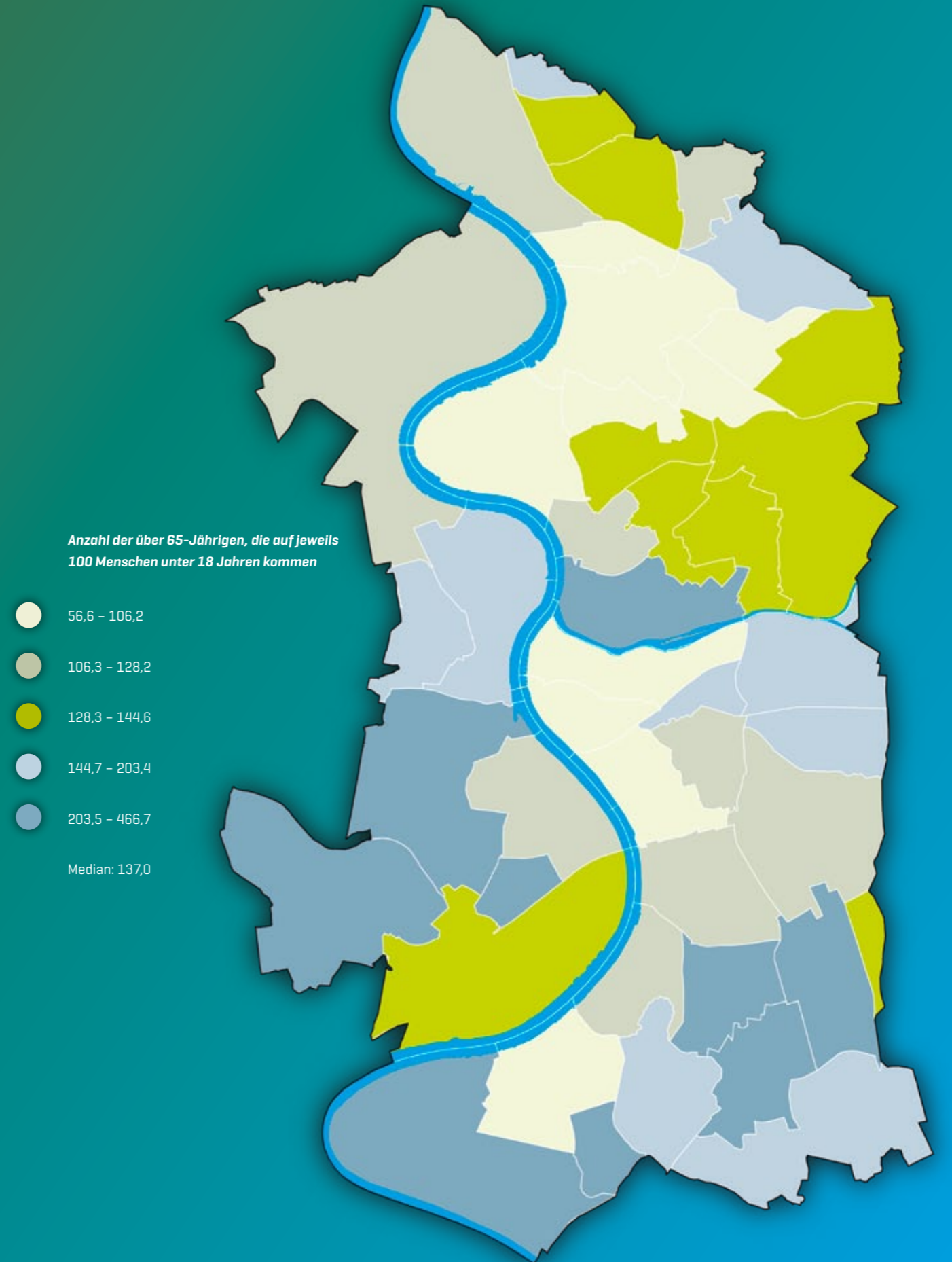
Prognostizierte Veränderung der Altersgruppen 2008 bis 2027 auf Ortsteilebene



»Aging-Index« für Duisburg im Jahr 2008



»Aging-Index« für Duisburg im Jahr 2027



	Anzahl insgesamt	Anteil an der Gesamtbevölkerung	Anteil an den Menschen mit Zuwanderungsgeschichte
Einwohner in Duisburg	492.703	-	-
Menschen mit Zuwanderungsgeschichte	159.004	32,3 %	-
davon Ausländer	74.580	15,1 %	46,9 %
davon deutsche Einwohner mit einer zweiten Staatsangehörigkeit	39.127	7,9 %	24,6 %
davon eingebürgerte Menschen	38.441	7,8 %	24,2 %
davon deutsche Minderjährige mit mindestens einem ausländischen Elternteil	6.902	1,4 %	4,3 %

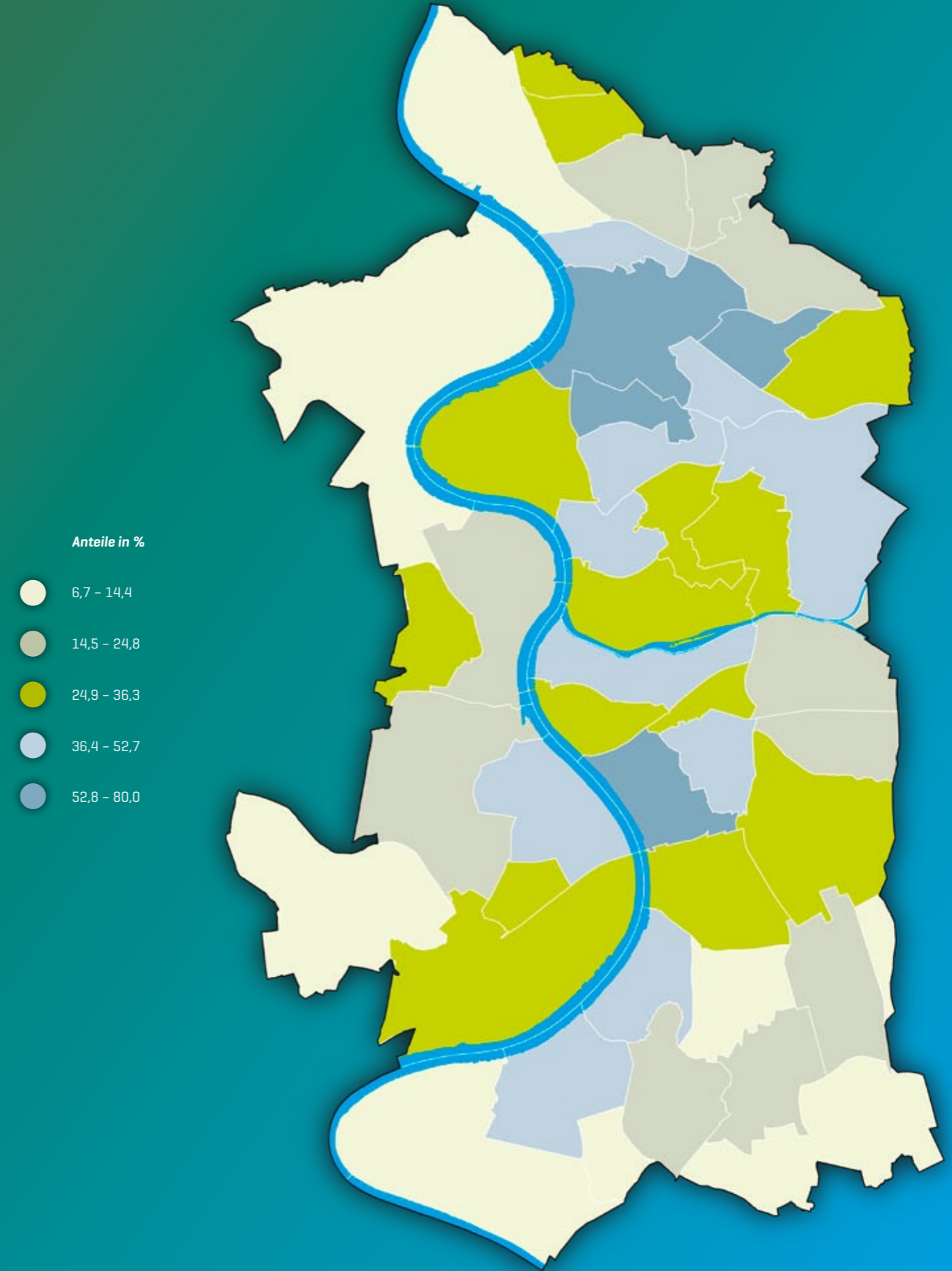
Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

In Duisburg lebten 2008 rund 159.000 Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte. Dies entspricht einem Anteil von 32,3 % an der Gesamtbevölkerung. Die Gruppe der Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte setzt sich zusammen aus rund 74.600 Ausländern, 39.100 deutschen Einwohnern mit einer zweiten Staatsangehörigkeit, 38.400 eingebürgerten Menschen und ca. 6.900 deutschen Minderjährigen mit mindestens einem ausländischen Elternteil.

Der Anteil der Einwohner mit einer Zuwanderungsgeschichte variiert zwischen den Bezirken. Im Stadtbezirk Mitte beträgt der Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte an der Gesamtbevölkerung 34,3 %, in den Stadtbezirken Hamborn und Meiderich-Beeck liegt

der Anteil über 40 %. Den geringsten Anteil an Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte hat der Bezirk Süd mit ca. 19,9 %. In den Ortsteilen Fahrn, Marxloh, Obermarxloh, Buckhausen und Hochfeld hat die Mehrheit der Bevölkerung eine Zuwanderungsgeschichte. Die Ortsteile mit einem hohen Anteil an Einwohnern mit einer Zuwanderungsgeschichte sind oft die Ortsteile mit vergleichsweise junger Bevölkerung. Auch wenn die Entwicklung der Bevölkerung unterschiedlicher Staatsangehörigkeiten bzw. mit Zuwanderungsgeschichte nicht vorausberechnet werden kann, ist davon auszugehen, dass sich der Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte weiter erhöhen wird. Dies wird zum Beispiel an dem Anteil der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte in den Kindergärten deutlich, der 2006 gesamtstädtisch bereits 46,2 % betrug.

Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte 2008 auf Ortsteilebene



Entwicklung der Haushalte

Für die Nachfrage nach Wohnraum ist die Anzahl und Struktur der Haushalte entscheidend. 2008 gab es in Duisburg rund 245.400 Haushalte. Davon waren mehr als drei Viertel (75,6 %) Ein- und Zweipersonenhaushalte. Der Anteil der Mehrpersonenhaushalte mit Kindern betrug 2008 20,6 %. Gegenüber 2005 hat die Anzahl der Haushalte um rund 2.000 zugenommen, wobei nur die Anzahl der Ein- und Zweipersonenhaushalte gestiegen ist, während die Zahl der übrigen Haushalte zurückgegangen ist.

Bis zum Jahr 2027 wird – vorausgesetzt, die Entwicklung verläuft weiterhin wie in der jüngsten Vergangenheit – ein Rückgang der Haushaltszahlen um rund 14.000 gegenüber 2008 prognostiziert. Die Zahl der Haushalte wird dann nur noch rund 231.300 betragen. Der absehbare Bevölkerungsrückgang wird in Duisburg somit nicht länger durch eine Erhöhung der Haushaltszahlen kompensiert, sondern schlägt sich bereits weit vor dem Jahr 2020 auch in einem Rückgang der Haushalte nieder. Davon sind Haushalte in allen Größenklassen betroffen, wobei für die Zweipersonenhaushalte der geringste Rückgang prognostiziert wird. Die Anzahl der Mehrpersonenhaushalte wird von 144.752 (2008) auf rund 137.200 (2027) abnehmen; dabei wird ihr relativer Anteil jedoch leicht von 58,9 % auf 59,3 % steigen. Dies ist vor allem auf die Entwicklung bei den Zweipersonenhaushalten zurückzuführen, deren relativer Anteil sich von 34,5 % im Jahr 2008 auf 36,4 % im Jahr 2027

erhöhen wird. Die Zahl der Einpersonenhaushalte wird zwischen 2008 und 2027 ebenfalls rückläufig sein, wodurch ihr relativer Anteil leicht von 41,1 % auf 40,7 % sinken wird. Am stärksten ist der Rückgang voraussichtlich bei den Dreipersonenhaushalten, deren Anteil von 12,3 % auf 11,4 % sinken wird.

Auch bei der Entwicklung der Haushalte gibt es erhebliche räumliche Unterschiede. So wird es 2027 im Bezirk Walsum voraussichtlich rund 500 Haushalte mehr als 2008 geben, während die Haushaltszahlen in allen anderen Bezirken weiter zurückgehen werden. Auf Ortsteilebene wird die Anzahl der Haushalte in Vierlinden, Overbruch, Alt-Walsum und Wehofen (Bezirk Walsum) sowie in Obermarxloh, Neumühl, Alt-Hamborn, Obermeiderich, Baerl, Bergheim, Huckingen und Hüttenheim bis 2027 voraussichtlich zunehmen, während für alle anderen Ortsteile in Duisburg eine rückläufige Entwicklung der Haushaltszahlen prognostiziert wird.

In Bezug auf die Struktur der Haushalte gab es 2008 im Bezirk Mitte mit 50,6 % überdurchschnittlich viele Einpersonenhaushalte und mit 16,2 % vergleichsweise wenig Haushalte mit Kindern. Diese Anteile werden sich jedoch bis zum Jahr 2027 deutlich verändern. So wird es mit voraussichtlich 41,0 % nur noch durchschnittlich viele Einpersonenhaushalte geben, während der Anteil von Haushalten mit Kindern voraussichtlich mit 20,1 % leicht über dem städtischen Durchschnitt von 19,2 % liegen wird. Überdurchschnittlich viele Mehrpersonen-

haushalte mit Kindern waren 2008 in den Bezirken Walsum, Hamborn, Meiderich-Beeck und Rheinhausen zu finden. Zukünftig werden nach der Prognose nur noch die Bezirke Walsum, Hamborn, Meiderich-Beck und zudem der Bezirk Mitte einen vergleichsweise

hohen Anteil an Haushalten mit Kindern aufweisen. Insbesondere die Ortsteile Hochfeld (31,9 %), Marxloh (28,2 %) und Obermarxloh (27,8 %) werden voraussichtlich 2027 bei den Haushalten mit Kindern deutlich über dem städtischen Durchschnitt liegen.

Prognostizierter Anteil der Haushalte mit Kindern auf Stadtbezirksebene 2008 und 2027 [in %]



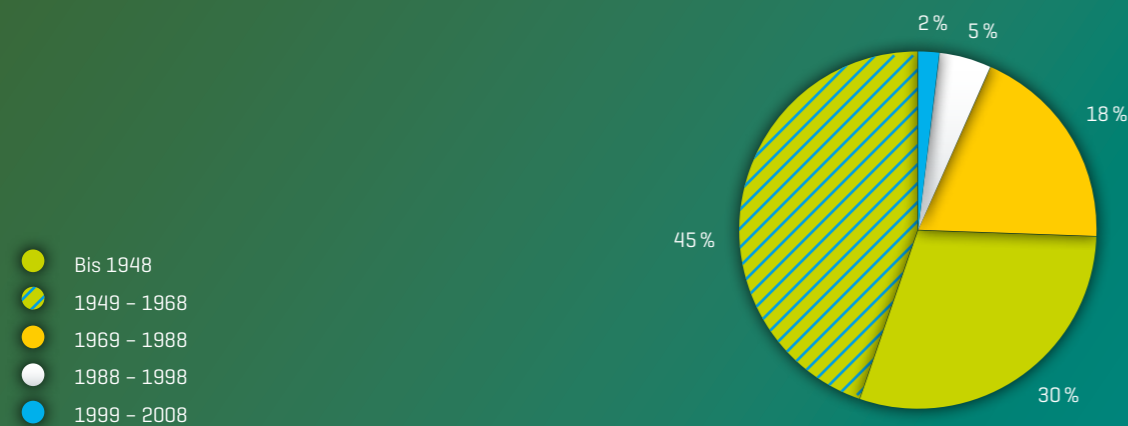
3.3 Wohnen

Aufgrund des demografischen Wandels, der in Duisburg mit einer Abwanderung einhergeht, und geänderten Anforderungen an die Wohn- und Wohnumfeldsituation kommt der zukünftigen Entwicklung des Wohnungsbestands und des Wohnungsneubaus eine besondere Bedeutung zu. Um weiterhin als Wohnstandort attraktiv zu bleiben, muss die Stadt auf die sich verändernden Ansprüche an die Wohn- und Lebensqualität reagieren.

Wohnungsbestand

Duisburg ist eine typische Wiederaufbaustadt, deren Wohngebäude im 2. Weltkrieg zu 80 % zerstört oder schwer beschädigt wurden. Hinzu kam – bedingt durch den Wiederaufbau der Industrie – ein starker Bevölkerungszuzug, auf den der Wohnungsmarkt in kurzer Zeit reagieren musste. In der Folge wurde eine Vielzahl relativ einheitlicher und einfacher Wohnungen für die Arbeiterfamilien gebaut. Der Geschosswohnungsbau der Jahre 1949 bis 1969 macht rund 45 % des Gebäudebestandes aus. Ein weiteres Drittel der Gebäude (etwa 30 %) wurde vor 1948 errichtet. Damit befinden sich

Baujahrsklassen des Wohnungsbestandes in Duisburg 2008



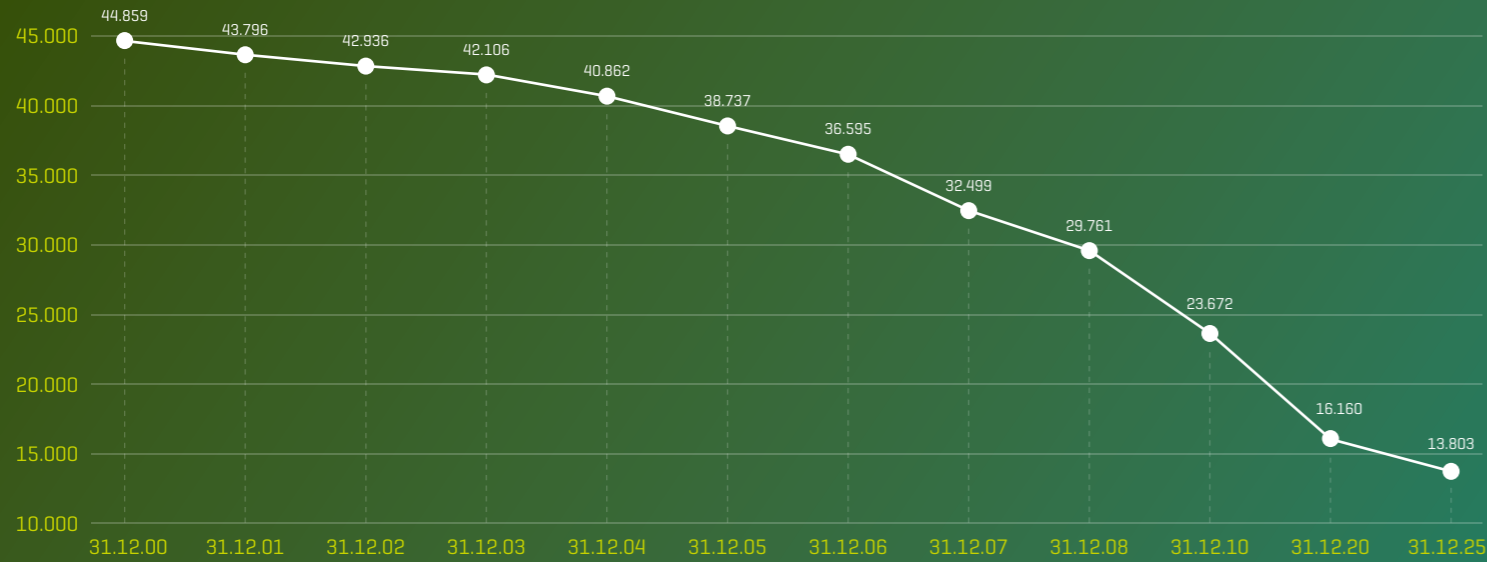
Wohnungsbestand und Wohnraumförderung in Duisburg

	2006	2007	2008	Trend
Einwohner	498.466	495.668	492.870	-
Wohnungsbestand				
Wohnungen insgesamt	261.465	262.198	262.398	+
Sozialwohnungen	38.843	34.817	31.765	-
Baufertigstellungen	674	971	595	-
Wohnraumförderung				
Wohnungen gesamt	205	426	294	-
Mietwohnungen	67	262	123	-
Eigentumsmaßnahmen	138	140	123	-
Heimplätze	-	24	48	+
Bestandsinvest [Förderung von investiven Maßnahmen im Wohnungsbestand]	6	98	163	+

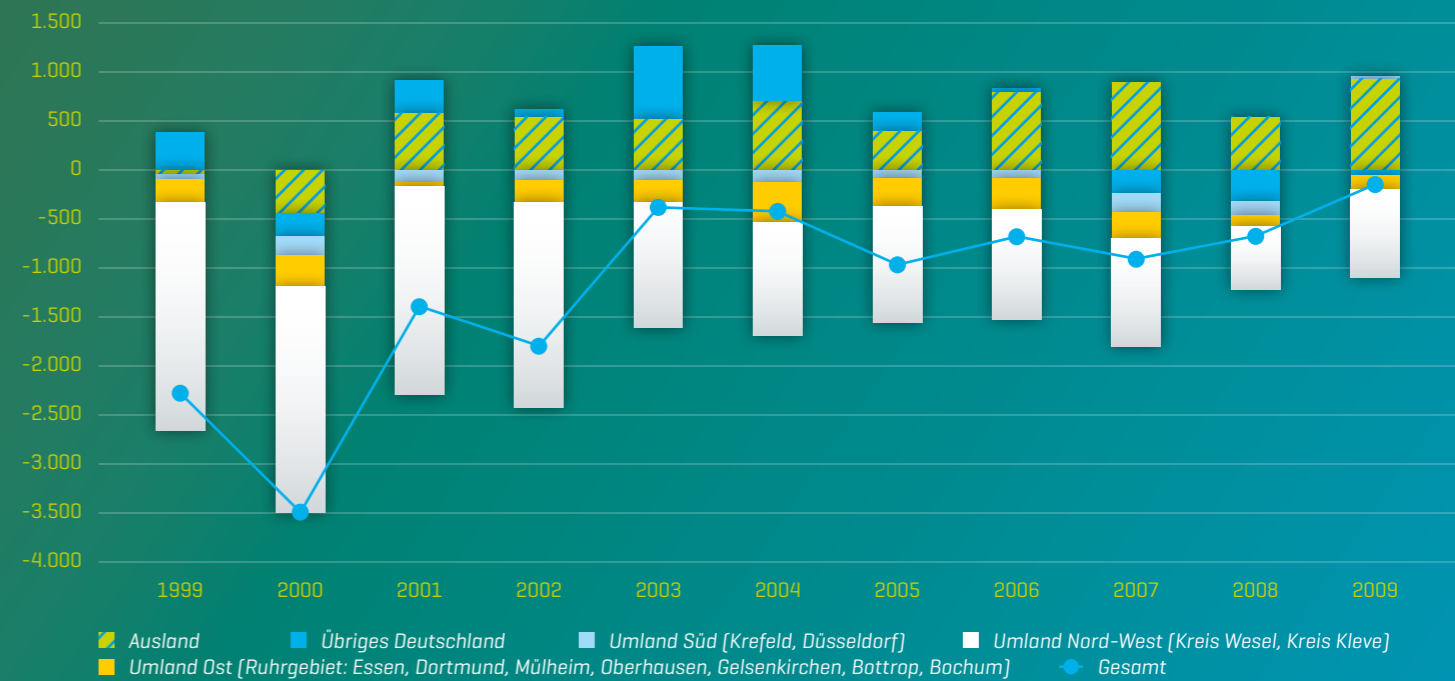
in Duisburg deutlich mehr ältere Wohnungen als im Landesdurchschnitt, wo der Anteil der vor 1969 errichteten Wohnungen unter 60 % liegt. Nach 1998 wurden nur ca. 2 % aller Gebäude errichtet.

Insgesamt verfügt Duisburg im Jahr 2009 über einen Bestand von rund 262.600 Wohnungen. Eine Wohnung hat durchschnittlich drei bis vier Zimmer inklusive Küche und eine Wohnfläche von 71 m². Der durchschnittliche Wohnflächenverbrauch pro Kopf ist in Duisburg mit 37,6 m² (2008) niedriger als der Landesdurchschnitt mit 40,4 m² und der Durchschnitt aller kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen mit 38,9 m².

Die Bautätigkeit ist in Duisburg erheblich zurückgegangen. Das gilt sowohl für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern als auch für Ein- und Zweifamilienhäuser. Dennoch besteht ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen der Anzahl der Haushalte und der Wohnungen. In einigen Teilmärkten gibt es Wohnungsüberhänge, insbesondere in hochverdichteten Wohngebieten, Wohnquartieren mit Imageproblemen und bei schlecht ausgestatteten Wohnungen. Dies spiegelt auch eine Erhebung der Wohnungsleerstände auf Basis der Stromzählerdaten des örtlichen Stromversorgers wider. Diese ergab für 2009 einen mehr als dreimonatigen Leerstand von rd. 14.700 Wohnungen, also 5,6 % des Gesamtbestands. Rund 12.400 Wohnungen (4,7 %) stehen bereits mehr als sechs Monate leer.



Der Bestand an Sozialwohnungen verringert sich kontinuierlich aufgrund auslaufender Sozialbindungen. Die Ortsteile mit dem höchsten Anteil an Sozialwohnungen befinden sich fast ausschließlich nördlich der Ruhr. Waren 2008 noch 11,3 % des Wohnungsbestandes Sozialwohnungen, so wird dieser Bestand nach derzeitiger Prognose bis 2027 um mehr als die Hälfte auf nur noch 5,3 % (rund 13.800 Wohnungen) zurückgehen. Mit dem Verlust von Belegungsbindungen verliert die Kommune Steuerungsmöglichkeiten bei der Wohnraumvergabe und der Versorgung von Haushalten mit geringem Einkommen. Im Jahr 2008 war mehr als ein Fünftel der Bevölkerung unter 65 Jahren auf Unterstützung durch Transferleistungen und damit meist auch auf ein günstiges Wohnraumangebot angewiesen. Im Vergleich mit anderen Großstädten in Westdeutschland weist Duisburg nach wie vor die niedrigsten anerkannten Kosten für Unterkunft und Heizung auf.



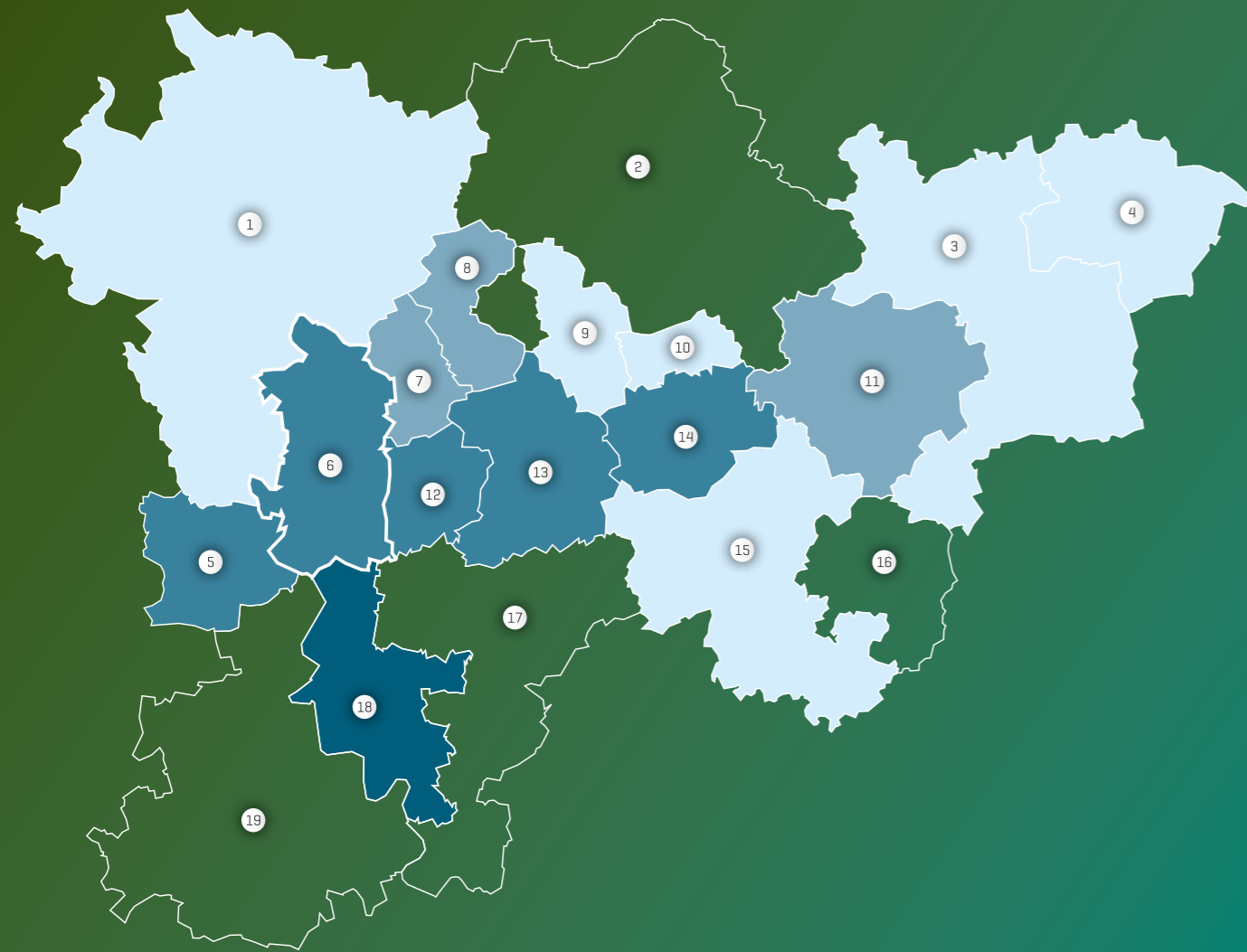
Einflüsse auf den Wohnstandort und den zukünftigen Wohnflächenbedarf

Der prognostizierte Bevölkerungsverlust und die Verschiebungen der Altersstruktur bis zum Jahr 2027 werden erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung der Wohnungsnachfrage haben. Der Einwohnerverlust schlägt sich zukünftig auch in einer verringerten Zahl der Haushalte nieder und wird nicht etwa durch die anhaltende Verkleinerung der Haushaltsgrößen kompensiert. Gegenüber dem Jahr 2008 wird die Anzahl der Haushalte in Duisburg um rund 14.000 zurückgehen.

Neben den natürlichen Bevölkerungsverlusten verliert Duisburg wanderungsbedingt mehr Einwohner an umliegende Städte als Einwohner einen neuen Wohnsitz in der Stadt finden. Die größten Wanderungsverluste verzeichnet Duisburg gegenüber dem Landkreis Wesel, hier vor allem an die Städte Moers, Rheinberg und Dinslaken. Auch an das Ruhrgebiet und die südlich angrenzenden Städte verliert Duisburg Bevölkerung – wenn auch in abgeschwächter Form.

Die größte Altersgruppe der Wanderungsbeteiligten stellt die Gruppe der 18- bis 50-Jährigen dar. Nachdem viele, oft junge Paare und Familien Ende der 1990er Jahre überwiegend in Eigenheimgebiete ins Umland gezogen sind, sind in der Folgezeit die Geburtenzahlen in Duisburg entsprechend zurückgegangen. Kompensiert wurde diese Abwanderung durch den gleichzeitigen hohen Zuzug von jungen Menschen zwischen 18 und 30 Jahren aus dem Ausland.

Auf Grundlage der Bevölkerungs- und Haushaltsprognose sowie des mäßig steigenden Wohnflächenverbrauchs pro Kopf kann für Duisburg von einem jährlichen, rein quantitativen Neubaubedarf von 600 bis 750 Wohneinheiten bis zum Jahr 2025 als Ersatz für Wohnungsabgänge von zum Beispiel Schlichtbauten aus der Nachkriegszeit oder Großwohnsiedlungen aus den 1970er Jahren ausgegangen werden. Hinzuzurechnen ist eine schwer einzuschätzende zusätzliche Zahl an Wohneinheiten zur Deckung des »qualitativen Wohnraumbedarfs«.



Durchschnittliches Preisniveau baureifer Grundstücke für freistehende Ein- und Zweifamilienhäuser in mittleren Wohnlagen 2009 in Euro

- 271 - 460
- 231 - 270
- 176 - 230
- 115 - 175

- 1 Kreis Wesel
- 2 Kreis Recklinghausen
- 3 Kreis Unna
- 4 Stadt Hamm
- 5 Stadt Krefeld
- 6 Stadt Duisburg
- 7 Stadt Oberhausen
- 8 Stadt Bottrop
- 9 Stadt Gelsenkirchen
- 10 Stadt Herne
- 11 Stadt Dortmund
- 12 Stadt Mülheim an der Ruhr
- 13 Stadt Essen
- 14 Stadt Bochum
- 15 Ennepe-Ruhr-Kreis
- 16 Stadt Hagen
- 17 Kreis Mettmann
- 18 Stadt Düsseldorf
- 19 Rhein-Kreis Neuss

Anforderungen an ein zukunftsfähiges Wohnungsangebot

Duisburg steht vor der Herausforderung, einerseits neue Einwohner zu gewinnen sowie der Abwanderung, insbesondere von Familien, entgegenzuwirken, um die demografische Entwicklung abzumildern. Andererseits muss das Wohnraumangebot sowohl an eine schrumpfende Bevölkerungszahl als auch an die gesteigerten Anforderungen der unterschiedlichen Nachfragegruppen angepasst werden. Nach der Studie »Wohntrends 2020« des Bundesverbands deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen wird das Wohnen in Zukunft vielfältiger. Die Bedürfnisse der Menschen werden künftig noch weiter auseinandergehen als bisher. Das »solide-bescheidene« Wohnkonzept, das vor allem Ältere mit einem nicht so hohen Einkommen nutzen, ist 2008 mit einem Viertel aller Haushalte bundesweit noch dominierend. Zunehmend nachgefragt werden allerdings Wohnkonzepte, die sich stärker nach den verschiedenen Bedürfnissen der Zielgruppen ausdifferenzieren und von einfach-funktional bis anspruchsvoll reichen.

Offensive, zielgruppenorientierte Einwohnergewinnung

Die Etablierung des Wohnstandorts Duisburg für einkommensstarke und vermögende Haushalte ist für die Einwohnergewinnung, für die Stabilisierung sozialer Strukturen in den Quartieren wie auch für das Steuer-aufkommen der Stadt von besonderer Bedeutung. Um diese Haushalte in Duisburg zu halten und neue hinzu-zugewinnen, muss stadtweit das Wohnungsangebot um hochwertige Objekte ergänzt werden. Wohnkonzepte für diese Zielgruppe sollten sich an dem Trend hin zu mehr Komfort und Hightech ausrichten. Profitieren kann Duisburg von seinen moderaten Immobilienprei-sen in Verbindung mit der unmittelbaren Nachbarschaft zur Wachstumsregion Düsseldorf, die nur noch geringe Wohnbaureserveflächen besitzt. Gleiches ist auch für die südöstlich befindliche Stadt Ratingen festzustellen.

Umstrukturierung des Wohnungsbestands

Auch erfolgreiche Anstrengungen zur Einwohnergewinnung werden allenfalls zu einer Abmilderung, keineswegs aber zu einer Umkehr des Schrumpfungsprozesses führen. Daher dienen sowohl der rein quantitativ ermittelte Wohnungsbedarf als auch der zusätzlich qualitativ erforderliche Neubaubedarf, der das Wohnungsangebot um nachfrageorientierte Objekte ergänzen soll, vorrangig dem Ersatz von bestehenden, aber nicht mehr erhaltenswerten Wohnungsbeständen. Die Folge ist, dass sich die Stadt Duisburg verstärkt mit dem Rückbau und der Umstrukturierung, zum Beispiel in Nahtlagen zur Industrie, sowie der Aufwertung der relativ alten Wohnungsbestände und dem damit einhergehenden Stadtumbau auseinandersetzen muss, um mit neu geschaffenen Qualitäten einen Teil des qualitativen Wohnraumbedarfs zu decken. Dabei sollte eine enge Zusammenarbeit mit den ansässigen Wohnungsunternehmen und den privaten Eigentümern erfolgen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass aufgrund des vergleichsweise günstigen Mietniveaus in Duisburg für viele Wohnungsunternehmen nach eigenem Bekunden Probleme mit der Rentabilität von Investitionen in den Mietwohnungsbestand bestehen.

Reurbanisierung und gemeinschaftsorientiertes Wohnen

Dass sich Investitionen in Wohnungsbestände im städtischen Raum lohnen, zeigt die Studie »Wohntrends 2020« des Bundesverbands deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, die dem städtischen oder stadtnahen Wohnen eine verstärkte Nachfrage durch Familien und jüngere Senioren prognostiziert. Die Stadt hat als Wohnort für Familien gegenüber dem Umland den Vorteil einer besseren Infrastrukturausstattung. Junge Familien, die bereits in der Stadt wohnen, haben oft eine Tendenz zur »Standorttreue«, d. h. sie wollen die urbane Lebensweise, die vorhandenen Kontakte und die bereits bestehenden sozialen Netze nicht aufgeben.

Das Bedürfnis nach Gemeinschaft und sozialen Netzwerken zeigt sich auch in einer gestiegenen Nachfrage nach Wohnformen, bei denen Gemeinschaftlichkeit in sozialer, ideologischer und ökonomischer Hinsicht eine wichtige Rolle spielen. Beispiele dafür sind das Mehrgenerationen-Wohnen, Beginen-Wohnen oder Bau(herrn)gemeinschaften. Damit geht auch der Wunsch einher, in einer Nachbarschaft mit ähnlichen Ansprüchen an das Wohnumfeld zu wohnen.

Barrierefreies Wohnen

Bundesweit, wie auch in Duisburg, steigt nicht nur der Anteil der Senioren an der Bevölkerung, sondern auch die Fülle der Ansprüche an das Wohnen im Alter und ein entsprechendes Wohnumfeld. So wird insbesondere eine barrierefreie Gestaltung von Wohngebäuden und des Wohnumfelds im Sinne eines »Designs für Alle« zu einem besonderen Qualitätsmerkmal, von dem nicht nur ältere Menschen profitieren.

Das Leben in Alten- und Pflegeheimen stößt bei älteren Menschen immer stärker auf Ablehnung. Das Interesse an Wohnformen, die auch im Alter und bei zunehmender Unterstützungsbedürftigkeit einen Verbleib in der Wohnung und im vertrauten Quartier ermöglichen, steigt bereits bei den »jungen Alten« und Familien, deren Kinder das Haus verlassen haben und die eine entsprechende Vorsorge treffen wollen. Viele Bestandswohnungen sind derzeit aber nicht altengerecht. Menschen mit Mobilitätseinschränkungen benötigen Wohnraum, der ihren spezifischen Bedürfnissen entspricht und in ein Wohnquartier mit entsprechender Infrastruktur eingebettet ist, sodass ihnen ein möglichst selbstbestimmtes Leben ermöglicht wird.

Energieeffizientes Wohnen

Energieeffizienz ist für viele Haushalte ein wichtiges Entscheidungskriterium. Dabei spielen neben Umweltschutz insbesondere die geringeren Energiekosten eine besondere Rolle. Dies stellt den Duisburger Wohnungsmarkt vor die Herausforderung, den relativ alten Wohnungsbestand auf ein modernes Niveau hinsichtlich der energetischen und bautechnischen Standards weiterzuentwickeln, zum Beispiel durch den Einsatz von Wärmedämmung, neuer Energiequellen wie Geothermie oder Solarnutzung oder der Verwendung biologischer Baustoffe.

3.4 Wirtschaft

Die wirtschaftliche Entwicklung ist einer der wichtigsten Motoren für Innovationen und Wachstum einer Stadt. Um Duisburg im nationalen und internationalen Wettbewerb gut zu positionieren und eine langfristig stabile Wirtschaftsentwicklung zu sichern, müssen das wirtschaftliche Profil der Stadt geschärft und die bestehenden Entwicklungspotenziale konsequent genutzt werden. Es müssen Rahmenbedingungen vor Ort geschaffen und flankiert werden, die Wachstum, Ansiedlung und Erhalt von Unternehmen ermöglichen sowie eine Diversifizierung der Duisburger Wirtschaftsstruktur fördern.

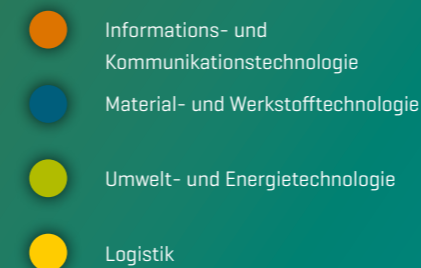
Wirtschaftsstruktur

Duisburgs Wirtschaftsstruktur war über Jahrzehnte, bis zum Beginn der 1990er Jahre primär auf die Montanindustrie ausgerichtet. Die Wirtschaftsstruktur hat sich in den zurückliegenden Dekaden zwar zunehmend verändert, bezeichnend bleiben aber die hohen Arbeitsplatzverluste im produzierenden Bereich, die nicht durch ein entsprechendes Wachstum im Dienstleistungssektor aufgefangen werden konnten. Nach wie vor haben der Bereich der »metallischen Werkstoffe« und zunehmend die Logistikwirtschaft einen hohen Stellenwert. Beide Bereiche stellen rund ein Drittel der Arbeitsplätze in Duisburg.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2009 im regionalen Vergleich

Stadt	Einwohner	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	Anteil Beschäftigte an Einwohnern in %
Duisburg	491.931	157.016	31,9 %
Essen	576.259	213.146	37,0 %
Dortmund	581.308	198.500	34,1 %
Düsseldorf	586.217	359.431	61,3 %
Durchschnitt			41,1 %

Institute und Forschungseinrichtungen mit Bezug zu den »impuls.duisburg«-Kompetenzfeldern



Vor dem beschriebenen Hintergrund verfügt Duisburg heute im Vergleich zu anderen Großstädten über einen bezogen auf die Gesamtbevölkerung relativ geringen Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter.

Im produzierenden Wirtschaftssektor und vor allem im Eisen- und Stahlbereich muss auch weiterhin durch Konzentrationsprozesse und Produktionsfortschritte mit einer abnehmenden Arbeitsplatzdichte gerechnet werden. Dem kann durch die Ansiedlung moderner Produktionsbetriebe und durch den Ausbau von Zukunftstechnologien entgegengewirkt werden, um den bestehenden hohen Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen zu decken.

Mit dem Mix von Produktion und Forschung an einem Standort, der Ausprägung seiner Branchenschwerpunkte und Technologiepotenziale, mit der Universität Duisburg-Essen sowie seinen Alleinstellungsmerkmalen und Standortqualitäten verfügt Duisburg über ein gutes Potenzial für eine positive Wirtschaftsentwicklung.

Kompetenzen der Duisburger Wirtschaft

Mit dem Programm »impuls.duisburg« hat die Stadt Duisburg – unter Einbindung der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und regionaler Partner – die bedeutenden Stärken und Potenziale der Duisburger Wirtschaftsstruktur identifiziert. Ziel von »impuls.duisburg« ist es, die vorhandenen Kompetenzen zu stärken und inhaltliche Schwerpunkte für die kommunale Wirtschaftsförderung festzulegen. Folgende Kompetenzfelder für die Duisburger Wirtschaftsentwicklung wurden identifiziert: Informations- und Kommunikationstechnologien, Material- und Werkstofftechnologien, personenbezogene Dienstleistungen, Umwelt- und Energietechnologien, Logistik und Städtetourismus (impuls.duisburg).

Im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien ist in Duisburg ein breites Spektrum an universitären Instituten vorhanden, die eine gute Basis für den weiteren Ausbau des Kompetenzfelds bilden. Die Beschäftigungszunahme in dieser Wachstumsbranche verlief in Duisburg den letzten Jahren im Vergleich zum Landes- und Bundesdurchschnitt bereits sehr positiv. Das Kompetenzfeld weist derzeit rund 6.000 Beschäftigte auf.

Die Material- und Werkstofftechnologien haben mit insgesamt rund 30.000 Beschäftigten eine zentrale Bedeutung für die ökonomische Entwicklung Duisburgs, da rund jeder fünfte Arbeitsplatz durch dieses Kompetenzfeld besetzt wird. Bestimmend sind hier die Unternehmen der metallherstellenden und metallverarbeitenden

Bereiche. Hier muss aufgrund von Produktionsfortschritten aber auch in Zukunft mit einer insgesamt rückläufigen Entwicklung der Beschäftigtenzahlen gerechnet werden. Duisburg wird aufgrund der guten Standortbedingungen auch zukünftig attraktiv für produzierende Unternehmen bleiben. Gute Wachstumschancen werden für Duisburg im Bereich der »neuen Materialien« insbesondere der Nanotechnologien gesehen.

Der Bereich der personenorientierten Dienstleistungen, der in Duisburg fast 40.000 Beschäftigte umfasst, hat sich ebenfalls positiv entwickelt und bildet einen wichtigen Sockel für den Wirtschaftsstandort. Es bestehen gute Chancen, den Dienstleistungssektor insgesamt noch weiter auszubauen. Mit einem Beschäftigtenanteil von 67 % im Dienstleistungssektor liegt Duisburg deutlich hinter Standorten wie Düsseldorf (85 %) und Essen (80 %).

Der Bereich der Umwelt- und Energietechnologien ist ein Wachstumsmarkt mit einem hohen dynamischen Potenzial und hat sich in Duisburg von 2003 bis 2007 mit einer Zunahme der Zahl der Beschäftigten von ca. 8 % gegenüber ca. 0,4 % im Land Nordrhein-Westfalen sehr gut entwickelt. Die gute Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur und das breite Spektrum an universitären Instituten können den weiteren Ausbau dieses Kompetenzfeldes flankieren. Mit insgesamt ca. 8.000 Arbeitsplätzen sind rund 5 % aller Duisburger Beschäftigten in diesem Kompetenzfeld tätig.

Logistik und Verkehr spielen in Duisburg eine zentrale Rolle. Das Beschäftigungswachstum betrug im Zeitraum von 2003 bis 2007 rund 1,8 % (Landesdurchschnitt 5,5 %). Gemessen an der Zahl der Beschäftigten rangiert Duisburg mit rund 13.000 Beschäftigten auf dem vierten Platz in Nordrhein-Westfalen, hinter Köln, Düsseldorf und Dortmund. Die Logistik- und Mobilitätsdienstleistungen werden – den vorliegenden Prognosen nach – von dem Strukturwandel der nächsten 15 bis 20 Jahre deutlich profitieren.

Sehr dynamisch verlief die Entwicklung im Kompetenzfeld Städtetourismus (Tourismus- und Freizeitwirtschaft), das sich in Duisburg mit einer Steigerung der Beschäftigtenzahlen von ca. 18 % im Zeitraum 2003 bis 2007 positiv entwickelt hat (Landesdurchschnitt 1,1 %). Das Kompetenzfeld weist ein großes wirtschaftliches Wachstumspotenzial und bereits heute eine Zahl von ca. 7.000 Beschäftigten auf. Insbesondere der Tagestourismus bekommt eine immer höhere Bedeutung. Duisburg verfügt über ein gutes Potenzial an touristisch relevanten Stadträumen wie zum Beispiel dem Sportpark, dem Innenhafen, dem Landschaftspark Nord sowie dem RheinPark.

Potenzialräume Kreativwirtschaft

- Medienbunker Marxloh
- Temporär: Landschaftspark Duisburg
- Hafenstadtteil Ruhrort
- KreativRing Duisburg-Mitte:
 - Altstadt
 - Innenhafen Duisburg
 - Wasserviertel
 - Düisssern, Neudorf
 - Duisburger Freiheit
 - »Museumsmeile« Innenstadt
 - Dellviertel
 - Hochfeld
 - Kaßlerfeld



Diversifizierung des Wirtschaftsstandorts

Ein wichtiges Standbein der Duisburger Wirtschaft bilden die ansässigen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), wozu auch die Handwerksbetriebe zählen. Mit rund 40.500 Beschäftigten (2008) stellen die KMU einen bedeutenden Anteil an den Beschäftigten in Duisburg. Aufgrund ihrer hohen Standortbindung haben diese Unternehmen einen hohen Stellenwert für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung Duisburgs. Im Rahmen einer Unternehmensbefragung im Jahr 2009 haben rund 150 ansässige KMU und Handwerksbetriebe kurz- bis mittelfristigen Verlagerungsbedarf innerhalb von Duisburg bekundet, um ihre Standortbedingungen zu verbessern oder den Betrieb zu erweitern. Allein aus dem ansässigen Handwerk werden beispielsweise 2,8 ha Hallenflächen sowie noch einmal ca. 3,0 ha Außenflächen nachgefragt. Der Flächenbedarf von Seiten der mittelständischen Wirtschaft kann in Duisburg zurzeit nicht gedeckt werden.

Duisburgs »Interkulturelle Urbanität« kann im Sinne eines ausbaufähigen Potenzials ebenfalls zu einer vielfältigen und stabilen Wirtschaftsstruktur beitragen. Der wachsende Anteil an Existenzgründungen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, insbesondere im Bereich der personenorientierten Dienstleistungen zeigt, dass hier Chancen liegen, weitere Arbeitsplätze zu schaffen und Unternehmensgründungen zu fördern.

Die verstärkte Nachfrage nach immateriellen Gütern und wissensbasierten Dienstleistungen führt dazu, dass kreative Tätigkeiten einen wachsenden Anteil an der Wertschöpfung ausmachen. Die Kreativwirtschaft ist eine Wachstumsbranche in Bezug auf Umsatz und Unternehmen. In Duisburg finden sich fast 700 Unternehmen mit ca. 4.700 Beschäftigten im Bereich der Kreativwirtschaft, kennzeichnend sind Klein- und Kleinstunternehmen. Räumliche Schwerpunkt und ausbaufähige Entwicklungspotenziale für »Kreativquartiere« finden sich in Duisburg-Mitte sowie in Ruhrort und Marxloh.

Bürostandort Duisburg

Anhand der Entwicklung der letzten Jahre ist deutlich zu erkennen, dass sich Duisburg als Bürostandort etabliert hat. Büroimmobilien haben in Duisburg ihr eindeutiges Zentrum im Stadtbezirk Mitte, in dem sich über 50 % des Büroflächenbestandes befinden. Weitere Schwerpunkte von Büroimmobilien befinden sich in Ruhrort, dem Zentrum von Hamborn, den beiden linksrheinischen Gewerbestandorten Businesspark Niederrhein und Logport sowie in der Gewerbeagglomeration in Großenbaum.

Geprägt ist der Duisburger Büroimmobilienmarkt vor allem durch mittelgroße Büroprojekte mit einer Bruttogeschossflächenzahl zwischen 1.000 und 10.000 m², welche rund 51 % des gesamten Büroflächenbestandes ausmachen. Duisburg weist eine geringe Leerstandsquote bei den Büroimmobilien auf, gleichzeitig besteht ein Engpass bei neuen und frisch renovierten Büros.

Durch die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten zum Beispiel auf der Duisburger Freiheit und in Ruhrort bestehen mittel- bis langfristig sehr gute Perspektiven für die Weiterentwicklung des Bürostandortes Duisburg, insbesondere in attraktiven Wasserlagen.

Wirtschaftsflächen und Gewerbegebiete

Von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Duisburgs ist die Verfügbarkeit von Wirtschaftsflächen. Die wirtschaftlich genutzten Flächen in Duisburg, die sich insbesondere entlang von Rhein und Ruhr konzentrieren, umfassen rund 3.000 ha, dies entspricht ca. 13 % des Stadtgebiets.

Der überwiegende Teil der Wirtschaftsflächen (ca. 1.900 ha) ist als Industriegebiet oder eingeschränktes Industriegebiet ausgewiesen. Über 60 % aller Wirtschaftsflächen in Duisburg befinden sich im Eigentum einiger weniger Unternehmen.

Über das Duisburger Gewerbeflächen-Monitoring werden 35 Gewerbegebiete mit einem Flächenanteil von ca. 1.400 ha kontinuierlich in ihrer Entwicklung erfasst. Von 1985 bis 2008 hat sich in den Gewerbegebieten eine dynamische Entwicklung vollzogen. Die Anzahl der Betriebe (plus 125 %) und der Arbeitsplätze (plus 60 %) hat im betrachteten Zeitraum deutlich zugenommen.

Gewerbegebiete mit mehrfacher Spezialisierung bei den »impuls.duisburg«-Kompetenzfeldern

Kompetenzfeld	Informations-, Kommunikations-, Mikrotechnologie	Material- und Werkstofftechnologie	Personenorientierte Dienstleistungen	Umwelt und Energie	Logistik	Städte-tourismus, Urban Entertainment
	I	M	P	U	L	S
Neumühl						
Innenhafen						
Hafen Ruhrort						
Businesspark Niederrhein						
Technologiestandort Neudorf						
Mevissen West						

Seit 1990 wurden in den Duisburger Gewerbegebieten ca. 2.400 Abgänge und rund 3.200 Zugänge von Betrieben erfasst. In einigen Gewerbegebieten hat sich der Unternehmensbestand über den Betrachtungszeitraum fast vollständig erneuert. Im Hinblick auf die identifizierten Kompetenzfelder der Duisburger Wirtschaft lassen sich klare räumliche Schwerpunkte in den Gewerbegebieten ausmachen.

Die Auswertung der Gewerbe- und Industrie-flächenbilanz der Stadt Duisburg und die vorgelegte Flächenbetrachtung der Wirtschaftsförderung Metro-pole Ruhr (WMR) beziffern für Duisburg aus heutiger Sicht ein mögliches »aktivierbares Flächenpotenzial« von rund 250 ha (Nettfläche). Im Eigentum der Stadt Duisburg befinden sich nur rund 21 der insgesamt 250 ha aktivierbarer Flächen. Es besteht allerdings bei ca. 77 % dieser aktuell ungenutzten Wirtschaftsflächen ein Entwicklungsbedarf in Form von erheblichen Aufbereitungs- und/oder Erschließungskosten, welche in Relation zu den erzielbaren Verkaufspreisen regelmäßig das wesentliche Hemmnis bei der Aktivierung von Flächenpotenzialen darstellen.

Eine gezielte und strategisch angelegte kommunale

Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik wird ohne den umfangreichen Erwerb von Brachflächen durch die Stadt oder die Umnutzung beziehungsweise Umwidmung städtischer Areale daher nur in partnerschaftlicher Kooperation mit privaten Flächeneigentümern und mit staatlicher Unterstützung möglich sein.



Flächenverfügbarkeit

Auch wenn ein »aktivierbares Flächenpotenzial« von 250 ha in Duisburg vorhanden ist, ist die tatsächliche Flächenverfügbarkeit aufgrund von Flächenbevorratung durch private Eigentümer sowie Erschließungs- und Aufbereitungshemmnisse wesentlich geringer. Die zurzeit für eine wirtschaftliche Entwicklung kurzfristig verfügbaren Flächenreserven betragen ca. 39 ha. Sie verteilen sich auf insgesamt 31 Teilflächen über das gesamte Stadtgebiet. Größere Areale stehen so gut wie gar nicht zur Verfügung. Flächenreserven für Industrieansiedlungen größer als drei Hektar sind kurzfristig nicht vorhanden.

Weder für die Flächennachfrage aus dem Unternehmensbestand noch für ansiedlungswillige Unternehmen sind zurzeit ausreichend Wirtschaftsflächen verfügbar. Auch für den weiteren Ausbau des Logistikstandortes besteht ein Engpass, der insgesamt ein wirtschaftliches Entwicklungshemmnis darstellt. Darüber hinaus besteht eine Diskrepanz zwischen den noch vorhandenen Flächenangeboten und der Nachfrage »am Markt«, weil die verfügbaren Flächen häufig nicht den Standortanforderungen (Lage, Erreichbarkeit, planungsrechtliche Voraussetzungen etc.) der nachfragenden Unternehmen und Betriebe entsprechen. Faktisch existiert ein Engpass an qualitativ geeigneten marktgängigen Flächen zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung Duisburgs und für die Pflege des Unternehmensbestands. Über die Fluktuation in den Gewerbegebieten bietet sich die Möglichkeit, Flächenalternativen anzubieten und Entwicklungshemmnissen entgegen zu wirken.

Perspektivisch verfügt Duisburg quantitativ über ein ausreichendes Entwicklungspotenzial an derzeit ungenutzten Wirtschaftsflächen, problematisch ist aber ihre Mobilisierung. Mittelfristig könnten die erfassten Flächenpotenziale zwar aktiviert werden; dies wäre jedoch mit einem hohen Entwicklungsaufwand und entsprechenden Kosten verknüpft und erforderte in vielen Fällen eine Entwicklungspartnerschaft mit den Eigentümern sowie staatliche Finanzierungsbeiträge.

3.5 Bildung

Bildung ist entlang der verschiedenen Bildungsstationen im Lebenslauf eines Menschen zu betrachten. Entsprechend der Leitlinie »Bildung – ein Leben lang« steht die Bildungslandschaft Duisburgs vor der Herausforderung, ein zukunftsorientiertes, vielfältiges und qualitativ hochwertiges Bildungsangebot für die verschiedenen Bildungsbedarfe der Bevölkerung in Duisburg zu entwickeln. Während die schulische Ausbildung von einem Rückgang der Schülerzahlen geprägt sein wird, wird die Erwachsenenbildung an Bedeutung zunehmen. Ältere Menschen werden zukünftig als Zielgruppe in den Bereichen der Weiter- und Fortbildung sowie auch bei ehrenamtlichen Tätigkeiten, zum Beispiel im Schulbereich, stärker zu berücksichtigen sein.

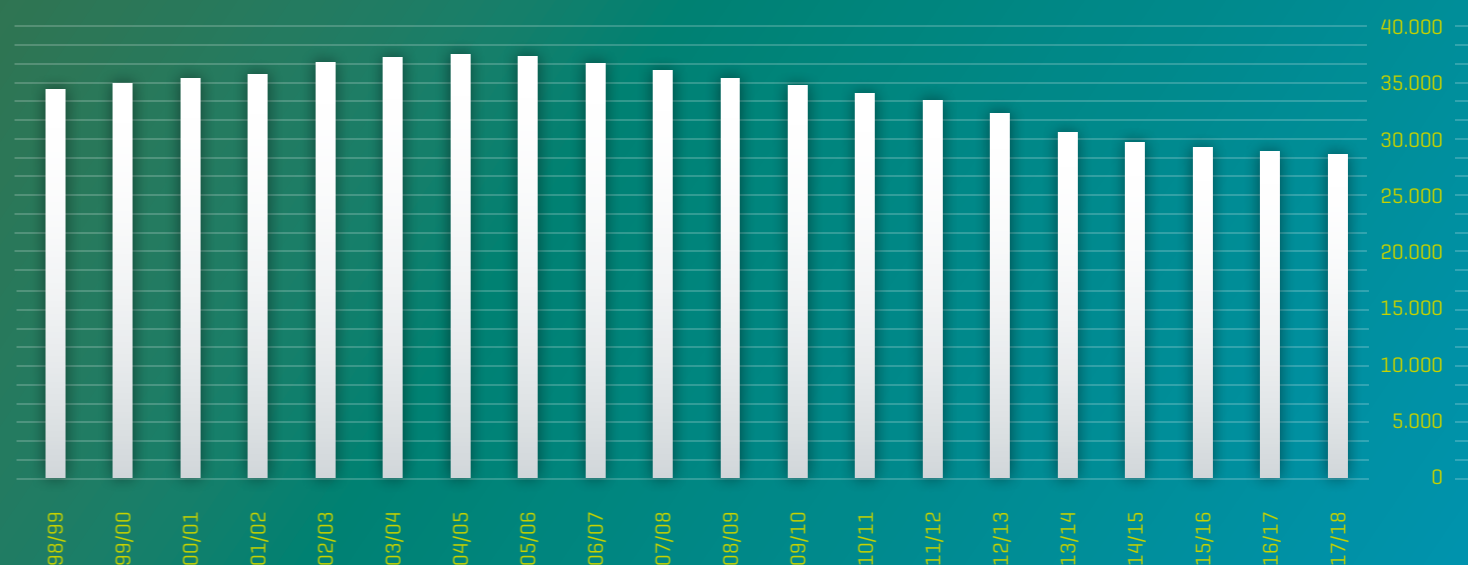
Im föderalen System Deutschlands sind wesentliche Teile der Bildungspolitik, wie der Unterricht an Schulen sowie die Versorgung mit Lehrkräften, im Hoheitsbereich des Landes angesiedelt. Trotz der gesetzlich verankerten Zuständigkeitsverantwortung hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass durch enge und kooperative Zusammenarbeitsformen zwischen Kommune und Land die Bildungssituation vor Ort verbessert werden konnte. Basierend auf diesen Erfahrungen wurde im Jahr 2008 ein entsprechender Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Duisburg und dem Land Nordrhein-Westfalen unterschrieben, der auch weiterhin für eine Manifestierung dieser Zusammenarbeit sorgt.

Schulen

Die Stadt Duisburg stellt mit 86 staatlichen Grundschulen, davon 61 im offenen Ganztags, eine wohnortnahe Grundschulversorgung zur Verfügung. Die Grundschulen bekommen den Bevölkerungsrückgang bereits zu spüren – seit Jahren sinken in Duisburg die Schülerzahlen. Dem deutlichen Schülerrückgang wurde in der Vergangenheit nicht allein durch die Zusammenlegung von Grundschulstandorten begegnet, sondern auch durch eine Reduzierung der Zügigkeiten und einer Verringerung der Klassenfrequenz von durchschnittlich 23,3 (2000 / 2001) auf 22,2 (2008 / 2009) Schüler je Klasse. Frei gewordene Raumkapazitäten werden zu einem großen Teil durch die seit 2003 verstärkt umgesetzten Ganztagskonzepte genutzt. Vom Schuljahr 2008/2009 mit etwa 18.500 Grundschulern wird die Anzahl bis zum Schuljahr 2018/2019 voraussichtlich auf etwa 16.200 sinken. Prognosen bis zum Jahr 2027 liegen für Duisburg nicht vor, jedoch ist von einem weiteren Absinken der Einschulungszahlen auszugehen.

Neben den Grundschulen unterhält die Stadt Duisburg zurzeit 54 weiterführende Schulen, davon 13 Gymnasien, 13 Gesamtschulen, 10 Realschulen und 14 Hauptschulen. Der demografische Wandel spiegelt sich auch in abnehmenden Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen wider. Seit 2004/2005 sinken die Zahlen stetig. Gab es im Schuljahr 2008/2009 noch 36.000 Schüler und Schülerinnen auf weiterführenden Schulen, so werden es laut Prognose im Jahr 2017/2018

Prognose der Schülerzahlenentwicklung an den weiterführenden Schulen 1998/1999 bis 2017/2018



nur noch 29.000 Schüler und Schülerinnen sein. Nicht jede Schulform ist vom Rückgang gleichermaßen betroffen. Die zu erwartenden Schülerzahlrückgänge an den weiterführenden Schulen betreffen vor allem die Hauptschulen. Prognosen lassen erwarten, dass schon im Schuljahr 2015/2016 nur noch ein Potenzial für zehn Eingangsklassen vorliegt. Aufgrund der geringen Anmeldezahlen ist die Auflösung weiterer Hauptschulstandorte zu erwarten. An den Realschulen werden zukünftig kleinere Eingangsklassen gebildet, gegebenenfalls wird es auch in dieser Schulform zu Schulschließungen kommen müssen. Es ist zu erwarten, dass die Anmeldeüberhänge an den Gesamtschulen weiter abnehmen und vermutlich bereits in wenigen Jahren das Angebot an Plätzen die Nachfrage bedienen kann. Aufgrund der hohen Attraktivität des Gymnasiums wird es an dieser Schulform voraussichtlich den geringsten Schülerrückgang geben.

Nicht nur der Rückgang der Schülerzahlen, sondern auch die unterschiedliche sozialstrukturelle Zusammensetzung der Bevölkerung in den Bezirken und Stadtteilen hat einen starken Einfluss auf Bildungseinrichtungen und -angebote vor Ort. Schulen und andere Bildungseinrichtungen agieren unter unterschiedlichen sozialen Rahmenbedingungen, die es in der Bildungs- und Schulentwicklungsplanung zu berücksichtigen gilt. Im Rahmen des Bundesprogramms »Lernen vor Ort« wird die Stadt Duisburg in den nächsten Jahren ein Bildungs-Monitoring aufbauen, in dem u. a. auch die

sozialräumlichen Strukturen dauerhaft beobachtet und analysiert werden.

Ganztagsbetreuung an Schulen bedeutet bessere Bildungsförderung sowie Erleichterungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch Förderung von sozialen Kompetenzen. Verbunden mit dem Wissen über die sozialstrukturelle Zusammensetzung und Verteilung der Duisburger Bevölkerung erhält die Entscheidung darüber, welche Stadtteile in Duisburg möglichst vorrangig mit Ganztagschulen versorgt werden sollten, besondere Bedeutung.

An den insgesamt 16 Duisburger Förderschulen für Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist ebenfalls ein Rückgang der Schülerzahlen zu verzeichnen. In Duisburg gibt es Schulen mit den Förderschwerpunkten »Lernen«, »Geistige Entwicklung«, »Emotionale und soziale Entwicklung«, »Sprache«, »Körperliche und motorische Entwicklung« sowie »Sehen«. Aufgrund der demografischen Entwicklung und veränderter pädagogischer Konzepte ist für die Zukunft ein weiterer Rückgang der Schülerzahlen zu erwarten. Nach dem Konzept des gemeinsamen Unterrichts soll der »Inklusive Unterricht« für 80 bis 90 % der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf ermöglicht werden. Damit ist die Existenz von Förderschulen nicht ganz ausgeschlossen, allerdings sind in Zukunft Standortschließungen zu erwarten.



Ausbildung

Bis 2027 wird ein Rückgang der Anzahl der Erwerbspersonen um rund 16 % prognostiziert. Hinzu kommt, dass der Anteil der beruflich gut qualifizierten Fachkräfte stagniert bzw. sinkt, während der Bedarf an Hochqualifizierten weiter wächst. Die aus Altersgründen ausscheidenden Personen sind deutlich besser qualifiziert als die Mehrheit der jungen Menschen heute. Traditionelle Bildungsverläufe (Abitur, Studium, Beruf) werden zunehmend aufgebrochen. Vor diesem Hintergrund gewinnt der Bereich der Aus- und Weiterbildung an Bedeutung.

Duisburg verfügt über zehn Berufskollegs mit breit gefächerten Bildungsgängen und verschiedenen schulischen und beruflichen Abschlüssen. Derzeit befindet sich das neue Berufskolleg Mitte im Neubau, in dem das Kaufmännische Berufskolleg Duisburg-Mitte, das Friedrich-Albert-Lange-Berufskolleg sowie das Weiterbildungskolleg der Stadt Duisburg zusammen untergebracht werden. Gemeinsam mit dem nahe gelegenen Gertrud-Bäumer-Berufskolleg bilden die drei Schulen mit rund 4.500 Schülern und 200 Lehrern einen zentralen Ausbildungsstandort in Duisburg-Neudorf. Mit dem Schiffer-Berufskolleg Rhein gibt es einen für das deutschsprachige Europa bedeutenden Ausbildungsstandort für den Bereich »Binnenschifffahrt und Hafenlogistik«.

Die Universität Duisburg-Essen (UDE) gehört mit rund 31.000 Studierenden (2009) an den beiden Standorten Duisburg und Essen zu den großen deutschen Universitäten. Davon studieren rund 12.000 am Standort Duisburg. Die Universität Duisburg-Essen verzeichnet einen im Vergleich zu anderen Universitäten hohen Anteil an ausländischen Studierenden und Studierenden mit Zuwanderungsgeschichte. Bezüglich der Anzahl der ausländischen Studienabsolventen liegt die Universität Duisburg-Essen bundesweit auf Platz drei.

Mit einem Standort der Folkwang Universität der Künste gibt es in Duisburg eine künstlerische Ausbildungsstätte für die Bereiche »Alte Musik«, »Kammermusik« und »Klavier«. Eine Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, die der Ausbildung von Beamtinnen und Beamten des gehobenen Dienstes dient, befindet sich ebenfalls in Duisburg. Als einzige private Hochschule in Duisburg wurde die Hochschule für Oekonomie & Management (FOM) 1993 als erste deutsche Fachhochschule in der Trägerschaft von Wirtschaftsverbänden gegründet. Heute liegt die Trägerschaft der FOM bei der gemeinnützigen Stiftung »BildungsCentrum der Wirtschaft«. Die Studiengänge sind auf die Bedürfnisse von Berufstätigen und Auszubildenden zugeschnitten.

Weiterbildung

Zukünftig wird der Weiterbildungsbedarf je nach Lebenssituation und -abschnitt Ausgangspunkt für die Entwicklung von neuen Lernangeboten im Sinne des »Lebensbegleitenden Lernens« sein.

Die Volkshochschule (VHS) der Stadt Duisburg ist das kommunale Bildungszentrum mit drei Geschäftsstellen in Stadtmitte, Hamborn und Rheinhausen. Zur VHS gehört die Niederrheinische Musik- und Kunstschule mit einem umfassenden Angebot im musischen und künstlerischen Bereich. Die Stadtbibliothek Duisburg wirkt mit der Zentralbibliothek und dreizehn Zweigstellen an der Aus- und Weiterbildung aller Bevölkerungsschichten mit. Sie wird sich zukünftig weiter zu einem Medien-, Bildungs- und Kulturzentrum mit Dienstleistungscharakter entwickeln. Der Schwerpunkt wird eindeutig in den Bereichen »Bildung« und »Medien« liegen. Dazu sind sowohl das Angebot an neuen didaktischen Kombinationen von »sozial organisiertem Präsenzlernen« und »individuell computergestütztem Lernen« zu erweitern als auch die Kooperation zwischen Volkshochschule und Stadtbibliothek auszubauen. Eine zentrale Aufgabenstellung der Stadtbibliothek wird es sein, Informationen systematisch bereitzustellen und die erforderliche Kompetenz für die Nutzung der verschiedenen Informationsmedien zu vermitteln.

Weiterbildungsmöglichkeiten bieten auch sechs Familienbildungseinrichtungen der evangelischen und katholischen Kirche, der Arbeiterwohlfahrt und des

Deutschen Roten Kreuzes sowie private Bildungsträger wie die Deutsche Angestellten Akademie, das Bildungszentrum des Bauhandwerks und die Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie (VWA) Duisburg.

Um die vorhandenen Angebote optimal nutzen zu können und die verschiedenen Weiterbildungsgänge besser aufeinander abzustimmen, ist eine stärkere Vernetzung und Koordination der Weiterbildungsträger untereinander und unter Beteiligung von Vertretern der jeweiligen Kammern, Wirtschaftsverbände sowie der ARGE sinnvoll. Auch der Austausch zwischen den Berufskollegs und den ansässigen Unternehmen ist zu fördern, um das Duisburger Profil im Bereich der Aus- und Weiterbildung weiter zu entwickeln.

Zukünftige Herausforderungen für die Bildungslandschaft

Die sich in den vergangenen Jahren abzeichnende zunehmende Segmentierung von bildungsfernen und bildungsnahen Schichten wird sich ohne gesellschaftliche Aktivitäten im schulischen Bereich in den Bildungsbiografien akkumulieren. Die Lebenssituation von Kindern ist in Duisburg, bezogen auf ihre Ausgangsbedingungen, teilweise ausgesprochen schwierig, zum einen aufgrund der besonderen sozialen Ausgangsbedingungen in den Elternhäusern und zum anderen aufgrund unzureichender Sprachkenntnisse. Im Jahr 2008 wiesen 38 % der Duisburger Kinder vor der Einschulung einen Sprachförderbedarf auf. Im Landesdurchschnitt sind 24 % der

einzuschulenden Kinder förderungsbedürftig. Die Stadt Duisburg hat bislang einen eigenen finanziellen und personellen Beitrag für die Sprachförderung im schulischen Bereich geleistet, um die sprachliche Ausgangssituation für die zahlreichen förderungsbedürftigen Kinder zu verbessern. In diesem frühen Bildungsstadium kann die Chance der Kinder erheblich verbessert werden, einen Schulabschluss zu schaffen und in der Folge einen Ausbildungsplatz zu bekommen.

Bildung ist zukünftig nicht nur Wissensvermittlung, sie soll darüber hinaus alle Anlagen des Kindes fördern: seine motorischen und kreativen Sinneserfahrungen ebenso wie das Erleben von Gemeinschaft und die Übernahme sozialer Verantwortung. Dies erfordert einen Blick über das System Schule hinaus: Es müssen zukünftig Familie, Kindertageseinrichtungen, außerschulische Jugendarbeit, die unmittelbare Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen sowie auch Freizeitangebote betrachtet werden. Bildung ist, so verstanden, ein umfassender Prozess der Entwicklung und Entfaltung derjenigen Fähigkeiten, die Menschen in die Lage versetzen, zu lernen, Leistungspotenziale zu entwickeln, zu handeln, Probleme zu lösen und Beziehungen zu gestalten. Der erste Schritt zum Aufbau eines kohärenten Bildungsgesamtsystems wurde in Duisburg bereits mit der Schaffung der Bildungsholding verfolgt, die eine Vernetzung aller Akteure im Bildungsbereich ermöglicht.

Vor diesem Hintergrund steht die Duisburger Bildungslandschaft vor den zentralen Herausforderungen,

das Niveau der Bildungsabschlüsse zu verbessern und die Abiturquote zu erhöhen, die Anzahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss zu verringern und die Bildungsübergänge reibungsloser zu gestalten sowie die Ausbildungsfähigkeit zu verbessern. Bildungseinrichtungen sind verstärkt an den Bedürfnissen der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auszurichten und für diese weiter zu öffnen.

In Bezug auf die räumliche Verteilung der Bildungseinrichtungen wird es in Zukunft darum gehen, die verbleibenden Bildungsstandorte dezentral zu konzentrieren und mit den Zielen der Stadtentwicklung in Einklang zu bringen. Hervorgehobene Bildungsstandorte sind mit zentralen Beratungseinrichtungen zu verknüpfen, um ein an den Bedarfen orientiertes niedrigschwelliges Beratungsangebot vor Ort anzubieten und Menschen in verschiedenen Lebenssituationen und -phasen sowie mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen zu erreichen.



3.6 Städtebau und Siedlungsstruktur

Siedlungsstruktur

Der größte Teil des Stadtgebiets Duisburgs (60,7 %) wird von Siedlungs- und Verkehrsflächen in Anspruch genommen. Dieser Wert ist vergleichbar mit denen der Großstädte Dortmund und Düsseldorf. Im Vergleich zu anderen Städten verfügt Duisburg mit 10,2 % über einen sehr hohen Anteil an Wasserflächen.

Das Stadtgebiet Duisburgs gliedert sich in sieben Stadtbezirke mit 46 Ortsteilen und 106 Wohnquartieren. Durch die Industrialisierung und die verschiedenen Eingemeindungen ist eine für das Ruhrgebiet typische polyzentrische Siedlungsstruktur entstanden. Diese ist gekennzeichnet durch dispers verteilte Wohnsiedlungsbereiche und industriell-gewerblich geprägte Areale. Mit dem Nebeneinander von großen Industrie- und Hafensarealen, Wohnsiedlungsbereichen sowie Verkehrsstrassen sind in Duisburg zahlreiche Konfliktlagen und Zäsuren innerhalb des Siedlungsraumes entstanden. Die Nachbarschaft von Industrie- und Wohnsiedlungsbereichen bietet aber auch städtebauliche Besonderheiten und Entwicklungschancen.

Bebauungsstruktur

Das Stadtgebiet Duisburgs weist unterschiedliche Stadtstrukturtypen auf. Quartiere mit überwiegend verdichteter Blockrandbebauung befinden sich in Duisburg-Mitte sowie in Ruhrort und den Stadtbezirken Meiderich und Hamborn. Meist verdichtete, aber geringer geschossige Bebauung ist in den kernnahen Wohnquartieren in Hochheide, Hochemmerich, Alt-Homberg und Aldenrade vorzufinden. Aufgelockerte Siedlungsbereiche mit geringer Geschossigkeit sind zumeist in den Bezirken Süd und Rheinhausen sowie in den Randbereichen von Walsum und Baerl vorhanden.

Die Stadt Duisburg hat im Vergleich zu Düsseldorf und Essen mit 2.133 Einwohnern/km² eine geringere Einwohnerdichte. Die Schwerpunkte höherer Einwohnerdichten sind im Bezirk Mitte und in den nördlichen Stadtbezirken vorzufinden. Eine geringe Einwohnerdichte gibt es in dem Stadtbezirk Süd sowie den linksrheinischen Gebieten.

Siedlungsräumliche Gliederung

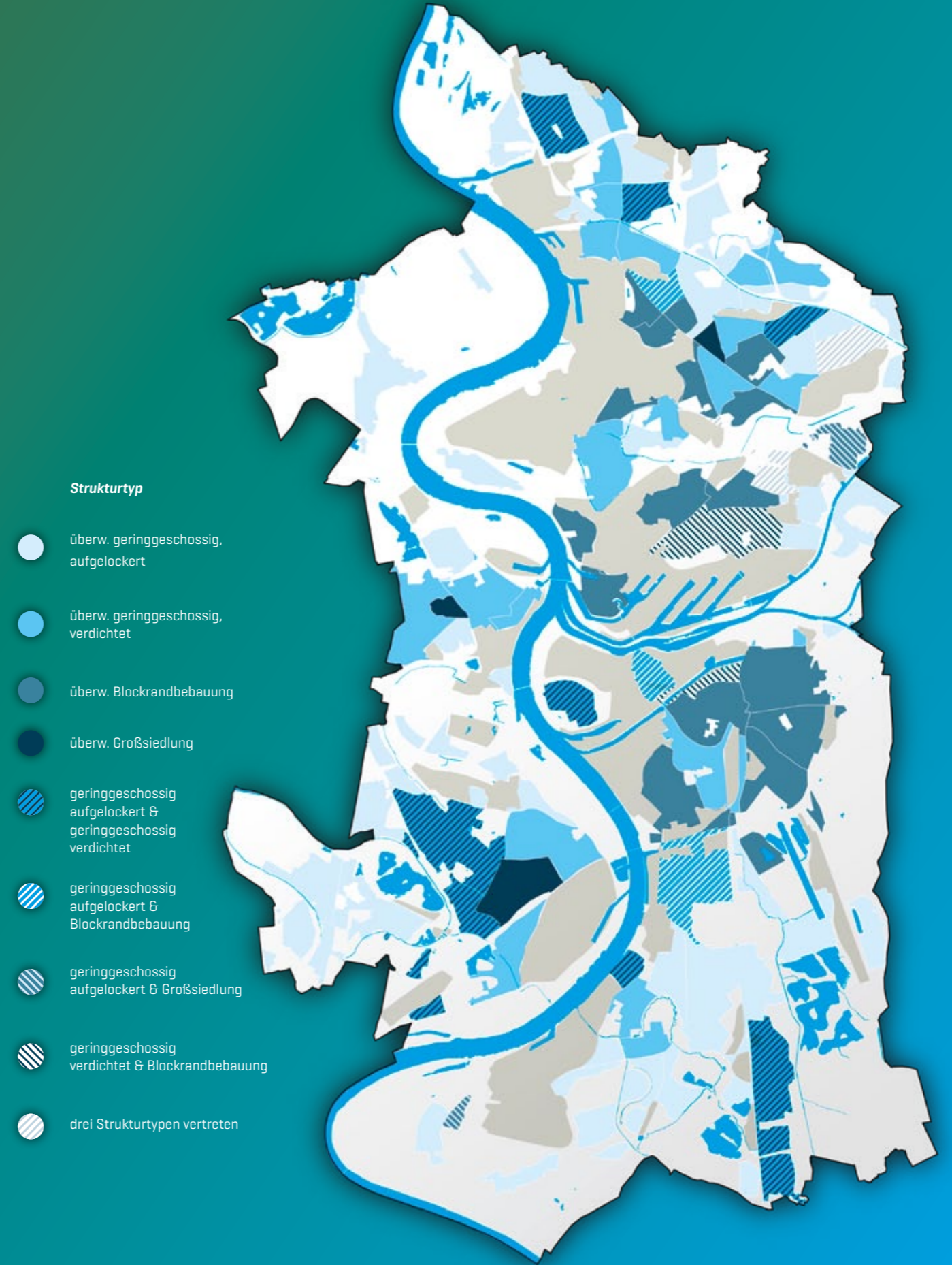
- Wohnen und Mischnutzung
- Gewerbliche und industrielle Nutzung
- Grün- und Freiraum
- Wasserflächen



Städtebaulich bedeutende Zäsuren



Siedlungsstrukturtypen in Duisburg





- | | | | |
|-----------------------------------|---------------------------------------|--------------------------------------|-----------------------------|
| 1 Brennerei Claus | 24 Landschaftspark Nord | 47 Innenhafen | 70 Wasserturm |
| 2 Siedlung Wehofen | 25 Alter Luftschaft Geerd | 48 Kaiserberg | 71 Siedlung Wedau |
| 3 Fähre Walsum-Orsoy | 26 Siedlung Beekerwerth | 49 Essenberger See / Halde Essenberg | 72 Bissingheim |
| 4 Grünverbindung / Aussichtspunkt | 27 Stefangelände / Landmarke | 50 Essenberg | 73 6-Seen-Platte |
| 5 Binsheimer Feld | 28 Siedlung Vogelwiese | 51 Rheinlage Neuenkamp | 74 Rheinpromenade Wanheim |
| 6 Lohheider Bahnhof | 29 Rheinfront Beekerwerth | 52 Diergardt-Siedlung | 75 Villenkolonie Bliersheim |
| 7 Schwelgern Park | 30 Anhöhen nördlich Laar | 53 Schwanentor | 76 Wasserturm |
| 8 Moschee | 31 Uettelsheimer See und Parkfriedhof | 54 Dreigiebelhaus | 77 Bergheimer Mühle |
| 9 Siedlung im Stillen Winkel | 32 Mühlenfelder Straße | 55 Burgplatz | 78 Toeppersee |
| 10 Siedlung im Jubiläumshain | 33 Laarer Kirche | 56 König-Heinrich-Platz | 79 Alt-Friemersheim |
| 11 Hamborner Bahnhof | 34 Rheinfront Laar | 57 Königsberger Allee | 80 Eisenbahnsiedlung |
| 12 Siedlung Bergmannsplatz | 35 Siedlung Ratingsee | 58 Historische Villen Duissern | 81 Hildebrandthöhe |
| 13 BauhausKarree | 36 Hafen erlebbar | 59 Zoo | 82 Schulz-Knaudt-Siedlung |
| 14 Siedlung Felix-Dahn-Straße | 37 Villensiedlung Lutherpark | 60 Expo-Häuser Hängebrücke | 83 Siedlung Hüttenheim |
| 15 Alsumer Berg | 38 Friedrich-Ebert-Brücke | 61 Märchensiedlung | 84 Rheinaue |
| 16 Dichterviertel | 39 Trajekt-Turm | 62 Einschornstein-Siedlung | 85 Dorf Mündelheim |
| 17 Jupp-Kolonie | 40 Johannenhof-Siedlung | 63 Wasserturm / Ringlokschuppen | 86 Wasserburg |
| 18 Rathaus Hamborn | 41 Ruhrort | 64 St. Bonifatius-Kirche | 87 Rahmer Kirche |
| 19 Matena-Tunnel | 42 Rheinfront Homberg | 65 RheinPark | 88 Rheinaue Walsum |
| 20 Abtei Homborn | 43 Plange-Mühle | 66 Margarethensiedlung | |
| 21 Baerl-Stadtteil am Rhein | 44 Rheinorange | 67 Michaelsplatz | |
| 22 Hochofen-Kulisse Beek | 45 Rheinpreußensiedlung | 68 Dickelsbachsiedlung | |
| 23 Pumpwerk Alte Emscher | 46 Aussichtsturm Ruhrschleuse | 69 Sportpark Duisburg | |

Besonderheiten der Duisburger Siedlungsstruktur

Duisburg bietet durch seine Eigenart und markanten Strukturen profilbildende Potenziale und Besonderheiten, die Wahrnehmung und Identität der Gesamtstadt sowie der Ortsteile prägen. Zu den besonderen Orten zählen zum Beispiel spektakuläre Industrie- und Hafenanlagen, Halden und architektonisch einzigartige (Arbeiter-)Siedlungen. Diese Siedlungen sind im Ruhrgebiet besonders Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden und in Duisburg in einer Vielzahl erhalten. Beispiele dafür sind die von großen Industrieunternehmen oder Bergwerksgesellschaften errichteten Siedlungen, zum Beispiel in Hüttenheim, das Dichterviertel oder die Rheinpreußensiedlung. Sie weisen besondere städtebauliche Qualitäten auf, auf denen die siedlungsräumliche Identität aufbaut.

Besonderheiten der Duisburger Siedlungsstruktur sind auch die wichtigen Stadt- bzw. Ortseingänge. Bei ihnen wird ein Handlungsbedarf in der Beseitigung von städtebaulichen Defiziten unter den Aspekten des Erhalts und der Weiterentwicklung von Qualitäten besonders deutlich.

Wasser als Potenzial der Siedlungsentwicklung

Ein herausstechendes Potenzial Duisburgs sind die Wasserflächen mit ihren umgebenden Bereichen. Das betrifft sowohl die Flüsse Rhein und Ruhr als auch den Rhein-Herne-Kanal sowie die zahlreichen Seen und Hafengebiete. Viele Wasserlagen und Uferbereiche sind aufgrund gewerblicher und industrieller Nutzungen nicht oder nur eingeschränkt zugänglich. Die Erlebbarkeit der Wasserlagen ist folglich eingeschränkt oder teilweise vollständig unterbunden, sodass das Duisburger Wasserpotenzial derzeit vielfach unter- bzw. ungenutzt ist. Für die Zukunft ist es bedeutsam, das Wasserpotenzial zur Qualifizierung der Siedlungs- und Freiraumentwicklung zu nutzen. So wird in den letzten Jahren dem Thema »Wohnen am Wasser«, wie beispielsweise

am Innenhafen oder bei der Entwicklung des Stadtteils Ruhrort, erhöhte Aufmerksamkeit und Priorität geschenkt. Zukünftig ist das Element Wasser stärker bei der Stadtentwicklung sowie der Entwicklung von neuen Flächen, wie zum Beispiel bei der Erweiterung Rhein-Park, zu nutzen. Um die Potenziale auf bzw. an geeigneten Wasserflächen für die Realisierung zukunftsweiser Projekte bzw. hochwertiger Bebauung zu erschließen und zu nutzen, müssen die erforderlichen planungs- und baurechtlichen Voraussetzungen geschaffen und die Bereitschaft von Eigentümern und Projektentwicklern geweckt werden. Herausragende Beispiele sind zu initiieren und noch mehr als bisher publik zu machen, um den Strukturwandel zu dokumentieren und die Außenwahrnehmung von Duisburg als Wohn- und Arbeitsstandort zu verbessern.

Potenzialräume am Wasser

● Potenzialräume am Wasser



Zukünftige Anforderungen an die Siedlungsstruktur

Für eine zukunftsfähige Siedlungsstruktur wird unter den Bedingungen des zu erwartenden Bevölkerungsrückgangs die prioritäre Förderung und Entwicklung der städtebaulich, ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltig tragfähigen Kernbereiche und Schwerpunkte der Siedlungs- und Zentrenstruktur erforderlich. Diese wird an den in den Teilräumen der Stadt vorhandenen Stärken, Qualitäten und Alleinstellungsmerkmalen ansetzen müssen.

Die Erhaltung und Wiederherstellung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse erfordert in Teilbereichen der Stadt die Umnutzung, Aufgabe und den Rückbau nicht mehr marktgängiger Nutzungen und Bestände. Von entscheidender Bedeutung ist die nachfrageorientierte Qualitätsverbesserung der bestehenden Siedlungsstrukturen. Dazu sind unter anderem trennende Zäsuren abzubauen oder alternativ stadtgliedernd einzubinden. Das große Potenzial an Brachflächen bietet die Chance zur Nachqualifizierung von Siedlungsstrukturen. Auf Brachflächen können durch intelligente Zwischennutzungen positive Effekte für das Umfeld erreicht oder sogar eine Flächenentwicklung initiiert werden. Prinzipiell kann durch die Umnutzung von Brachflächen oder bestehenden Siedlungsstrukturen der Verbrauch von Flächen im Außenbereich minimiert und die Innenentwicklung gestärkt werden.

Die polyzentrale Siedlungsstruktur Duisburgs verlangt nach einer qualitativ hochwertigen Vernetzung der einzelnen Stadtbezirke und Ortsteile untereinander sowie nach einer stärkeren Ausrichtung auf die Duisburger Innenstadt durch nachhaltige Verkehrsträger. Zukünftig muss eine Konzentration auf die Siedlungsbereiche erfolgen, die gut und nachhaltig an starke Siedlungskerne angebunden sind. Die Duisburger Siedlungskerne sind für die Region, die Gesamtstadt, die Stadtbezirke und Ortsteile sowie für jedes einzelne Wohnquartier die wichtigsten städtebaulichen Kristallisationspunkte des urbanen Lebens. Sie bieten Raum für eine bedarfsgerechte, wohnortnahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, mit sozialer und technischer Infrastruktur, nachhaltigen Mobilitätsangeboten sowie Kultur- und Bildungsangeboten.

Eine besondere Bedeutung kommt der Weiterentwicklung der jeweiligen städtebaulichen Qualitäten und Potenziale von Quartieren und Ortsteilen mit ihren Funktionen für Wohnen und Arbeiten sowie mit ihren Alleinstellungsmerkmalen, Besonderheiten und Potenzialen von geschichtlicher, architektonischer, wirtschaftlicher, landschaftlicher oder auch künstlerischer Ausprägung zu. Zu besonderen und zum Teil alleinstellenden Qualitäten zählen stadthistorisch bedeutende und identitätsstiftende Gebäude, historische Siedlungen sowie Landschaftsformationen.

Duisburger Siedlungskerne



Die siedlungsräumlichen Identitäten sind zu stärken, erhaltenswerte Strukturen zu bewahren und mono-strukturierte Siedlungen aufzuwerten. Durch die Festsetzung und konsequente Anwendung von gestalterischen Vorgaben sollen die Besonderheiten der Architekturstile und prägende Siedlungsstrukturen erhalten, ergänzt und aufgewertet und die Vielfalt guter Architektur gefördert werden.

Die Steigerung der Lebensqualität ist nicht nur wichtig, um die ansässige Bevölkerung zu halten, sondern auch, um neue Einwohner aus dem Umland anzuziehen. Duisburg bietet dazu mit seinen Entwicklungspotenzialen, insbesondere am und auf dem Wasser, gute Voraussetzungen. Mit attraktiv gestalteten Angeboten, eingebettet in ein ansprechendes Wohnumfeld mit einer angemessenen Infrastruktur, werden neue Zielgruppen angesprochen. Die unterschiedlichen Lebenszyklen und -stile verlangen flexible und vielfältige Wohn- und Siedlungsformen. Das beinhaltet die Ausdifferenzierung des Wohnraumangebots. So wird eine erhöhte Nachfrage nach Mehrgenerationenhäusern bzw. altersgemischten Baublöcken erwartet, in denen sich die Generationen bei den jeweiligen Bedürfnissen unterstützen können.

Bei der Hervorhebung und Schaffung besonderer städtebaulicher Qualitäten spielen öffentliche Räume eine besondere Rolle. Dies verlangt eine hohe Aufenthaltsqualität und multifunktionale Nutzbarkeit von Straßen, Plätzen, Wegen und Grünanlagen sowie die Schaffung von Identifikationsräumen. Zukünftig sollten öffentliche Räume dem Prinzip »So viel Gestaltung und städtebauliche Integration wie möglich und so viel verkehrliche Funktion wie nötig« folgen.

3.7 Grün und Freiraum

In den letzten Jahrzehnten haben im Rahmen des Strukturwandels die Grünflächen und der Freiraum in Duisburg an Bedeutung gewonnen. Attraktive Freiräume sind entscheidend für die Wohn- und Lebensqualität und zu einem wichtigen Standortfaktor geworden. Daher sind zukünftige Stadtentwicklungsplanungen mit den Ansprüchen an den Freiraum abzugleichen.

Freiraumstruktur

Das Stadtgebiet Duisburgs ist zu fast 40 % durch landwirtschaftliche Flächen sowie Wald- und Wasserflächen geprägt. Im Vergleich mit anderen Großstädten verfügt Duisburg über einen hohen Anteil an Wasserflächen, aber einen relativ geringen Anteil an Landwirtschaftsflächen und Waldbereichen. Der Anteil der Freiflächen außerhalb der Siedlungs- und Verkehrsflächen ist in den Jahren von 1997 bis 2008 um 3,8 % auf 9.140 ha zurückgegangen, wohingegen der Anteil an Erholungsflächen im Siedlungsbereich um 11,3 % auf 1.886 ha zugenommen hat.

Duisburg ist durch eine vielfältige Gewässerlandschaft geprägt. Innerhalb des Stadtgebiets mündet die Ruhr in den Rhein. Neben dem Rhein-Herne-Kanal finden sich zahlreiche Seen und kleinere Fließgewässer, die für Sport und Freizeit genutzt werden.

Rhein und Ruhr wirken einerseits als Zäsuren in der Siedlungsstruktur, da sie nur an wenigen Stellen zu queren sind. Andererseits weisen die gewässerbegleitenden, landschaftlich reizvollen Grünzüge ein hohes Potenzial als Verbindungselemente auf. Auch durch die vielen Verkehrsstrassen und zum Teil undurchlässige Industrie- und Gewerbeflächen, insbesondere entlang von Rhein, Ruhr und Rhein-Herne-Kanal, weist das Stadtgebiet einen hohen Zerschneidungsgrad auf. Viele Uferbereiche sind nicht frei zugänglich und erlebbar. Diese Barrieren beeinträchtigen nicht nur den Lebensraum und die Ausbreitung von Tieren und Pflanzen,



- 1 Rheinaue Walsum
- 2 Franz-Lenze-Platz
- 3 Freiraum Walsum
- 4 Freiraum Mattlerbusch / Hamborn
- 5 Freizeitpark Hamborn / Revierpark Mattlerbusch
- 6 Freiraum Mattlerbusch / Hamborn
- 7 Jubiläumshain
- 8 Schwelgernpark
- 9 Kleine Emscher
- 10 Erholungspark Neumühl
- 11 Binsheimer Feld
- 12 Baerler Busch / Lohheider See
- 13 Stadtwald Hamborn / Botanischer Garten
- 14 Landschaftspark Nord
- 15 Vogelwiese
- 16 Rheinaue Beeckerwerth
- 17 Hombergerort /Uettelsheimer See
- 18 Friedhofsallee
- 19 Grünflächen Ruhrort
- 20 Stadtpark Meiderich
- 21 Styrumer Pfad II
- 22 Ruhrauen
- 23 Rheinorange
- 24 Rheinaue Neuenkamp
- 25 Essenberger Bruch
- 26 Innenhafen
- 27 Zoo
- 28 Kant-Park
- 29 Böninger Park
- 30 Stadtwald
- 31 Rheinische Bahn
- 32 RheinPark
- 33 Volkspark Rheinhausen
- 34 Bahntrasse Rheinhausen
- 35 Toeppersee
- 36 Sportpark Duisburg
- 37 Rehwiesen
- 38 Rheinpromenade Wanheim
- 39 Rheinaue Friemersheim
- 40 Angerpark
- 41 Erholungspark Biegerhof
- 42 Sportpark Süd
- 43 Sechs-Seen-Platte
- 44 Rahmer See
- 45 Mündelheimer Rheinbogen

sie behindern zum Teil auch die Durchgängigkeit von Erholungsräumen und -achsen.

Das Duisburger Grün- und Freiraumangebot hält sowohl Flächen für die Freizeitgestaltung als auch für den Biotop- und Artenschutz vor. Landschaftsbezogene erholungsbedeutsame Freiräume sind vor allem der Rhein- und der Ruhrauenkorridor, die linksrheinische Niederterrassen- und Donkenlandschaft, aber auch die Waldflächen im Südosten des Stadtgebiets.

Im verdichteten Siedlungsraum gibt es zahlreiche Grünflächen und Parkanlagen. Als Beispiele sind der Schwelgernpark in Hamborn, der Angerpark in Wanheim, der Franz-Lenze-Platz in Walsum-Vierlinden und der Jubiläumshain in Röttgersbach zu nennen. Diese wohnungsnahen und gut erreichbaren Angebote gewinnen aufgrund der Überalterung und im Hinblick auf eine familienfreundliche Stadtentwicklung an Bedeutung. Neben Grün- und Freiräumen, die für Freizeit-zwecke genutzt werden, gibt es auch zahlreiche frei-zeitrelevante Infrastrukturangebote wie den Sportpark Duisburg, den Duisburger Zoo, botanische Gärten, den Innenhafen sowie mehrere Golfanlagen.

Auch Bereiche für den Biotop- und Artenschutz sind in Duisburg vorzufinden. So ist die Rheinaue Walsum als »Natura 2000«-Gebiet bei der Europäischen Union registriert. Als Naturschutzgebiete sind in Duisburg 14 Flächen unterschiedlicher Größe festgesetzt. Dazu zählen u. a. Teile der Rheinaue Binsheim, Teile des Essenberger Bruchs und die Rheinaue Friemersheim. Als gesetzlich geschützte Biotope, d. h. Lebensräume für seltene und gefährdete Tier- und Pflanzenarten, sind ca. 180 Einzelflächen festgesetzt. Seit dem Jahr 1995 wurden im Duisburger Norden, Süden und Westen Biotopverbundkonzepte erstellt und sind in der Umsetzung.



Zukünftige Bedarfe und Anforderungen an den Freiraum

Eine Herausforderung stellt der Umgang mit Freiflächen und die Unterhaltung und Pflege von Freizeit- und Grünanlagen dar. Die finanzielle Situation der Stadt Duisburg ermöglicht es künftig nicht mehr, alle Flächen auf einem gleich hohen Qualitätsstandard zu halten, sodass neben einer Prioritätensetzung auch eine stärkere Differenzierung der Grün- und Freiflächen bezüglich der Intensität des Pflegeaufwands erfolgen muss. Dies ist mit den steigenden Anforderungen an die Qualität in Einklang zu bringen.

Die demografischen Änderungen führen zu neuen Ansprüchen an die Grün- und Freiraumentwicklung. Zukünftig ist die schnelle, sichere und barrierefreie Erreichbarkeit des Freiraums und des wohnungsnahen Grüns nicht nur aufgrund der Alterung der Bevölkerung, sondern auch aufgrund der Familienfreundlichkeit ein wichtiger Aspekt der Wohn- und Lebensqualität. Die Frei- und Grünflächen ohne besondere Nutzungszuweisung gewinnen an Bedeutung, da unter anderem die Individualsportarten zunehmen. Aufgrund der Einkommensverhältnisse eines Teils der Duisburger Bevölkerung sind auch in Zukunft ausreichend kostenfreie Angebote bereitzuhalten.

Der Stellenwert von Grün- und Freiflächen für die Stadtentwicklung wird sich erheblich verändern. Der Rückgang der Bevölkerung und der fortschreitende Strukturwandel können zu einem Brachfallen ehemaliger Bauflächen führen. Vernachlässigte öffentliche und private Brach-, Frei- und Grünflächen können die Abwertung von Quartieren beschleunigen. Andererseits können brachliegende Flächen ohne neue Nutzungsperspektive für eine dauerhafte oder zeitweise Umwidmung in Grün- und Freiflächen genutzt werden, um die Durchgängigkeit im Freiraumsystem zu verbessern. Dadurch wird eine Steigerung der Lebensqualität erreicht und es werden neue Nutzungsmöglichkeiten für verschiedene Bevölkerungsgruppen geschaffen. Eine gute Ausstattung der Stadt bzw. der Stadtteile und Quartiere mit Grün- und Freiflächen sowie Freizeit- und Erholungsangeboten sowie ihre Attraktivität sind wichtige Faktoren bei der Standortwahl, für die Wohnzufriedenheit und die Identifikation mit dem umgebenden Quartier. Eine entscheidende Bedeutung wird zukünftig der Qualität der einzelnen Freiraumangebote zukommen. So gibt es einen Wandel vom »Versorgungsaspekt« zum »Erlebnisaspekt«, d. h. erhöhte Ansprüche an die Erlebnisqualität von Grün- und Freiflächen. Neben der Qualität ist eine Differenzierung für verschiedene Nutzergruppen entscheidend.

3.8

Einzelhandel und Zentrenstruktur

Der Einzelhandel entwickelt sich seit Jahren sehr dynamisch. Konzentrationsprozesse auf Unternehmenseite, die Entwicklung neuer Betriebstypen, eine zunehmende Discount-Orientierung und der Trend zur Großflächigkeit manifestieren sich in veränderten Standortanforderungen und führen zu Neuansiedlungen, Verlagerungen und Betriebsaufgaben.

Einzelhandelsstandort Duisburg

Der Einzelhandel in Duisburg verfügte 2008 über einen Bestand von 3.022 Betrieben mit einer Verkaufsfläche von rund 723.000 m². Die Vergleichszahlen der letzten Einzelhandelserhebung von 2001, wonach in Duisburg 3.115 Betriebe mit etwa 596.000 m² ansässig waren, spiegeln den bundesweit vorzufindenden Trend – Verringerung der Betriebszahl bei gleichzeitiger Erhöhung der Verkaufsfläche – wider. Ein Grund dafür ist, dass vor allem kleinflächige inhabergeführte Fachgeschäfte aus dem Markt ausscheiden. Das erhebliche Verkaufsflächenwachstum ist in Duisburg insbesondere durch eine Vielzahl an großflächigen Einzelhandelsvorhaben, zum Beispiel dem Einkaufszentrum Forum oder Ikea, aber auch durch die Neuansiedlung bzw. Erweiterungen von Lebensmitteldiscountern und Verbrauchermärkten zu erklären.

Mehr als die Hälfte der Einzelhandelsbetriebe sind innerhalb der Duisburger Zentren angesiedelt, die damit über den größten Verkaufsflächenanteil verfügen. Die großflächigen Einzelhandelsbetriebe mit Verkaufsflächen von über 800 m² machen in ihrer Anzahl weniger als 10 % des Gesamtbestandes aus, nehmen im Gegenzug aber fast 60 % der gesamten Verkaufsfläche ein. Dagegen hat die größte Anzahl der Einzelhandelsbetriebe in Duisburg (ca. 70 %) lediglich 100 m² oder weniger Verkaufsfläche vorzuweisen und macht somit nur rund 11 % an der gesamten Verkaufsfläche aus.

Einzelhandelsbestand in Duisburg

Einzelhandelsbestand in Duisburg	GfK Prisma Institut 2001	Stadt + Handel 2008 [* exklusive Leerstände]
Anzahl der Einzelhandelsbetriebe	3.115	3.022*
Verkaufsfläche [in m ²]	596.150	722.620*
Verkaufsfläche je Einwohner [in m ²]	1,15	1,46
Verkaufsfläche Warengruppe Nahrungs- und Genussmittel je Einwohner [in m ²]	0,30	0,35

Mit einem Verkaufsflächenbestand von rund 1,5 m² je Einwohner weist Duisburg eine Verkaufsflächenausstattung knapp über dem Bundesdurchschnitt von rund 1,4 m² je Einwohner auf. Im Sortimentsbereich »Nahrungs- und Genussmittel« liegt die Stadt mit rund 0,35 m² je Einwohner im Bundesdurchschnitt. Damit ist Duisburg gesamtstädtisch quantitativ gut mit Lebensmittelverkaufsflächen versorgt. In Teilbereichen des Stadtgebiets sind trotz dieser guten gesamtstädtischen Ausstattung Ergänzungsmaßnahmen zur Entwicklung sowohl der Zentren entsprechend ihrer jeweiligen Funktionszuweisung als auch der wohnortnahen Versorgung sinnvoll.

Anziehungskraft Duisburgs als Einzelhandelsstandort

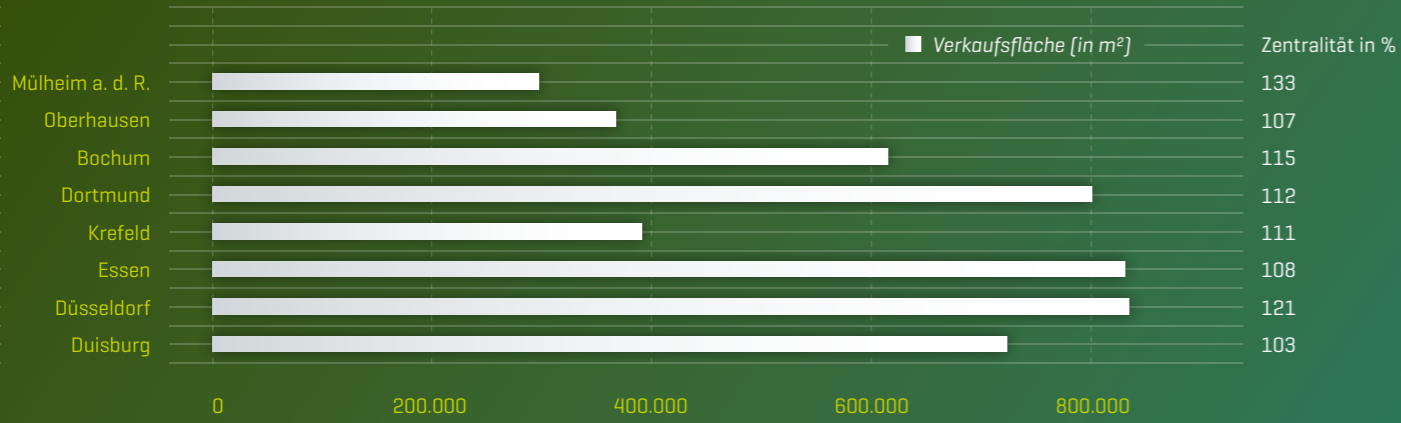
Duisburg muss sich als Teil der Metropolregion Rhein-Ruhr im Bereich des Einzelhandels einer starken regionalen Konkurrenz stellen, so etwa durch das CentrO Oberhausen oder durch die Düsseldorfer und Essener Innenstädte. Weiterhin verfügt Duisburg lediglich über eine einzelhandelsrelevante Kaufkraftkennziffer von 93,2. Das hierdurch ausgedrückte Kaufkraftniveau der Duisburger Bevölkerung liegt damit unter dem bundesdeutschen Referenzwert von 100. Summiert stehen den Duisburger Haushalten für Ausgaben im Einzelhandel in einem Jahr rd. 2.300 Mio. Euro zur Verfügung.

Für Duisburg wurde ein jährlicher Einzelhandelsumsatz von 2.400 Mio. Euro ermittelt. Aus der eigenen

Bevölkerung erzielt Duisburg drei Viertel dieses Einzelhandelsumsatzes. Der übrige Umsatz von rund 25 % wird von Kunden aus den umliegenden Städten generiert, insbesondere aus den Mittelzentren Moers, Mülheim an der Ruhr und Dinslaken sowie aus den Oberzentren Krefeld und Düsseldorf.

Die Gegenüberstellung der ermittelten Umsätze und der in Duisburg zur Verfügung stehenden Kaufkraft ergibt eine Zentralität über alle Sortimentsbereiche von 103 %. Dieser Wert ist das Verhältnis aus dem Einzelhandelsumsatz einer Stadt im Verhältnis zu der vor Ort vorhandenen einzelhandelsrelevanten Kaufkraft. Werte über 100 % weisen darauf hin, dass der Einzelhandelsbesatz in Duisburg eine Anziehungskraft über die Stadtgrenzen hinaus aufweist und dadurch Kaufkraft von außerhalb akquiriert werden kann. Damit hat Duisburg seine Attraktivität als Einzelhandelsstandort in den vergangenen Jahren wieder deutlich steigern können. Noch 2001 konnte die Stadt nur eine Zentralität von 93 % aufweisen.

Im Vergleich mit den umliegenden Kommunen wird Duisburg jedoch seiner Stellung als Oberzentrum mit regionaler Versorgungsfunktion nicht gerecht. Langfristig wird eine Zentralität von 120 % angestrebt, die sich an den im regionalen Einzelhandelskonzept abgestimmten Rahmenbedingungen sowie an den Zentralitätswerten der umliegenden Oberzentren orientiert.



Zentrenstruktur

Um langfristig die Funktionen zentraler Bereiche wie der Innenstadt, der Bezirks- und Ortsteilkerne zu erhalten und die wohnungsnah Grundversorgung der Bevölkerung sicherzustellen, ist eine gezielte gesamtstädtische Einzelhandelsentwicklung über die Festlegung sogenannter »zentraler Versorgungsbereiche« notwendig.

Gestuft nach den Unterschieden ihrer Bedeutung, Funktion und Ausstattung sowie ihrer städtebaulichen Entwicklungspotenziale bilden die zentralen Versorgungsbereiche die Duisburger Zentrenstruktur. Insgesamt verfügt Duisburg über 16 Nahversorgungszentren, sechs Nebenzentren und mit der Innenstadt und Hamborn/Marxloh über zwei Hauptzentren. Die zentralen Versorgungsbereiche orientieren sich an der polyzentrischen Stadtstruktur und berücksichtigen neben der Einzelhandelsausstattung eine integrierte Lage innerhalb des Siedlungsgefüges, weitere Funktionen aus den Bereichen Dienstleistung, Gastronomie, Bildung, Kultur u. Ä. sowie eine gute Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr. Dennoch sind die zentralen Versorgungsbereiche bezüglich ihrer Lage und Funktionszuweisung nicht immer den Siedlungskernen gleichzusetzen.

Zukünftige Anforderungen an den Einzelhandelsstandort

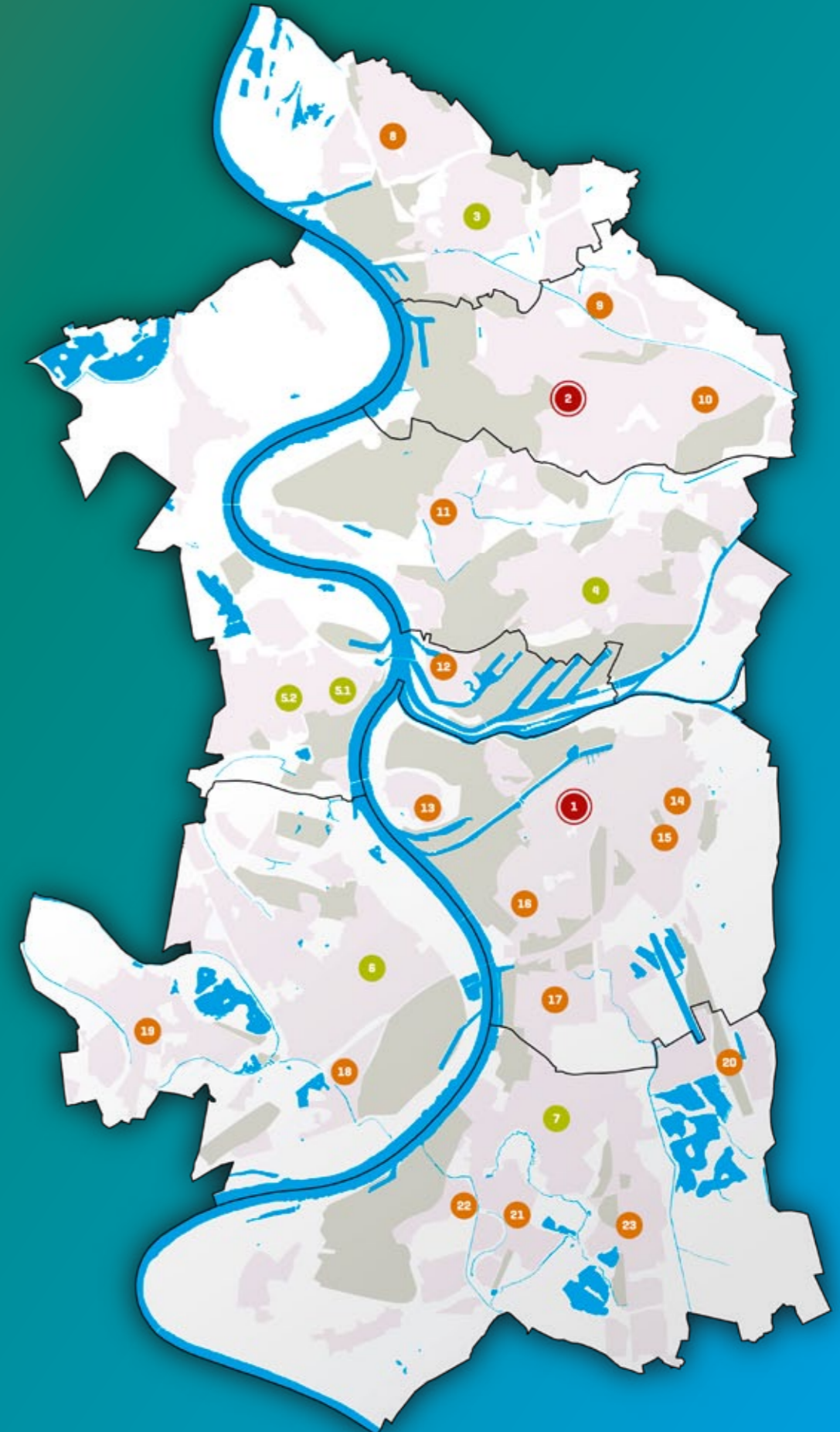
Der Einzelhandel wird heute von nationalen und internationalen Unternehmen geprägt, die einen Großteil des Umsatzes konzentrieren. Diese Konzentrations-

tendenzen betreffen in besonderem Maße den Lebensmittel Einzelhandel. Die Folgen dieses Prozesses sind eine Ausdünnung des Versorgungsnetzes, die Vereinheitlichung des Angebotes und das Wachstum städtebaulich nicht integrierter Standorte. Die Ansiedlung von Lebensmittelmärkten an zwar verkehrsgünstig gelegenen, städtebaulich aber nicht integrierten Lagen außerhalb der Zentren oder der Wohnsiedlungsbereiche schränkt die Einkaufsmöglichkeiten insbesondere von Haushalten ein, die über keinen PKW verfügen.

Obwohl bundesweit in den letzten Jahren ein Wachstum der Haushaltseinkommen zu verzeichnen ist, wird dieses Einkommen immer weniger für den Einzelhandel ausgegeben. Hinzu kommt eine Aufspaltung des Einkaufs in ein Segment »Erlebniseinkauf« und in ein Segment »Versorgungseinkauf«. Der Erlebniseinkauf zeichnet sich durch die Faktoren Qualität, Status und Atmosphäre aus, beim Versorgungseinkauf hingegen stehen der Preis und die schnelle, heute meist autokundenorientierte Erreichbarkeit im Fokus der Konsumenten.

Damit Duisburg als Einkaufsstadt im regionalen Wettbewerb bestehen kann, ist eine höhere Attraktivität und Anziehungskraft des Einzelhandels notwendig. In besonderer Weise muss dabei die Qualität des Einzelhandelsangebotes verbessert werden. Das zweite Hauptzentrum Hamborn/Marxloh soll sich vor allem für das nördlich der Ruhr liegende Stadtgebiet zu einem attraktiven Einkaufsstandort entwickeln und das Angebot der Innenstadt sinnvoll ergänzen.

Zentrale Versorgungsbereiche in Duisburg 2010



Hauptzentren

- 1 Innenstadt
- 2 Hamborn / Marxloh

Nebenzentren

- 3 Walsum
- 4 Meiderich
- 5.1 Alt-Homborg
- 5.2 Hochheide
- 6 Rheinhausen
- 7 Buchholz

Nahversorgungszentren

- 8 Vierlinden
- 9 Röttgersbach
- 10 Neumühl
- 11 Beeck
- 12 Ruhrort / Laar
- 13 Neuenkamp
- 14 Duissern
- 15 Neudorf
- 16 Hochfeld
- 17 Wanheimerort
- 18 Friemersheim
- 19 Rumeln-Kaldenhausen
- 20 Wedau / Bissingheim
- 21 Huckingen
- 22 Hüttenheim
- 23 Großenbaum

3.9 Mobilität

Duisburg steht vor der Herausforderung, die Verkehrsstrukturen den veränderten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und demografischen Rahmenbedingungen anzupassen und die Mobilität stadtverträglich zu organisieren.

Innerhalb von Nordrhein-Westfalen bildet die Stadt einen wichtigen Verkehrsknoten zwischen den Ballungsräumen Ruhrgebiet und der Rheinschiene. Duisburg verfügt über ein gut ausgebautes Verkehrsinfrastrukturangebot und eine besondere Kombination von Verkehrsanbindungen per Wasser, Schiene, Straße und Luft.

Verkehrsinfrastruktur

Ein leistungsfähiges, auf die verschiedenen Nutzungen ausgerichtete Straßennetz ist Grundvoraussetzung für wettbewerbsfähige Standortbedingungen. Mit den internationalen Autobahnen A 3, A 40 und A 57 und den regional bedeutsamen Autobahnen A 42, A 59 und A 524 ist Duisburg sehr gut an das nationale und internationale Straßennetz angebunden. Fünf Autobahnkreuze und 21 Autobahnanschlussstellen im Stadtgebiet ermöglichen eine kurze Erreichbarkeit des regionalen und überregionalen Netzes. Daneben sichert das dichte Netz von Bundes-, Landes- und Kommunalstraßen eine gute Erschließung für den Güter- und Personenverkehr. Die große Dichte an Verkehrsstraßen mit hohem Verkehrsaufkommen und die weitläufige, polyzentrische Siedlungsstruktur führen jedoch auch zu Konfliktsituationen mit den umgebenden Nutzungen.

Duisburg liegt auf der regionalen und überregionalen Hauptschieneverkehrsachse, dem Schienenkorridor Hamm–Dortmund–Duisburg–Düsseldorf–Köln, und ist ein wichtiger Haltepunkt für den Schienenpersonenverkehr sowie den Personenfernverkehr innerhalb Deutschlands und Europas. Vom Hauptbahnhof ist der Flughafen Düsseldorf mit seinen nationalen, europäischen und interkontinentalen Verbindungen in 20 Minuten erreichbar.

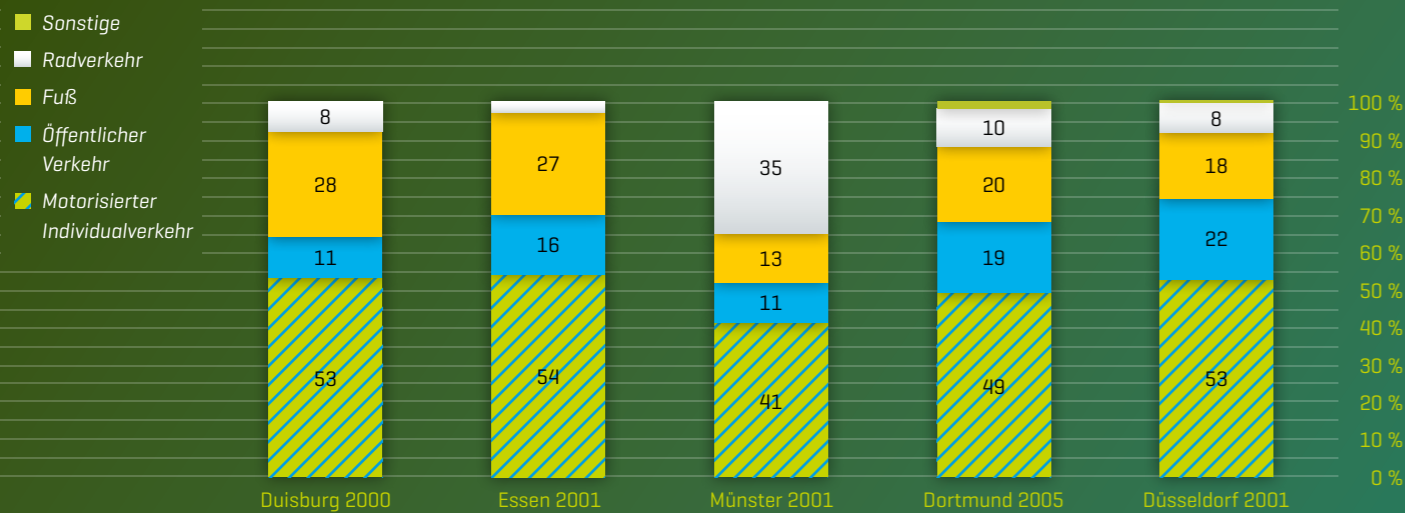
Für den Schienengüterverkehr ist Duisburg das geografische Zentrum der Rhein-Ruhr-Region. Wichtigster Ausgangspunkt ist der Duisburger Hafen, der mit dem Terminal der Deutschen Umschlaggesellschaft Schiene-Straße zu den größten Terminals im kombinierten Verkehr in Deutschland gehört. Von dort werden regelmäßig Güter zu 18 inländischen und 55 ausländischen Zielorten transportiert. Durch die gute Anbindung des Duisburger Hafens an die Häfen Zeebrügge, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam ist Duisburg bereits heute eine der wichtigsten logistischen Hinterlanddrehscheiben in Westeuropa.

In Duisburg wird der kommunale öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) von der Duisburger Verkehrsgesellschaft AG (DVG) sowie weiteren fünf Verkehrsunternehmen (NIAG, Rheinbahn, STOAG, SWK und BVR) betrieben. Mit diesen Verkehrsunternehmen wird die Vernetzung zum regionalen Personennahverkehr hergestellt. Dieser wird über den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) organisiert. Die Verkehrsunternehmen der drei Städte Essen, Mülheim an der Ruhr und Duisburg betreiben inzwischen den ÖPNV in interkommunaler Kooperation – mit der neuen Via Verkehrsgesellschaft mbH. Durch eine stärkere Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf die leistungsstarken Trassen des öffentlichen Personennahverkehrs sowie eine verbesserte Anbindung von Rheinhausen und Homberg

an das Hauptliniennetz bieten sich zukünftig Chancen, die zu einer Steigerung des ÖPNV-Anteils am gesamten Verkehrsaufkommen beitragen können.

Aufgrund der topografischen Gegebenheiten bietet Duisburg ideale Voraussetzungen für den Fahrradverkehr, da kaum Höhenunterschiede zu überwinden sind. Duisburg verfügt bereits über ein engmaschiges Netz an überregionalen, regionalen und lokalen Radwegeverbindungen. Unter anderem verlaufen die Deutschlandroute Nr. 7 und 8, die Euroga Radroute, die Haupt- und Nebenroute der Niederrheinroute, die Route der Industriekultur und der Rheinradweg sowie zahlreiche andere Radrouten auf dem Duisburger Stadtgebiet.

In den letzten Jahren wurde das Radwegenetz unter anderem durch die Ergänzung des Netzes auf ehemaligen Brachflächen und Eisenbahntrassen weiter vergrößert und komfortabler gestaltet. Hinzu kommt eine Vielzahl an Maßnahmen zur Erhöhung des Radverkehrsanteils am Verkehrsaufkommen. Dazu zählen unter anderem die Grundsatzbeschlüsse zum Veloroutennetz und zum Radverkehrsanlageplan, die Teilnahme in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Städte, Gemeinden und Kreise sowie die Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr.



Verkehrsmittelwahl

Die Verkehrsinfrastruktur allein lässt noch nicht erkennen, wie sich der Verkehr auf die verschiedenen Verkehrsträger verteilt. Beschrieben wird das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung u. a. durch den »Modal Split«, der die verschiedenen Anteile des motorisierten Individualverkehrs (MIV), des ÖPNV, des Fahrrad- und des Fußverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen darstellt.

Mit rund 53 % wird von der Duisburger Bevölkerung für mehr als die Hälfte ihrer Wege ein PKW genutzt. Im Ruhrgebietsvergleich ist dieser Wert als durchschnittlich anzusehen und wird begünstigt durch die polyzentrische Siedlungsstruktur Duisburgs mit großen Entfernungen zwischen den Ortsteilen und Zentren sowie einer autoorientierten Verkehrsinfrastruktur.

Dem hohen MIV-Anteil steht ein eher geringer Anteil von 11 % ÖPNV-Nutzern gegenüber. Die polyzentrische Struktur Duisburgs, die große Konkurrenz des sehr attraktiv ausgebauten Straßennetzes – keine andere Stadt Deutschlands hat ein so dichtes Autobahnnetz innerhalb ihrer Stadtgrenzen, mit der A 59 als zentrale Nord-Süd-Achse Duisburgs – und die im Vergleich dazu geringe Geschwindigkeit sowie Mängel in der Vernetzung im ÖPNV führen zu Erreichbarkeitsdefiziten. So sind zum Beispiel die bestehenden Straßenbahn- und Stadtbahnlinien mit Ausnahme der Innenstadt nur in Nord-Süd-Richtung und nur östlich des Rheins vorhanden. Das Angebot ist – auch angesichts des konkur-

rierenden Straßenangebots – noch nicht ausreichend attraktiv, damit mehr Verkehrsteilnehmer vom PKW auf den ÖPNV umsteigen. Zukünftig bieten die Veränderungen des Mobilitätsverhaltens und die Verbesserung des ÖPNV-Angebots Möglichkeiten, den ÖPNV-Anteil in Duisburg zu steigern.

Der Anteil des Fußverkehrs ist in Duisburg mit 28 % verhältnismäßig hoch. Der Anteil des Radverkehrs ist mit 8 % im Niveau vergleichbarer Städte, könnte aber durchaus, dem Beispiel anderer Städte folgend, höher ausfallen.

Zukünftige Verkehrsnachfrage und -anforderungen

Die zukünftige Verkehrsentwicklung in Duisburg wird durch verschiedene Rahmenbedingungen und Trends bestimmt.

Personenverkehr

Der prognostizierte Bevölkerungsrückgang wird voraussichtlich nicht dazu führen, dass das Verkehrsaufkommen sich verringert. Aufgrund von zunehmender Teilzeitarbeit, wachsendem Freizeitverkehr, steigenden Einpendlerzahlen sowie mehr älteren Menschen, die einen PKW nutzen, wird erwartet, dass der motorisierte Individualverkehr weiter zunehmen wird. Veränderungen im Berufs- und Freizeitbereich haben zur Folge, dass der Verkehr sich stärker über den Tag verteilen wird.

Der öffentliche Personennahverkehr wird aufgrund eines veränderten Mobilitätsverhaltens, wie zum Beispiel zunehmender regionaler Pendlerbeziehungen, steigender Kosten der Verkehrsteilnahme sowie von Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und zur Entlastung des Straßennetzes zukünftig an Bedeutung gewinnen. Große Potenziale zur Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs bestehen im Bereich des Einkaufs- und Freizeitverkehrs, aber auch im Berufsverkehr. Die regionale Verflechtung von Wohn- und Arbeitsverhältnissen erfordert eine stärkere regionale Vernetzung des öffentlichen Verkehrs. Entscheidend für eine verstärkte Nutzung ist in diesem Zusammenhang die Beschleunigung und Vernetzung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Zunehmend konkurrierende Ansprüche der verschiedenen Verkehrsteilnehmer, aber auch Konflikte mit den angrenzenden Nutzungen erfordern sinnvoll abgestimmte Lösungen bei der Lenkung von Verkehren sowie bei der (Um-)Gestaltung des Straßenraums. Dies gilt unter anderem für einseitig autogerechte Straßenquerschnitte. Hinzu kommen mit dem steigenden Anteil älterer Menschen geänderte Gestaltungsprinzipien an Verkehrsinfrastruktur, Information und Orientierung im Straßenraum. Die Anforderungen an Barrierefreiheit sind sowohl im Hinblick auf Familienfreundlichkeit als auch für ältere Menschen zukünftig verstärkt zu beachten.

Güterverkehr

Mit der Lage an Rhein und Ruhrmündung, den Häfen und der dazu gewachsenen Schienen- und Straßeninfrastruktur ist die Stadt Duisburg schon immer wesentlich durch ihre Rolle als Güterdrehscheibe geprägt. Aufgrund der guten verkehrlichen Anbindung und der bestehenden Wirtschaftsstruktur sowie des angestrebten weiteren Ausbaus als Logistik- und Produktionsstandort ist davon auszugehen, dass der Wirtschaftsverkehr zukünftig sowohl auf der Schiene als auch auf der Straße weiter zunimmt. Die dezentrale Verteilung der Häfen, Logistikstandorte und Industrieflächen im Stadtgebiet führt dazu, dass es auch zu einer weiteren Zunahme der Fahrten innerhalb Duisburgs kommt. Um den Güterverkehr verträglicher abzuwickeln und die Bedeutung Duisburgs als Wohnort nicht zu schwächen, müssen Verkehrsinfrastruktur und Flächennutzung zukünftig besser aufeinander abgestimmt und Maßnahmen zur Verkehrslenkung ergriffen werden.

Zur Sicherung und Weiterentwicklung der für Duisburg wesentlichen Funktion als Logistikstandort ist die dafür erforderliche Verkehrsinfrastruktur eine notwendige Voraussetzung. Diese soll unter Beachtung stadträumlich sensibler Bereiche gesichert und entwickelt werden. Möglicherweise sind hierzu neue Verbindungs- und Umgehungsstraßen erforderlich. Geeignete Verkehrslenkungen sollen sensible Bereiche schützen.

Anforderungen an eine integrierte Verkehrs- und Stadtentwicklungsplanung

Aufgrund der engen Wechselbeziehungen zwischen Verkehrs- und Siedlungsentwicklung ist eine vorausschauende Steuerung und integrierte Planung von Siedlungs- und Verkehrsinfrastruktur ein entscheidendes zukünftiges Handlungsfeld, um unnötigen Verkehr zu vermeiden und notwendigen Verkehr stadtverträglich zu organisieren. Ein gutes Verkehrssystem und eine stadtverträgliche Mobilität werden zukünftig nicht mehr allein durch eine rein sektorale Infrastrukturplanung erreicht; vielmehr hat die Ansiedlung von verkehrssensitiven Nutzungen großen Einfluss auf die Entstehung und die Verteilung von Verkehren in der Stadt.

Städtebauliche und verkehrliche Projekte müssen zukünftig besser und frühzeitig aufeinander abgestimmt werden, um einerseits die bestehende Verkehrsinfrastruktur und insbesondere umweltfreundliche Verkehrsmittel wie den öffentlichen Personennahverkehr besser auszulasten und andererseits zu vermeiden, dass geplante Verkehrsprojekte neue städtebauliche Entwicklungen oder Aufwertungsstrategien beeinträchtigen. Dabei ist aufgrund der finanziellen Lage der Stadt Duisburg davon auszugehen, dass große Verkehrsprojekte zukünftig schwieriger zu finanzieren sind. Es geht neben einzelnen Lückenschlüssen im Verkehrsnetz vor allem darum, die bestehenden Verkehrsstrassen mithilfe eines intelligenten Verkehrsmanagements zu optimieren und zu qualifizieren, sie besser in den umgebenden Stadtraum zu integrieren und dadurch Konfliktlagen zu entschärfen sowie den Umweltverbund attraktiver zu gestalten.

Bedeutende Verkehrsstrassen

- Autobahnnetz
- Hauptverkehrsstraßennetz
- Stadtbahnnetz
- - - Schienennetz



3.10 Umwelt

Kommunaler Umweltschutz ist ein wichtiger Beitrag zur Schaffung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse. Aufgrund der industriellen Prägung Duisburgs und der damit verbundenen Vorbelastungen besteht Handlungsbedarf, um bestehende Umweltbelastungen abzubauen, die Entstehung neuer Beeinträchtigungen zu vermeiden und schützenswerte Strukturen und Bereiche zu erhalten und auszubauen.

Bodenschutz

Duisburger Böden sind weitgehend urban-industriell geprägt. Aufgrund der langen Zeiträume für die Wiederherstellung natürlicher Bodenfunktionen sowie der vergleichsweise geringen Flächenanteile an relativ naturbelassenen und anderen schutzwürdigen Böden in Duisburg kommt dem Erhalt dieser sowie der Vorsorge vor nachteiligen Bodenveränderungen eine besondere Bedeutung zu. Zu den schutzwürdigen Böden zählen noch verhältnismäßig naturnahe Böden, Böden mit besonderer Bedeutung als Archiv der Siedlungs- und Industriegeschichte, Böden mit besonders ausgeprägter Erholungsfunktion sowie, aufgrund ihrer in Duisburg vergleichsweise geringen Flächenanteile, landwirtschaftlich genutzte naturnahe Flächen.

Die Neuinanspruchnahme von Boden für Siedlungs- und Verkehrszwecke ist in Duisburg in den vergangenen Jahren unverändert hoch, obwohl die Bevölkerungszahl im gleichen Zeitraum gesunken ist. Gründe für die steigende Inanspruchnahme von Flächen sind zum einen die steigende Wohnungsnachfrage durch eine Zunahme der Haushalte, die Vergrößerung der Wohnfläche pro Einwohner sowie die verstärkte Eigentumsbildung in Form von Ein- bzw. Zweifamilienhäusern mit Garten. Zum anderen nehmen Freizeitnutzungen, steigende Mobilitätsansprüche sowie gewerbliche und industrielle Nutzungen mehr Fläche in Anspruch. Der anhaltende Flächenverbrauch führt zu einem Verlust der natürlichen Bodenfunktionen, wie zum Beispiel Wasserrückhalt bzw. Abflussminderung, Grundwasserneubildung, Filter- und Pufferfunktion und Verlust von Lebensräumen für Tiere und Pflanzen. Ohne erhöhte Anstrengungen für ein konsequentes Flächenrecycling ist ein weiterer Flächenverbrauch trotz Bevölkerungsrückgang auch in Zukunft zu erwarten.

Prognostizierte Klimaänderungen, etwa eine höhere Niederschlagsintensität im Winter und längere Trockenperioden im Sommer, wirken sich auch auf Bodenprozesse aus. Sie können zu einem Anstieg der Bodenerosionen und zu einer erhöhten Auswaschung von Nähr- und Schadstoffen führen. Insbesondere im Rahmen der landwirtschaftlichen Nutzung stellt sich die Herausforderung, bodenschonende Bewirtschaftungsmaßnahmen umzusetzen.

Naturnähe der Böden in Duisburg



Schädliche Bodenveränderungen und Altlasten

In Duisburg befindet sich eine große Anzahl an Altlastenverdachtsflächen mit sehr unterschiedlichen Gefährdungspotenzialen, die ca. 30 % des gesamten Stadtgebiets betreffen. Hinzu kommen flächenhafte Belastungen im Oberboden aufgrund der jahrzehntelangen Staubniederschläge sowie durch großflächige Aufschüttungen von Produktionsrückständen oder die Verfüllung von Bauschutt.

Um eine Nachnutzung zu ermöglichen und angepasste Sanierungskonzepte auch in Bezug auf das Grundwasser zu entwickeln, ist eine systematische Untersuchung der Altlastenverdachtsflächen im Sinne einer Gefährdungsabschätzung erforderlich. Eine differenzierte Bewertung aller Verdachtsflächen hinsichtlich ihres Gefährdungspotenzials, die eine detaillierte Untersuchung jeder einzelnen Fläche erforderlich macht, ist aufgrund der großen Anzahl und Ausdehnung der Verdachtsflächen kurzfristig mit einem angemessenen Mitteleinsatz nicht möglich.

Großflächige Belastungen des Oberbodens durch Staubniederschläge und durch die Ab- oder Umlagerung von Produktionsrückständen und Bauschutt finden sich sowohl im Außen- als auch im Siedlungsbereich. Sie sind in ihrer Ausdehnung und ihrem Gefährdungspotenzial sehr unterschiedlich ausgeprägt und lösen einen umfangreichen Handlungsbedarf von Untersuchung bis zu Sanierung aus. Für die derzeit ermittelten

15 Belastungsgebiete mit Überschreitungen der gebietsbezogenen Beurteilungswerte für besonders sensible Nutzungen wie Kinderspielflächen, Haus- und Nutzgärten wurde ein spezifisches Maßnahmenkonzept mit einer Prioritätenliste ausgearbeitet.

Vor dem Hintergrund der speziellen Duisburger Situation muss dem Umgang mit Altlasten und schädlichen Bodenveränderungen auch zukünftig bei allen raumbezogenen Planungen und Vorhaben ein besonderes Gewicht zukommen.

Lärm

Die größten Lärmbelastungen für die Duisburger Bevölkerung gehen vom Straßenverkehr aus, insbesondere entlang der Bundesautobahnen und der Hauptverkehrsstraßen. Doch auch im dichtbesiedelten Innenstadtbereich und um den Hafen in Meiderich/Ruhrort bestehen erhebliche Lärmbelastungen durch den Straßenverkehr. Diese sind zum Teil so hoch, dass die Schwelle zur Gesundheitsgefährdung deutlich überschritten wird.

Durch den Schienenverkehrslärm ist die entlang der Trassen wohnende Bevölkerung besonders in der Nachtzeit betroffen.

Trotz vielfältiger Bemühungen und einiger merklicher Verbesserungen zum Schutz von Wohngebieten konnten bei der Lärmreduzierung im Verkehrsbereich in der Vergangenheit keine vergleichbaren Verbesserungen wie im gewerblichen und industriellen Bereich erzielt werden. Die bestehenden Lärmbelastungen sowie die er-

wartete Zunahme des Verkehrs stellen daher besondere Herausforderungen an die zukünftige Stadtentwicklung dar. Mögliche Reduzierungen des Verkehrslärms können teilweise durch den technischen Fortschritt, wie zum Beispiel den Einsatz lärmarmen Reifen oder lärmindernden Asphalts, erreicht werden. Eine wirkungsvolle Lärminderung kann hingegen nur durch Verkehrsvermeidung, die insbesondere durch eine Förderung der polyzentrischen Siedlungsstruktur und kurze Wege erreicht werden kann, sowie Verkehrsreduzierung durch Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs und einer Förderung des Fußgänger- und Radverkehrs und Verkehrs Bündelung, zum Beispiel durch Routenkonzepte, erfolgen.

Die Lärmbelastungen durch gewerbliche und industrielle Anlagen konnten in der Vergangenheit durch technischen Fortschritt reduziert werden. Auch liegen die gesetzlichen Anforderungen an den Schutz vor Lärm, der von Gewerbe- und Industrieanlagen ausgeht, deutlich über den Schutzanforderungen des Verkehrslärms. Dennoch bestehen in den Nahtlagen von Gewerbe und Industrie zu Wohnbereichen weiterhin Lärmkonflikte mit Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte. Belastungsschwerpunkte finden sich im Bereich des Hafens und im Umfeld der Hüttenwerke in Hüttenheim und der Stahlwerke in Marxloh.

Ruhige Bereiche, die zukünftig gemäß dem Bundesimmissionsschutzgesetz vor einer Zunahme von Lärm zu schützen sind, finden sich in Duisburg überwiegend

mit den großen landschaftsbezogenen Freiräumen wie den Rheinauen, dem Baerler Busch und um die Sechseen-Platte. Im Siedlungsbereich stellen Grünanlagen, Friedhöfe und Kleingartenanlagen mit einer im Vergleich zu ihrer Umgebung deutlich wahrnehmbaren Lärmreduktion ruhige Bereiche dar, die für die wohnungsnaher Erholung wichtige Funktionen übernehmen. Durch das Heranrücken von Nutzungen, von denen Lärmmissionen ausgehen, wie zum Beispiel Freizeitnutzungen oder neue Bau- und Verkehrsflächen, können die ruhigen Gebiete zukünftig gefährdet werden.

Anlagensicherheit und Störfallvorsorge

Die vergleichsweise hohe Anzahl an Betrieben in Duisburg, aber auch an den Grenzen der benachbarten Kommunen, die der Störfallverordnung unterliegen, erfordert die Einhaltung von Abständen zu empfindlichen Nutzungen bzw. entsprechende Sicherheitskonzepte. Die störfallrelevanten Betriebsanlagen sind über das gesamte Stadtgebiet verteilt, wobei sich räumliche Schwerpunkte entlang des Rheins und im Hafenbereich finden. Die jeweiligen Sicherheitskonzepte berücksichtigen die räumliche Nähe der Anlagen mit anderen schutzbedürftigen Nutzungen. Dennoch kommt der Anlagensicherheit in Duisburg aufgrund der besonderen Konzentration an störfallrelevanten Anlagen und einer gleichzeitig hohen Bevölkerungsdichte eine besondere Bedeutung zu, um das bestehende Nebeneinander von störfallrelevanten Anlagen und schutzbedürftigen

Nutzungen nicht weiter zu verfestigen bzw. wenn möglich zu entschärfen. Für die Zukunft erscheinen zwei Entwicklungsrichtungen möglich: Einerseits können weitere störfallrelevante Anlagen in bereits bestehenden Industriebereichen errichtet werden, andererseits kann die Zahl der bestehenden Anlagen infolge von Betriebsauflösungen oder -verlagerungen abnehmen.

Luftreinhaltung

Hauptverursacher von Luftbelastungen waren in der Vergangenheit – trotz großer Fortschritte beim Emissionsschutz – stark emittierende gewerbliche und industrielle Anlagen, insbesondere aus dem Bereich der Stahlerzeugung und -verarbeitung sowie der Wärme- und Energieerzeugung. Räumliche Schwerpunkte finden sich mit den großen Industriekomplexen entlang des Rheins. Weitere Hauptemittenten sind der Schiffsverkehr auf Rhein und Ruhr sowie Kleinf Feuerungsanlagen und der Hausbrand, die nahezu flächendeckend im Stadtgebiet vorliegen und Schwerpunkte in den hochverdichteten Wohngebieten bilden. Daneben wird die erwartete Zunahme des motorisierten Verkehrs die bestehenden Belastungsschwerpunkte entlang der Bundesautobahnen, der Hauptverkehrsstraßen und im Umfeld von verkehrintensiven Nutzungen weiter verschärfen und den Anteil der Verkehrsemissionen an der Luftbelastung erhöhen.

In Bezug auf die großräumige Luftqualität in Duisburg ist eine deutliche Verbesserung der allgemeinen Emissionssituation aufgrund des technischen Fortschritts im gewerblichen und industriellen Bereich in den vergangenen Jahrzehnten festzustellen. Dennoch bleiben Industrie und Gewerbe, gefolgt vom Kraftfahrzeugverkehr, die größten Verursacher von Feinstäuben und Stickoxiden. Auch ist ein einheitlicher Entwicklungstrend bei den verschiedenen Luftschadstoffen nicht zu erkennen. Bei einer räumlichen Überlagerung der einzelnen Luftschadstoffe zeichnet sich eine großflächige Immissionsbelastung mit flächendeckenden Grenzwertüberschreitungen verschiedener Luftschadstoffe im Stadtgebiet ab. Dabei stellen die flächenhafte Belastung durch Feinstäube sowie linienhafte Beeinträchtigungen durch Stickstoffoxide entlang der Hauptverkehrsachsen die größten Immissionsprobleme in Duisburg dar.

Die Verschärfung von Grenzwerten für Feinstäube durch europäische Richtlinien ab 2015 und die Orientierung an Werten des vorsorgenden Gesundheitsschutzes wie eine Berücksichtigung des Wirkungspfad Luft–Boden–Mensch erfordern zukünftig eine verstärkte integrierte Stadtentwicklung, die sowohl im Rahmen der Stadt- und Verkehrsentwicklung als auch bei der kommunalen Energieerzeugung eine Verbesserung der Luftqualität anstrebt. Dabei sind Problemlösungen vorrangig in regionaler Abstimmung zu suchen.

Gesamtvorbelastung und Überschreitung luftschadstoffbezogener Grenzwerte



Lokalklima und Klimawandel

Stadtrelevante Luftleitbahnen in Duisburg sind der Rhein, die Ruhr mit den angrenzenden Hafenanlagen und die Emscherniederung sowie im Süden die Bundesautobahn A 59, die Bahntrasse Duisburg-Düsseldorf und die Ein- und Ausfallstraßen der Innenstadt. Sie sind in ausreichender Mächtigkeit, aber in vergleichsweise geringer Anzahl vorhanden und weisen zum Teil Schadstoffbelastungen durch den motorisierten Verkehr und den Schiffsverkehr sowie die angrenzenden Industrieanlagen auf. Diese werden ergänzt durch lokal bedeutende Kalt- und Frischluftproduktionsbereiche von über 50 ha Größe, etwa die Freilandbereiche der Rheinauen Walsum und Ehingen, das Binsheimer Feld, der Essenberger Bruch sowie Grün- und Freilandbereiche im westlichen und südlichen Übergang der Stadt. Die Luftleitbahnen und Kalt- und Frischluftproduktionsflächen sind bedeutsam für das Stadtklima, da sie auch bei austauscharmen Wetterlagen die Kalt- und Frischluftzufuhr in die bebauten Siedlungsbereiche sicherstellen und dadurch immissionsbedingte sowie thermische Belastungen mindern. Daneben wirken auch größere Grün- und Freiflächen im Siedlungsbereich wie der Alte Friedhof oder der Revierpark Mattlerbusch positiv auf die kleinräumige Belüftungssituation der unmittelbar angrenzenden Bereiche.

Eine eher schlechte Durchlüftungssituation mit hohen Schadstoffkonzentrationen findet sich in hochverdichteten Stadtteilen im Norden und Süden sowie in

der Stadtmitte und in der Nähe zu Industriearealen und dem Hafen.

Die bioklimatischen Verhältnisse, die auf das Wohlbefinden und bei extremen Werten auch auf die Gesundheit des Menschen wirken, sind in den eher aufgelockert bebauten Siedlungsbereichen als günstig zu bewerten. Von erhöhten bioklimatischen Belastungen sind stark versiegelte Stadtteile mit einem räumlichen Schwerpunkt im Bereich der Innenstadt, den verdichteten Wohnbereichen von Wanheimerort, Homberg und Ruhrort, des Hafens und der Industrieareale im Norden betroffen.

Im Zuge des Klimawandels wird für Duisburg eine moderate Erwärmung in Bezug auf die durchschnittliche Jahrestemperatur von 2 bis 3° C bis 2050 prognostiziert. Deutliche Veränderungen wird es voraussichtlich bei der Temperaturzunahme im Sommer, der Verschiebung der Niederschläge in den Winter und der Zunahme von Wetterextremen wie Hitzeperioden oder Starkregenereignisse geben. Es wird daher davon ausgegangen, dass sich stadtklimatische Problemlagen wie Hitze-Inseln und bioklimatische Belastungen in stark versiegelten Stadtgebieten verschärfen. Eine Verbesserung des Lokalklimas ist sowohl in den bioklimatischen Belastungsräumen als auch in Siedlungsbereichen mit hohen Schadstoffkonzentrationen und schlechter Belüftungssituation anzustreben. Insbesondere ist dabei eine Vernetzung sowie ein Erhalt und Ausbau der klimatisch positiv wirksamen Stadtstrukturen zu verwirklichen.

Belüftungssituation



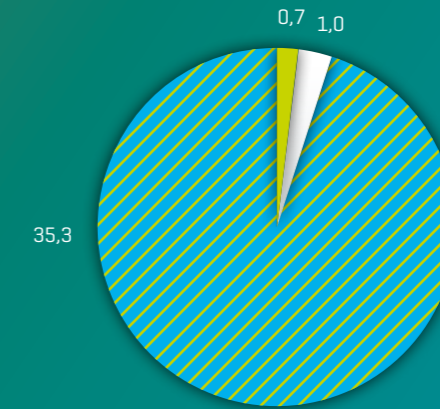
Zusammenhängende Kaltluftproduktionsflächen über 50 ha



- Freilandfläche
- Parkfläche
- Waldfläche

CO₂-Emissionen 2004 in Duisburg in Mrd. kg/a

- Kleinf Feuerungsanlagen
- Verkehr
- Industrie



Kommunaler Klimaschutz

Die Beeinflussung klimarelevanter CO₂-Emissionen, die Duisburg als bedeutendem Stahlstandort, Kreuzungspunkt von Bundesautobahnen und mit dem größten Binnenhafen entstehen, sind weitgehend von nationalen Vorgaben zum Emissionshandel und der Verkehrspolitik abhängig. Für den überwiegenden Anteil der CO₂-Emissionen sind die Industrieunternehmen verantwortlich; der kommunal beeinflussbare Anteil ist mit 4,6 % bezogen auf das Jahr 2004 vergleichsweise gering. Dennoch bestehen erhebliche Einsparpotenziale im Bereich der kommunalen Energieversorgung, der energetischen Gebäudesanierung und im Bereich des innerstädtischen motorisierten Verkehrs.



Erhöhte gesetzliche Anforderungen an den Energieverbrauch und den CO₂-Ausstoß sowie steigende Energiepreise aufgrund knapper werdender Ressourcen erfordern zukünftig Einsparungen und Umstellungen bei der Energieerzeugung und -nutzung. Es ist davon auszugehen, dass die energetische Sanierung von Gebäuden und der Bau von energetisch optimierten Gebäuden zunehmen und zusammen mit einem verstärkten Kühlungsbedarf zu einer Veränderung der Energienachfrage führen werden, die zukünftig eine Anpassung der Versorgungsinfrastruktur erforderlich macht. Die grundsätzlichen Ansatzpunkte für eine zukunftsfähige Energiepolitik sind die Umstellung auf erneuerbare Energieträger, die Steigerung der Energieeffizienz und die massive Minderung des Energieverbrauchs.

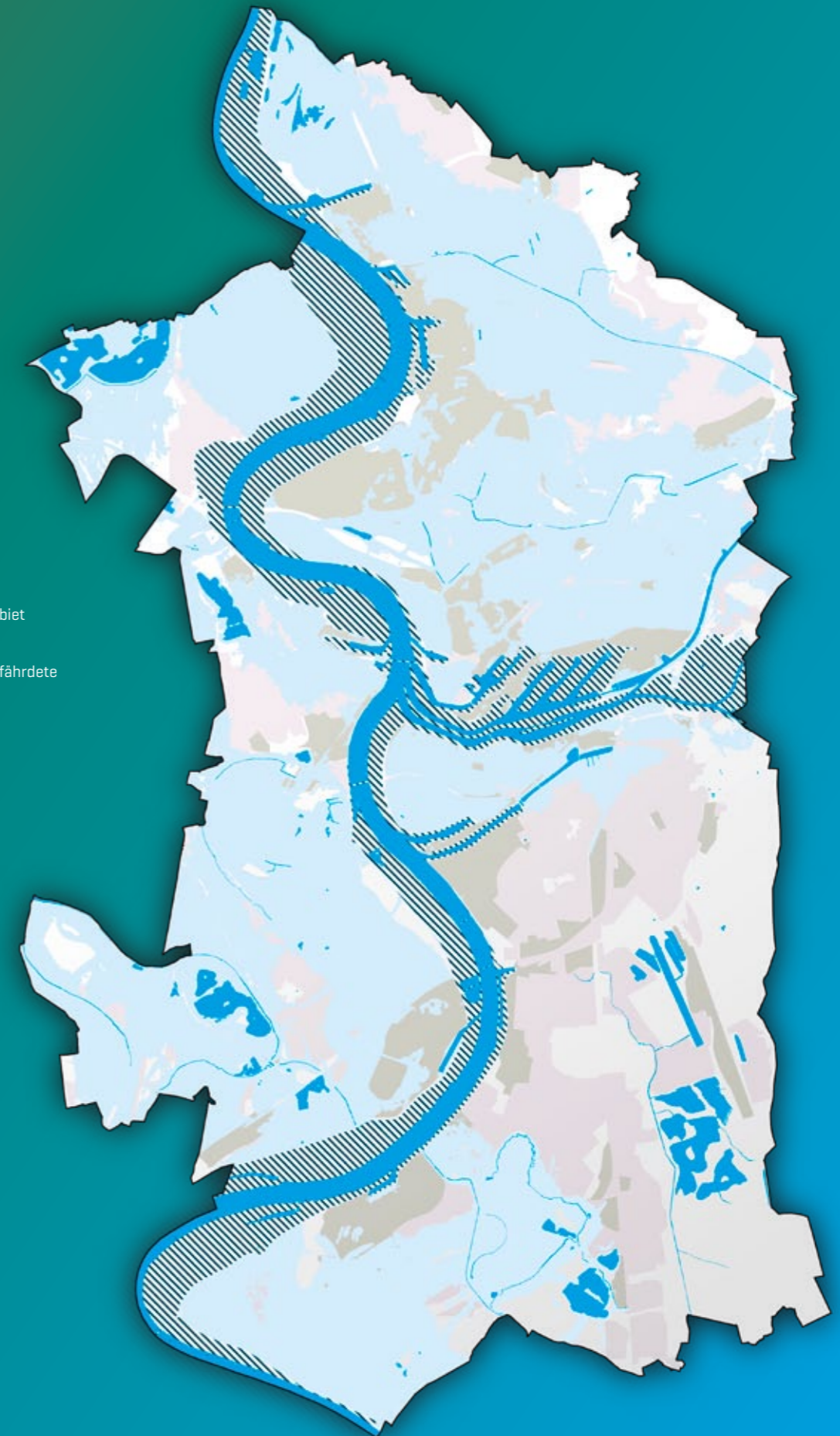
Hochwassersicherheit

Mit den beiden großen Fließgewässern Rhein und Ruhr spielt der Hochwasserschutz in Duisburg traditionell eine große Rolle. Da über die Hälfte des Stadtgebiets aufgrund der Lage in Bergsenkungsgebieten oder durch hoch anstehende Grundwasserstände potenziell überschwemmungsgefährdet ist, kommt dem Schutz vor Hochwasserschäden durch Deiche und Pumpen, dem Freihalten der ausgewiesenen Überschwemmungsgebiete sowie der Hochwasservorsorge auch zukünftig eine wichtige Bedeutung zu. Große Bereiche des Duisburger Nordens liegen unterhalb des mittleren Wasserstands des Rheins und sind damit bei Versagen der Hochwasserschutzvorrichtungen überschwemmungsgefährdet. Als ebenfalls potenziell überschwemmungsgefährdet gelten die sogenannten Sumpfungsgebiete, d. h. Bereiche mit hohen Grundwasserständen, in denen das Grundwasser durch kontinuierliche Pumpleistung großräumig künstlich abgesenkt werden muss.

Durch lang anhaltende Niederschläge verursachtes Hochwasser tritt meist im Winterhalbjahr auf, während durch starke Niederschläge kurzzeitig lokales Hochwasser mit besonders schnellem Abfluss entstehen kann. Infolge des Klimawandels ist zu erwarten, dass Starkregenereignisse insbesondere im Winter häufiger und intensiver stattfinden. Damit steigt die Hochwassergefahr im Winter und Frühjahr. Neben den großen Fließgewässern Rhein und Ruhr sind davon auch kleinere Fließgewässer wie der Angerbach, der Rahmer Bach und der Dickelsbach betroffen, bei denen auch kleinräumige, intensive Regenereignisse im Sommer Sturzfluten und Überschwemmungen erzeugen können. Technische Schutzbauten bieten in diesen Fällen nur eingeschränkt Schutz vor Überflutungen, sodass Maßnahmen und Planungen des vorsorgenden Hochwasserschutzes an kleineren Gewässern im Vordergrund stehen.

Überschwemmungsgebiete und überschwemmungsgefährdete Bereiche in Duisburg

-  Überschwemmungsgebiet
-  Überschwemmungsgefährdete Bereiche



Oberflächengewässer

Weitgehend alle Fließgewässer in Duisburg gelten unter ökologischen Gesichtspunkten als erheblich verändert. Sie weichen zum Beispiel durch Ausbau als Schifffahrtsstraße, durch Hochwasserschutzmaßnahmen, Begradigung, Einfassung oder Verlegung unter die Erde stark vom ursprünglichen Gewässertyp ab, sodass dort keine natürliche Zusammensetzung des regional typischen Ökosystems zu erwarten ist. Dennoch verfügen sie über ökologische Potenziale, die entsprechend den Vorgaben der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) bis 2015 durch Bewirtschaftungsplanung entwickelt werden sollen, ohne dabei die Gewässernutzungen, wie zum Beispiel die Schifffahrt, signifikant einzuschränken. Die naturnahe Entwicklung der Fließgewässerstruktur in Duisburg auf einer Länge von 165 km, ohne Berücksichtigung des Rheins, sowie die Entwicklung der Randbereiche der Gewässer stellt zukünftig einen Schwerpunkt der Bewirtschaftungs- und Maßnahmenprogramme für die Fließgewässer dar. Die auf Duisburger Stadtgebiet verlaufenden Abschnitte von Rhein, Ruhr und Rhein-Herne-Kanal sind Bundeswasserstraßen und werden somit nicht von der Stadt Duisburg unterhalten und bewirtschaftet. Der chemische Zustand, d. h. die Gewässerqualität in Bezug auf die Konzentration von Schadstoffen, wird für die untersuchten Fließgewässer als gut bewertet, wobei jedoch der Metallgehalt als überwiegend nicht gut eingestuft wird.

Die größeren Stillgewässer der insgesamt 38 Duisburger Seen sind künstlich durch Auskiesung oder, im Falle der Rheinaue Walsum, durch Bergsenkung in Verbindung mit einem hoch anstehenden Grundwasserspiegel entstanden. Die Sechs-Seen-Platte im Duisburger Süden stellt als Seenlandschaft mit einer Gesamtwasserfläche von 150 ha ein auch regional bedeutendes Erholungsgebiet dar. Daneben finden sich weitere größere Baggerseen in Rahm, Rheinhausen, Homberg und Baerl. Das ökologische Potenzial der nach WRRL bewerteten Baggerseen wird als mäßig bis unbefriedigend bewertet, der chemische Zustand der Wasserqualität ist hingegen gut. Die Eutrophierung, d. h. die Anreicherung von Nährstoffen in den Gewässern sowie ein hoher Phosphorgehalt, wird voraussichtlich verstärkt durch anthropogene Einflüsse weiter voranschreiten. Durch den hohen Phosphorgehalt wird die Produktion von Biomasse angeregt, sodass die starke Entwicklung von Wasserpflanzen und Algen in einigen Baggerseen dazu führen kann, dass die angestrebte Erreichung eines guten chemischen Zustands und eines guten ökologischen Potenzials fraglich ist.

Zukünftig wird erwartet, dass der Nutzungsdruck auf die Duisburger Oberflächengewässer, insbesondere die Seen, durch Freizeitnutzungen weiter steigen wird. Um die Konflikte zwischen Gewässer- und Naturschutz sowie gewässerbezogenen Freizeitnutzungen zu lösen sowie die Gewässergüte und -struktur der Stillgewässer zu verbessern, ist ein Entwicklungskonzept für die

Duisburger Seen zu erstellen, mit dem verschiedene Nutzungszonen an den Oberflächengewässern definiert werden.

Grundwasser

Im Duisburger Stadtgebiet befinden sich Teilbereiche von sechs Grundwasserkörpern. Die Beurteilung der Grundwasserkörper nach der europäischen Wasserrahmenrichtlinie ergibt, dass sich das Grundwasser trotz intensiver gewerblich-industrieller Nutzung und hoher Versiegelung in einem guten mengenmäßigen Zustand befindet. Eine Übernutzung des Grundwassers findet nicht statt. In Bezug auf den chemischen Zustand weisen nur drei der Grundwasserkörper eine gute Qualität auf. Für zwei Grundwasserkörper im Duisburger Norden und Süden wurden aufgrund von Schadstoffeinträgen durch industrielle Altablagerung und Altstandorte erhebliche Belastungen festgestellt. Das Ziel der Wasserrahmenrichtlinie, bis 2015 einen guten chemischen Zustand zu erreichen, kann für diese beiden Grundwasserkörper voraussichtlich nicht erreicht werden. Der schlechte chemische Zustand des Grundwasserkörpers westlich des Rheins resultiert aus Nitratbelastungen, die in Verbindung mit den landwirtschaftlichen Nutzungen zu sehen sind. Für diesen Grundwasserkörper wird das Erreichen eines guten chemischen Zustands bis 2015 für prinzipiell möglich angesehen.

Die öffentliche Wasserversorgung mit Trink- und Brauchwasser erfolgt in Duisburg durch die Aufbereitung von Grundwasser und Rheinuferfiltrat. Der Erhalt der Wasserschutzgebiete um die Wassergewinnungsanlagen der vier Duisburger Wasserwerke ist auch in Zukunft für eine ortsnahe Trinkwasserversorgung zu sichern. Infolge des Klimawandels können zukünftig die Anforderungen an die Aufbereitung von Trinkwasser steigen, da die stofflichen Belastungen des Grundwassers durch periodisch ansteigende Grundwasserstände zunehmen können.

Hohe natürliche Grundwasserstände und Bergsenkungen führen in größeren Bereichen Duisburgs dazu, dass Grundwasser zum Schutz der Bebauung großräumig künstlich abgesenkt werden muss. Die im Zuge des Klimawandels prognostizierten Niederschlagszunahmen können die Situation des hoch anstehenden Grundwassers periodisch weiter verschärfen und lassen negative Auswirkungen auf Gebäudesubstanz und die Auswaschung und großräumige Verteilung von Schadstoffen im Grundwasser befürchten. Bereiche, in denen hoch anstehendes Grundwasser eine Belastung aufweist, sind im Rahmen der zukünftigen Stadtentwicklung und bei der Standortwahl von sensiblen Nutzungen zu berücksichtigen. Es ist darauf hinzuwirken, dass in Gebieten mit hoch anstehendem Grundwasser Nutzungen nach Möglichkeit vermieden werden, bei denen mit wassergefährdenden Stoffen umgegangen wird, um das Schadenspotenzial für das Grundwasser nicht zu erhöhen.

3.11 Gesundheit

Die gesundheitliche Situation der Duisburger Bevölkerung ist durch die medizinische Versorgung, den Lebensstil in Abhängigkeit von der sozialen Lage, dem Alter und der ökonomischen Situation sowie der Umweltsituation beeinflusst. An dieser Stelle werden Gesundheitsfaktoren betrachtet, die in engem Zusammenhang mit Umwelteinflüssen und dem Wohnumfeld stehen oder durch die Gestaltung und Nutzung von Stadträumen präventiv beeinflusst werden können. Prävention bedeutet den Ausschluss oder die Verringerung von Risikofaktoren, um die Entstehung von Krankheiten zu vermeiden.

Gesundheitliche Situation der Duisburger Bevölkerung

Duisburg liegt mit einer mittleren Lebenserwartung von 75 Jahren bei Männern und fast 81 Jahren bei Frauen deutlich unter dem Landesdurchschnitt in Nordrhein-Westfalen bei beiden Geschlechtern. Die am häufigsten diagnostizierten Todesursachen in Duisburg sind Erkrankungen des Kreislaufsystems und Krebserkrankungen. Dabei gelten Herz-Kreislauf-Erkrankungen zum Teil als vermeidbar, wenn sie bei adäquater Behandlung und Vorsorge sowie unter Berücksichtigung des Alters und gesundheitsrelevanter Verhaltensweisen verhindert werden können. Einige Faktoren, die Kreislauferkrankungen begünstigen, wie zum Beispiel Bewegungsmangel oder eine schlechte Umweltqualität, können zum Teil durch die Gestaltung des Wohnumfelds beeinflusst werden.

Die am häufigsten in Duisburg auftretenden Erkrankungen, die im Krankenhaus diagnostiziert werden oder zu frühzeitigem Rentenantritt aufgrund verminderter Erwerbsfähigkeit führen, betreffen das Herz-Kreislauf- oder das Muskel-Skelett-System. Beide Erkrankungen sind zum Teil lebensstilabhängig und damit präventiv beeinflussbar. Risikofaktoren wie Übergewicht, Adipositas und Stress stehen regelmäßig in einem engen Zusammenhang mit Bewegungsmangel. Auch bei Erkrankungen des Muskel-Skelett-Systems stellen eine mangelnde körperliche Aktivität sowie eine Überlastung der Gelenke durch erhöhtes Körpergewicht



und das Lebensalter Risikofaktoren dar, denen zum Teil vorbeugend durch körperliche Bewegung und ein gesundes Lebensumfeld begegnet werden kann. Bei dem Anteil der übergewichtigen und adipösen Kinder liegt Duisburg über dem Landesdurchschnitt, wobei in den vergangenen Jahren eine leicht abnehmende Tendenz zu verzeichnen war.

Soziale Einflussfaktoren auf die Gesundheit

Die soziale Lage hat Einfluss auf die Gesundheitschancen und -risiken. Zusammenhänge bestehen vor allem hinsichtlich der Wohn- und Arbeitsverhältnisse, die in Bezug zu Einkommen und sozialem Status stehen, sowie gesundheitsrelevanter Verhaltensweisen, die unter anderem durch das Bildungsniveau beeinflusst sind. Menschen mit niedrigem Einkommen erkranken laut Studien im Durchschnitt jünger, häufiger und schwerer. Ein erhöhtes Krankheitsrisiko für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen ist unter anderem auf stärkere Arbeitsbelastung, schlechtere Wohnverhältnisse mit erhöhten Umweltbelastungen, zum Beispiel an Hauptverkehrsstraßen, häufigeres Übergewicht und größeren Bewegungsmangel zurückzuführen. Die im Landesvergleich hohe Arbeitslosenquote und ein vergleichsweise niedriges durchschnittliches verfügbares Einkommen geben Hinweise auf einen niedrigen und weniger gesundheitsfreundlichen Lebensstandard der Duisburger Bevölkerung.

Ebenso wird sich zukünftig der Anteil der über 60-Jährigen und damit das Durchschnittsalter erhöhen. Da bestimmte Krankheiten, insbesondere des Kreislaufsystems, gehäuft oder ausschließlich im Alter auftreten, sind körperliche und geistige Aktivitäten zu fördern, um Beschwerden und Krankheiten im Alter entgegenzuwirken und die jeweilige Mobilität und damit Lebensqualität möglichst lange zu erhalten. Studien weisen darauf hin, dass geistige Aktivität einen wesentlichen Schutzfaktor gegen Demenz darstellt. Soziale Einbindung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie eine aktive Lebensgestaltung sind daher für den Erhalt der sozialen und geistigen Aktivität im Alter wichtig.

Umwelteinflüsse auf die Gesundheit

Neben einer bewegungsanregenden Gestaltung des Wohnumfelds kommt auch der Verbesserung der Umweltqualität, insbesondere der Luftreinhaltung, der Reduzierung von Lärm und der Verbesserung des Stadtklimas große Bedeutung bei der Schaffung von gesundheitsfördernden Wohn- und Lebensbedingungen zu. Lärm und verkehrsbedingte Luftschadstoffe wie Feinstaub und Stickstoffdioxid wirken auf die menschliche Gesundheit und können das Herz-Kreislauf-System und das Atemsystem belasten. Gesundheitsbezogene Grenzwerte für die Luftschadstoffe Stickstoffdioxid und Feinstaub werden insbesondere entlang verkehrsreicher Straßen überschritten. Im Vergleich mit den anderen Städten im Untersuchungsgebiet des Luftreinhalteplans Ruhrgebiet West (Essen, Mülheim, Oberhausen) weist Duisburg eine sehr hohe Betroffenheit bei der Feinstaubbelastung auf. Erhöhte Stickstoffdioxid- und Feinstaubbelastungen führen u. a. infolge vermehrt auftretender Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems zu einer erhöhten Zahl an vorzeitigen Sterbefällen und damit zu einem Verlust an Lebenserwartung in der betroffenen Bevölkerung. Ist der Verkehr Hauptverursacher für Überschreitungen bei den Grenzwerten von NO₂ oder Feinstaub, so ist die Bevölkerung in den entsprechenden Abschnitten in der Regel auch durch hohe Lärmbelastung betroffen. Akute und chronische Lärmbelastungen wirken zum Beispiel begünstigend auf Schlafstörungen und Erkrankungen, die durch Stress verursacht werden.

Das Stadtklima hat ebenfalls Einfluss auf das Wohlbefinden und die Entstehung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Allergien sowie eine stärkere Übertragung von Infektionskrankheiten. Die Zunahme von Hitzeperioden infolge des Klimawandels kann zu erhöhten Belastungen für Herz und Kreislauf führen, vor allem bei älteren und übergewichtigen Menschen. Aufgrund der älter werdenden Bevölkerung und einer hohen Bevölkerungs- und Bebauungsdichte weist Duisburg eine erhöhte Anfälligkeit gegenüber Hitze auf. Daher ist es wichtig, die Auswirkungen der Hitzeperioden frühzeitig durch geeignete Maßnahmen zu verringern.

Für eine gesundheitsfördernde Stadtentwicklungsstrategie sind daher die Verringerung der Luft- und Lärmbelastungen sowie die Entwicklung und Gestaltung gesundheitsförderlicher, bewegungsanregender Stadt- und Freiräume zentrale Handlungsfelder.

3.12 Soziales

Die Aufgabenvielfalt der Stadt Duisburg im Sozialbereich verdeutlicht, dass dieser Bereich als Querschnittsaufgabe zu verstehen ist, da er viele verschiedene Lebenssituationen sowie das Zusammenleben in der Stadt betrifft. Themen wie »Sprachförderung«, »Arbeitslosigkeit«, »Kinderbetreuung«, »Familienhilfe«, »Unterstützung einkommens- und sozialschwacher Haushalte«, »Jugendarbeit« oder »Förderung von Menschen mit Behinderungen« beeinflussen die Lebenssituation der Menschen in Duisburg nachhaltig und erfordern es, sich verstärkt mit den unterschiedlichen Lebenslagen zu befassen.

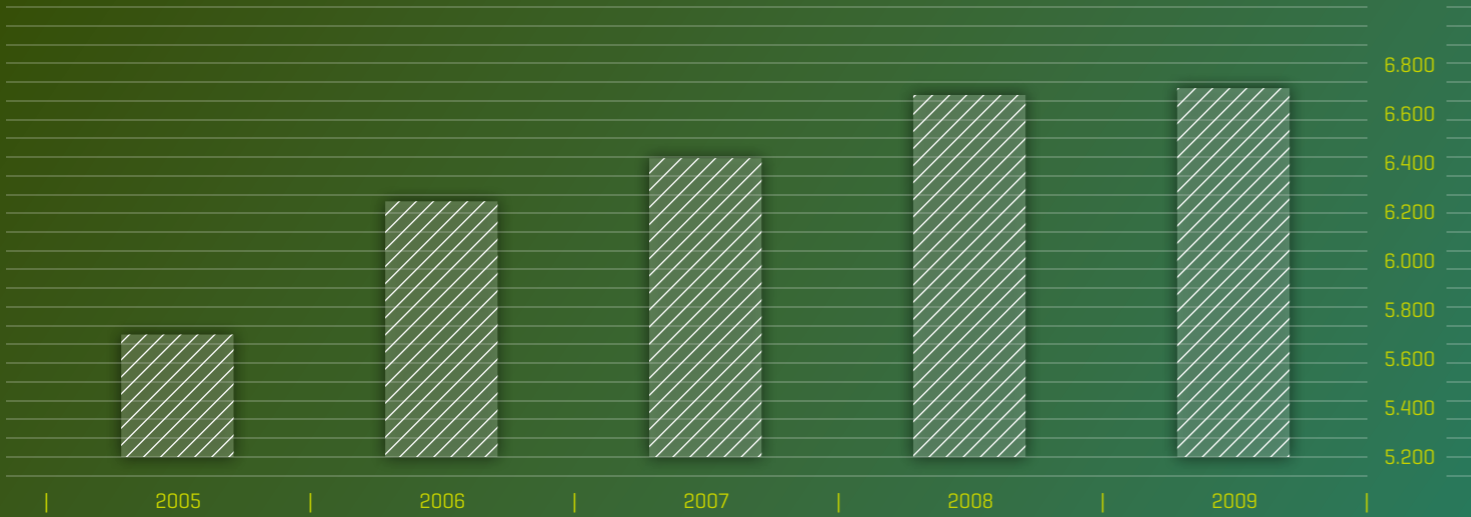
Kinder und Jugendliche

Bei einer mittelfristigen Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung ist in Duisburg von einem Rückgang der Anzahl jüngerer Kinder und einer Zunahme der Anzahl älterer Kinder und Jugendlicher auszugehen. Die damit verbundene Verschiebung der Bedarfe erfordert eine qualifizierte Jugendhilfeplanung, um Kindern und Jugendlichen die bestmöglichen Rahmenbedingungen für ihr Aufwachsen zu geben.

Im Elementarbereich ist die Bildungsförderung von Kindern in den vergangenen Jahren ins Zentrum der Politik und Praxis gerückt. Bei der Jugendarbeit gewinnen die außerschulischen Angebote an Bedeutung. Die vielfältige kinder- und jugendbezogene Infrastruktur an Einrichtungen, Trägern und Angeboten sowie speziellen Projekten bildet eine gute Grundlage, die zukünftigen Aufgaben in der Förderung junger Menschen zu meistern.

Wenn Jugendhilfeplanung den Anspruch auf Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen und deren Familien einlösen will, so muss sie sich als Bestandteil einer kommunalen Sozial- und Entwicklungsplanung begreifen. Die Träger der Jugendhilfe müssen ausreichend ausgestattet sein, um unmittelbar vor Ort bedarfsgerechte Lösungen für die Probleme und die Erfordernisse der Kinder und Jugendlichen finden und umsetzen zu können.

In Duisburg waren 2006 rund 15.500 Plätze in Kindertageseinrichtungen verfügbar. Davon waren 46,6 % in



städtischer Trägerschaft, 53,4 % wurden von anderen, vornehmlich konfessionellen Trägern gestellt. Der städtische Anteil hat sich seitdem leicht erhöht und wird aufgrund von Schließungsplänen konfessioneller Träger weiter ansteigen. Der Bedarf an Plätzen in den Kindertageseinrichtungen wird sich zukünftig aufgrund der Verschiebung der Bevölkerungsanteile verändern, da die Betreuung der unter Dreijährigen auszubauen ist.

Familien

Die Duisburger Familienzentren stellen eine Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen zur frühkindlichen Förderung und Unterstützung der Familie als Ganzes dar. Sie kommen allen Familien zugute und gewährleisten eine engmaschige kommunale Infrastruktur der Bildung, Betreuung und Beratung. Diese Zentren gilt es in Zukunft weiterzuentwickeln und bedarfsgerecht auszubauen. Sie können zukünftig auch als Präventionszentren ausgestaltet werden; ihre Hauptaufgaben liegen jedoch in der Vernetzung und Öffnung zum umgebenden Sozialraum und in der interkulturellen Orientierung.

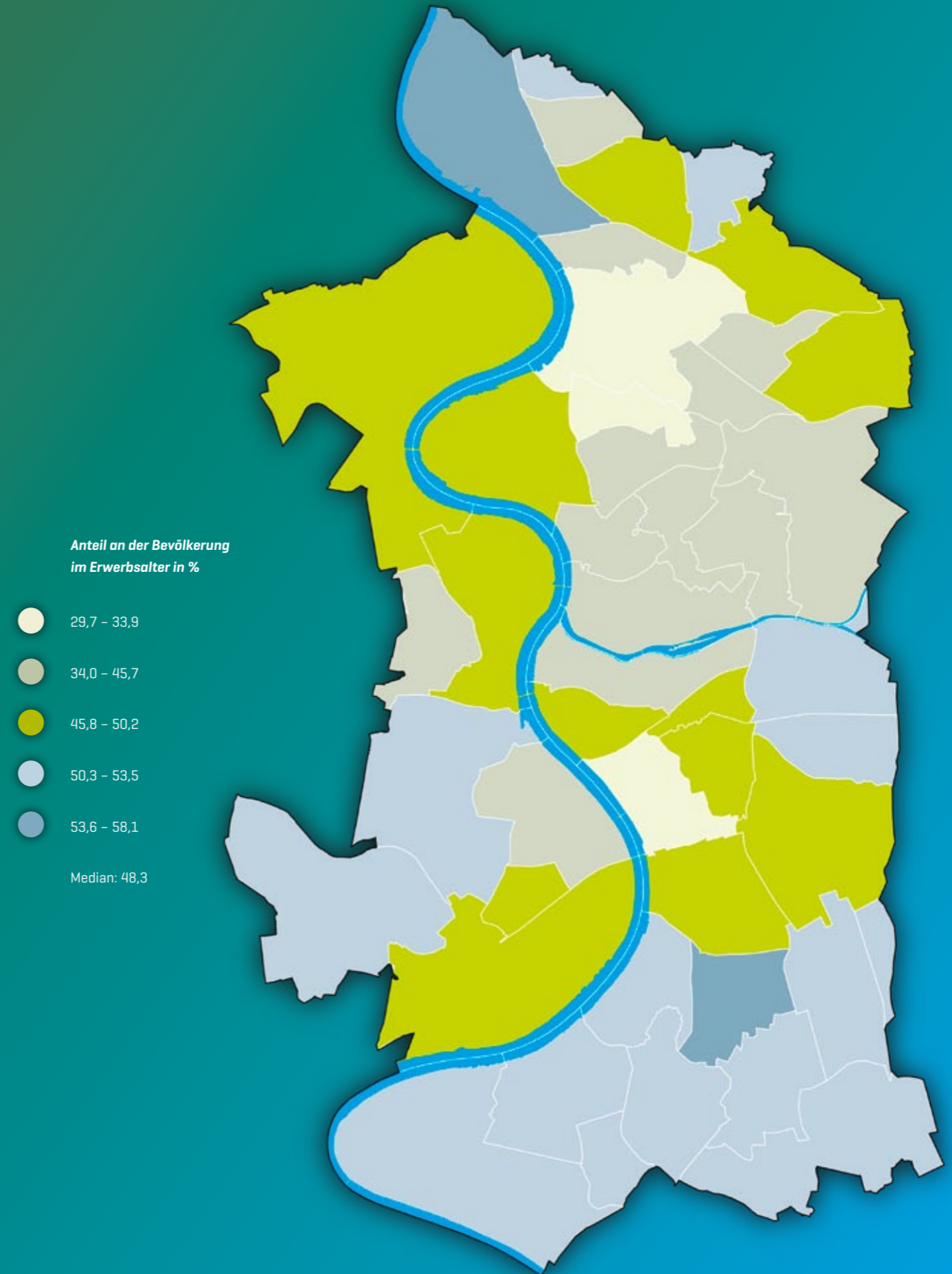
Eine wichtige Unterstützung für Familien stellen auch die Hilfen zur Erziehung dar. Sie dienen der Förderung junger Menschen, die von defizitären Lebens- und Erziehungssituationen betroffen sind, der Stärkung der Familienerziehung und der Beratung und Unterstützung von Familien im Alltag.

Unterstützungsbedürftige Menschen

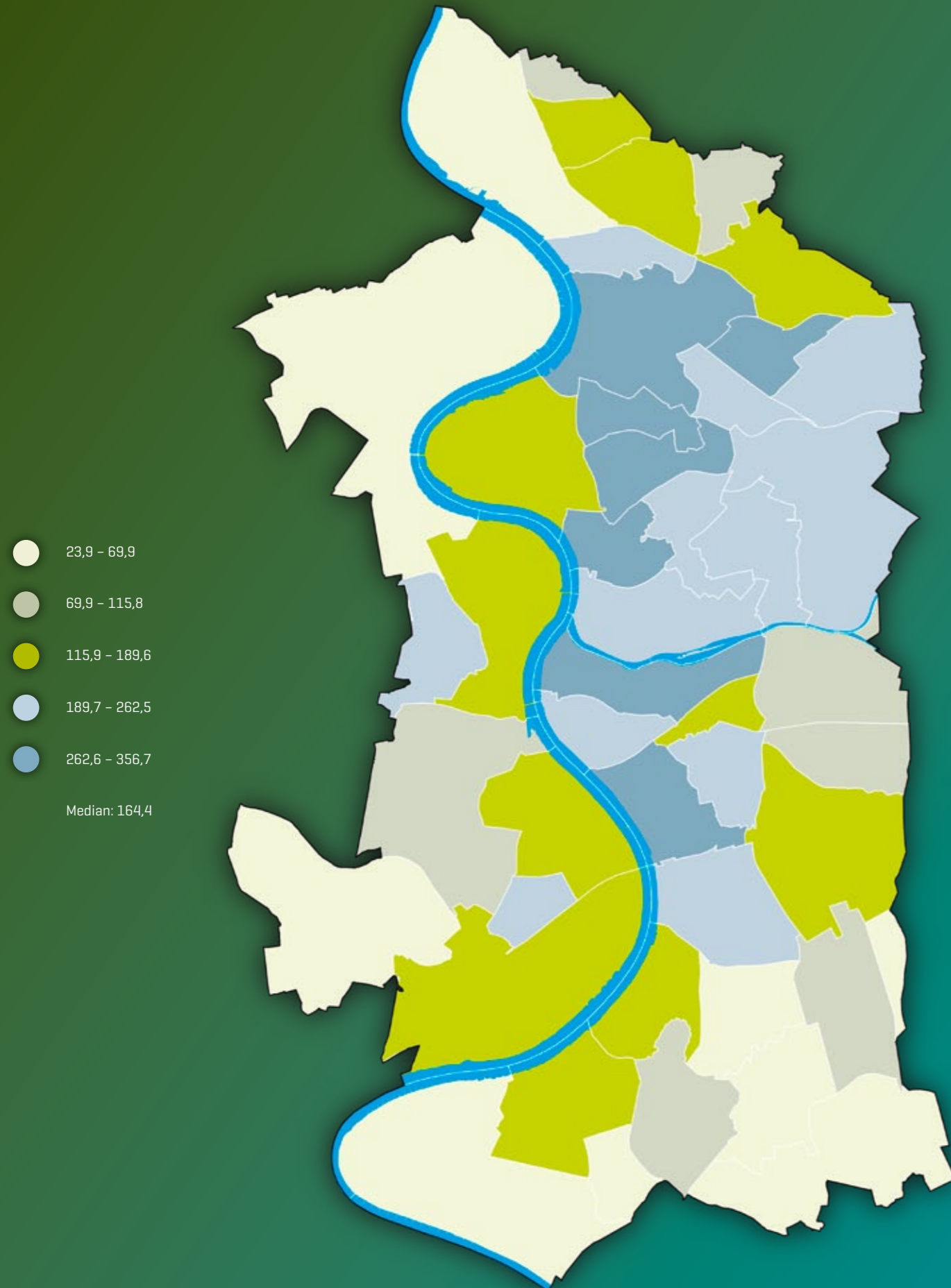
Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter mit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist in den vergangenen Jahren wieder angestiegen und hat 2008 fast das Niveau von 2001 mit 48,3 % erreicht. Eine Betrachtung der Bezirke zeigt, dass die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort in den verschiedenen Bezirken und Ortsteilen unterschiedlich verläuft. Der Duisburger Süden und Rheinhausen weisen 2008 die höchsten Anteile auf. Die drei Ortsteile mit den niedrigsten Beschäftigtendichten sind trotz einer positiven Tendenz zwischen 2005 und 2008 Bruckhausen, Hochfeld und Marxloh.

Duisburg hat nach wie vor eine Spitzenposition bei der Arbeitslosenquote in NRW, auch wenn eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen ist. Die Arbeitslosenquote betrug 2008 12 %. Als arbeitslos gelten sowohl Empfänger von Arbeitslosengeld I nach dem SGB III als auch Empfänger von Arbeitslosengeld II («Hartz IV») nach dem SGB II, also erwerbsfähige Personen zwischen 15 bis 65 Jahren sowie deren Angehörige. Bemerkenswert ist dabei die unterschiedliche Dynamik in den beiden Rechtskreisen. Der positive Trend liegt schwerpunktmäßig bei den nach dem SGB III registrierten Arbeitslosen, die nur vorübergehend arbeitslos sind, wohingegen der Rückgang bei den nach SGB II registrierten Arbeitslosen nur geringfügig ausfällt. Im Jahr 2008 waren knapp 30.000 Personen als arbeitslos registriert, während ca. 71.000 Menschen Leistungen nach SGB II empfangen haben.

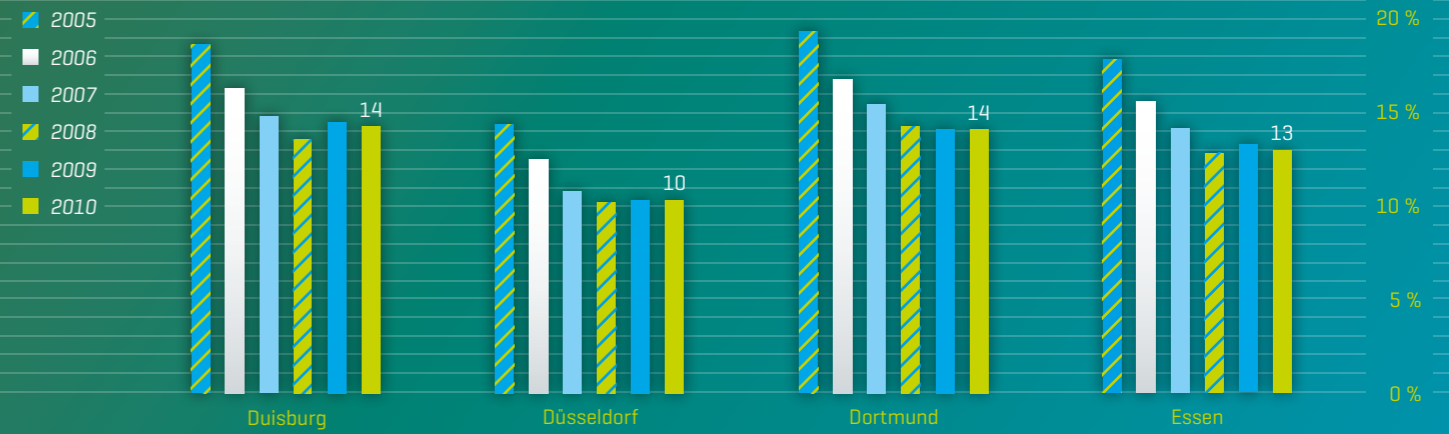
Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung auf Ortsteilebene 2009



Anzahl der Empfänger von Leistungen nach SGB II (»Hartz IV«) auf jeweils 1.000 Einwohner zwischen 0 und 65 Jahren (»SGB-II-Dichte«) 2008



Arbeitslosigkeit im regionalen Vergleich



Nicht alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen nach dem SGB II sind auch als arbeitslos registriert; dies ist nur bei knapp über der Hälfte der Empfänger von Arbeitslosengeld II der Fall. Das ist darauf zurückzuführen, dass nicht erwerbsfähige Angehörige ebenso wie Personen, die einer Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung nachgehen, Leistungen nach dem SGB II erhalten, aber nicht in der Arbeitslosenstatistik auftauchen. Für die Stadt Duisburg ist die Gesamtzahl der Empfänger von SGB-II-Leistungen besonders relevant, da sie für diese Personen in der Regel die Kosten von Unterkunft und Heizung zu tragen hat.

Im Jahr 2008 war mehr als ein Fünftel der Bevölkerung unter 65 Jahren auf Unterstützung durch Transferleistungen und damit meist auch auf ein günstiges Wohnraumangebot angewiesen. Die SGB-II-Bezieher sind mittlerweile recht ausgeglichen über das gesamte Stadtgebiet verteilt. Im Vergleich mit anderen Großstädten in Westdeutschland weist Duisburg nach wie vor die niedrigsten anerkannten Kosten für Unterkunft und Heizung auf. Es ist jedoch anzunehmen, dass die Wohnnebenkosten und insbesondere die Energiekosten in Zukunft deutlich steigen werden.

In Duisburg ist 2009 ein weiterer Anstieg der Zahl der Personen im Bezug von Leistungen nach dem SGB XII (»Sozialhilfe«) zu verzeichnen. Leistungen nach dem SGB XII erhalten hilfsbedürftige Personen, die beispielsweise aufgrund ihres Alters oder wegen Berufsunfähigkeit nicht mehr erwerbsfähig sind und damit keine

Ansprüche nach SGB II geltend machen können. Die Leistungen nach dem SGB XII werden im Normalfall von den Kommunen finanziert. Ende 2009 waren in Duisburg rund 6.700 Personen im Bezug von Leistungen nach dem SGB XII, von denen der überwiegende Teil Leistungen aufgrund dauerhafter Erwerbsminderung oder des Erreichens der Altersgrenze von 65 Jahren erhielten. Angesichts der veränderten Kontinuität von Erwerbsverläufen und Änderungen in den Sicherungssystemen, insbesondere bei der Altersversorgung, ist mit einem weiteren deutlichen Anstieg der Zahl der Empfänger von Sozialhilfe in den nächsten Jahren zu rechnen. Ferner werden die Renten im Zuge der Rentenreform zukünftig voraussichtlich deutlich geringer ausfallen als bisher.

Die Zahl der ausgegebenen Wohnberechtigungsscheine zeigt sinkende Tendenzen. Bei der Vermittlung öffentlich geförderter Wohnungen konnte das Verhältnis der als wohnungssuchend registrierten zu den versorgten Haushalten stetig verbessert werden. Dennoch bleibt die Versorgung von Haushalten mit Mietrückständen, negativem Schufa-Eintrag und/oder sozialen Problemen problematisch. Es ist eine zentrale Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge, eine ausreichende und angemessene Wohnungsverorgung für Haushalte mit geringem Einkommen oder Transferleistungsbezug sicherzustellen. Einer räumlichen Konzentration finanzschwacher Haushalte in bestimmten Quartieren, weil anderswo der Wohnraum für diese Haushalte nicht bezahlbar ist,

wirkt die Stadt Duisburg im Rahmen ihrer Möglichkeiten entgegen. Dies kann zukünftig nur gelingen, wenn in möglichst vielen Ortsteilen und Quartieren Wohnungen mit erschwinglichen Mietpreisen erhalten oder neu geschaffen werden.

Ältere Menschen

Duisburg hat einen Anteil von 20,6 % an Bewohnern über 65 Jahren, diese bilden bereits heute 41,2 % der Einzelhaushalte. Der größte Teil der über 65-Jährigen (etwa 93 %) wohnt in einem privaten Haushalt. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich, dass sie im Alter möglichst weitgehend selbstbestimmt in der angestammten Wohnung und im vertrauten Quartier wohnen bleiben und dort auch bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit die notwendigen Dienstleistungen in Anspruch nehmen kann. Nur für eine Minderheit älterer Menschen ist die stationäre Wohnform eine Wohnalternative. Die Versorgung mit vollstationären Dauerpflegeplätzen ist in Duisburg mit ca. 4.900 Plätzen (Stand Ende 2008) quantitativ ausreichend. Die Auslastungswerte der Pflegeplätze seit 2007 zeigen, dass bereits ein leichtes Überangebot besteht. Vom Bau weiterer Pflegeheimplätze ist daher zukünftig abzuraten, da diese aufgrund der demografischen Entwicklung nicht zwangsläufig stärker nachgefragt werden und die Akzeptanz für stationäre Dauerpflege als individuelle Lebensperspektive stetig abnimmt.

Menschen mit Behinderungen

Die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Teilhabe, Selbstbestimmung und Gleichstellung von Menschen mit Behinderung sind die zentralen Aufgaben und Herausforderungen in diesem Handlungsfeld. Erfolge sind in der Vergangenheit bei der Förderung von Wohnheimplätzen für Behinderte und sogenannten Gruppenwohnungen bzw. Pflegewohnplätzen zu verzeichnen.

In Zukunft gewinnt die Gestaltung der Stadt unter dem Aspekt eines »Designs für Alle« an Bedeutung, das über das Thema »Barrierefreiheit« hinausgeht. Dabei wird die Differenzierung der Gesellschaft nach Menschen mit und Menschen ohne Behinderung zugunsten einer Konzentration auf die Verschiedenartigkeit aufgegeben. Das heißt, das Recht auf individuelle Unterschiede hinsichtlich Kultur, Sprache, Fähigkeiten, Geschlecht, Alter und physischen sowie psychischen Aspekten wird betont. Jeder muss die gleichen Chancen sowie einen einfachen und möglichst selbstständigen Zugang zu verschiedenen Aktivitäten, Einrichtungen und Dienstleistungen der Stadt haben. Es wird davon ausgegangen, dass sich eine barrierefreie Umwelt für 10 % der Menschen als unentbehrlich, für 40 % als notwendig und für 100 % als komfortabel und als deutlicher Zugewinn an Lebensqualität darstellt.

3.13 Sport

Die Vielfalt des Sportangebots spielt durch seine vielfältigen Freizeit- und Erlebnismöglichkeiten sowie gesundheitlichen und sozialen Wirkungen eine wichtige Rolle für die Duisburger Bevölkerung und steigert die Lebensqualität.

Das Sportgeschehen hat sich in den letzten Jahren dahingehend verändert, dass neben dem organisierten Sport im Verein sportliche Aktivitäten zunehmend individuell, insbesondere im öffentlichen Raum betrieben werden. Sport dient der überwiegenden Mehrheit dazu, in der Freizeit etwas zu erleben, soziale Kontakte zu pflegen und aufrechtzuerhalten und die persönliche Gesundheit zu fördern.

Sportinfrastruktur

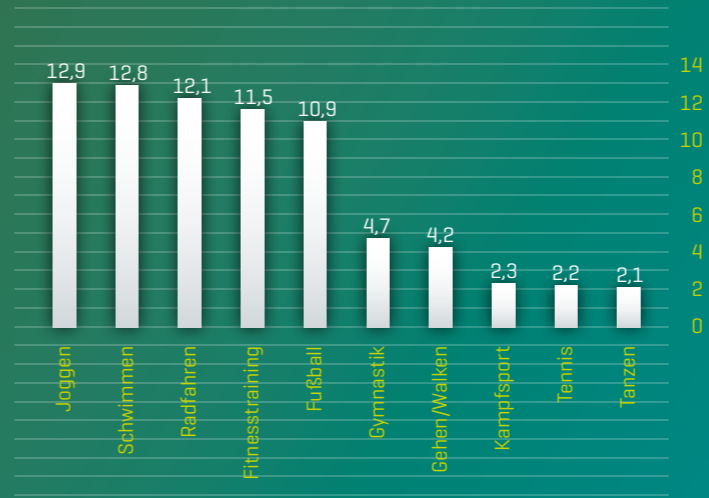
Insgesamt gibt es in Duisburg ca. 800 Kernsportstätten wie Sporthallen, Gymnastik- und Konditionsräume, Klein- und Großspielfelder, Hallen- und Freibäder, die sich in der Trägerschaft der Stadt und der Sportvereine befinden. Darunter finden sich zahlreiche außerordentliche Sportanlagen wie die MSV-Arena als Heimspielstätte des MSV Duisburg oder die Regattabahn im Sportpark Duisburg als Wettkampfstrecke für Kanu- und Rudersport. Die Regattastrecke ist Austragungsort für nationale und internationale Wettkämpfe, die weit über die Grenzen Duisburgs hinaus bekannt sind. Im Landschaftspark Nord befinden sich die größte Kletterwand Europas und für den Tauchsport ein Bereich von 21.000 m³ in einem ehemaligen Gasometer.

Eine weitere wichtige Rolle für das individuelle Sporttreiben spielen die Bewegungsräume in der Stadt. Dazu zählen offen zugängliche Freizeitflächen für Sport und Bewegung, wie zum Beispiel Bolzplätze, Rollschuhbahnen, Streetball- und Hockeyplätze, aber auch öffentliche Räume, die nicht primär für den Sport vorgesehen, aber dennoch für Sport und Bewegung genutzt werden, wie zum Beispiel Parkplätze, Rad- und Fußwege, Parkanlagen sowie Grün- und Freiflächen. Hinzu kommen noch Sondersportanlagen sowie Sportanlagen in privater Trägerschaft.

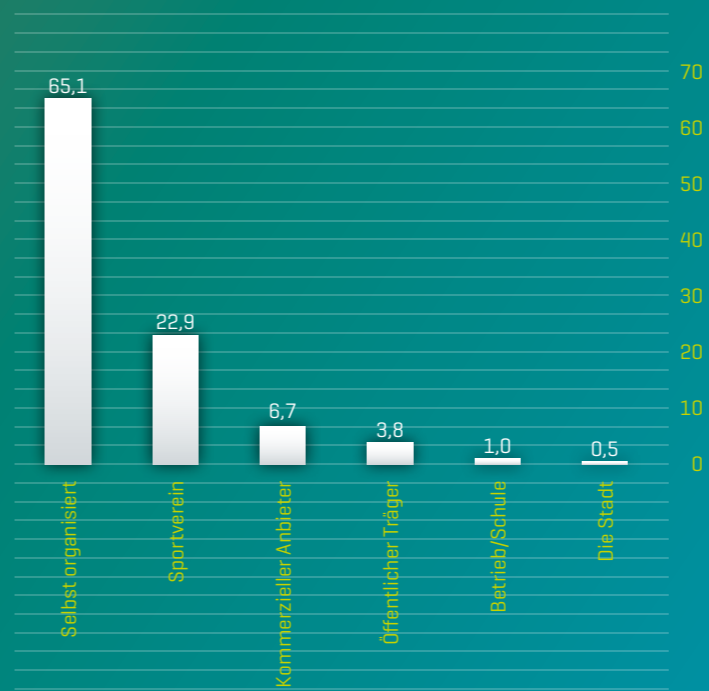
Bedeutende Sportinfrastruktur und Sportflächen



Beliebteste Sportarten in Duisburg in %



Organisatorischer Rahmen der Sportausübung in %



Anzahl der Sportvereine und Mitglieder in Duisburg 2009

Sportvereine	Insgesamt
Anzahl der Sportvereine	680
Anzahl der Mitglieder in Sportvereinen	103.855
Organisationsgrad [Anteil der Mitglieder in Sportvereinen an der Gesamtbevölkerung]	21,6 %
Anteil der passiven Mitglieder in Sportvereinen	10,0 %
Anteil der Kinder und Jugendlichen bis 26 Jahren an den Mitgliedern in Sportvereinen	40,0 %

Sportaktivitäten und Sportverhalten

In Duisburg gibt es rund 600 Sportvereine mit insgesamt ca. 104.000 Mitgliedern. Die Sportarten Fußball, Schwimmen, Turnen, Tennis und Bergsport stellen den größten Teil der im Verein ausgeübten Sportarten dar.

Eine Befragung bezüglich des Sportverhaltens der Duisburger Bevölkerung (2009) hat ergeben, dass 58,3 % der Bevölkerung ab einem Alter von sieben Jahren sportlich aktiv sind. Bezogen auf die Altersstruktur liegt die höchste Aktivenquote mit 84 % bei den 7- bis 14-Jährigen. Die Befragung zeigt deutlich, dass ein enger Zusammenhang zwischen Aktivenquote und Bildungsstand besteht: Mit einem höheren Bildungsniveau steigt die Zahl der aktiven Sportler.

Zu den am meisten betriebenen Sportarten in Duisburg zählen Jogging, Schwimmen, Radfahren, Fitnessstraining und Fußball. Die Sportarten werden zu knapp 90 % als Freizeitsport betrieben. Nur rund 10 % der sportlich aktiven Bevölkerung betreiben Wettkampfsport. Über 65 % davon betreiben Sport selbstorganisiert, rund 23 % sind im Verein sportlich aktiv. In kommerziellen Einrichtungen und in anderen Institutionen üben ca. 12 % Sport aus. Mehr als die Hälfte aller sportlichen Aktivitäten werden dabei außerhalb von Sportanlagen in der freien Natur oder zu Hause ausgeübt.

Zukünftige Anforderungen an Sportinfrastruktur

Für die zukünftige Sportinfrastruktur ist von Bedeutung, wie sich das Sportverhalten der Duisburger Bevölkerung und damit der Bedarf an Sportstätten und Sportgelegenheiten verändern wird. Um ein auf die verschiedenen Bedarfe ausgerichtetes breites Sportangebot, wie zum Beispiel die Eissporthalle im Sportpark Duisburg, auf Dauer anbieten und finanzieren zu können, müssen neue Lösungsansätze gefunden werden.

Im Bereich der Sporthallen besteht bezogen auf die Gesamtstadt ein Defizit an Gymnastikräumen und Einzelhallen. Dem gegenüber steht ein Überschuss an Mehrfach-Sporthallen. Trotz der demografischen Veränderungen wird sich der Bedarf zukünftig nicht ändern. Durch eine verbesserte Zuteilung und Gestaltung der Hallenflächen kann das Defizit an Sporthallen aufgefangen werden. Zukünftig geht es primär darum, die Nutzung der bestehenden Sporthallen qualitativ an die Bedarfe anzupassen und durch eine verbesserte Abstimmung hinsichtlich Zeiten und Zuteilung zu optimieren.

Bei den Sportplätzen und Leichtathletikanlagen besteht in Duisburg sowohl heute als auch zukünftig ein klarer Überschuss an Kleinspielfeldern. Die Anzahl von Großspielfeldern und Sportfreiflächen wird zukünftig ausreichen. Der Bedarf an Leichtathletikanlagen für den Schulsport wird zum Teil von schuleigenen kleinen Sportanlagen abgedeckt. Für die Entwicklung der Sportplätze und Leichtathletikanlagen ist es entschei-

dend, die bestehenden Qualitäten zu sichern und neue zu schaffen.

Deutlich größere Defizite bestehen bei den Duisburger Schwimmbädern. Duisburg hat zu wenig Freibäder, wobei dies durch die vorhandenen Seen, die auch außerhalb der Badebereiche zum Schwimmen genutzt werden, ausgeglichen wird. Bei der Bedarfsermittlung für Hallenbäder spielt die Belegungsdichte eine wesentliche Rolle. Derzeit verfügt Duisburg über zu wenig Hallenbäder, wobei dies zukünftig aufgrund der demografischen Entwicklung und durch ein auf die Bedarfe abgestimmtes Hallenmanagement ausgeglichen werden kann.

Die Befragung der Duisburger Bevölkerung ergab eine Reihe an Verbesserungsmöglichkeiten für Sportanlagen und Bewegungsräume in Duisburg. Eine besonders hohe Wertigkeit erhielten der Bau offen zugänglicher Spiel- und Sportgelegenheiten, die bewegungsfreundliche Umgestaltung von Schulhöfen, die behindertengerechte Gestaltung von Sportanlagen, die Verbesserung der Bäderinfrastruktur und die Sanierung bestehender Sportanlagen. Auch die bewegungsfreundliche Gestaltung des Wohnumfelds wird als wichtig angesehen. Dies ist auch aus Sicht der Gesundheitsprävention sinnvoll, um eine gesunde körperliche, geistige und soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen, einen Anreiz zur körperlichen Bewegung für alle Bevölkerungsgruppen zu bieten und die Beweglichkeit und Bewegungssicherheit insbesondere von älteren Menschen zu stärken.

3.14 Kultur

Eine vielfältige Kulturlandschaft ist ein bedeutender Faktor für die Wohn- und Lebensqualität. Kultur ist zugleich ein Motor der Stadtentwicklung, indem Kultureinrichtungen positiv auf das Image ihres Umfelds wirken, Kunstwerke im öffentlichen Raum neue Qualitäten schaffen und kulturelle Initiativen zur Aufwertung und Erneuerung von Stadträumen beitragen können. Gerade in einer durch den Strukturwandel und Schrumpfungsprozesse gekennzeichneten Stadt wie Duisburg bieten sich Räume für Künstler, Kreative und Kulturschaffende, die ihrerseits den Wandel Duisburgs durch die Umnutzung von Räumen und Schaffung neuer Erlebnisqualitäten vorantreiben können. So besitzt Duisburg einen breiten Erfahrungsschatz bei der kulturellen Neudefinition von ehemaligen Industriearealen und Bauwerken, wie der Innenhafen und der Landschaftspark Nord zeigen.

Kulturelle Infrastruktur, Kulturförderung und Kunst im urbanen Raum

Die Duisburger Philharmoniker, die Deutsche Oper am Rhein im Theaterverbund mit der Stadt Düsseldorf und das LehmbruckMuseum als Zentrum für Internationale Skulptur sowie das Museum Küppersmühle für Moderne Kunst sind über die Region hinaus bekannte Kulturinstitutionen. 2009 wurde das Museum DKM durch eine private Stiftung eröffnet. Das Kultur- und Stadt-historische Museum und das Museum der Deutschen Binnenschifffahrt in Ruhrort ergänzen die regional bedeutsamen Kultureinrichtungen Duisburgs.

Im Stadttheater Duisburg finden in Zusammenarbeit mit den Schauspielhäusern der Region regelmäßig Gastauftritte statt. Große Bedeutung haben in diesem Zusammenhang die »Duisburger Akzente« erlangt, bei denen herausragende Theaterproduktionen nach Duisburg eingeladen werden. Das Kinder- und Jugendtheater KOM'MA bietet als Kooperation der Stadt Duisburg mit dem Freien Theaterensemble des ReibeKuchenTheaters ein Kulturprogramm für Kinder und Jugendliche. Mit den Duisburger Tanztagen, einem Amateurtanzfestival, besetzt Duisburg eine Nische in der Tanzlandschaft Nordrhein-Westfalens. Die Kinderkulturtage bieten ein aktives Musik-, Theater- und Kunstprogramm für Kinder, das durch verschiedene Duisburger Kultureinrichtungen veranstaltet wird.

Der Landschaftspark Nord hat sich mit dem jährlich stattfindenden Weltmusikfestival »Traumzeit«, Veranstaltungen im Rahmen der Ruhrtriennale oder dem Sommerkino der Stadtwerke Duisburg zu einem überregional bekannten Veranstaltungsort für Kultur etabliert.

Die kulturelle Infrastruktur in den Stadtteilen, die durch die Stadt finanziert bzw. gefördert wird, besteht zum einen aus den Kultur- und Freizeitzentren sowie weiteren Einrichtungen, die der freien Kulturarbeit zur Verfügung gestellt werden. Zum anderen finden sich multifunktionale Veranstaltungshallen in Walsum, Hamborn, Homberg und Rheinhausen und 13 Bezirks- und Stadtteilbibliotheken.

Im Rahmen der Kulturförderung unterstützt die Stadt die freie Kunstszene. In den städtischen Atelierhäusern und Kultur- und Freizeitzentren bietet sie freien Künstlern Arbeitsräume. In den letzten Jahren haben die Kulturbetriebe moderierend die Entstehung weiterer Künstlerhäuser durch private Initiativen begleitet. Ein weiteres Markenzeichen Duisburgs ist die große Tradition von Kunstwerken im urbanen Raum. Der Lifesaver-Brunnen auf der Königstraße oder die Skulpturen im Kantpark als erweiterte Ausstellungsfläche des LehmbruckMuseums sind die bekannte Beispiele. Darüber hinaus schafft die Verbindung von Kunst und (Landschafts-)Architektur, wie zum Beispiel der Garten der Erinnerungen im Innenhafen, unverwechselbare und identitätsstiftende Stadträume.

Städtetourismus

Duisburg verfügt über eine Vielzahl an regionalen und überregionalen Aushängeschildern für den Städte- und Kulturtourismus. Neben herausragenden Einrichtungen, wie zum Beispiel der Mercatorhalle und dem Casino Duisburg, finden sich mit dem Innenhafen, dem Rhein-Park, dem Sportpark, dem Duisburger Zoo und dem Landschaftspark Nord ein großes Potenzial an touristisch interessanten Stadträumen, die über Duisburg hinaus bekannt sind. Im Jahr 2011 besuchten über 1,1 Millionen Menschen den Landschaftspark Nord.

Insgesamt ist der Städtetourismus ein wachsender Markt, wie die steigenden Übernachtungs- und Beschäftigtenzahlen in Duisburg zeigen. Um die Attraktivität Duisburgs als Reiseziel weiter zu erhöhen, ist die Erreichbarkeit der Kulturangebote und der relevanten Stadträume zu verbessern. Bedeutende Kultur- und Freizeiteinrichtungen sind stärker in ihr Umfeld einzubinden. Die Verbindung von Kultur- und Sportveranstaltungen, wie bei den Worldgames 2005 oder eine Bespielung von Stadträumen durch Kunst und Kultur, wie bei den Duisburger Akzenten 2010 in Ruhrort kann dazu beitragen, die überregionale Aufmerksamkeit für Duisburg zu erhöhen. Die Aktivitäten von Stadtentwicklung und Stadtplanung sind mit denen der Kultur- und Wirtschaftsförderung stärker aufeinander abzustimmen, um Kultureinrichtungen und -veranstaltungen auch als Aushängeschild für den Städtetourismus zu nutzen.

Bedeutende Kultureinrichtungen in Duisburg

- 1 Stadthalle Walsum
- 2 Landschaftspark Nord
- 3 Museum der Deutschen Binnenschifffahrt
- 4 Glückauf-Halle
- 5 Museum Küppersmühle für Moderne Kunst
- 6 Stadttheater
- 7 Die Säule
- 8 Zoo Duisburg
- 9 Museum DKM
- 10 LehmbruckMuseum
- 11 Cubus Kunsthalle
- 12 KOMMA, Kinder- und Jugendtheater
- 13 Rheinhausenhalle
- 14 Naturwissenschaftliches Museum Duisburg
- 15 Mercatorhalle

- A Atelier / Galerie, städt. gefördert
- K Kultur- und Freizeitzentrum
- M Museum
- S Stadtbibliothek
- T Theater
- Y Veranstaltungshalle



Kultur- und Kreativwirtschaft

Kultur und Kreativität sind zunehmend bedeutende Standortfaktoren. Viele Wirtschaftsbereiche sind auf kreative Güter und Dienstleistungen angewiesen. Kreativität und Wissen gelten als die neuen »Rohstoffe« für eine wissensbasierte Wirtschaft. Hochqualifizierte und kreative Menschen haben besondere Ansprüche an ihr Arbeits- und Wohnumfeld. Neben einem urbanen Umfeld, verbunden mit einer Offenheit gegenüber neuen Ideen und anderen Lebensstilen, sind eine lebendige Kulturlandschaft, kreative Freiräume sowie lokale informelle Netzwerke und günstige Mieten wichtige Standortkriterien für die Kultur- und Kreativwirtschaft.

Um eine gezielte Förderung der Kreativbranchen kümmert sich die Wirtschaftsförderung Duisburg. Sie unterstützt vor allem die bereits bestehenden Ansätze gemäß dem Leitsatz »Kreativität muss von unten passieren«. Dabei geht es insbesondere um eine bessere Vernetzung der Duisburger Kultur- und Kreativwirtschaft, die stark durch Klein- und Kleinstunternehmen sowie Selbständige und Freiberufler geprägt und daher auf die Einbindung in lokale Netzwerke angewiesen ist. Daneben profitieren kreative Akteure von günstigen Arbeitsräumen sowie inspirierenden Stadträumen, die sich weniger allein durch eine gestalterische Qualität als vielmehr durch Lebendigkeit und Vielfältigkeit auszeichnen. Mit seiner interkulturellen Urbanität besitzt Duisburg ein besonderes Potenzial für die weitere Entwicklung der Kultur- und Kreativwirtschaft.

Zukünftige Veränderungen in der Kulturlandschaft

Die Duisburger Kulturlandschaft wird sich weiter verändern. Private Initiativen werden das öffentliche Angebot zunehmend ergänzen. Im öffentlich finanzierten Kulturbereich ist eine räumliche und inhaltliche Bündelung von Ressourcen und Initiativen erforderlich. Die Ausrichtung der Kulturangebote muss sich verstärkt an den Bedürfnissen verschiedener Zielgruppen wie junger Menschen oder Menschen mit Zuwanderungsgeschichte orientieren. Die Verbindung von Kultur- und Bildungseinrichtungen stellt dabei eine Chance dar, die kulturelle Infrastruktur in den Stadtteilen zukunftsorientiert zu gestalten.

Um dem Anspruch eines kulturellen Oberzentrums gerecht zu werden, müssen die Duisburger Kultureinrichtungen stärker regional wahrgenommen und ausgerichtet werden. Die geografische Lage Duisburgs ist auch für den Kulturbereich eine Chance, die herausragenden Kultureinrichtungen in Duisburg mit den bedeutenden Kulturstandorten in den angrenzenden Regionen stärker zu verknüpfen.

Die Vielfalt der in Duisburg lebendigen Kulturen ist für das kulturelle Leben der Stadt eine Bereicherung. Insbesondere im Bereich der Kunst- und Kulturproduktion stellt die kulturelle Vielfalt eine Stärke und zugleich Chance dar, die interkulturelle Kompetenz für eine lebendige und kreative Auseinandersetzung mit der Stadt und den respektvollen Umgang miteinander zu nutzen.

3.15

Technische Ver- und Entsorgung

Für die Stadtentwicklung spielen die zukünftig benötigten technischen Infrastruktureinrichtungen und Leitungsnetze für die Versorgung mit Strom, Erdgas und Fernwärme sowie die Entsorgung von Abfall und Abwasser und die Straßenreinigung eine wichtige Rolle. Die Duisburger Infrastruktur der Ver- und Entsorgungssysteme ist auf eine Stadt mit mehr als 600.000 Einwohnern und großflächige industrielle Nutzungen ausgerichtet. Heute müssen die Kosten für Instandhaltung, Sanierung oder erforderliche Netzergänzungen jedoch von deutlich weniger Einwohnern getragen werden. Dies hat Auswirkungen auf die Gestaltung der Gebühren sowie die Instandhaltung und den Aus- bzw. Rückbau des Infrastrukturnetzes und der damit verbundenen Anlagen.

Stadtentwässerung

Das Duisburger Kanalnetz ist aufgrund der räumlichen Trennung des Stadtgebiets durch den Rhein in zwei Bereiche unterteilt. Rechtsrheinisch erfolgt die Entwässerung fast vollständig im Mischsystem, bei dem ein gemeinsamer Kanal für Schmutz- und Regenwasser vorgehalten wird. Linksrheinisch hingegen erfolgt die Entwässerung überwiegend im Trennsystem. Regen- und Schmutzwasser werden in einen separaten Kanal abgeführt.

Die Reinigung des Abwassers wird in neun Kläranlagen vorgenommen, von denen sich sieben auf Duisburger Stadtgebiet und drei im Besitz der Duisburger Wirtschaftsbetriebe befinden. Die Abschreibung bei den Investitionskosten der Kläranlagen ist mit 25 Jahren deutlich geringer als beim Kanalnetz, bei dem Abschreibungszeiträume von bis zu 70 Jahren zu beachten sind. Bei den Kläranlagen können zukünftig allerdings zusätzliche Kosten durch den Umbau aufgrund von verfahrenstechnischen Fortschritten und gehobeneren Reinigungsanforderungen entstehen.

Die Stadt Duisburg ist als Abwasserbeseitigungspflichtiger per Gesetz daran gebunden, einen Generalentwässerungsplan aufzustellen, aus dem sich entsprechende Baumaßnahmen ergeben, die mit zusätzlichen Kosten verbunden sind. Hinzu kommt die Umsetzung der Zukunftsvereinbarung Regenwasser, die Abkopplungsmaßnahmen vorsieht, die zur ökologischen Verbesserung des Abwassers beitragen sollen, wobei es

sich vornehmlich um Einzelmaßnahmen handelt, die von den jeweiligen Grundstückseigentümern getragen werden müssen. Zur weiteren ökologischen Verbesserung des Abwassers müsste zumindest in Teilbereichen ein Umbau des vorhandenen Mischsystems in ein Trennsystem vorgenommen werden; ebenfalls sind zur Reinigung des Regenwassers voraussichtlich weitere Regenklärbecken erforderlich. Dies würde einen hohen Kostenaufwand für die Stadt darstellen.

Die Anpassung der Entwässerung an die veränderten stadtstrukturellen, hydraulischen und ökologischen Rahmenbedingungen sowie die möglichen klimatischen Veränderungen stellt eine komplexe Zukunftsaufgabe dar, bei der die für die Stadtentwässerung zuständigen Bereiche und die Stadtentwicklung gezielt zusammenarbeiten müssen. Aufgrund des damit verbundenen Investitionsbedarfs und der daraus resultierenden Gebührenerhöhungen ist es erforderlich, die Wirtschaftlichkeit verschiedener Umsetzungsmöglichkeiten zu prüfen und angemessene Lösungen zu erarbeiten. Die Sonderbauwerke, Pumpwerke, Rückhaltebecken und Kläranlagen sind auch bei Anpassungen des Kanalnetzes weiter zu erhalten, da die gesamte Entwässerungsstruktur auf sie ausgerichtet ist.

Abfallwirtschaft, Stadtreinigung und Winterdienst

Das Abfallaufkommen je Einwohner ist in Duisburg in den letzten Jahren stabil geblieben. Lediglich zwischen den verschiedenen Abfallfraktionen sind Verschiebungen zu beobachten. Auch weiterhin sind die Vermeidungs- und Verwertungsquoten zu steigern und das Wertstoffpotenzial der Abfälle zur Ressourcenschonung und für den Klimaschutz zu nutzen.

Der erwartete Bevölkerungsrückgang wird zukünftig zu einem weiter sinkenden Abfallaufkommen bei nahezu unveränderten Fixkosten für Logistik, Verwaltung, Abschreibungen etc. führen. Der Aufwand für die Stadtreinigung und den Winterdienst bleibt ebenfalls nahezu stabil. Die sinkenden variablen Kostenanteile, wie zum Beispiel Verbrennungskosten oder geringeres Kehrrichtaufkommen, können dies nicht kompensieren. Zudem steht Duisburg vor der Herausforderung, die Preise, Entgelte und Gebühren moderat zu gestalten. Öffentliche Einrichtungen sind weiterhin gehalten, ihre Kosten zu mindern. Dies kann darin bestehen, Abfuhrhythmen zu strecken, Reinigungen bedarfsorientiert durchzuführen und interkommunale Zusammenarbeit anzustreben. Die steigende Lebenserwartung sowie die tendenzielle Verringerung der Haushaltsgröße erfordern eine zielgruppenspezifische Anpassung und Erweiterung der Dienstleistungspalette und die Einführung alternativer Kostenmodelle.

Bei der Verwertung von gewerblichen Abfällen sind die Kommunen gefragt, sich gegen kurzfristige wirtschaftliche Interessen für die Wahrung ökologischer Standards einzusetzen, da gewerbliche Abfälle zunehmend auch als Ersatzbrennstoff (EBS) genutzt werden, um Kosten zu senken. EBS-Anlagen haben geringere Umweltstandards als Abfallbehandlungsanlagen.

Bei Anstieg der Rohstoff- und Energiepreise werden Abfälle aus Haushalten für private Firmen attraktiv. Zu Zeiten niedriger Preise ziehen sich private Firmen hingegen schnell zurück. Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger bleiben in der Pflicht, die Entsorgungssicherheit zu gewährleisten. Dies geht zu Lasten der Gebührenzahler. Hier haben die kommunalen Unternehmen eine umfassende Dienstleistungspalette vorzuhalten und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, um ihre Kunden zu binden und für Gebührenstabilität zu sorgen.

Aufgrund von EU-Gesetzgebung und Rechtsprechung hat die Abfallwirtschaft, wie auch die Stadtreinigung und der Winterdienst, Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutzaspekten sowie dem europäischen Binnenmarkt gerecht zu werden. Gesichtspunkte wie Warenverkehrs- und Wettbewerbsfreiheit sind dabei zu berücksichtigen. Die kommunalen Unternehmen müssen sich zunehmend flexibel zeigen, um der hohen Veränderungsdynamik Rechnung zu tragen.

Im Rahmen der Stadtreinigung und des Winterdienstes sind öffentliche Straßen je nach Verkehrsaufkommen, Art der Straße, der Bebauung und der Verschmutzung von den Anliegern oder den Wirtschaftsbetrieben Duisburg (WBD) zu reinigen. Dabei geht es in erster Linie um die Verkehrssicherheit. Eine Stadtreinigung, die über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehenden Service bietet, verbessert die urbane Lebensqualität. Dies gilt gleichermaßen für die Abfallwirtschaft.

Duisburg hat einen hohen Anteil größerer Wohnanlagen. Die kommunalen Entsorgungsunternehmen können nachhaltige Serviceangebote bereitstellen, die helfen, das Wohnumfeld zu schützen sowie das Gebührenaufkommen für alle auf einem maßvollen Niveau zu sichern. Einige öffentlich-rechtliche Entsorger haben sich dazu – initiiert durch die Wirtschaftsbetriebe Duisburg – zusammengeschlossen. Sie bieten ihren Kunden unter der Marke »Standort Service Plus« konkrete und nachhaltige Unterstützung.



Energieversorgung

Die Stadtwerke Duisburg AG betreibt drei Heizkraftwerke zur Erzeugung von Strom und Fernwärme. Als Primärenergieträger kommen in den Heizkraftwerken I und II/B in Hochfeld Steinkohle und im Heizkraftwerk III/B in Wanheim Erdgas zum Einsatz. Die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme, die sogenannte Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), führt dazu, dass gegenüber herkömmlichen Kraftwerken ein deutlich höherer Wirkungsgrad von bis zu 90 % erreicht wird. Darüber hinaus führt die Nutzung der Fernwärme zu Heizungszwecken zu einer jährlichen Umweltentlastung von ca. 120.000 t CO₂. Die Wärmeproduktion der Heizkraftwerke der Duisburger Stadtwerke sowie der Fernwärmeversorgung Niederrhein wird durch vier weitere Heizwerke in Duisburg-Nord, -Ost, -West und -Süd unterstützt.

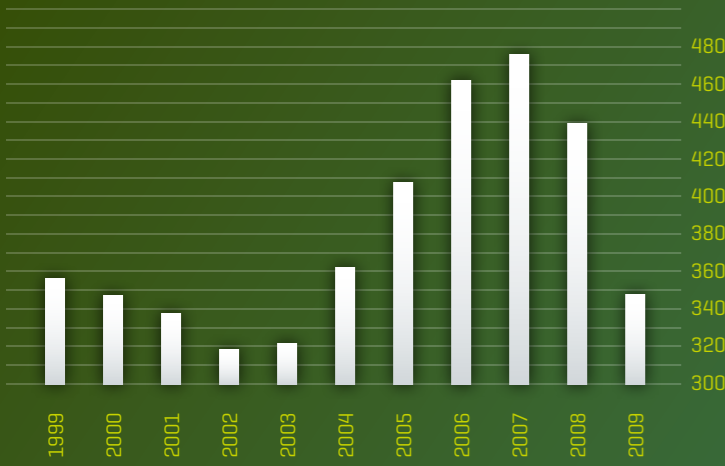
Um die Versorgung der Stadt Duisburg mit Strom und Fernwärme auch zukünftig zu sichern, besteht in absehbarer Zeit Ersatzbedarf für die zwei innenstadtnahen Steinkohle-Heizkraftwerke. Unabhängig von der Frage, ob der Bau eines Kraftwerks in Duisburg zur Stromerzeugung notwendig ist, erfordert die Wärmeversorgung zwingend einen Ersatz in Nähe der an das Fernwärmenetz angeschlossenen Stadtbereiche.

Um die CO₂-Emissionen, die durch Hausbrand entstehen, zu vermindern und den Wirkungsgrad bei der Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen zu erhöhen, soll zukünftig der Anteil der Fernwärmeversorgung ausgebaut werden. Grundlage für die Erweiterung der Fern-

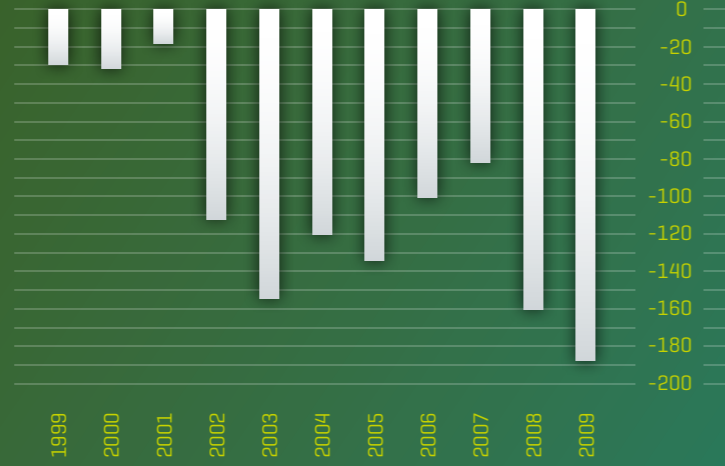
wärmeversorgung ist die zukünftige Entwicklung des Wärmebedarfs in Abhängigkeit von der demografischen Entwicklung. Der prognostizierte Bevölkerungsrückgang lässt eine verminderte Nachfrage nach Heizenergie erwarten. Langfristig wird durch eine verbesserte Wärmedämmung von Gebäuden und die Erhöhung des Anteils der energieautarken Gebäude mithilfe von Wärmepumpen oder Solarthermie eine Abnahme des externen Wärmebedarfs entstehen. Dadurch wird die Versorgung mit Fernwärme nur für erzeugungsnahe Ballungsräume oder neu entstehende verdichtete Stadtbereiche sinnvoll. Neubaugebiete mit überwiegend Einfamilienhaus-Bestand werden den Weg der Energieautarkie weiter fortsetzen und damit als Fernwärmegebiet weniger attraktiv sein.

Zukünftig ist das bestehende Gas- und Fernwärmenetz zu optimieren und eine Doppelversorgung zu vermeiden, um die Kosten für das bestehende Netz zu verringern. Eine Doppelversorgung mit Fernwärme und Erdgas besteht in Bereichen von Duisburg-Mitte in Richtung Duisburg-Süd, Rheinhausen und Hamborn. Die Netzstruktur für die Energieverteilung ist dahingehend anzupassen, dass innenstadtnah bzw. in hochverdichteten Bereichen ausschließlich eine Versorgung mit Fernwärme erfolgt, während in den eher peripher gelegenen Bereichen eine Versorgung mit Blockheizkraftwerken oder Gas angestrebt wird. In allen anderen Bereichen soll zukünftig die Versorgung über Blockheizkraftwerke gesichert werden.

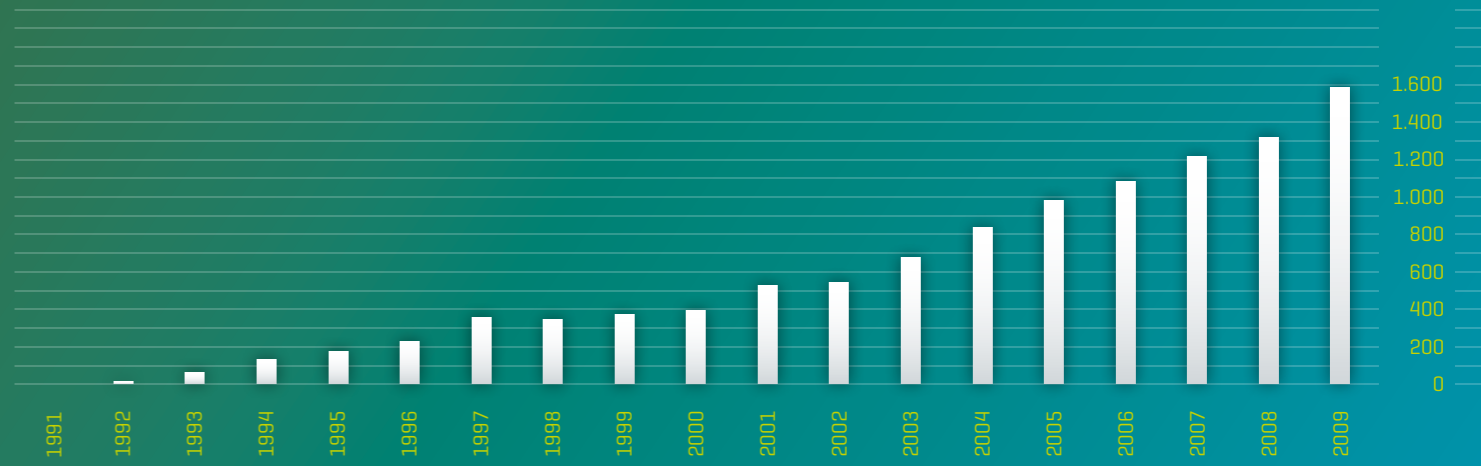
Steuereinnahmen 1999 bis 2009 in Mio. Euro



Defizitentwicklung 1999 bis 2009 in Mio. Euro



Entwicklung der Kassenkredite 1991 bis 2009 in Mio. Euro



3.16 Kommunaler Haushalt

Die Stadt Duisburg steht seit 1993 vor der Herausforderung, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Trotz der umfangreichen und erfolgreichen Konsolidierungsbemühungen in den vergangenen Jahren sind weiterhin jährliche Defizite zu verzeichnen.

Mit Einführung des »Neuen Kommunalen Finanzmanagements« und der damit verbundenen Umstellung auf das kaufmännische Rechnungswesen ist zum 01.01.2008 eine Eröffnungsbilanz mit einem Eigenkapital von 406,5 Mio. Euro erstellt worden. Nach der Ergebnisplanung des Haushaltes 2010 wurden die Ausgleichs- und allgemeinen Rücklagen durch die Defizite in den Jahren 2008 bis 2011 vollständig aufgebraucht. Damit trat die Überschuldung ein. Aus diesem Grund hat die Kommunalaufsicht die Stadt aufgefordert, ein neues Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Das neue Haushaltssicherungskonzept wurde am 28.03.2011 vom Rat der Stadt zusammen mit dem Haushaltsplanentwurf 2011 ff. beschlossen. Dieses sieht Konsolidierungsvolumina von 68,3 Mio. Euro im Jahr 2010 bis zu 172,4 Mio. Euro im Jahr 2014 vor. Solange das Haushaltssicherungskonzept nicht von der Aufsichtsbehörde genehmigt ist, befindet sich die Stadt Duisburg, wie bereits in den vergangenen Jahren, permanent unter dem »Nothaushaltsrecht« und den damit verbundenen Vorschriften des § 82 Gemeindeordnung NRW für die vorläufige Haushaltsführung. Praktisch bedeutet dies, dass die Stadt nur noch Aufgaben wahrnehmen bzw. Aufwendungen entstehen lassen darf, zu deren Erfüllung bzw. Leistung sie rechtlich verpflichtet ist.

Finanzielle Rahmenbedingungen

Ausgelöst durch die weltweite Wirtschaftskrise sind die Steuereinnahmen der Stadt, insbesondere die Gewerbesteuer, im Jahr 2009 stark gesunken. Durch den dramatischen Einnahmeausfall haben sich die Defizite des Duisburger Haushaltes von 81,4 Mio. Euro im Jahr 2007 auf 187 Mio. Euro im Jahr 2009 mehr als verdoppelt. Diese Defizite müssen auch weiterhin durch die Aufnahme von Liquiditätskrediten finanziert werden, die in der Vergangenheit sehr stark angestiegen sind.

Die Städte in Nordrhein-Westfalen sind nicht mehr in der Lage, diese aufgelaufenen Verbindlichkeiten aus Kassen- und Liquiditätskrediten ohne Hilfe abzubauen. Ende des Jahres 2010 hat sich die Landesregierung der Probleme der notleidenden Kommunen angenommen und versucht, einen gemeinsamen Lösungsweg über das Programm »Aktionsplan Kommunal Finanzen« zu finden. Die Stärkung der Kommunal Finanzen durch eine Schuldenhilfe sowie die Einhaltung des Konnexitätsprinzips durch Bund und Land sind entscheidende flankierende Rahmenbedingungen zur Sanierung der hochverschuldeten kommunalen Haushalte. So müssen nach dem Konnexitätsprinzip der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen als Verursacher für den finanziellen Ausgleich der von ihnen übertragenen Aufgaben sorgen.

Für die Wiederherstellung eines ausgeglichenen Haushaltes müssen aber auch seitens der Stadt Duisburg massive Einsparungen erreicht werden, wie sie vom Rat mit dem Haushaltssicherungskonzept 2010 ff. beschlossen wurden. Das Haushaltssicherungskonzept 2010 ff. ist somit zwingend notwendige Voraussetzung für eine dauerhafte Konsolidierung, deren Einhaltung regelmäßig zu überprüfen ist und gegebenenfalls durch weitere Maßnahmen sichergestellt werden muss. Hierzu besteht die Notwendigkeit, den Bedarf des städtischen Leistungsangebots in seiner zukünftigen Entwicklungsperspektive gesamtstädtisch zu betrachten. Der Blickwinkel zukünftiger Planungen darf sich nicht mehr nur auf den erreichten Ist-Zustand oder einzelne Stadtbezirke beziehen, sondern muss das gesamtstädtische Angebot berücksichtigen.



4.0 Prozess Duisburg2027

Stadtentwicklung ist ein langfristiger Prozess, d. h. dass auch das entschiedene Handeln von heute häufig erst mittel- bis langfristig Auswirkungen hat. Die Vielzahl an Akteuren, die an Planung und Umsetzung von baulichen und anderen Projekten der Stadtentwicklung beteiligt sind, bedeutet, dass die Entstehung, Erneuerung oder Umstrukturierung von Quartieren, Siedlungen und Grünanlagen sowie Infrastrukturen und städtischen Einrichtungen in der Regel einen längeren Zeitraum benötigen. Da die zukünftige Stadt in ihrer grundlegenden Nutzungs- und Bebauungsstruktur bereits heute besteht, rücken Stadterneuerung und Stadtbau in den Mittelpunkt der zukünftigen Stadtentwicklung. Diese werden sich überwiegend als kleine, punktuelle Schritte gestalten, die jedoch frühzeitig eine gemeinsame Zielrichtung erhalten müssen. Dies ist die zentrale Aufgabe des Projekts Duisburg2027, das mit einem Planungshorizont von 10 bis 15 Jahren eine langfristige strategische Ausrichtung der Stadtentwicklung und die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans verfolgt.

Duisburg2027 verfolgt dabei einen gesamtstädtischen Ansatz. Vor dem Hintergrund, dass die Stadt Duisburg in ihrer heutigen Größe und Struktur aus dem Zusammenschluss mehrerer ehemals selbstständiger Städte und Gemeinden entstanden ist, wurde mit dem Projekt Duisburg2027 bewusst eine gesamtstädtische Sichtweise eingenommen. Die polyzentrale Siedlungsstruktur ist dabei eine Stärke Duisburgs, die durch die gesamtstädtische strategische Ausrichtung gezielt genutzt wird.

Wichtige Kennzeichen des Projekts Duisburg2027 sind die integrierte Arbeitsweise und eine weitreichende Beteiligung. Um das Handeln aller an der Stadtentwicklung beteiligten Akteure zu koordinieren und auf gemeinsame Ziele auszurichten, müssen die verschiedenen Interessen und fachlichen Belange frühzeitig einbezogen und offen diskutiert werden. Der fachübergreifende Erarbeitungsprozess mit verschiedenen Beteiligungsangeboten und die Diskussion um die zukünftigen Ziele der Stadtentwicklung sind daher wichtige Bestandteile der Strategie für Wohnen und Arbeiten. Verschiedene Akteure innerhalb und außerhalb der Verwaltung haben ihr Wissen, ihre Ideen und Anregungen in den Prozess eingebracht. Der Austausch und das Nachdenken über die zukünftige Stadtentwicklung waren entscheidend, um die Strategie für Wohnen und Arbeiten zu erarbeiten und ein Verantwortungsbewusstsein für eine integrierte Stadtentwicklung zu schaffen.

4.1

Grundlagen aus der politischen Diskussion: Ziele und Querschnittsbelange »Demografische Entwicklung«, »Förderung der Europäischen Integration«, »Grundprinzip Wirtschaftlichkeit«, »Gleichstellung von Frauen und Männern«, »Integration« und »Barrierefreiheit«

Vor dem Hintergrund des vom Rat der Stadt beschlossenen Stadtentwicklungsprozesses Duisburg2027 hat der Verwaltungsvorstand der Stadt Duisburg in einer frühen Diskussion grundlegende Ziele und Querschnittsbelange benannt. Diese wurden am 8. Dezember 2008 vom Rat der Stadt beschlossen (DS-Nr. 08-1670). Durch den Beschluss wurden die Ziele und Querschnittsbelange zu einer inhaltlichen Leitlinie für die Verwaltung und waren damit auch im Rahmen des Projekts Duisburg2027 zu berücksichtigen.

Die Querschnittsbelange wurden im Prozess mit den zuständigen Fachbereichen inhaltlich vertieft:

- Vor dem Hintergrund der **demografischen Entwicklung** muss das Bewusstsein dafür geweckt werden, dass trotz bevölkerungsfördernder Maßnahmen der Schrumpfungs- und Veränderungsprozess nur verlangsamt werden kann. Darum müssen Ziele zur Anpassung an den Schrumpfungs- und Veränderungsprozess und bevölkerungsfördernde Ziele gleichberechtigt nebeneinanderstehen. Letztendlich hat der demografische Wandel zunehmend Auswirkungen auf alle kommunalen Handlungsfelder.
- Nach dem **Grundprinzip der Wirtschaftlichkeit** sind die begrenzten finanziellen, personellen und anderen Ressourcen der Stadt Duisburg so einzusetzen, dass mit einem möglichst geringen Aufwand ein angestrebtes Ziel erreicht wird (Minimalprinzip) oder aber bei gegebenem

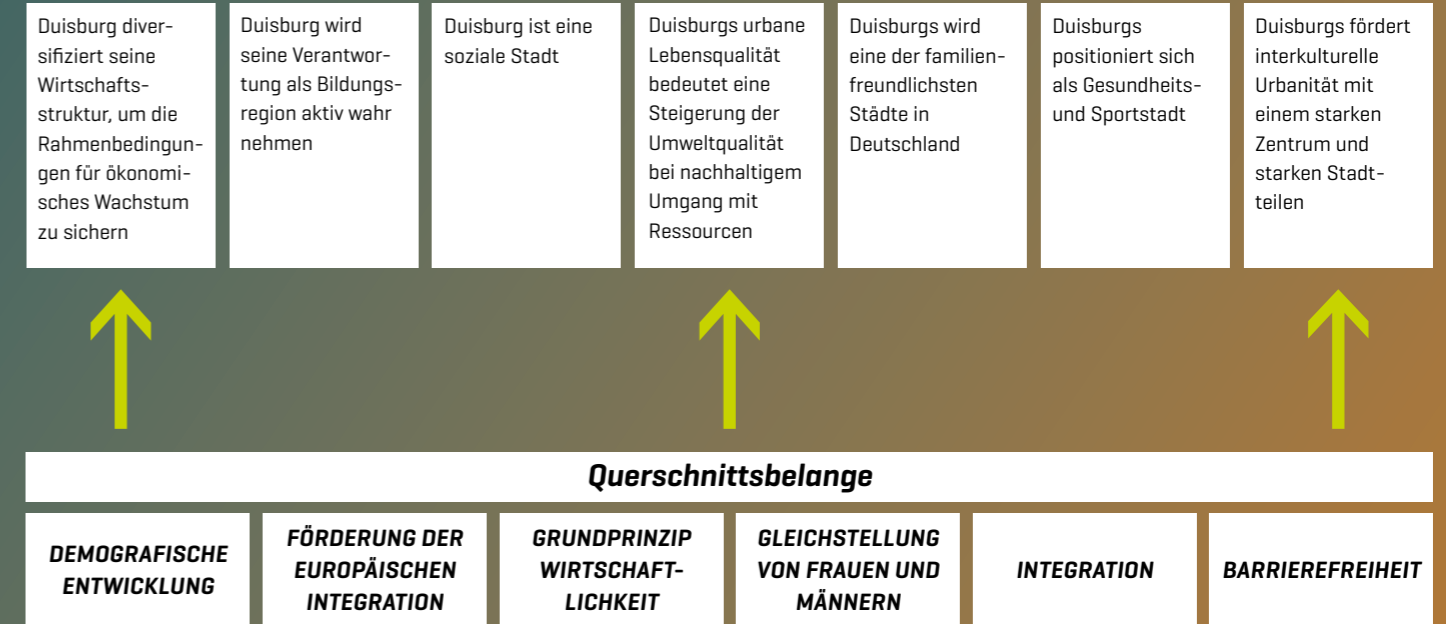
Aufwand (Kosten) ein möglichst hoher Nutzen für die Stadt gewonnen wird (Maximalprinzip). Die effiziente, d. h. rationale Verwendung der vorhandenen Mittel ist zukünftig bei jeder städtischen Investition mit Blick auf die langfristigen Auswirkungen für die angestrebte Entwicklung der Gesamtstadt zu prüfen.

Für die strategische Positionierung der Stadt ist es zunächst wichtiger, »die richtigen Dinge zu tun«, d. h. die angestrebten Ziele für eine Steigerung der Lebensqualität und für eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen. Im Rahmen des operativen Verwaltungshandelns gewinnt die Effizienz (Kosten-Nutzen-Relation) an Bedeutung. Hier geht es darum, »die Dinge richtig zu tun«. Auf den Prozess Duisburg2027 übertragen bedeutet dies, dass zunächst fachübergreifend abgestimmte Ziele für die künftige Entwicklung der Stadt festgelegt werden, für deren Erreichung die vorhandenen Ressourcen effizient, d. h. unter Berücksichtigung eines wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen Aufwand und Nutzen, einzusetzen sind.

Mit der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements wird ausdrücklich die Verknüpfung des Verwaltungshandelns mit Zielen gewünscht. Die Strategie für Wohnen und Arbeiten benennt die aus Sicht der Stadtentwicklung langfristig für die Gesamtstadt zu verfolgenden Ziele.

Da neben dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit noch weitere Ziele und Querschnittsbelange in der Kommunalverwaltung bestehen, können Zielkonflikte

Strategische Ziele der Stadt Duisburg

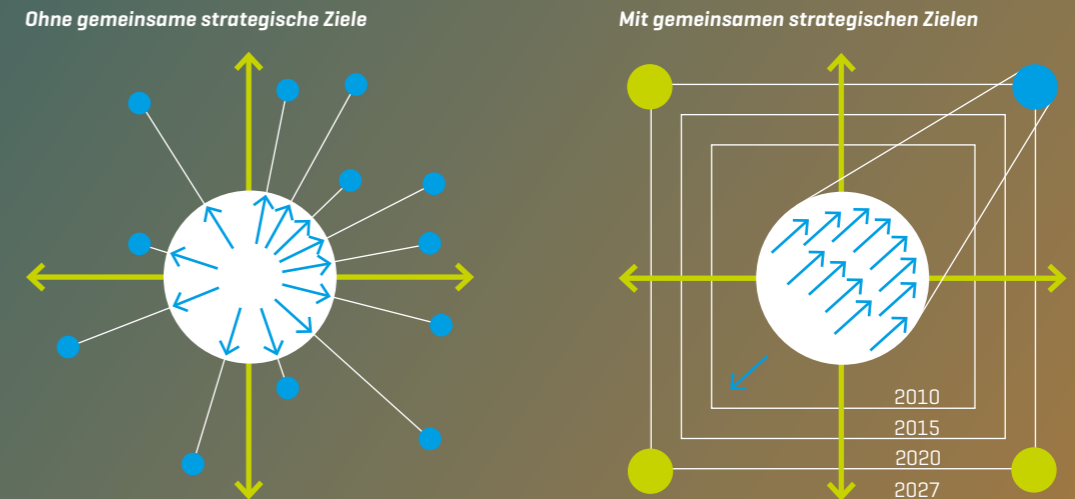


aufzutreten. Bei Unklarheiten durch Zielkonflikte gilt es, vorausschauend alle Faktoren abzuwägen und etwaige Folgen nicht außer Acht zu lassen, um Wirtschaftlichkeit, Effizienz und Sparsamkeit sowie das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht nach bestem Gewissen anzustreben.

- Im Rahmen der **Förderung der Europäischen Integration** sollen städtische Interessen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene gewahrt werden, um kommunale Gestaltungsspielräume zu sichern und zu erweitern. Um dies zu erreichen, sollen Duisburger Interessen im Wettbewerb der Städte und Regionen innerhalb der Europäischen Union durch mehr EU-Kompetenz auf der Ebene der Kommunalpolitik und der Verwaltung vertreten werden.
- Für den **Querschnittsbelang Integration** wurden die Leitlinien »Interkulturelle Urbanität« formuliert, in denen die kulturelle Vielfalt der Stadt Duisburg als Potenzial der Stadtentwicklung in den Vordergrund gestellt wird. Weitere Impulse der Interkulturellen Urbanität sind insbesondere für die wirtschaftliche Entwicklung, die Gestaltung der sozialräumlichen Beziehungen, die interkulturelle Kommunikation und Partizipation der Stadtgesellschaft sowie die Gestaltung der Baukultur zu erwarten.
- Die **Gleichstellung von Frauen und Männern** (Gender Mainstreaming) ist seit mittlerweile 25 Jahren ein wichtiges Thema in Duisburg. Für den laufenden Stadtentwicklungsprozess wurden die Leitlinien

»Duisburg2027: Stadt der Gleichberechtigung der Frauen« formuliert. Diese stellen für eine zukunftsfähige Entwicklung der Stadt Duisburg die Gleichberechtigung der Frauen und die Geschlechtergerechtigkeit als integrative Bestandteile ebenso wie die gleichberechtigte Beachtung der Belange und Interessenlagen aller Bevölkerungsgruppen heraus. Eine geschlechtergerechte Stadtentwicklung trägt zur Imageverbesserung Duisburgs bei und dient als Markenzeichen für die Standortwahl bei Betriebsansiedlungen und der Wahl des Wohnorts.

- In Bezug auf den **Querschnittsbelang Barrierefreiheit** wurde die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben im Sinne eines »Designs für Alle« in den Fachkonzepten Soziales und Wohnen niedergelegt. Das Konzept »Design für Alle« geht allerdings über die speziellen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung hinaus. Es hat vielmehr den Anspruch, auf die Vielfalt und Verschiedenartigkeit der Menschen in Duisburg einzugehen und eine »Stadt für Alle« zu entwickeln. Durch eine adäquate Gestaltung des Wohnbereichs und des Wohnumfelds soll allen Menschen ein möglichst selbstständiges Leben und die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht werden. Davon profitieren nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern die gesamte Bevölkerung. Denn eine barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzerfreundlichkeit bedeuten mehr Komfort und damit mehr Lebensqualität für alle in Duisburg lebenden Menschen.



4.2 Zukunftsorientierte und fachübergreifende Zusammenarbeit

Die Strategie für Wohnen und Arbeiten wurde fachübergreifend mit allen für die Stadtentwicklung relevanten Fachbereichen erarbeitet. Für die Laufzeit des Projekts wurde eine dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet. In zentralen städtischen Handlungsfeldern wurden Fachkonzepte und -beiträge erarbeitet, in denen die wesentlichen Ziele und zukünftigen Handlungsansätze aus Sicht der beteiligten Fachbereiche benannt wurden. Das Projektteam Duisburg2027 übernahm die Koordination, Abstimmung und die Integration der verschiedenen Konzepte und Beiträge in die Strategie für Wohnen und Arbeiten.

Die Zusammenarbeit bei der Erarbeitung der Fachkonzepte und -beiträge wurde durch mehrere gemeinsame Workshops aufbauend auf dem »Eltviller Modell des Zukunftsmanagements« unterstützt. Das Zukunftsmanagement stellt eine Methode dar, bei der ausgehend von gemeinsamen Annahmen über die zukünftige Entwicklung der Stadt strategische Handlungsziele abgeleitet werden. Gemeinsam wurden Bausteine einer Vision für die wünschenswerte und realistische Zukunft der Stadt Duisburg formuliert (Visionselemente). Diese dienen als Zielrichtung, von der ausgehend eine gemeinsame Strategie für die zukünftige Entwicklung der Stadt zu entwerfen und an der das Handeln aller Beteiligten auszurichten ist.

Ziel des Zukunftsmanagements war es, sich mit allen beteiligten Fachbereichen über folgende Fragen zu verständigen und eine gemeinsame Ausgangsbasis für die Erarbeitung der Fachkonzepte zu schaffen:

- Welche Veränderungen kommen wahrscheinlich auf uns zu?
- Welche Zukunftschancen und Handlungsoptionen haben wir?
- Welche Zukunftsvision wollen wir langfristig verwirklichen?
- Wie könnte die Zukunft uns überraschen und wie bereiten wir uns darauf vor?
- Wie gestalten wir unsere Zukunftsstrategie als Weg zur Vision?

Dabei waren das Wissen und die Erfahrungen aller Beteiligten Grundlage für die Beantwortung der Fragen. Die Formulierung von Annahmen, Chancen und Visionselementen im Rahmen der Workshops trug dazu bei, die verschiedenen Ziele und relevanten Belange sowie ihre Zusammenhänge aufzuzeigen und die mögliche, wahrscheinliche und gewünschte Zukunft der Stadt gemeinsam zu diskutieren. Durch den Austausch und die Einschätzungen der künftigen Herausforderungen für die Stadt Duisburg wurde sich auf eine gemeinsame Richtung verständigt, die bei der Erarbeitung der Fachkonzepte fachübergreifend zu berücksichtigen war.

4.3 Beteiligung der Stadtgesellschaft

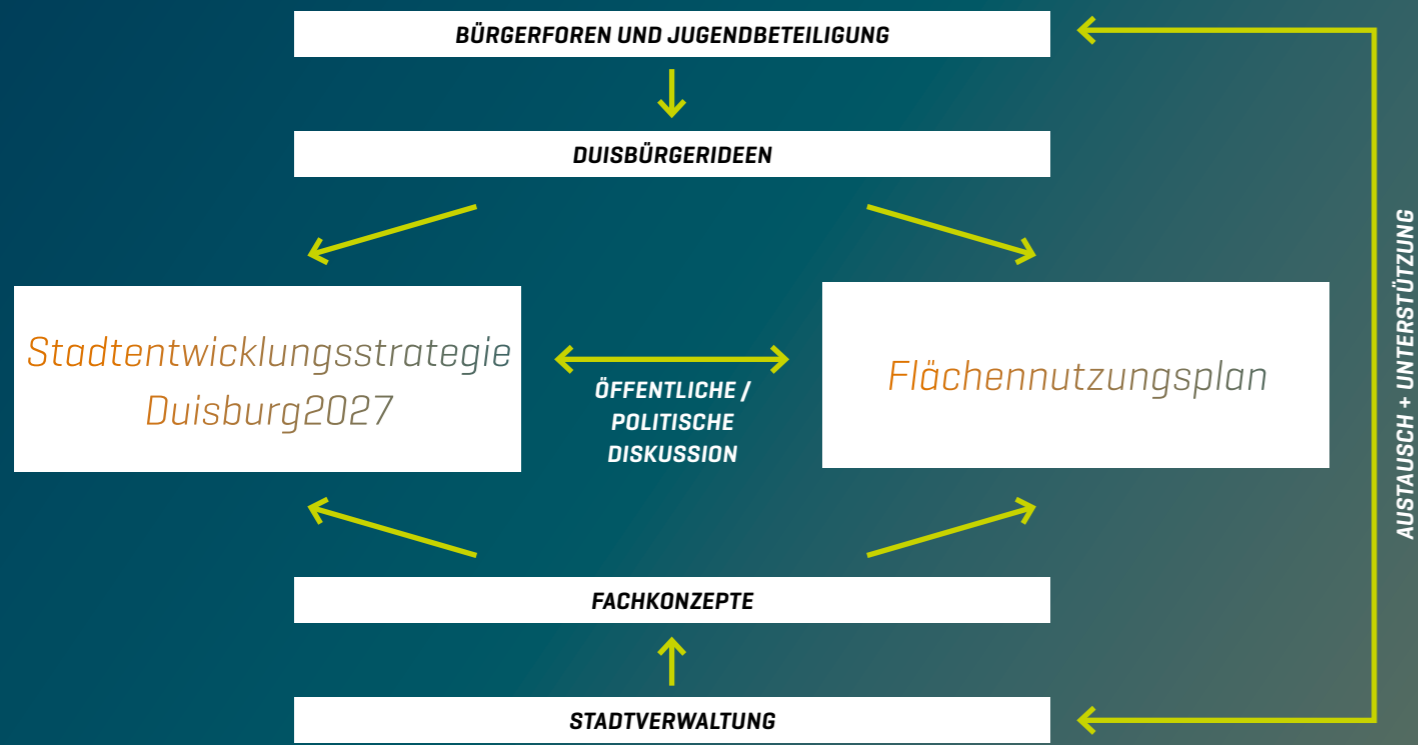
Transparenz und weitreichende Partizipation sind ein weiterer Anspruch des Projekts Duisburg2027, um die Stadtentwicklungsdiskussion auch außerhalb von Politik und Verwaltung anzuregen sowie Ideen und Interessen der in Duisburg lebenden Menschen, lokaler Akteure und Interessengruppen frühzeitig zu berücksichtigen. Parallel zur Erarbeitung der Fachkonzepte durch die Stadtverwaltung wurden verschiedene Beteiligungsformen angeboten, um die Stadtgesellschaft in den Planungsprozess Duisburg2027 mit einzubeziehen.

Bürgerforen

Mit den Bürgerforen hat Duisburg einen neuen Weg beschritten: Frühzeitig wurde eine offene Diskussion in der Stadtgesellschaft um die zukünftige Entwicklung der Stadtbezirke und der Gesamtstadt angestoßen. Direkt zu Beginn des Projekts Duisburg2027 waren alle in Duisburg lebenden Menschen aufgerufen, sich mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen aktiv zu beteiligen. Dem Grundgedanken folgend, dass keiner seine Stadt besser kennt als die Menschen, die in ihr wohnen und arbeiten, konnten engagierte Duisburger ihre Ideen für die zukünftige Stadtentwicklung in selbst organisierten Bürgerforen diskutieren und formulieren. Ebenso anspruchsvoll wie neu war dabei, dass die öffentliche Diskussion geführt wurde, noch bevor die Stadtverwaltung eigene Konzepte erstellt hatte. Dies trug dazu bei, die Planungsgrundlagen der Verwaltung durch das Einbeziehen des »Vor-Ort-Wissens« zu verbessern sowie

frühzeitig die Vorstellungen der in Duisburg lebenden Menschen kennenzulernen und in den Erarbeitungsprozess mit einzubeziehen. Die Bürgerforen sind somit wesentlicher Bestandteil und wichtiger Ideengeber für das Projekt Duisburg2027.

Mit der Auftaktveranstaltung »Zukunft findet Stadt« wurden das Projekt Duisburg2027 und die Idee der Bürgerforen am 17. April 2008 der Öffentlichkeit vorgestellt, um zu verdeutlichen, dass zukünftige Stadtentwicklung auf ein starkes bürgerschaftliches Engagement angewiesen ist. Mit knapp 2.000 Teilnehmern fand die Veranstaltung reges Interesse in der Stadtgesellschaft. In allen sieben Stadtbezirken fanden daraufhin öffentliche Informationsveranstaltungen unter Teilnahme des Oberbürgermeisters statt, zu denen sich rund 700 Interessierte einfanden. Diese bildeten den Anstoß zur Gründung der inhaltlich und organisatorisch selbstständig arbeitenden Bürgerforen. In einer zweiten, sogenannten »konstituierenden Sitzung« gründeten ca. 300 Duisburger in jedem der sieben Stadtbezirke ein Bürgerforum, wählten jeweils einen Sprecher und bildeten insgesamt 27 meist themenbezogene Arbeitsgruppen. Innerhalb eines Jahres erarbeiteten die Bürgerforen ihren Beitrag für die zukünftige Gestaltung der Stadt – die »DuisbürgerIdeen«. Das Stadtentwicklungsdezernat unterstützte die Bürgerforen durch die Bereitstellung von Plangrundlagen und Informationen sowie durch die Organisation einer Vortragsreihe zu wichtigen Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung, wie zum Beispiel der demografischen



Prognose bis zum Jahr 2027, Wohnstandortqualitäten oder zukünftigen Mobilitätstrends. Die Ergebnisse der Bürgerforen wurden der Politik und der Öffentlichkeit im Rahmen einer Ausstellung und Veranstaltungen in den Bezirken im Frühjahr 2010 vorgestellt. Sie sind neben den verschiedenen Beiträgen der Verwaltung in die Erarbeitung der Strategie für Wohnen und Arbeiten eingeflossen. Zukunftsweisende Ideen und Anregungen aus der Bürgerschaft, die in die Strategie für Wohnen und Arbeiten aufgenommen wurden, sind als »DuisbürgerIdeen« gekennzeichnet. Viele Vorschläge der Bürgerforen beziehen sich darüber hinaus auf den jeweiligen Stadtbezirk, sodass sich die Ideen auch in den teilträumlichen Strategiekonzepten wiederfinden werden.

Jugendbeteiligung »Deine Stadt – Deine Ideen«

Unter dem Motto »Deine Stadt – Deine Ideen« waren Jugendliche aufgerufen, sich mit ihren Ideen für eine jugendgerechte Stadtentwicklung in den Prozess Duisburg2027 einzubringen. Gefördert durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Rahmen des ExWoSt-Projekts »Jugendliche im Stadtquartier« wurden verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten angeboten. Zum einen fanden in allen Stadtbezirken moderierte Workshops statt, bei denen ca. 130 Jugendliche Perspektiven und wichtige Jugendprojekte für ihren Stadtbezirk entwickelten. Ausgehend von einer gemeinsam entworfenen Vision für den Stadtbezirk

wurde ein Leitprojekt erarbeitet, das einen wichtigen Impuls für die angestrebte Entwicklung des Stadtbezirks darstellt. Zu diesen Leitprojekten wurden jeweils kurzfristig zu realisierende Projektideen formuliert, die einen ersten Baustein auf dem Weg zur Realisierung der Leitprojekte darstellen. Alle Vorschläge und Ideen der Jugendbeteiligung sind ebenfalls in die Erarbeitung der Strategie für Wohnen und Arbeiten eingeflossen und als »DuisbürgerIdeen« gekennzeichnet. Darüber hinaus wurden durch eine Jury, bestehend aus den Dezernenten der Stadt Duisburg, drei der entwickelten Projektideen ausgewählt, die zur Umsetzung anstehen, auch um zu verdeutlichen, dass Beteiligung sich lohnt und Veränderungen vor Ort – wenn auch zunächst nur temporär – angestoßen werden können.

Zum anderen wurde ein eigener Internetauftritt des Projekts für Jugendliche unter www.deinestadt-deineideen.de gestaltet. In Form eines Weblogs wurde über die Jugendbeteiligung und das Projekt Duisburg2027 berichtet und eine Internetumfrage durchgeführt, um Stärken und Schwächen der Stadtbezirke aus Sicht der Jugendlichen zu erfahren. Um möglichst viele Jugendliche in Duisburg zu erreichen, wurden die sozialen Netzwerke wie Twitter, Facebook und MySpace genutzt und über 400 Kontakte hergestellt.

Beteiligung von Frauen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Das Zusammenleben in einer kulturell vielfältigen Stadtgesellschaft und die Konsequenzen für die zukünftige Stadtentwicklung waren Thema einer eintägigen Dialog-Konferenz mit Vertretern der Bürgerforen, Wohlfahrtsverbände und Migrantenselbstorganisationen. Rund 60 Teilnehmer entwickelten gemeinsam Ideen, wie die kulturelle Vielfalt Duisburgs als Potenzial für die Stadtentwicklung genutzt und das Zusammenleben zukünftig gestaltet werden kann. In einem weiteren Workshop erarbeiteten 30 Frauen Anregungen und Ideen, welche Ziele aus Frauensicht für eine geschlechtergerechte Stadtentwicklung zu verfolgen sind. Die Ergebnisse der beiden Workshops waren Grundlage für die Erarbeitung der Leitlinien der »Interkulturellen Urbanität« und der »Stadt der Gleichberechtigung der Frauen«, die am 22. März 2010 vom Rat der Stadt beschlossen wurden. Die Leitlinien beinhalten die wesentlichen Ziele und Anforderungen an eine geschlechtergerechte und interkulturell ausgerichtete Stadtentwicklung, die als Querschnittsbelange bei der Erarbeitung der Fachkonzepte und der Strategie für Wohnen und Arbeiten von der Verwaltung zu beachten waren.

Die Ergebnisse der Bürgerforen, der Jugendbeteiligung und der beiden Workshops sind auf der Internetseite des Projekts unter www.duisburg2027.de zu finden.

Beteiligung von Fachakteuren

Im Rahmen der Erstellung der Fachkonzepte und -beiträge fand ein Austausch zwischen wichtigen Fachakteuren und der Stadtverwaltung über die möglichen künftigen Entwicklungsperspektiven und Handlungsschwerpunkte in Duisburg statt. So diente eine Workshopreihe mit Geschäftsführern der Duisburger Wohnungsunternehmen dazu, die Einschätzungen und Interessen der Wohnungswirtschaft in die Erarbeitung des Fachkonzepts Wohnen mit einzubeziehen. Mit Vertretern aus dem öffentlichen und privaten Kulturbereich fanden an zwei Nachmittagen Veranstaltungen statt, bei denen die zukünftig bei der Stadtentwicklung zu berücksichtigenden Kulturbelange diskutiert wurden. Im Rahmen der Erstellung des Sportentwicklungsplans diskutierten Vertreter von Sportvereinen, DuisburgSport, Verwaltung und Politik über die künftigen Bedürfnisse und Anforderungen in Bezug auf Sportstätten und Sportorganisation. Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept wurde den relevanten Fachakteuren und Trägern öffentlicher Belange wie der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer, dem Einzelhandels- und Dienstleistungsverband Niederrhein, dem Citymarketing, der Bezirksregierung Düsseldorf und den Nachbargemeinden sowie der Öffentlichkeit vorgestellt.

5.0

Ausblick

Das Projekt Duisburg2027 besteht aus drei ineinandergreifenden Planungsphasen, bei denen informelle Planungsinstrumente mit dem förmlichen Verfahren zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans verbunden werden. Aufbauend auf der Strategie für Wohnen und Arbeiten werden in den folgenden Projektphasen teils räumliche Strategiekonzepte entwickelt und die Inhalte und Ziele in die Darstellungen des neuen Flächennutzungsplans überführt. Die Umsetzung der Stadtentwicklungsstrategie, die Erfolgskontrolle sowie die Fortführung der Beteiligung sind weitere Schritte, die sich an das Projekt Duisburg2027 anschließen werden.

5.1

Teils räumliche Strategiekonzepte

In der zweiten Phase des Projekts Duisburg2027 werden die in der Strategie für Wohnen und Arbeiten formulierten gesamtstädtischen Ziele und Handlungsansätze für die drei Teilräume Duisburg-Nord, -Mitte/Süd und -West räumlich konkretisiert. Dabei werden die in den durch Rhein und Ruhr abgegrenzten Teilräumen zum Teil unterschiedlich verlaufenden Entwicklungen und Anforderungen aus den verschiedenen Fachbereichen, zum Beispiel in Bezug auf die demografischen Veränderungen, den Bedarf an Wirtschaftsflächen, Wohnungen oder sozialer Infrastruktur, betrachtet und entsprechender Handlungsbedarf sowie Entwicklungspotenziale identifiziert. Für die verschiedenen Funktionen wie Wohnen, Arbeiten, Grün und Freiraum werden Bereiche festgelegt, die sich in besonderem Maße dafür eignen

und einer gesamtstädtischen Konzeption, wie beispielsweise dem Grün- und Freiraumkonzept, entsprechen. Anhand der besonderen Stärken und Potenziale, aber auch Konflikte und Problemlagen werden räumliche und inhaltliche Handlungsschwerpunkte der zukünftigen Stadtentwicklung benannt. Diese Räume haben eine besondere Bedeutung für die zukünftige Entwicklung Duisburgs, da ihre Stärkung und Weiterentwicklung eine teils räumliche, stadtweite, regionale oder sogar überregionale Wirkung entfalten kann. Damit erhält die Strategie für Wohnen und Arbeiten eine räumliche Ausrichtung und Prioritätensetzung.



5.2 Stadtentwicklungs- strategie

Die Strategie für Wohnen und Arbeiten und die teilräumlichen Strategiekonzepte bilden zusammen die Stadtentwicklungsstrategie Duisburg2027. Angesichts der vielen, nahezu flächendeckenden Herausforderungen und des begrenzten kommunalen Handlungsspielraums erfolgt mit der Stadtentwicklungsstrategie eine Konzentration auf die für die zukünftige Stadtentwicklung bedeutsamen Stadträume, in denen die strategischen Ziele mit einem effizienten Mitteleinsatz und unter Nutzung von Synergien Erfolg versprechend verfolgt werden können. Die Stadtentwicklungsstrategie ist damit Grundlage und Orientierungsrahmen für ein zielgerichtetes, ressortübergreifendes Verwaltungshandeln und den koordinierten Einsatz kommunaler Mittel und Fördergelder, aber auch für eine Kooperation mit Akteuren außerhalb der Stadtverwaltung, um gemeinsam eine positive Entwicklung Duisburgs zu gestalten.

5.3 Neuaufstellung Flächennutzungsplan

Die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans bildet die dritte Phase des Projekts Duisburg2027. Mit dem Beschluss der Stadtentwicklungsstrategie werden die Ziele und räumlichen Handlungsschwerpunkte der zukünftigen Stadtentwicklungspolitik bestimmt. Darauf aufbauend werden die städtebaulichen Ziele und Handlungsansätze gemäß den gesetzlichen Vorgaben in die Darstellungen des Flächennutzungsplans überführt und das Aufstellungsverfahren nach dem Baugesetzbuch durchgeführt. Der Flächennutzungsplan stellt für das gesamte Stadtgebiet die beabsichtigte städtebauliche Entwicklung und die Art der Bodennutzung in Grundzügen dar und bildet den Rahmen für die nachfolgende Ebene der verbindlichen Bauleitplanung. Im Flächennutzungsplan werden die flächenbezogenen Ziele und Planungen, die das Stadtgebiet betreffen, koordiniert und in einem städtebaulichen Nutzungskonzept zusammengeführt, aus dem zukünftig die Bebauungspläne zu entwickeln sind. Gemäß §§ 7 und 8 des Baugesetzbuchs erhalten die räumlichen Ziele und Schwerpunkte der Stadtentwicklungsstrategie mit ihrer Darstellung im Flächennutzungsplan eine Verbindlichkeit innerhalb der Stadtverwaltung sowie für andere Behörden und öffentliche Planungsträger. Der Flächennutzungsplan verleiht dem planerischen Willen der Stadt Duisburg Ausdruck und entspricht dem gesetzlichen Auftrag, eine nachhaltige räumliche Entwicklung der Stadt planerisch vorzubereiten und zu steuern.

5.4 Steuerungsaufgaben einer nachhaltigen Stadtentwicklung

Umsetzung der Stadtentwicklungsstrategie im Konzern Duisburg

Die Stadtentwicklungsstrategie Duisburg2027 wird nur dann erfolgreich sein, wenn die Umsetzung der Ziele und Handlungsansätze dauerhaft in das Handeln der Stadt Duisburg sowie der ihr zugehörigen Betriebe und Gesellschaften integriert wird. Dies bedeutet:

- Alle stadtentwicklungsrelevanten Investitionen des Konzerns Duisburg sind an der Stadtentwicklungsstrategie zu orientieren
- Die Zuständigkeit für die Zielumsetzung ist im Konzern Duisburg zu klären
- Das Fördermittelmanagement ist an ihr auszurichten
- Der Weg für neue oder alternative Finanzierungsformen (z. B. durch Kooperation, Bürgerkredite) für ihre Umsetzung ist zu ebnen

Organisatorisch sollen ein Lenkungskreis der relevanten Fachbereiche des Konzerns Duisburg unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters und eine fachübergreifende Arbeitsgruppe unter Federführung des Stadtentwicklungsdezernats eingerichtet werden, die den Stand der Umsetzung anhand gemeinsam vereinbarter Kriterien überprüfen und gegebenenfalls Gegensteuerungsmaßnahmen empfehlen. Darüber hinaus sollen die Beschlüsse des Rates und die Entscheidungen der Verwaltung auf ihre Vereinbarkeit mit den Zielen der Stadtentwicklungsstrategie vorbereitet werden.

Erfolgskontrolle und Berichtswesen

Ein messbarer Erfolg strategischer Zielerreichung und deren operative Umsetzung erfordert eine systematische Kontrolle anhand zuvor definierter Kriterien. Aus diesem Grund müssen nach Beschluss des Rates für die strategischen Ziele Indikatoren für eine nachvollziehbare Messung ihrer Umsetzung und Wirkungen entwickelt werden. Diese Duisburger Indikatoren der nachhaltigen Stadtentwicklung sollen in einer fachübergreifenden Arbeitsgruppe der Verwaltung unter Federführung des Projekts Duisburg2027 erarbeitet werden.

Darüber hinaus soll ein Berichtswesen in regelmäßigen Abständen über den Stand der Umsetzung der Stadtentwicklungsstrategie Duisburg2027 informieren. Dies soll im Sinne eines kontinuierlichen, noch aufzubauenen Monitorings erfolgen, das im Zusammenhang mit bestehenden Beobachtungssystemen wie dem Bildungs-Monitoring oder der Umweltbeobachtung steht. Aufgabe des Berichtswesens ist es, die Entwicklung der Stadt Duisburg im Hinblick auf die Stadtentwicklungsstrategie zu beobachten und zu dokumentieren und damit die Grundlage für notwendige Steuerungsaufgaben zu legen.

Konsequentes Handeln von heute ist die zwingende Grundlage für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung und somit für die Erfolge von morgen und übermorgen!

5.5

Stadtentwicklungsstrategie als Prozess

Die Stadtentwicklungsstrategie Duisburg2027 ist nicht als statisches Konzept, sondern als kontinuierlicher Prozess der fachübergreifenden Zusammenarbeit für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu verstehen. Mit dem Beschluss der Stadtentwicklungsstrategie entsteht dafür eine strategische Grundlage. Die fachübergreifende Zusammenarbeit ist noch zu vertiefen und weiterzuführen.

ren. Hier und in der Umsetzung wird sich die fachübergreifende Zusammenarbeit fortsetzen, um Duisburg als lebenswerte Stadt für Wohnen und Arbeiten nachhaltig zu gestalten. Dabei sollen die erfolgreichen Ansätze zur Bürgerbeteiligung und Einbindung von Akteursgruppen fortgeführt und weiterentwickelt werden.

6.0 Anhang

6.1 Berücksichtigung der DuisbürgerIdeen und der Querschnittsbelange

6.1.1 Berücksichtigung der DuisbürgerIdeen und Zuordnung zu den strategischen Zielen

Die große Anzahl der vorliegenden Ergebnisse der Bürgerforen und der Jugendbeteiligung (DuisbürgerIdeen) wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit zusammengefasst, nummeriert und den strategischen Zielen zugeordnet, mit denen sie inhaltlich übereinstimmen. Über die Nummerierung kann nachvollzogen werden, wie die Vorschläge der Bürgerforen und der Jugendbeteiligung zusammengefasst und im Entwurf der Strategie für Wohnen und Arbeiten berücksichtigt wurden. Die vollständige Liste der nummerierten und zusammengefassten DuisbürgerIdeen kann auf der Internetseite des Projekts www.duisburg2027.de abgerufen werden.

DUISBÜRGERIDEEN

6.1.2 Berücksichtigung des Querschnittsbelangs »Förderung der Europäischen Integration«

Zuordnung der Ziele des Fachbeitrags »Duisburg2027 – Querschnittsziel Europäische Integration« (DS 10-1860) vom 20.10.2010 zu den strategischen Zielen des Entwurfs der Strategie für Wohnen und Arbeiten

Ziele Fachbeitrag Europäische Integration Strategische Ziele

I	Entwicklung von Europakompetenz in der Verwaltung	2.8.2
II	Entwicklung von Europakompetenz auf Ebene der Kommunalpolitik	2.8.2
III	Vernetzung der Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Forschung in der Region zur Schaffung international wettbewerbsfähiger, regionaler Strukturen	2.2.2 / 2.8.2
IV	Akquisition von EU-Fördermitteln zur Finanzierung von freiwilligen Leistungen	2.8.2
V	Suche nach Partnern innerhalb der EU (z. B. Städtepartnerschaften); Pflege und Vertiefung von grenzüberschreitenden Kooperationen und Netzwerken innerhalb der EU als Voraussetzung für die Inanspruchnahme von EU-Fördermitteln (z. B. Städtenetzwerke auf EU-Ebene wie EURO CITIES)	2.8.2
VI	Pflege des direkten Kontakts zu Institutionen und Akteuren auf EU-Ebene sowie gemeinsames Eintreten mit anderen Kommunen zur Wahrung eigener kommunaler Interessen auf EU-Ebene (»Kommunales Lobbying«)	2.8.2
VII	Eintreten auf EU-Ebene für die Verankerung einer nachhaltigen, integrierten Stadtentwicklungspolitik im Sinne der »Leipzig Charta« und einer Stärkung der Kommunen; Eintreten für den Erhalt der Förderprioritäten und Schaffung von Rahmenbedingungen auf europäischer und nationaler Ebene; verstärkte Aufmerksamkeit für benachteiligte Stadtquartiere im Rahmen einer integrierten Stadtentwicklungspolitik	2.3.2 / 2.8.2
VIII	Eintreten für den Erhalt eines dezentralen, integrierten Ansatzes in der EU-Strukturpolitik und die Betonung der »Städtischen Dimension« als Bezugsebene der Strukturpolitik	2.8.2

6.1.3 Berücksichtigung des Querschnittsbelangs »Integration«

Zuordnung der Ziele der Leitlinien »Interkulturelle Urbanität« (DS 09-1668) vom 16.11.2009 zu den strategischen Zielen des Entwurfs der Strategie für Wohnen und Arbeiten

Ziele Leitlinien »Interkulturelle Urbanität« Strategische Ziele

I	Interkulturelle Urbanität beruht auf Partnerschaft	2.1.1 / 2.1.2 / 2.1.3 / 2.1.6 / 2.3.2 / 2.3.3 / 2.8.4
II	Interkulturelle Urbanität ist die Grundlage für eine innovative und vielfältige Wirtschaftsstruktur	2.1.3 / 2.1.5 / 2.1.6 / 2.2.2 / 2.2.3 / 2.2.4 / 2.5.1 / 2.5.2
III	Interkulturelle Urbanität braucht Orte der Begegnung	2.1.4 / 2.1.6 / 2.3.2 / 2.3.3 / 2.3.4 / 2.3.6 / 2.5.5 / 2.7.2
IV	Interkulturelle Urbanität basiert auf einer breiten Bildung	2.1.3 / 2.1.4 / 2.1.5 / 2.1.6 / 2.2.1
V	Interkulturelle Urbanität zeichnet sich durch interkulturelle Kulturarbeit aus	2.1.6 / 2.2.3 / 2.5.4
VI	Interkulturelle Urbanität ist geprägt durch eine vielfältige Baukultur	2.1.1 / 2.1.2 / 2.1.6 / 2.3.9 / 2.7.1

6.1.4 Berücksichtigung des Querschnittsbelangs »Gleichstellung von Männern und Frauen«

Zuordnung der strategischen Ziele des Entwurfs der Strategie für Wohnen und Arbeiten zu den »Gleichstellungsbelangen in der Stadtplanung«, die auf Grundlage der Leitlinien »Duisburg2027: Stadt der Gleichberechtigung der Frauen! Gleichberechtigt leben, arbeiten und wohnen« (DS 09-1670) vom 16.11.2009 und des Gleichstellungsaktionsplans für Duisburg (DS 08-0559) vom 28.04.2008 erarbeitet wurden

Gleichstellungsbelange in der Stadtplanung Strategische Ziele

I	Siedlungsstruktur	2.1.6 / 2.3.1 / 2.3.2 / 2.3.3 / 2.3.4 / 2.3.9
II	Sicherheit im öffentlichen Raum	2.1.4 / 2.3.4 / 2.3.5 / 2.3.6 / 2.6.1 / 2.6.2 / 2.7.2
III	Mobilität	2.3.4 / 2.3.5 / 2.3.6
IV	Freiräume	2.3.4 / 2.6.1 / 2.6.3 / 2.7.2
V	Wohnen	2.1.1 / 2.1.2 / 2.1.4 / 2.3.2 / 2.3.9 / 2.6.2
VI	Umweltschutz und Sport	2.1.6 / 2.3.4 / 2.3.8 / 2.4.2 / 2.5.5 / 2.6.3
VII	Sozialleistungen	2.1.2 / 2.1.6
VIII	Arbeit und Bildung	2.1.3 / 2.1.5 / 2.1.6 / 2.2.1 / 2.2.2 / 2.2.3 / 2.2.4
IX	Geschlechterdifferenzierende Daten	
X	Beteiligung und Partizipation	2.3.2 / 2.8.4
XI	Repräsentanz	2.8.4

Übersicht: Leitlinien »Interkulturelle Urbanität«

Urbanität drückt sich aufgrund seiner baulichen und funktionalen Dichte sowie einer heterogenen Bevölkerungsstruktur durch vielschichtige Austauschbeziehungen unter den Menschen, Offenheit gegenüber dem Neuen und der Möglichkeit der freien Entfaltung unterschiedlicher Lebensstile aus. Interkulturelle, d. h. die zwischen den verschiedenen Kulturen

1. Interkulturelle Urbanität beruht auf Partnerschaft.

ERLÄUTERUNG Die im Prozess beteiligten Fachbereiche sind bedeutende Träger des Verwaltungshandelns der Stadt Duisburg; sie sind jedoch bei der Gestaltung der Leitlinien »Interkulturelle Urbanität« auf Partner angewiesen, die im Sinne der Einleitung die Bereitschaft zum gemeinsamen Arbeiten sehen. Partnerschaftlichkeit ist die grundlegende Voraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit im interkulturellen Dialog.

WAS BEDEUTET DAS FÜR DIE FACHKONZEPTE?

Die Fachbereiche sollen in ihren Fachkonzepten die Einbindung (Information, Kommunikation, Beteiligung) von möglichen Partnern (MSOs, Initiativen, Wohlfahrtsverbände, Einzelpersonen etc.) berücksichtigen.

BEISPIELE

für einen partnerschaftlichen Umgang, die im Rahmen der Dialog-Konferenz vorgeschlagen wurden: Sensibilisierung für ein gemeinsames Ziel, mehr Dialog, Offenheit für Kritik, mehr Mitspracherechte für alle Bürger, der Mensch im Mittelpunkt der Politik und Stadtplanung, zielgruppengerechte Kommunikation und Ansprache, Duisburg als Stadt der Möglichkeiten, Hilfestellung für Vereine und Migrantenselbstorganisationen bei Projekten.

2. Interkulturelle Urbanität ist die Grundlage für eine innovative und vielfältige Wirtschaftsstruktur.

ERLÄUTERUNG Kulturell geprägte Produkte und Dienstleistungen richten sich klassischerweise in einer durch Zuwanderung geprägten Gesellschaft zunächst an kulturell spezifisch ausgeprägte Zielgruppen auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene, werden aber auch von anderen, neuen Zielgruppen nachgefragt. Die Angebote wiederum richten sich an den spezifischen Wünschen der Nachfrageseite aus, d. h. sie bedienen auch die Nachfrage der neuen Zielgruppen und weiten dann ihre Angebote aus. Gleichzeitig richten sich interkulturelle Austauschbeziehungen insbesondere auf wirtschaftliche Aktivitäten; sie sind aufgrund ihrer sich gegenseitig befruchtenden Dynamik Ausgangspunkt für Innovationen. Neben »klassischen« Produkten und Angeboten im weitesten Sinne entstehen dadurch innovative, d. h. in ihrer Kombination oder Ausprägung neuartige Produkte und Dienstleistungen, die somit auch eine Grundlage für die Entstehung neuer Märkte bilden. Darüber hinaus ist Unternehmertum ein wesentliches Kennzeichen von interkulturell geprägten Gesellschaften und trägt somit wesentlich zu wirtschaftlicher Stabilität und Entwicklung auch auf kleinräumiger Ebene bei. Unternehmertum baut zusätzlich auf lokale, regionale und überregionale Netzwerke auf, die einen strukturellen Wettbewerbsvorteil erschließen. Diese wirtschaftlichen Aktivitäten sind die Basis für eine vielfältige und innovative Wirtschaftsstruktur, deren Bedeutung u. a. auch davon abhängt, dass sie als Potenzial anerkannt werden und in die strategischen Überlegungen mit einfließen.

WAS BEDEUTET DAS FÜR DIE FACHKONZEPTE?

Auf einer strategischen Ebene soll die Bedeutung der wirtschaftlichen Aktivitäten einer kulturell vielfältigen Duisburger Stadtgesellschaft für die Gesamtentwicklung der Stadt Duisburg deutlich werden. Die Fachbereiche sollen prüfen, mit welchen Zielen und Maßnahmen sie potenziell zur wirtschaftlichen Entwicklung im o. g. Sinne beitragen können. Das heißt, welche Potenziale und Impulse können strategisch aufgenommen und gefördert und später in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden, aus denen sich letztendlich ein wirtschaftlicher Effekt ableiten lässt.

BEISPIELE für Chancen und Impulse der interkulturellen Urbanität für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt wurden im Rahmen der Dialog-Konferenz nicht vorgeschlagen.

3. Interkulturelle Urbanität braucht Orte der Begegnung.

ERLÄUTERUNG Die Möglichkeit, in Kontakt und Austausch mit anderen Kulturen zu treten, findet vor allem im öffentlichen Raum, aber auch in (besonderen) Begegnungsstätten kultureller Initiativen und Vereine statt. Die Gestaltung des öffentlichen Raums, der sich als Ort der Begegnung eignet, soll die Kommunikation der Bewohner untereinander ermöglichen. Der motorisierte Verkehr ist dem Aufenthaltscharakter des jeweiligen öffentlichen Raums entsprechend zu gestalten. Öffentliche Plätze sollen funktional so gestaltet sein, dass sie sowohl attraktiv für alte und junge Menschen sind als auch Raum für die Alltagsnutzung wie Aufenthalt, Sport und Spiel sowie für Veranstaltung von Stadtteilsten und Märkten bieten. Wesentliche Akteure des interkulturellen Austauschs und Träger der Begegnungsstätten sind private Initiativen und die Menschen der Stadt Duisburg. Die Fachbereiche können Initiativen und Einzelpersonen bei ihrem Engagement für den interkulturellen Dialog unterstützen (Unterstützung bei der Suche nach Räumlichkeiten, Bereitstellung von Ressourcen). Die Gestaltung öffentlicher Räume ist Aufgabe der Stadt, die sie zusammen mit anderen Akteuren und Behörden wahrnimmt.

WAS BEDEUTET DAS FÜR DIE FACHKONZEPTE?

Die Fachbereiche sollen bei der Gestaltung von öffentlichen Räumen (Plätzen, Straßen, Freiflächen) darauf hinwirken, eine hohe Aufenthaltsqualität zu schaffen und zugleich verschiedene Nutzungen zu ermöglichen. Das Interesse von Anwohnern nach Mitgestaltung und die Übernahme von Verantwortung sollen berücksichtigt werden. Initiativen, die Begegnungen des interkulturellen Austauschs/ Dialogs fördern, sollen bei ihrem Engagement unterstützt werden.

BEISPIELE für Orte der Begegnung, die im Rahmen der Dialog-Konferenz vorgeschlagen wurden: Freizeit-/Sport-/Spiel- und Marktplätze als Treffpunkte, Aufenthaltsqualität von Plätzen (vielfältige Nutzungsmöglichkeiten, Ruhezonen, Spielmöglichkeiten, Markt, angepasster Verkehr, barrierefrei), Bürgerverantwortung für Plätze, Dialog-Zentren in jedem Stadtteil, »Haus der Kulturen/Interkulturelle Arbeit«, Alte Feuerwache und RheinPark in Hochfeld als erfolgreiche Beispiele, Sportanlagen mit Räumen für Vereine und Begegnung, Kooperation und Vernetzung zwischen Organisationen im Stadtteil, interkulturelle Feste, Straßenfeste.

stattfindenden Beziehungen gründen sich auf der Selbstverständlichkeit der kulturellen Vielfalt und dem gegenseitigen Respekt und der Akzeptanz der Kulturen und Lebensstile. Dies sind Eigenschaften der Stadt Duisburg, die sich in dem Ausdruck »Interkulturelle Urbanität« wiederfinden. In diesem Zusammenhang liegt es im Interesse aller in Duisburg lebenden Menschen, die Stadt gemeinsam zu gestalten, um die sich auf der Urbanität und Interkulturalität gründenden Potenziale für die zukünftige Entwicklung der Stadt Duisburg auszuschöpfen.

4. Die Chancen der interkulturellen Urbanität basieren auf einer breiten Bildung.

ERLÄUTERUNG Die Chancen, die aus der Bildung, d. h. der schulischen Bildung, beruflichen Aus- und Weiterbildung, verbesserter Sprachkompetenz sowie privaten/öffentlichen Fortbildungsangeboten, und dem interkulturellen Austausch erwachsen, erweitern einerseits die Möglichkeiten an der Teilhabe und sind andererseits die Basis einer ökonomisch »erfolgreichen« Stadtgesellschaft. Der Zugang zum gesellschaftlichen Leben wirkt stabilisierend auf das Zusammenleben. Bildung ist die Grundvoraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe und das Verständnis für andere Kulturen. Die ökonomischen Chancen, die sich aus dem Zusammentreffen verschiedener Kulturen ergeben, wachsen mit der Teilhabe vieler Menschen an Bildungsangeboten. Durch eine dermaßen angeregte ökonomische Entwicklung wird die Stadtgesellschaft ökonomisch langfristig nicht nur entlastet, sondern wirtschaftlichen Nutzen ziehen können.

WAS BEDEUTET DAS FÜR DIE FACHKONZEPTE?

Die Fachbereiche sollen das Thema Bildung, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der interkulturellen Urbanität, berücksichtigen. Dargestellt werden soll, wie die Fachkonzepte einen Beitrag zur verbesserten Bildung aller in Duisburg lebenden Menschen erbringen können.

BEISPIELE

für die Verbesserung der Bildungschancen, die im Rahmen der Dialog-Konferenz vorgeschlagen wurden: Erziehungs- und Bildungskompetenz wertschätzen und stärken (Eltern, Lehrer, Erzieher, Vernetzung der Träger), Sprachförderung, Hervorheben von Vorbildern, dezentrale Bildungsangebote.

5. Interkulturelle Urbanität zeichnet sich durch interkulturelle Kulturarbeit aus.

ERLÄUTERUNG Der Prozess der interkulturellen Kommunikation und der gegenseitigen Befruchtung der vielfältigen Kulturen ist die Grundlage für einen respektvollen und selbstverständlichen Umgang miteinander und für die Entwicklung einer interkulturellen Perspektive für die Stadtgesellschaft. Alle städtischen Einrichtungen sollen von diesen Potenzialen profitieren und sich für den Austausch und das Verständnis verschiedener Kulturen durch kulturelle Projekte und Veranstaltungen öffnen und diese fördern. Kulturarbeit ist hier im weitesten Sinn mit jedweder gestalterischen Aufgabe (Baukultur, Kommunikationskultur, Verwaltungskultur etc.) verbunden. In diesem Zusammenhang ist auch der Bereich der Kunst einzuordnen, der gerade durch Internationalität sowie Interkulturalität und insbesondere durch deren Mischung gekennzeichnet ist.

WAS BEDEUTET DAS FÜR DIE FACHKONZEPTE?

Die Fachbereiche sollen prüfen, welchen Beitrag sie direkt zur interkulturellen Kulturarbeit erbringen oder durch Verknüpfung ihrer fachspezifischen Aufgaben mit kulturellen Aspekten verbinden können.

BEISPIELE

für interkulturelle Kulturarbeit, die im Rahmen der Dialog-Konferenz vorgeschlagen wurden: Kulturprojekte, Informationen über andere Kulturen, Räume und Geld für kulturelle Institutionen, Haus der Kulturen, Kreativzentren, interkultureller Unterricht als verpflichtendes Schulfach (Kennenlernen verschiedener Kulturkreise), Duisburger Akzente gestalten Duisburger Bürger selbst, Stadttheater für interkulturelle Projekte nutzen, interkulturelle Feste, Straßenfeste, Duisburger Melez-Festival.

6. Interkulturelle Urbanität ist geprägt durch eine vielfältige Baukultur.

ERLÄUTERUNG Die Vielfältigkeit in Architektur, Städtebau und bei der Gestaltung von öffentlichen Plätzen/Räumen und Freiflächen belebt das Duisburger Stadtbild, spiegelt die kulturelle Vielfalt der Stadt Duisburg wider und bietet Identifikationsmöglichkeiten. Die am Projekt Duisburg2027 beteiligten Fachbereiche haben Einfluss auf die Gestaltung und Nutzung von Gebäuden, öffentlichen Räumen, Freiflächen und Infrastruktur.

WAS BEDEUTET DAS FÜR DIE FACHKONZEPTE?

Die Fachbereiche sollen darstellen, welchen Beitrag sie zur Förderung einer vielfältigen Baukultur erbringen können und wie sie verschiedene Gestaltungs- und Nutzungskonzepte unterstützen, um eine Bereicherung der Baukultur in Duisburg zu ermöglichen und Identifikationsmöglichkeiten zu schaffen.

BEISPIELE

für eine vielfältige Baukultur, die im Rahmen der Dialog-Konferenz vorgeschlagen wurden: Vielfältigkeit beim Hausbau unterstützen, Baustruktur soll Sozialstruktur widerspiegeln, Vielfalt in Einheit: Charakteristika der Stadtteile aufrechterhalten, stadtteilbezogene Identifikationspunkte, generationsübergreifendes Wohnen, mediterraner Lebensstil im öffentlichen Raum, Gemeinschaftsgärten, Rosengarten Gülhane Elise, Bundesgartenschau 2027, Stadtteilmarketing / Imageverbesserung.

Übersicht: Gleichstellungsbelange in der Stadtplanung

Grundlage aus: Gleichstellungs-Aktionsplan für Duisburg, Frauenforum »EU-Charta konkret«, Frauen und Stadtentwicklung, Heft 2, 10/2009 und »Duisburg2027: Stadt der Gleichberechtigung der Frauen! – Gleichberechtigt leben, arbeiten und wohnen«

1. Siedlungsstruktur

Gleichstellungs-Aktionsplan

SIEDLUNGSSTRUKTUR

Um die vielfältigen Anforderungen des Alltags zu bewältigen, ist die Erreichbarkeit von Wohnungen, Arbeitsstätten, Versorgungseinrichtungen, Freiräumen usw. von großer Bedeutung. Für Kinder, Jugendliche, ältere Menschen und einen großen Teil der Frauen sind der öffentliche Nahverkehr, das Fahrrad und die Fußwege bei den täglichen Wegen besonders wichtig.

UNTER DEM GESICHTSPUNKT DER SIEDLUNGSSTRUKTUR, ALSO DESSEN, WAS VORRANGIG IM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN FESTGELEGT WIRD, SIND DESHALB UNTER ANDEREM FOLGENDE FRAGEN VON BEDEUTUNG:

- Wurde eine räumliche Verteilung der verschiedenen Nutzungen innerhalb des Planungsgebiets festgelegt?
- Wurden bei der Planung räumliche und inhaltliche Bezüge zwischen Quartier, Stadtteil und der gesamten Stadt berücksichtigt?
- Ermöglicht eine angemessene Dichte, dass die soziale Infrastruktur ausgelastet ist und sich Nahverkehr und Einzelhandel wirtschaftlich tragen?

FUNKTIONSMISCHUNG UND KURZE WEGE

Für die Organisation des Alltags sind kurze Wege wichtig. Es kommt also darauf an, in den Stadtteilen eine Funktionsmischung zu erreichen.

VORAUSSETZUNGEN DAFÜR SIND U. A.:

- Nichtstörende Gewerbegebiete in Wohnbereiche integrieren, z. B. Dienstleistungen wie Handwerker, Friseur, kleine Büros
- Wohnungen in Kerngebieten (Innenstadt) sichern
- Eine vertikale Nutzungsmischung, d. h. innerhalb von Häusern für belebende Nutzungen in den Erdgeschoss-Bereichen sorgen (z. B. Einzelhandel, Dienstleistungen, Büros)
- Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Schulen, Spielplätze, Friedhöfe usw. in erreichbarer Nähe zu den Wohngebieten, Haltestellen und Einzelhandelsbetrieben
- Die gute Erreichbarkeit von Einkaufszentren auch zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem ÖPNV

2. Sicherheit im öffentlichen Raum

Gleichstellungs-Aktionsplan

Insbesondere ältere Menschen, Frauen und Mädchen machen ihr Ausgehverhalten oft von der Sicherheit abhängig. Ein Aspekt ist die Sicherheit durch soziale Kontrolle und Einsehbarkeit. Deshalb sollten Sichtbarrieren, etwa durch Hecken oder Mauern, vermieden werden. Für Fußgänger und Radfahrer sind die Hauptverbindungen nicht durch monostrukturierte Gebiete wie Grünanlagen oder Gewerbegebiete, die ab 17 Uhr ausgestorben sind, zu legen.

BEISPIELHAFT KRIERIEN FÜR DIE GEWÄHRLEISTUNG DER SICHERHEIT:

- Entstehen bei der Anordnung von Gebäuden »Angsträume« (z. B. Nischen und Vorsprünge)?
- Sind Orte und Plätze durch eine gewisse Dichte belebt und bieten sie eine soziale Kontrolle (Blickkontakte und Hörweite zu anderen Menschen)?
- Sind belebte Gebäudeteile zur Straße orientiert?
- Beeinträchtigen Bepflanzungen die Übersichtlichkeit und Einsehbarkeit?
- Werden Überführungen anstatt Unterführungen für Fußgänger und Radfahrer geschaffen?
- Sind die Zugänge zu Infrastruktureinrichtungen und deren Parkplätze gut ausgeleuchtet?
- Sind Grün- und Freiflächen mit direkten, sicheren und attraktiven Hauptwegen gestaltet, die nachts für eine gefahrlose Querung sorgen?

3. Mobilität

Gleichstellungs-Aktionsplan

Gerade Frauen haben eine Vielzahl von Wegen zu bewältigen, auch als Begleitung von Kindern, älteren und pflegebedürftigen Personen. Nach wie vor nutzen sie seltener als Männer ein Auto. Eine genderechte Planung berücksichtigt dies – und kommt auch Kindern, Jugendlichen und alten Menschen zugute, denn auch sie fahren seltener mit dem Auto. Deshalb sind zu wichtigen Einrichtungen (Schulen, Kindertagesstätten, Schwimmbäder, Bibliotheken usw.) und zu Erholungsflächen sichere, direkte und ansprechende Wegenetze für Fußgänger, Radfahrer und ÖPNV-Nutzer zu planen.

MÖGLICHE FRAGEN:

- Ist das Planungsgebiet mit dem ÖPNV gut erreichbar?
- Ist das Gebiet über attraktive Fuß- und Radwege gut an die Umgebung angebunden?
- Wie sind die Haltestellen mit Sitzgelegenheiten, Wetterschutz, Beleuchtung usw. ausgestattet?
- Sind Haltestellen in Ruf- und Sichtweite belebter Bereiche gelegen, wie sieht es in Abend- und Nachtstunden aus?
- Sind die Aufenthaltsqualitäten im Straßenraum gesichert (ausreichende Gehwegbreiten, Plätze und oberirdische Querungsmöglichkeiten, die barrierefrei sind; dies ist besonders wichtig für ältere und behinderte Menschen, aber auch für jemanden, der mit einem Kinderwagen unterwegs ist)?
- Werden bei kleinräumigen Verkehrserhebungen und -beobachtungen Daten geschlechtsspezifisch erhoben und ausgewertet?

4. Freiräume

Gleichstellungs-Aktionsplan

Freiräume, z. B. ein Park, müssen den unterschiedlichen Bedürfnissen der Menschen gerecht werden. Hierzu müssen die geschlechterspezifischen Anforderungen und Bedürfnisse an die Gestaltung der öffentlichen Freiräume zunächst ermittelt werden.

KRIERIEN:

- Kinderspiel- und Kommunikationsbereiche, dazu gehören z. B. Sitzgelegenheiten im Park
- Nutzungsneutrale bzw. multifunktionale Flächenangebote, z. B. eine Wiese, auf der unterschiedliche Menschen Verschiedenes machen können
- Besondere Nutzungsangebote für Mädchen
- Kleinkinderspielplätze in Sicht- bzw. Rufweite von Wohnungen
- Werden bei der Ausstattung auch Toilettenanlagen eingeplant und wurde an Wickeltische in Frauen- und Männertoiletten gedacht?
- Sind die Flächen zu Fuß und mit dem Fahrrad sicher zu erreichen?
- Werden ausreichend Flächen für spontane Kommunikation geschaffen?

Leitlinien »Duisburg2027: Stadt der Gleichberechtigung der Frauen«

Frauengerechte Stadtentwicklung in Duisburg schafft eine ausgewogene Funktionsmischung, eine geschlechtergerechte Infrastruktur in der City und in den Stadtteilen sowie eine »Stadt der kurzen Wege«.

BEREICH STADTSTRUKTUR:

Bei der Siedlungsstruktur gilt es, auf eine ausgewogene Funktionsmischung der Bereiche Wohnen, Dienstleistungen, Freizeit, Infrastruktur und Gewerbe zu achten. Dazu trägt die Ausweisung von allgemeinen Wohngebieten und Mischgebieten ebenso bei wie die Zulassung von Wohnnutzung auch in Kerngebieten. Nicht störendes Gewerbe ist zu integrieren, Flächen für den Gemeinbedarf sind festzusetzen. Nutzungsmischung oder Nutzungsdifferenzierung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Versorgungsarbeit. Dies trifft aufgrund der Rollenverteilung nach wie vor in erster Linie für mehr Frauen als Männer zu.

Um die vielfältigen Anforderungen des täglichen Lebens zu bewältigen, ist die Erreichbarkeit von entscheidender Bedeutung: Stichwort »Kurze Wege«. Dies gilt nicht nur für Frauen, sondern trifft vor allem auf in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen zu, die auf kurze Wege angewiesen sind, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.

Leitlinien »Duisburg2027: Stadt der Gleichberechtigung der Frauen«

Frauengerechte Stadtentwicklung in Duisburg sichert die Mobilität für alle.

Um die vielfältigen Anforderungen des täglichen Lebens zu bewältigen, ist die Erreichbarkeit von Wohngebieten, Arbeitsstätten, sozialer Infrastruktur, Versorgungseinrichtungen usw. von entscheidender Bedeutung. Dabei darf nicht nur der motorisierte Individualverkehr betrachtet werden, denn gerade für Kinder, Jugendliche, ältere Menschen und einen großen Teil der Frauen sind der öffentliche Nahverkehr, das Fahrrad und die Fußwege bei täglichen Wegen und Wegeketten wichtig.

Leitlinien »Duisburg2027: Stadt der Gleichberechtigung der Frauen«

Frauengerechte Stadtentwicklung in Duisburg schafft eine Vielfalt an Freiräumen.

Für die öffentlichen Grünflächen, Sport- und Spielplätze ist eine Nutzungsvielfalt anzustreben, die den unterschiedlichen Nutzerinteressen von Frauen und Männern aller Generationen Rechnung tragen. Außenräume von Wohnungen sollen im Hinblick auf ihren Gebrauchswert gestaltet werden, sodass diese Freiflächen sowohl der Versorgungsarbeit im Haushalt als auch der kurzzeitigen Erholung und der Kommunikation dienen.

Übersicht: Gleichstellungsbelange in der Stadtplanung

Grundlage aus: Gleichstellungs-Aktionsplan für Duisburg, Frauenforum »EU-Charta konkret«, Frauen und Stadtentwicklung, Heft 2, 10/2009 und »Duisburg2027: Stadt der Gleichberechtigung der Frauen! – Gleichberechtigt leben, arbeiten und wohnen«

5. Wohnen

Gleichstellungs-Aktionsplan

Die Planungen im Bereich »Wohnen« betreffen die Gestaltung von ganzen Wohngebieten ebenso wie die von einzelnen Häusern. Eine Mischung der Wohnungsgrößen und Mietpreise ermöglicht bei veränderten Lebenssituationen (z. B. Geburt von Kindern, Erwerbslosigkeit oder Übergang in die Rente) einen Verbleib im gewohnten Umfeld.

KRITERIEN:

- Mischung unterschiedlicher Wohnungsgrößen und Wohnformen sowie unterschiedlicher Eigentumsformen, um eine Mischung der Bewohnerschaft zu erreichen
- Integration zielgruppenspezifischer Wohnungsangebote, z. B. für Familien, Alleinwohnende, Senioren oder beispielsweise auch für Frauen ein Beginenhof
- Bereitstellung von Gemeinschaftsräumen und Flächen für Gemeinschaftsanlagen, z. B. um Kinderwagen oder Fahrräder abzustellen; Kommunikationsmöglichkeiten für die Bewohner

6. Umweltschutz und Sport

Leitlinien »Duisburg2027: Stadt der Gleichberechtigung der Frauen«

Fraugerechte Stadtentwicklung in Duisburg optimiert die gesundheitliche Situation durch Geschlechtergerechtigkeit in Umweltschutz und Sportentwicklung.

Umweltschutz und Sport sind wesentliche Bestandteile für eine gute gesundheitliche Lebenssituation. Da Nachhaltigkeitspolitik – hier bezogen auf die Bereiche Umwelt, Gesundheit und Sport – nicht geschlechtsneutral ist, trägt die Stadt Duisburg dafür Sorge, dass die Belange von Frauen und Männern gleichberechtigt zur Geltung kommen – dies gilt für die Ebenen der Konzeptentwicklung ebenso wie für den Bereich der Partizipation. Die Sportentwicklungsplanung berücksichtigt grundsätzlich auch die Belange von Frauen und das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Konzeptentwicklung. Basis dafür sind die Ergebnisse des Workshops »Potenziale nutzen – Sportentwicklung aus der Geschlechterperspektive« und die Sportförderrichtlinie der Stadt Duisburg. Das Thema »Gesundheit« ist im Rahmen des Fachbeitrags »Konzept zur Gesundheitsprävention im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans« eingeflossen. Betroffen sind alle Bereiche, d. h. der Breitensport, der Spitzensport sowie der Sportstättenbau.

7. Sozialeleistungen

Leitlinien »Duisburg2027: Stadt der Gleichberechtigung der Frauen«

Fraugerechte Stadtentwicklung in Duisburg führt zu einer geschlechtergerechten bzw. geschlechtersensibleren Teilhabe an Sozialeleistungen aller Art.

Mit dem Sozialbericht steht der Verwaltung eine umfangreiche Datenbasis zur Verfügung, die vielfachen Handlungsbedarf zum Bereich geschlechtsspezifischer Benachteiligungen aufzeigt. Auf dieser Grundlage ist unter dem Gesichtspunkt der Frauenförderung und des »Gender Mainstreaming« ein konzeptioneller Ansatz zu entwickeln, der auf allen Ebenen auf die Beseitigung von bestehenden Benachteiligungen bzw. Ungleichheiten im Hinblick auf soziale Leistungen hinwirkt.

8. Arbeit und Bildung

Leitlinien »Duisburg2027: Stadt der Gleichberechtigung der Frauen«

Fraugerechte Stadtentwicklung in Duisburg ermöglicht eine gleichberechtigte Partizipation der Frauen am Arbeitsmarkt und der Mädchen am Bildungs- und Ausbildungsbereich.

Im Arbeitsmarktbereich einschließlich der Wirtschaftsförderung ist die Gleichberechtigung der Frauen in Richtung Frauen- und Familienfreundlichkeit dringend zu forcieren:

1. Im Interesse der Frauen als Einwohner Duisburgs
2. Unter der Perspektive, dass Frauen und Familienfreundlichkeit inzwischen als ein wichtiger Standortfaktor zu werten sind

9. Arbeit und Bildung

Gleichstellungs-Aktionsplan

Jede gute Planung bedarf einer Analyse von Bevölkerungsstruktur, Haushaltsgrößen, Arbeitsstätten, Verkehrsaufkommen usw., unabhängig davon, ob für die Gesamtstadt, einen Stadtteil oder ein Teilgebiet geplant wird. Zum Teil kann auf amtliche Statistiken zurückgegriffen werden, zum Teil sind Sondererhebungen notwendig. Es soll unbedingt das Geschlecht miterhoben werden, und die Auswertung soll Differenzen oder Gemeinsamkeiten zwischen Frauen und Männern verdeutlichen.

MÖGLICHE FRAGEN:

- Wer ist von der Planung betroffen [differenziert nach Geschlecht, Alter, Ethnie, sozialer Stellung]?
- Sind in die Analyse geschlechterdifferenzierende Daten eingeflossen?
- Sind Unterschiede zwischen den Geschlechtern zu erkennen, z. B. in der Nutzung von Straßen oder Grünflächen?
- Welche Angebote, Einrichtungen oder Gebäude werden von wem genutzt?

10. Beteiligung und Partizipation

Gleichstellungs-Aktionsplan

Bei Planungen sollen möglichst alle betroffenen Bevölkerungsgruppen beteiligt sein, mit einer guten Mischung von Alter, Geschlecht, Nationalität und sozialer Stellung. Hilfreich sind unterschiedliche Arten der Beteiligung, z. B. öffentliche Begehungen, aktivierende Formen wie Workshops, Informationsveranstaltungen oder Anhörungen. Wie und wohin eingeladen wird, entscheidet oft mit darüber, wie viele und welche Personen tatsächlich am Prozess mitwirken.

WICHTIGE FRAGEN FÜR DIE PRÜFUNG SIND U. A.:

- Können alle von der Planung betroffenen Bevölkerungsgruppen, insbesondere auch Frauen, erreicht werden?
- Können sich diese Gruppen artikulieren? Ist an eine Übersetzung oder einen Dolmetscher gedacht?
- Wie kann gewährleistet werden, dass auch Frauen mit Zuwanderungsgeschichte beteiligt werden?
- Werden Orte für Veranstaltungen gewählt, die den eingeladenen Menschen bekannt, vertraut und für sie gut erreichbar sind? Ist eine Kinderbetreuung nötig?

11. Repräsentanz

Gleichstellungs-Aktionsplan

Frauen und Männer sollen gleichermaßen in den zuständigen Gremien vertreten sein. Auch bei der Vergabe von externen Aufträgen kann die Geschlechterverteilung berücksichtigt werden.

MÖGLICHE KRITERIEN:

- Mit welchen Anteilen sind Frauen und Männer in den politischen Gremien vertreten?
- Wie sieht das Verhältnis Frauen/Männer in Projektteams und Entscheidungsgremien aus?
- Sind bei Wettbewerben Frauen gleichermaßen in der Jury vertreten?

6.2 Begriffsdefinitionen / Erläuterungen

Aging-Index

Der »Aging-Index« spiegelt das quantitative Verhältnis der jüngeren Einwohner im Alter von unter 18 Jahren zur älteren Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter wider. Der Wert von 118 besagt zum Beispiel, dass auf 100 junge Menschen 118 Senioren kommen. Auf diese Weise lassen sich »junge« und »alte« Ortsteile identifizieren.

Design für Alle

Mit einem »Design für Alle« soll das Prinzip der Barrierefreiheit möglichst durchgängig verankert werden. Damit wird der Anspruch vertreten, möglichst allen Menschen in Duisburg in ihrer Verschiedenartigkeit durch eine entsprechende Umgestaltung des Wohnbereiches und des Wohnumfeldes die Teilhabe zu ermöglichen. Beim »Design für Alle« geht es darum, die gebaute Umwelt, Produkte und Dienstleistungen so zu gestalten, dass sie sicher, gesund, funktional, leicht verständlich und ästhetisch sowohl anspruchsvoll als auch nachhaltig sind. Mit dem Gestaltungsprozess sollen die menschliche Vielfalt berücksichtigt und diskriminierende Auswirkungen vermieden werden. Auf Sonderlösungen soll dabei so weit wie möglich verzichtet werden.

Familienzentren

Die Familienzentren sind eine konsequente Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen zu Modellen frühkindlicher Förderung und Unterstützung der Familie als Ganzes. Sie gewährleisten eine engmaschige kommunale Infrastruktur der Bildung, Betreuung und Beratung, die allen Familien zugutekommt, insbesondere sozial benachteiligten und bildungsferneren Schichten.

Gebietsentwicklungsplan

Der Gebietsentwicklungsplan legt die regionalen Ziele der Raumordnung und Landesplanung für die Entwicklung des Regierungsbezirks Düsseldorf und für alle raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen im Plangebiet fest. Grundlage hierzu sind das Landesentwicklungsprogramm und die Landesentwicklungspläne. Der Gebietsentwicklungsplan bildet die Grundlage für die Anpassung der Bauleitpläne der Gemeinden an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung.

Hauptzentrum

Bei der Abgrenzung des Hauptzentrums wird die Konzentration gesamtstädtisch und überörtlich bedeutender Funktionen ebenso berücksichtigt wie die Dichte des bestehenden Handelsbesatzes oder städtebauliche Eigenschaften. Da das Hauptzentrum zu den zentralen Versorgungsbereichen zählt, ist es ein Schutzgut im Sinne des Städtebaurechts. Das Hauptzentrum ist je nach örtlicher Ausprägung nicht notwendigerweise deckungsgleich mit dem historischen oder statistischen Zentrum. Ein Hauptzentrum versorgt die Bevölkerung der Stadt hauptsächlich mit Gütern des mittel- und langfristigen Bedarfs und hat je nach Ausstattung und Attraktivität auch ein Einzugsgebiet bis weit über die Stadtgrenzen hinaus.

Haushalt

Als Privathaushalt gilt jede Gesamtheit von Personen, die zusammen wohnen und wirtschaften, die in der Regel ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren bzw. die Ausgaben für den Haushalt teilen. Zu einem Privathaushalt gehören auch die vorübergehend abwesenden Personen, z. B. Berufspendler, Studierende, Auszubildende, Personen im Krankenhaus, Urlaub, Wehr- und Zivildienst. Entscheidend ist, dass die Abwesenheit nur vorübergehend ist und die Person normalerweise im Haushalt wohnt und lebt, also mit ihrem ersten Wohnsitz an der Adresse des Haushalts gemeldet ist. Personen, die in einem Haushalt nur für sich selbst wirtschaften (Alleinlebende, Wohngemeinschaften ohne gemeinsame Haushaltsführung), gelten als eigenständige Privathaushalte. Untermieter, Gäste oder Hausangestellte gehören nicht zum Haushalt.

Innen- und Außenentwicklung

Innenentwicklung bezeichnet im Sinne des Baugesetzbuchs die Strategie, den zukünftigen Flächenbedarf durch die Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und die Nutzung von innerörtlicher, bereits erschlossenen Flächen zu decken und auf die Ausweisung von Flächen auf der »Grünen Wiese« (Außenentwicklung) weitgehend zu verzichten.

Jugendhilfe und Jugendhilfeplanung

Die Aufgaben der Jugendhilfe umfassen:

- Förderung der individuellen und sozialen Entwicklung junger Menschen
- Beratung und Unterstützung von Eltern und anderen Erziehungsberechtigten bei der Erziehung
- Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefahren für ihr Wohl
- Schaffung positiver Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre eigenen Familien
- Schaffung und Erhaltung einer kinder- und familienfreundlichen Umwelt

Leistungen der Jugendhilfe werden von Trägern der freien Jugendhilfe und von Trägern der öffentlichen Jugendhilfe erbracht. Die Aufgaben werden von Kindertageseinrichtungen, Kinder-, Jugend- und Familienzentren, Erziehungsberatungsstellen, Familienbildungsstätten und Heimen, aber auch in den vielfältigen Beratungs- und Hilfeinrichtungen des Jugendamtes und der freien Träger erfüllt. Zu den freien Trägern zählen u. a. Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege oder die katholische und die evangelische Kirche. Die Jugendhilfeplanung ist das zentrale Steuerungselement des Kinder- und Jugendhilfegesetzes zur Umsetzung einer bedarfsgerechten und effektiven Jugendhilfe.

Kaufkraftkennziffer

Die Kaufkraftkennziffer gibt Auskunft über die regionale Verteilung der Kaufkraft. Sie gibt an, wie viel Promille der gesamten Kaufkraft in Deutschland auf die betrachtete geografische Einheit entfällt. Errechnet wird sie durch Multiplikation des Bevölkerungsanteils des Gebiets an der Gesamtbevölkerung mit einem Kaufkraftfaktor, der nur aus Nettoeinkommen der im Gebiet ansässigen Bevölkerung besteht. Sie gibt die Höhe des durchschnittlichen Nettoeinkommens im Vergleich zum Bundesdurchschnitt an.

Konfliktlage

Als Konfliktlagen oder auch Gemengelagen werden generell Gebiete mit sich gegenseitig erheblich behindernden bzw. störenden Nutzungen beschrieben. Derartige Nutzungskonflikte resultieren vornehmlich aus dem engen räumlichen Nebeneinander gewerblich-industriell oder verkehrlich genutzter Flächen einerseits und schutzbedürftiger Nutzungen, z. B. Wohnbebauung, andererseits.

Konzern Duisburg

Der Konzern Stadt Duisburg umfasst neben der Kernverwaltung insgesamt 32 städtische Gesellschaften bzw. Beteiligungen. Dazu zählen alle Gesellschaften, mit denen die Stadt über eine Kapitalbeteiligung von mehr als 20 % verbunden ist, sowie eigenbetriebsähnliche Einrichtungen.

Leipzig Charta

Die »Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt« ist ein Dokument der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, das unter umfassender und transparenter Beteiligung der europäischen Interessenvertreter erarbeitet wurde. In Kenntnis der Herausforderungen und Chancen sowie der verschiedenen historischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Hintergründe der europäischen Städte haben sich die für Stadtentwicklung zuständigen Minister der Mitgliedstaaten auf gemeinsame Grundsätze und Strategien für die Stadtentwicklungspolitik geeinigt.

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Der Begriff »Menschen mit Zuwanderungsgeschichte« umfasst in Duisburg die Bevölkerungsanteile der Ausländer, der deutschen Einwohner mit einer zweiten Staatsangehörigkeit, der eingebürgerten Menschen und der deutschen Minderjährigen mit mindestens einem ausländischen Elternteil. Der Begriff ersetzt den bislang verwendeten Terminus »Menschen mit Migrationshintergrund«. Aus Praktikabilitätsgründen muss jedoch auf weitergehende Differenzierungen und die vollständige Erfassung von Migranten der zweiten und dritten Generation verzichtet werden. Bei Vergleichen der Daten zur Zuwanderungsgeschichte mit anderen Städten oder Bundesländern ist grundsätzlich Vorsicht geboten, weil die Definitionen oft nicht übereinstimmen.

Nahversorgungszentrum

Ein Nahversorgungszentrum besteht aus überwiegend nahversorgungsrelevanten Einzelhandelsbetrieben und aus ergänzenden Dienstleistungsbetrieben. Das Nahversorgungszentrum übernimmt die wohnortnahe Grundversorgung der Bevölkerung. Auch städtebauliche Kriterien wie bauliche Dichte oder Gestaltung sind für die Definition eines Nahversorgungszentrums relevant. Durch die Festlegung eines zentralen Versorgungsbereichs mit der Funktion eines Nahversorgungszentrums werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel in diesem Bereich geschaffen.

Nebenzentrum

Ein Nebenzentrum verfügt ähnlich wie ein Hauptzentrum über einen hohen Besatz an Einzelhandelsbetrieben, über weitere Zentrenfunktionen sowie über städtebauliche Zentrenmerkmale. Hinsichtlich der Nutzungsdichte, der städtebaulichen Ausprägung und der Lage im Stadtgebiet bzw. der Verkehrsanbindungen ist das Nebenzentrum gegenüber dem Hauptzentrum allerdings als nachgeordnet zu bewerten. Ein Nebenzentrum versorgt die Bevölkerung umliegender Ortsteile oder ganzer Bezirke mit Gütern des kurz- und mittelfristigen, aber auch des langfristigen Bedarfs. Es bietet Ansiedlungsflächen für großflächige Einzelhandelsbetriebe mit zentrenrelevanten Sortimenten wie Bekleidung, Schmuck o. Ä., allerdings in einem geringeren Umfang als ein Hauptzentrum.

SGB II

Das Zweite Buch Sozialgesetzbuch regelt die Grundsicherung für Arbeitsuchende in Deutschland. Das SGB II ist seit dem 1. Januar 2005 in Kraft und bildet den wesentlichen Teil des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, das im allgemeinen Sprachgebrauch als »Hartz-IV-Gesetz« bezeichnet wird. Es regelt die Förderung (einschließlich finanzieller Förderung) von erwerbsfähigen Personen zwischen 15 und 65 Jahren sowie deren Angehöriger, soweit diese ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können.

SGB III

Das Dritte Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) umfasst sämtliche Leistungen und Maßnahmen zur Arbeitsförderung. Es ist damit die Grundlage für die Arbeit der Bundesagentur für Arbeit und der Arbeitsagenturen. Das SGB III enthält zudem Regelungen zur Arbeitslosenversicherung. Die Leistungen werden dabei in die drei großen Bereiche »Leistungen an Arbeitnehmer«, »Leistungen an Arbeitgeber« sowie »Leistungen an Träger« unterteilt.

SGB XII

Das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch (auch SGB XII, Sozialgesetzbuch XII) enthält die Vorschriften für die Sozialhilfe in Deutschland. Das SGB XII umfasst folgende Hilfen:

- Hilfe zum Lebensunterhalt
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
- Hilfen zur Gesundheit
- Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
- Hilfe zur Pflege
- Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten
- Hilfe in anderen Lebenslagen

Die Leistungen des SGB XII übernehmen im System der sozialen Sicherheit die Funktion einer Mindestsicherung und bilden damit das unterste Auffangnetz.

Siedlungskern

Unter einem Siedlungskern wird der zentrale Bereich und die städtebauliche Mitte eines Siedlungsgefüges verstanden. Siedlungskerne stellen die historische und geografische Lage des Zentrums im Bezug zum umgebenden Siedlungsgefüge dar. Funktional konzentrieren sie je nach ihrer Größe und Bedeutung Einzelhandel und Gastronomie, Verwaltungen und Banken wie auch religiöse, soziale und kulturelle Einrichtungen. In ihrer Ausprägung reichen Siedlungskerne von Quartiersplätzen bis hin zum Innenstadtzentrum.

Quellenverzeichnis

Stadtgesellschaft

Gesamtheit der in einer Stadt lebenden und wirkenden Akteure. Die in Duisburg lebenden Menschen bilden einen wichtigen Teil der Stadtgesellschaft ebenso wie lokale Akteure, z. B. Unternehmen und die Vielzahl der sozialen, religiösen, umweltbezogenen, kulturellen oder sportlichen Interessengemeinschaften in Form von Vereinen, Verbänden o. Ä.

Zäsur

Als Zäsur ist im Allgemeinen eine Barriere oder ein Hindernis zu verstehen, das zwei räumliche Bereiche voneinander trennt. Die Zäsur kann dabei eher bandförmige Ausprägungen wie bei Straßen, Schienenwegen oder Flüssen aufweisen oder flächige Ausmaße haben, wie bei großen Industrieflächen, Hafenablenen oder Abbaubereichen. Die Überwindung von Zäsuren ist für Menschen und Tiere mit mehr oder weniger Aufwand verbunden, teilweise aber auch unmöglich.

Zentraler Versorgungsbereich

Zentrale Versorgungsbereiche sind räumlich abgrenzbare Bereiche innerhalb des Stadtgebietes, die je nach vorhandener Einzelhandelsausstattung und ergänzender Dienstleistungs-, Verwaltungs- oder Gastronomieangebote eine bestimmte Versorgungsfunktion für die sie umgebenden Stadtgebiete übernehmen. Unterschieden werden sie in Nahversorgungszentrum, Nebenzentrum und Hauptzentrum, basierend auf der Einzelhandelsausstattung und der Größe des zu versorgenden Stadtgebietes. Der Begriff ist gleichbedeutend mit dem Schutzgut »Zentraler Versorgungsbereich« nach § 34 Abs. 3 BauGB und § 11 Abs. 3 BauNVO und damit gesetzlich begründeter Gegenstand der Bauleitplanung. Die Festsetzung der zentralen Versorgungsbereiche ermöglicht die gesamtstädtische Steuerung der Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsbetriebe mit einer Verkaufsfläche von mehr als 800 m².

Fachkonzepte und Fachbeiträge im Rahmen des Projekts Duisburg2027

- Stadt Duisburg, Amt für Soziales und Wohnen und Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement/GISS – Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e.V.: Sozialbericht 2010 Stadt Duisburg. Schwerpunktthema Wohnen: Handlungskonzept »WohnVision Duisburg«. Duisburg/Bremen 2010 (Fachkonzept Wohnen)
- Stadt Duisburg, Stadtentwicklungsdezernat: Fachkonzept Wirtschaft. Duisburg 2010
- Stadt Duisburg, Bildungsholding: Fachkonzept Bildung. Duisburg 2010
- Stadt Duisburg, Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement: Fachkonzept Stadtstruktur-Städtebau. Duisburg 2010
- Stadt Duisburg, Amt für Umwelt und Grün/grünplan – Büro für Landschaftsplanung: Grünordnungs- und Freiraumentwicklungskonzept Duisburg. Band I: Modell und Leitbild »Ein Netzwerk in GRÜN und blau«. Duisburg/Dortmund 2009
- Stadt Duisburg, Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement/Stadt + Handel – Dipl.-Ing.e Beckmann und Föhrer GbR: Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Duisburg. Duisburg/Dortmund 2010
- Stadt Duisburg, Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement/orange edge. Stadtplanung und Stadtforschung: Mobilitätsstrategie Duisburg2027. Duisburg/Gelsenkirchen 2010
- Stadt Duisburg, Amt für Umwelt und Grün, Amt für Wasser- und Kreislaufwirtschaft, Referat für strategische Umweltkoordinierung: Fachkonzept Umwelt. Duisburg 2010
- Stadt Duisburg, Gesundheitsamt und Amt für Umwelt und Grün: Konzept zur Gesundheitsprävention im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans. Duisburg 2010
- Stadt Duisburg, Jugendamt: Fachkonzept Soziales. Teil I: Teilplan Kinder und Jugend Duisburg2027. Kinder und Jugendliche in Duisburg als Adressaten der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe. Duisburg 2010
- Stadt Duisburg, Amt für Soziales und Wohnen: Fachkonzept Soziales. Teil II. Duisburg 2010
- Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Sportwissenschaft und Sport: Sportentwicklungsplan der Stadt Duisburg. Erlangen 2010
- Stadt Duisburg, Kulturbetriebe Duisburg: Fachbeitrag Kultur. Duisburg 2010
- Stadtwerke Duisburg AG: Fachkonzept technische Ver- und Entsorgung. Teil I: Wasser, Gas, Strom, Fernwärme. Duisburg 2009
- Stadt Duisburg, Amt für Kreislauf- und Wasserwirtschaft: Fachkonzept technische Ver- und Entsorgung. Teil II: Stadtentwässerung und Teil III: Abfall, Stadtreinigung, Winterdienst. Duisburg 2009
- Stadt Duisburg, Stadtkämmerei: Fachbeitrag Finanzen. Duisburg 2010

Literatur

- Eichener, Volker, Prof. Dr., EBZ Business School i.G., InWIS – Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung: Wohntrends 2020 – Perspektiven für die Wohnungswirtschaft. Berlin 2008
- empirica – Qualitative Marktforschung, Stadt- und Strukturforschung GmbH: Wandermotivuntersuchung 2009 und Strategien zur Beeinflussung der Stadt-Umland-Wanderung in Duisburg. Bonn 2010
- Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt. Auf dem informellen Ministertreffen zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt am 24./25. Mai 2007 in Leipzig im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft verabschiedetes Dokument.
- Mičić, Pero, Dr.; Däneke, Enno: Dokumentation Duisburg2027. Eltville 2009
- Mičić, Pero, Dr.: Die fünf Zukunftsbrillen, Chancen früher erkennen durch besseres Zukunftsmanagement. Offenbach: GABAL Verlag GmbH 2007
- Mičić, Pero, Dr.: 30 Minuten für Zukunftsforschung und Zukunftsmanagement (3. Auflage). Offenbach: GABAL Verlag GmbH 2005
- Ministerium für Schule und Weiterbildung und Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Pressebericht vom 16.11.2009 »Endergebnis der Sprachstandsfeststellung 2009«
- Regionalverband Ruhr: Vorschlag Städtekontrakt Kulturmetropole Ruhr. Essen 2009
- STADTart Planungs- und Beratungsbüro Kultur – Freizeit – Sport: Ergebnisbericht der Moderation im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts »Projekt Duisburg2027«: Erarbeitung von Grundlagen für das »Fachkonzept Kultur«. Dortmund 2009
- Stadt Duisburg, Amt für Soziales und Wohnen: Pflegeplan 2009. Marktbeobachtung der teil- und vollstationären Pflege in Duisburg. Berichterstattung zur Senioren- und Pflegeplanung. Duisburg 2009
- Stadt Duisburg, Amt für Soziales und Wohnen: Wohnbericht 2009 Stadt Duisburg. Duisburg 2009
- Stadt Duisburg, Amt für Soziales und Wohnen/GISS – Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e.V.: Sozialbericht 2008. Duisburg/Bremen 2008
- Stadt Duisburg, Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten: Haushaltsgenerierung und Prognose der wohnberechtigten Bevölkerung. Duisburg 2009
- Stadt Duisburg, Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten: Die Bevölkerungsentwicklung in Duisburg bis 2027. Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung 2008. Duisburg 2008
- Stadt Duisburg, Bildungsholding: Bildungsmangel – ein Duisburger Standortnachteil? Eine arbeitsmarktpolitische Studie. Eva Kaewnetara, Hans Uske. Duisburg 2005
- Stadt Duisburg, Dezernat für Organisation und Personal, Bildung und Kultur: Die Neue Stadt – auf dem Weg zur Kulturstadt Duisburg. Duisburg 2000
- Stadt Duisburg, Kulturbetriebe Duisburg: Leit- und Kernziele des Fachbereichs Kultur für den Flächennutzungsplan. Duisburg 2008
- Stadt Duisburg, Referat für Gleichstellung- und Frauenbelange: Reihe »Gleichstellungs-Aktionsplan für Duisburg«. Heft 1: Dokumentation des Frauenforums »EU-Charta konkret. Gleichstellungs-Aktionsplan für Duisburg in den Bereichen Umwelt und Stadtplanung« und Heft 2: Frauen und Stadtentwicklung. Kriterien für eine frauengerechte Stadtentwicklung - kurz und bündig. Duisburg 2009
- Stadt Duisburg, Schulamt für die Stadt Duisburg: Schulentwicklungsplan Duisburg 2007–2011. Duisburg 2006
- Stadt Duisburg, Stabsstelle Beteiligungen: Beteiligungsbericht der Stadt Duisburg

- 2009. Duisburg 2009
- Städteregion Ruhr: Wohnen in der Städteregion Ruhr, Erster Regionaler Wohnungsmarktbericht. Dortmund 2009
- Universität Duisburg-Essen, Rektorat der Universität Duisburg-Essen: Hochschulentwicklungsplan 2009–2014 Universität Duisburg-Essen. Duisburg/Essen 2009

Ratsvorlagen

- Drucksache-Nr. 06-1595: Stadt Duisburg, Der Oberbürgermeister: Beschlussvorlage »Nachhaltige Stadtentwicklung in Duisburg, Masterpläne/Teilaumentwicklungspläne/Neuer Flächennutzungsplan« vom 18.05.2007
- Drucksache-Nr. 06-1597: Stadt Duisburg, Der Oberbürgermeister: Beschlussvorlage »Neuaufstellung des Flächennutzungsplans (FNP) der Stadt Duisburg für das gesamte Stadtgebiet« vom 18.05.2007
- Drucksache-Nr. 08-0559: Stadt Duisburg, Der Oberbürgermeister: Beschlussvorlage »Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene«; hier: Unterzeichnung durch die Stadt Duisburg vom 19.03.2008
- Drucksache-Nr. 08-0559/1: Stadt Duisburg, Der Oberbürgermeister: Mitteilungsvorlage »Gleichstellungs-Aktionsplan für Duisburg auf der Basis der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene« vom 24.07.2009
- Drucksache-Nr. 08-1670: Stadt Duisburg, Der Oberbürgermeister: Beschlussvorlage »Ziele der Stadt Duisburg / Duisburg – heute und morgen« vom 08.09.2008
- Drucksache-Nr. 09-1668: Stadt Duisburg, Der Oberbürgermeister: Beschlussvorlage »Projekt Duisburg2027 – Berücksichtigung der Leitlinien ›Interkulturelle Urbanität« im Rahmen der Erarbeitung einer nachhaltigen Stadtentwicklungsstrategie und der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans« vom 02.11.2009
- Drucksache-Nr. 09-1670: Stadt Duisburg, Der Oberbürgermeister: Beschlussvorlage »Projekt Duisburg2027 – Berücksichtigung der Leitlinien ›Duisburg2027: Stadt der Gleichberechtigung der Frauen! Gleichberechtigt leben, arbeiten und wohnen« im Rahmen der Erarbeitung einer nachhaltigen Stadtentwicklungsstrategie und der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans« vom 02.11.2009
- Drucksache-Nr. 10-1635: Stadt Duisburg, Der Oberbürgermeister: Mitteilungsvorlage »Projekt Duisburg2027 Fachkonzept Verkehr – Mobilitätsstrategie Duisburg2027« vom 09.09.2010
- Drucksache-Nr. 10-1860: Stadt Duisburg, Der Oberbürgermeister: Mitteilungsvorlage »Duisburg2027 – Querschnittsziel ›Europäische Integration«« vom 09.11.2010

Internetquellen

- <http://www.destatis.de/> (10.02.2011); Statistisches Bundesamt
- <http://www.essen.de> (10.02.2011); Jugendhilfeplanung des Öffentlichen Trägers,
- http://www.essen.de/Deutsch/Rathaus/Aemter/Ordner_51/Jugendhilfeplanung.asp
- <http://www.it.nrw.de> (18.12.2009); IT.NRW; Landesdatenbank: Kommunalprofil Essen, kreisfreie Stadt; <http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/105113.pdf>
- <http://www.it.nrw.de> (18.12.2009); IT.NRW; Landesdatenbank: Kommunalprofil Dortmund, kreisfreie Stadt; <http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/105913.pdf>
- <http://www.it.nrw.de> (18.12.2009); IT.NRW; Landesdatenbank: Kommunalprofil Düsseldorf, kreisfreie Stadt; <http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/105111.pdf>
- <http://www.it.nrw.de> (18.12.2009); IT.NRW; Landesdatenbank: Kommunalprofil Duisburg, kreisfreie Stadt; <http://www.lids.nrw.de/kommunalprofil/105112.pdf>
- <http://www.umweltlexikon-online.de> (10.02.2011); Umweltlexikon online
- <http://www.wegweiser-kommune.de> (17.09.2010); Bertelsmann Stiftung: Wegweiser Kommune – Daten und Prognosen

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

- **Abbildung:** Projektphasen Duisburg2027. *Quelle: Stadt Duisburg* **7**
- **Abbildung:** Duisburg in der Region. *Quelle: Stadt Duisburg/orange edge* **75**
- **Abbildung:** Bevölkerungsentwicklung bis 2008 und Bevölkerungsprognose bis 2027. *Quelle: Stadt Duisburg/IT.NRW* **78**
- **Abbildung:** Bevölkerungssalden 1999 bis 2009. *Quelle: Stadt Duisburg* **79**
- **Abbildung:** Bevölkerungsentwicklung und -prognose auf Stadtbezirksebene. *Quelle: Stadt Duisburg* **79**
- **Abbildung:** Prognostizierte Bevölkerungsveränderung 2008 bis 2027 auf Ortsteilebene. *Quelle: Stadt Duisburg/GISS* **80**
- **Abbildung:** Prognostizierte Veränderung der Altersgruppen auf Ortsteilebene 2008 bis 2027. *Quelle: Stadt Duisburg* **83**
- **Abbildung:** »Aging Index« für Duisburg im Jahr 2008. *Quelle: Stadt Duisburg/GISS* **84**
- **Abbildung:** »Aging Index« für Duisburg im Jahr 2027. *Quelle: Stadt Duisburg/GISS* **85**
- **Abbildung:** Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auf Ortsteilebene. *Quelle: Stadt Duisburg* **87**
- **Abbildung:** Prognostizierter Anteil der Haushalte mit Kindern auf Stadtbezirksebene 2008 und 2027. *Quelle: Stadt Duisburg* **89**
- **Abbildung:** Baualtersklassen des Duisburger Wohnungsbestands 2008. *Quelle: IT.NRW* **90**
- **Abbildung:** Sozialer Wohnungsbau in Duisburg – Bestand und Prognose. *Quelle: Stadt Duisburg* **92**
- **Abbildung:** Wanderungssalden Duisburg nach Herkunft 1999 bis 2009. *Quelle: IT.NRW* **93**
- **Abbildung:** Preisniveau baureifer Grundstücke im regionalen Vergleich 2009. *Quelle: Oberer Gutachterausschuss NRW* **94**
- **Abbildung:** Institute und Forschungseinrichtungen mit Bezug zu den »impuls.duisburg«-Kompetenzfeldern. *Quelle: Stadt Duisburg* **99**
- **Abbildung:** Potenzialräume Kreativwirtschaft. *Quelle: Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Duisburg* **101**
- **Abbildung:** Gewerbegebiete mit mehrfacher Spezialisierung bei den »impuls.duisburg«-Kompetenzfeldern. *Quelle: Stadt Duisburg* **103**
- **Abbildung:** Wirtschaftsflächen in Duisburg. *Quelle: Stadt Duisburg* **104**
- **Abbildung:** Prognose der Schülerzahlenentwicklung an den weiterführenden Schulen 1998/1999 bis 2017/2018. *Quelle: Stadt Duisburg* **107**
- **Abbildung:** Schulstandorte in Duisburg. *Quelle: Stadt Duisburg* **108**
- **Abbildung:** Flächennutzungen im regionalen Vergleich 2009. *Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland* **112**
- **Abbildung:** Siedlungsräumliche Gliederung. *Quelle: Stadt Duisburg* **113**
- **Abbildung:** Städtebaulich bedeutende Zäsuren. *Quelle: Stadt Duisburg* **114**
- **Abbildung:** Siedlungsstrukturtypen in Duisburg. *Quelle: Stadt Duisburg* **115**
- **Abbildung:** Besondere Orte in Duisburg. *Quelle: Stadt Duisburg* **116**
- **Abbildung:** Potenzialräume am Wasser. *Quelle: Stadt Duisburg* **119**
- **Abbildung:** Duisburger Siedlungskerne. *Quelle: Stadt Duisburg* **121**
- **Abbildung:** Grün- und Freiraumangebot. *Quelle: Stadt Duisburg/grünplan* **124**
- **Abbildung:** Flächen für den Biotop- und Artenschutz. *Quelle: Stadt Duisburg* **126**
- **Abbildung:** Einzelhandelsbestand und Zentralität im regionalen Vergleich. *Quelle: Stadt Duisburg/Stadt+Handel* **130**
- **Abbildung:** Zentrale Versorgungsbereiche in Duisburg. *Quelle: Stadt Duisburg* **131**
- **Abbildung:** »Modal Split« im Städtevergleich. *Quelle: StadtDuisburg/Stadt Düsseldorf/Stadt Münster/P3 Agentur für Kommunikation und Mobilität* **134**
- **Abbildung:** Bedeutende Verkehrsstrassen. *Quelle: Stadt Duisburg* **137**
- **Abbildung:** Naturnähe der Böden in Duisburg. *Quelle: Institut für Umwelt-Analyse* **139**
- **Abbildung:** Gesamtvorbelastung und Überschreitung luftschadstoffbezogener Grenzwerte. *Quelle: Stadt Duisburg* **143**
- **Abbildung:** Belüftungssituation. *Quelle: Regionalverband Ruhr* **145**
- **Abbildung:** Zusammenhängende Kalt- und Frischluftproduktionsflächen über 50 ha. *Quelle: Regionalverband Ruhr* **146**
- **Abbildung:** CO₂-Emissionen 2004 in Duisburg. *Quelle: Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW* **147**
- **Abbildung:** Überschwemmungsgebiete und überschwemmunggefährdete Bereiche in Duisburg. *Quelle: Stadt Duisburg* **149**
- **Abbildung:** Einflussfaktoren auf die Gesundheit. *Quelle: Stadt Duisburg* **153**
- **Abbildung:** Entwicklung der Empfänger von Leistungen nach SGB XII (»Sozialhilfe«) 2005 bis 2009. *Quelle: Stadt Duisburg* **156**
- **Abbildung:** Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung auf Ortsteilebene 2009. *Quelle: Stadt Duisburg/GISS* **157**
- **Abbildung:** Anzahl der Empfänger von Leistungen nach SGB II (»Hartz IV«) auf jeweils 1.000 Einwohner zwischen 0 und 65 Jahren (»SGB-II-Dichte«). *Quelle: Stadt Duisburg/GISS/Bundesagentur für Arbeit* **158**
- **Abbildung:** Arbeitslosigkeit im regionalen Vergleich 2005 bis 2010. *Quelle: IT.NRW* **159**
- **Abbildung:** Bedeutende Sportinfrastruktur und Sportflächen. *Quelle: Stadt Duisburg* **162**
- **Abbildung:** Beliebteste Sportarten in Duisburg. *Quelle: Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Sportwissenschaften und Sport* **163**
- **Abbildung:** Organisatorischer Rahmen der Sportausübung. *Quelle: Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Sportwissenschaften und Sport* **163**
- **Abbildung:** Ort der Sportausübung. *Quelle: Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Sportwissenschaften und Sport* **163**

- **Abbildung:** Bedeutende Kultureinrichtungen in Duisburg. *Quelle: Stadt Duisburg* **167**
- **Abbildung:** Gasversorgungsnetz und Fernwärme. *Quelle: Stadtwerke Duisburg* **172**
- **Abbildung:** Steuereinnahmen 1999 bis 2009. *Quelle: Stadt Duisburg* **174**
- **Abbildung:** Defizitentwicklung 1999 bis 2009. *Quelle: Stadt Duisburg* **174**
- **Abbildung:** Entwicklung der Kassenkredite 1991 bis 2009. *Quelle: Stadt Duisburg* **175**
- **Abbildung:** Strategische Ziele der Stadt Duisburg, beschlossen am 08.12.2008 durch den Rat der Stadt. *Quelle: Stadt Duisburg* **179**
- **Abbildung:** Am Prozess Duisburg2027 beteiligte Fachämter und Eigenbetriebe der Stadt Duisburg. *Quelle: Stadt Duisburg* **180**
- **Abbildung:** Wirkung einer gemeinsamen strategischen Ausrichtung. *Quelle: Dr. Pero Micić (2007)* **181**
- **Abbildung:** Einbindung der Bürgerforen und der Jugendbeteiligung in den Prozess Duisburg2027. *Quelle: Stadt Duisburg* **182**
- **Tabelle:** Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen 2008 bis 2027. *Quelle: Stadt Duisburg* **81**
- **Tabelle:** Menschen mit Zuwanderungsgeschichte 2008. *Quelle: Stadt Duisburg* **86**
- **Tabelle:** Wohnungsbestand und Wohnraumförderung in Duisburg. *Quelle: Stadt Duisburg* **91**
- **Tabelle:** Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2009 im regionalen Vergleich. *Quelle: IT.NRW* **98**
- **Tabelle:** Einzelhandelsbestand in Duisburg. *Quelle: Stadt Duisburg/Stadt+Handel* **129**
- **Tabelle:** Anzahl der Sportvereine und Mitglieder in Duisburg 2009. *Quelle: Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Sportwissenschaften und Sport* **163**
- **Foto Kapitel 1.0:** Luftbild Duisburg. *Quelle: Hans Blosssey* **4–5**
- **Foto Kapitel 2.0:** Luftbild Duisburg. *Quelle: Hans Blosssey* **8–9**
- **Foto Ziel 2.1.1:** Luftbild Wohnanlage Uhlenbroicher Weg, Großenbaum. *Quelle: Hans Blosssey* **12**
- **Foto Ziel 2.1.2:** Luftbild Siedlung Hüttenheim, Hüttenheim. *Quelle: Hans Blosssey* **13**
- **Foto Ziel 2.1.4:** Altsiedlung Friemersheim, Friemersheim. *Quelle: Stadt Duisburg* **15**
- **Foto Ziel 2.1.6:** Luftbild Schulzentrum Hamborn, Hamborn. *Quelle: Hans Blosssey* **17**
- **Foto Ziel 2.1.7:** Luftbild Stadtwerke Duisburg, Duisburg-Mitte. *Quelle: Hans Blosssey* **18**
- **Foto Ziel 2.2.1:** Luftbild Universität Duisburg-Essen, Neudorf. *Quelle: Hans Blosssey* **22**
- **Foto Ziel 2.2.3:** Kompetenzfeld Umwelttechnologie, Hitachi Power Europe GmbH, Innenhafen. *Quelle: Stadt Duisburg* **24**
- **Foto Ziel 2.3.1:** Luftbild Ruhrort. *Quelle: Hans Blosssey* **28**

- **Foto Ziel 2.3.4:** Luftbild Grün- und Freiraumsystem, Huckingen. *Quelle: Hans Blosssey* **31**
- **Foto Ziel 2.3.7:** Luftbild Rhein als Schifffahrtsstraße. *Quelle: Hans Blosssey* **35**
- **Grafik Ziel 2.3.8:** Wettbewerbsplanung Grüngürtel Duisburg-Nord Bruckhausen. *Quelle: r+b landschaft s architektur, Dresden. 1.Preisträger im landschaftsarchitektonischen Wettbewerb* **36**
- **3D-Grafik Ziel 2.3.9:** Mercator Quartier Duisburg. *Quelle: Gerwers & Pudewill, Berlin. 1.Preisträger im städtebaulichen Wettbewerb* **38**
- **Foto Ziel 2.3.10:** Luftbild Umnutzung der Krupp-Industriebrache als Logistikstandort Logport I. *Quelle: Hans Blosssey* **40**
- **Foto Ziel 2.4.1:** Ruhrwiese. *Quelle: Stadt Duisburg* **44**
- **Foto Ziel 2.4.4:** inHaus Neudorf. *Quelle: Stadt Duisburg* **47**
- **3D-Grafik Ziel 2.5.1:** RheinPark Duisburg – Duisburg an den Rhein – das neue Stadtquartier am Rhein. *Quelle: TOPOS Stadtplanung Landschaftsplanung Stadtforschung, Berlin. 1.Preisträger im landschaftsarchitektonisch-städtebaulichen Wettbewerb* **50**
- **Foto Ziel 2.5.4:** Philharmoniker Duisburg, Mercatorhalle. *Quelle: Stadt Duisburg* **53**
- **Foto Ziel 2.5.5:** Kanuregatta im Sportpark Duisburg. *Quelle: Stadt Duisburg* **54**
- **Foto Ziel 2.6.1:** Luftbild Mit Wasser gestalten, Innenhafen Duisburg. *Quelle: Hans Blosssey* **58**
- **Foto Ziel 2.6.3:** Luftbild Naturschutzgebiet Rheinaue Walsum. *Quelle: Hans Blosssey* **60**
- **Foto Ziel 2.7.1:** SchachtZeichen der Zeche Friedrich Thyssen 1/6. *Quelle: Stadt Duisburg* **64**
- **Foto Ziel 2.7.2:** BauhausKarree, Hamborn. *Quelle: Stadt Duisburg* **65**
- **Foto Ziel 2.8.1:** Duisburger Rathaus. *Quelle: Stadt Duisburg* **68**
- **Foto Ziel 2.8.2:** Luftbild Duisburg2027. *Quelle: Hans Blosssey* **69**
- **Foto Kapitel 3.0:** Siedlung Johannenhof und Weiße Riesen, Homberg. *Quelle: Stadt Duisburg* **72–73**
- **Foto Kapitel 4.0:** Jugendbeteiligung »Jugend Check – Impulse für Duisburg2027/Deine Stadt – Deine Ideen, Workshop Meiderich«. *Quelle: CMG Media und Partner* **176–177**
- **Foto Kapitel 5.0:** Rheinorange, Skulptur an der Mündung der Ruhr in den Rhein, Neuenkamp. *Quelle: Stadt Duisburg* **184–185**

Zukunftsbilder Zielmatrix

2.1 Bunt es Wohnen und Leben. Zu Hause in der Stadt.	2.2 Wirtschaft und Wissen. Partnerschaft. Perspektiven.	2.3 Urbanität und Leben: Freiraum findet Stadt!	2.4 Frisches Stadtklima. Umweltschutz für gesundes Leben.	2.5 Weltoffen. An Rhein und Ruhr verankert.	2.6 Zu neuen Ufern! Leben am Wasser.	2.8 Zukunft gestalten: gemeinsam planen, gemeinsam handeln.
2.1.1 Ein qualitätsorientiertes und vielfältiges Wohnungsangebot soll zur Abmilderung der Einwohnerverluste, zur Einwohnerbindung und zur gezielten Einwohnergewinnung insbesondere einkommensstarker Haushalte und junger Familien erhalten und entwickelt werden.	2.2.1 Bildungsangebote sollen als Grundlage beruflicher Erfolgchancen und gesellschaftlicher Teilhabemöglichkeiten aller Bevölkerungsgruppen für ein lebenslanges Lernen in ihrer Qualität und ihren Schwerpunkten ausgebaut werden.	2.3.1 Bei der Stadtentwicklung sollen räumliche Schwerpunkte gesetzt werden, ausgerichtet an den bestehenden Siedlungskernen und Infrastrukturen sowie den vorhandenen Stärken, Potenzialen und Defiziten.	2.3.9 Die Entwicklung von Wohnbauflächen soll vorrangig auf die Wiedernutzung von Brachflächen sowie den Um-, Rück- und Neubau im bestehenden Siedlungsbereich ausgerichtet werden.	2.4.1 Mit der Ressource Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden. Die Böden und das Grundwasser in Duisburg sollen vor nachteiligen Einwirkungen geschützt werden. Die Inanspruchnahme von Boden durch beeinträchtigende Nutzungen soll auf Flächen mit geringer Bedeutung für die als schützenswert identifizierten Bodenfunktionen und auf für das Grundwasser unempfindliche Bereiche gelenkt werden.	2.5.1 Bedeutende Projekte und vorhandene Standortqualitäten sollen genutzt werden, um Standorte mit besonderen Potenzialen zu markensbildenden, regional und überregional bedeutsamen Wohn- und Wirtschaftsstandorten zu entwickeln.	2.8.1 Investitionen der verschiedenen Ressorts der Stadt Duisburg werden auf die vom Rat beschlossene Stadtentwicklungsstrategie abgestimmt, insbesondere unter Berücksichtigung langfristiger Wirkungen auf die Gesamtstadt.
2.1.2 Für ein Angebot an bezahlbarem und qualitätsvollem Wohnraum soll der Wohnungsbau, insbesondere der soziale Wohnungsbau, im Bestand erhalten und durch Neubau ergänzt werden.	2.2.2 Duisburg soll als Standort für Bildung und Wissen durch die verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Stadt, den Bildungs-, Forschungs- und Hochschuleinrichtungen sowie der Wirtschaft weiter profiliert und ausgebaut werden.	2.3.2 Entsprechend ihren Potenzialen und Bedarfen sollen Quartiere unter Einbeziehung der Akteure vor Ort sozial und stadtstrukturell nachhaltig stabilisiert und gestärkt werden.	2.3.10 Die zukünftige Entwicklung von Wirtschaftsflächen soll vorrangig auf die bestehenden räumlichen Schwerpunkte von Gewerbe, Industrie und Dienstleistung konzentriert werden. Kurzfristig sollen Flächen im Zusammenhang mit den räumlichen Schwerpunkten verfügbar gemacht werden, die es erlauben, den Wirtschaftsstandort Duisburg lokal, regional und überregional zu entwickeln.	2.5.2 Duisburg soll über die international bekannten Stärken des Hafens und der Stahlindustrie hinaus sein Profil verstärkt als technologie- und wissensbasierter Wirtschaftsstandort entwickeln.	2.6.1 Wasser soll als Leitthema für die zukünftige Stadtentwicklung dienen. Durch die Gestaltung mit dem Element Wasser sollen neue städtebauliche und freiraumbezogene Qualitäten geschaffen werden.	2.8.2 Für die Umsetzung der vom Rat beschlossenen Stadtentwicklungsstrategie und ihrer Schwerpunkte sollen kommunale Investitionen und Leistungen durch ein aktives und zielgerichtetes Fördermittelmanagement unterstützt werden.
2.1.3 Für eine gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit sollen Kinder, Jugendliche und ihre Familien entsprechend ihren jeweiligen Bedürfnissen und Lebenssituationen ganzheitlich, begabungsorientiert unterstützt werden.	2.2.3 Für ein breit gefächertes Arbeitsplatzangebot soll Duisburg die Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen, -ansiedlungen und -entwicklungen verbessern, insbesondere in den Kompetenzfeldern des Programms »impuls.duisburg«: <ul style="list-style-type: none">• Informations- und Kommunikationstechnologien• Material- und Werkstofftechnologien• Personenorientierte Dienstleistungen• Umwelt- und Energietechnologien• Logistik• Städtetourismus	2.3.3 Eine städtebauliche Aufwertung und funktionale Stärkung soll vorrangig in den Siedlungskernen, insbesondere den Handelslagen, erfolgen.	2.3.11 Durch die Wiedernutzung von Brachflächen sollen neue Freiräume im Siedlungsbereich geschaffen und das Grün- und Freiraumsystem sowie das Biotopverbundsystem gestärkt werden.	2.4.2 Die hohen Lärm- und Luftbelastungen, insbesondere durch Industrie, Hausbrand und Verkehr, sollen verringert und zusätzliche Belastungen vermieden werden.	2.6.2 Flächen mit Bezug zum Wasser sollen entsprechend ihren Potenzialen für die Entwicklung der Stadt zum Wasser genutzt und unabhängig von der Nutzung für die Menschen erlebbar werden.	2.8.3 Die Handlungsfähigkeit der Stadt Duisburg als maßgeblicher Akteur auf dem Bodenmarkt soll durch ein kommunales Flächenmanagement langfristig gesichert werden, das der vom Rat der Stadt beschlossenen Stadtentwicklungsstrategie folgt.
2.1.4 Die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzbarkeit von Wohnungen, des Wohnumfelds und von Infrastrukturangeboten soll für ein selbstbestimmtes Leben in allen Lebensphasen erhalten und weiterentwickelt werden.	2.2.4 Das Flächenangebot für kleine und mittlere Unternehmen sowie das Handwerk soll zur Standortbindung bestehender und neuer Unternehmen nachfragegerecht weiterentwickelt werden.	2.3.4 Das vorhandene Netzwerk aus Grün und Freiraum soll zur Gliederung der Siedlungsbereiche ergänzt, zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität aufgewertet und in seiner Durchgängigkeit verbessert werden.	2.3.5 Um den Umweltverbund attraktiver zu gestalten, soll der öffentliche Personennahverkehr gestärkt und auf zentrale Knotenpunkte ausgerichtet sowie die Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger, insbesondere des ÖPNV, Rad- und Fußverkehrs, verbessert werden.	2.4.3 Zur Verbesserung des Lokalklimas und der Luftqualität sollen die Luftleitbahnen und die Gebiete, die der Kalt- und Frischluftherzeugung dienen, erhalten und weiterentwickelt werden.	2.6.3 Die Gewässerlandschaft soll als Rückgrat der Grün- und Freiraumentwicklung und für den Hochwasserschutz naturnah gestaltet sowie in ihrer Zugänglichkeit zur Naherholung verbessert werden.	2.8.4 Die Stadtgesellschaft soll an der Gestaltung eines zukunftsfähigen Duisburgs frühzeitig beteiligt und aktiv eingebunden werden. Die Aktivierung und Beteiligung der in Duisburg lebenden Menschen, lokaler Akteure und Interessengruppen soll die zukünftige wirtschaftliche, soziale, kulturelle und ökologische Entwicklung nachhaltig sichern und verbessern.
2.1.5 Die Lebenssituation der unterstützungsbedürftigen Menschen soll verbessert und ihre Selbstverantwortung gestärkt werden. Insgesamt sollen mehr Menschen ohne Transferleistungen auskommen.	2.1.6 Die kommunal getragenen Einrichtungen der Bildung, des Sozialwesens, der Kultur und des Sports sollen räumlich konzentriert, gut erreichbar und in tragfähige Strukturen mit guter Qualität überführt werden.	2.3.6 Der motorisierte Individualverkehr soll durch Verkehrslenkung und die Einschränkung in Teilbereichen an das städtische Umfeld angepasst und entsprechend gesteuert werden.	2.3.7 Wirtschaftsverkehre sollen durch eine konsequente Abstimmung von Flächennutzungen und Verkehrsinfrastruktur sowie Verkehrslenkung stadtverträglich organisiert werden.	2.4.4 Für den Klimaschutz sollen der Energieverbrauch und die CO ₂ -Emissionen bei der Energieerzeugung gesenkt werden. Der Anteil umweltverträglicher und erneuerbarer Energieträger soll erhöht werden.	2.5.3 Der Einzelhandelsstandort Duisburg soll in seiner regionalen und überregionalen Bedeutung durch eine städtebauliche Aufwertung und funktionale Ergänzung der zwei Hauptzentren zu attraktiven Stadträumen mit urbaner Angebotsvielfalt gestärkt werden.	2.7 Die Stadt hat, was uns verbindet.
2.1.7 Die Infrastruktur der technischen Ver- und Entsorgung soll an die demografischen, ökologischen und stadtstrukturellen Veränderungen angepasst werden.				2.5.4 Ein eigenständiges kulturelles Profil Duisburgs innerhalb der Kulturregion Rhein-Ruhr soll durch regionale Abstimmung und Vernetzung entwickelt und gestärkt werden.	2.7.1 Das kulturelle Erbe, stadtbildprägende und identitätsstiftende Siedlungen, Ensembles, Bauwerke, Landmarken, Grün- und Freiräume sollen zur Identifikation und Markenbildung erhalten sowie neue Akzente und Qualitäten geschaffen werden.	
				2.5.5 Die Stärken Duisburgs als regionaler und überregionaler Sport- und Freizeitstandort sollen weiterentwickelt werden.	2.7.2 Öffentliche Räume sollen entsprechend ihrer jeweiligen städtebaulichen Bedeutung als identitätsstiftende Orte für Aufenthalt, Kommunikation und Bewegung sowie als stadtbildprägende Eingänge gestaltet und aufgewertet werden.	

Impressum

HERAUSGEBER

Stadt Duisburg
Der Oberbürgermeister
Stadtentwicklungsdezernat
Amt für Stadtentwicklung und
Projektmanagement
Projekt Duisburg2027
Friedrich-Albert-Lange-Platz 7
47051 Duisburg
www.duisburg.de
www.duisburg2027.de



DUISBURG²⁰²⁷

LEKTORAT

Schmidt & Knyhala GbR, Castrop-Rauxel
www.die-schreibweisen.com

GESTALTUNG

Oktober Kommunikationsdesign GmbH, Bochum
www.oktober.de

DRUCK

WAZ Druck, Duisburg
www.waz-druck.de

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung weiblicher und männlicher Sprachformen verzichtet.

Die verwendete männliche Form bezieht selbstverständlich die weibliche Form mit ein.

Die Strategie für Wohnen und Arbeiten ist unter www.duisburg2027.de als Download verfügbar.

Die Zukunftsbilder und strategischen Ziele wurden am 12.12.2011 vom Rat der Stadt beschlossen (DS 11-1770).

Ein qualitätsorientiertes und vielfältiges Wohnungsangebot soll zur Abmilderung der Einwohnerverluste, zur Einwohnerbindung und zur gezielten Einwohnergewinnung insbesondere einkommensstarker Haushalte und junger Familien erhalten und entwickelt werden. Für ein Angebot an bezahlbarem und qualitativem Wohnraum soll der Wohnungsbau, insbesondere der soziale Wohnungsbau, im Bestand erhalten und durch Neubau ergänzt werden. Für eine gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit sollen Kinder, Jugendliche und ihre Familien entsprechend ihren jeweiligen Bedürfnissen und Lebenssituationen ganzheitlich, begabungsorientiert unterstützt werden. Die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzbarkeit von Wohnungen, des Wohnumfelds und von Infrastrukturangeboten soll für ein selbstbestimmtes Leben in allen Lebensphasen erhalten und weiterentwickelt werden. Die Lebenssituation der unterstützungsbedürftigen Menschen soll verbessert und ihre Selbstverantwortung gestärkt werden. Insgesamt sollen mehr Menschen ohne Transferleistungen auskommen. Die kommunal getragenen Einrichtungen der Bildung, des Sozialwesens, der Kultur und des Sports sollen räumlich konzentriert, gut erreichbar und in tragfähige Strukturen mit guter Qualität überführt werden. Die Infrastruktur der technischen Ver- und Entsorgung soll an die demografischen, ökologischen und stadtstrukturellen Veränderungen angepasst werden. Bildungsangebote sollen als Grundlage beruflicher Erfolgchance und gesellschaftlicher Teilhabemöglichkeiten aller Bevölkerungsgruppen für ein lebenslanges Lernen in ihrer Qualität und ihren Schwerpunkten ausgebaut werden. Duisburg soll als Standort für Bildung und Wissen durch die verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Stadt, den Bildungs-, Forschungs- und Hochschuleinrichtungen sowie der Wirtschaft weiter profiliert und ausgebaut werden. Für ein breit gefächertes Arbeitsplatzangebot soll Duisburg die Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen, -ansiedlungen und -entwicklungen verbessern, insbesondere in den Kompetenzfeldern des Programms »impuls.duisburg«: Informations- und Kommunikationstechnologien, Material- und Werkstofftechnologien, Personenorientierte Dienstleistungen, Umwelt- und Energietechnologien, Logistik, Städtetourismus. Das Flächenangebot für kleine und mittlere Unternehmen sowie das Handwerk soll zur Standortbindung bestehender und neuer Unternehmen nachfragegerecht weiterentwickelt werden. Bei der Stadtentwicklung sollen räumliche Schwerpunkte gesetzt werden, ausgerichtet an den bestehenden Siedlungskernen und Infrastrukturen sowie den vorhandenen Stärken, Potenzialen und Defiziten. Entsprechend ihren Potenzialen und Bedarfen sollen Quartiere unter Einbeziehung der Akteure vor Ort sozial und stadtstrukturell nachhaltig stabilisiert und gestärkt werden. Eine städtebauliche Aufwertung und funktionale Stärkung soll vorrangig in den Siedlungskernen, insbesondere den Handelslagen, erfolgen. Das vorhandene Netzwerk aus Grün und Freiraum soll zur Gliederung der Siedlungsbereiche ergänzt, zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität aufgewertet und in seiner Durchgängigkeit verbessert werden. Um den Umweltverbund attraktiver zu gestalten, soll der öffentliche Personennahverkehr gestärkt und auf zentrale Knotenpunkte ausgerichtet sowie die Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger, insbesondere des ÖPNV, Rad- und Fußverkehrs, verbessert werden. Der motorisierte Individualverkehr soll durch Verkehrslenkung und die Einschränkung in Teilbereichen an das städtische Umfeld angepasst und entsprechend gesteuert werden. Wirtschaftsverkehre sollen durch eine konsequente Abstimmung von Flächennutzungen und Verkehrsinfrastruktur sowie Verkehrslenkung stadtverträglich organisiert werden. Die Möglichkeiten, sensible und belastende Nutzungen umwelt- und stadtverträglich neu zu ordnen, sollen zur Entzerrung von Konfliktlagen und den Abbau von Zäsuren genutzt werden. Die Entwicklung von Wohnbauflächen soll vorrangig auf die Wiedernutzung von Brachflächen sowie den Um-, Rück- und Neubau im bestehenden Siedlungsbereich ausgerichtet werden. Die zukünftige Entwicklung von Wirtschaftsflächen soll vorrangig auf die bestehenden räumlichen Schwerpunkte von Gewerbe, Industrie und Dienstleistung konzentriert werden. Kurzfristig sollen Flächen im Zusammenhang mit den räumlichen Schwerpunkten verfügbar gemacht werden, die es erlauben, den Wirtschaftsstandort Duisburg lokal, regional und überregional zu entwickeln. Durch die Wiedernutzung von Brachflächen sollen neue Freiräume im Siedlungsbereich geschaffen und das Grün- und Freiraumsystem sowie das Biotopverbundsystem gestärkt werden. Mit der Ressource Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden. Die Böden und das Grundwasser in Duisburg sollen vor nachteiligen Einwirkungen geschützt werden. Die Inanspruchnahme von Boden durch beeinträchtigende Nutzungen soll auf Flächen mit geringer Bedeutung für die als schützenswert identifizierten Bodenfunktionen und auf für das Grundwasser unempfindliche Bereiche gelenkt werden. Die hohen Lärm- und Luftbelastungen, insbesondere durch Industrie, Hausbrand und Verkehr, sollen verringert und zusätzliche Belastungen vermieden werden. Zur Verbesserung des Lokalklimas und der Luftqualität sollen die Luftleitbahnen und die Gebiete, die der Kalt- und Frischluftherzeugung dienen, erhalten und weiterentwickelt werden. Für den Klimaschutz sollen der Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen bei der Energieerzeugung gesenkt werden. Der Anteil umweltverträglicher und erneuerbarer Energieträger soll erhöht werden. Bedeutende Projekte und vorhandene Standortqualitäten sollen genutzt werden, um Standorte mit besonderen Potenzialen zu markenbildenden, regional und überregional bedeutsamen Wohn- und Wirtschaftsstandorten zu entwickeln. Duisburg soll über die international bekannten Stärken des Hafens und der Stahlindustrie hinaus sein Profil verstärkt als technologie- und wissensbasierter Wirtschaftsstandort entwickeln. Der Einzelhandelsstandort Duisburg soll in seiner regionalen und überregionalen Bedeutung durch eine städtebauliche Aufwertung und funktionale Ergänzung der zwei Hauptzentren zu attraktiven Stadträumen mit urbaner Angebotsvielfalt gestärkt werden. Ein eigenständiges kulturelles Profil Duisburgs innerhalb der Kulturregion Rhein-Ruhr soll durch regionale Abstimmung und Vernetzung entwickelt und gestärkt werden. Die Stärken Duisburgs als regionaler und überregionaler Sport- und Freizeitstandort sollen weiterentwickelt werden. Wasser soll als Leitthema für die zukünftige Stadtentwicklung dienen. Durch die Gestaltung mit dem Element Wasser sollen neue städtebauliche und freiraumbezogene Qualitäten geschaffen werden. Flächen mit Bezug zum Wasser sollen entsprechend ihren Potenzialen für die Entwicklung der Stadt zum Wasser genutzt und unabhängig von der Nutzung für die Menschen erlebbar werden. Die Gewässerlandschaft soll als Rückgrat der Grün- und Freiraumentwicklung und für den Hochwasserschutz naturnah gestaltet sowie in ihrer Zugänglichkeit zur Naherholung verbessert werden. Das kulturelle Erbe, stadtbildprägende und identitätsstiftende Siedlungen, Ensembles, Bauwerke, Landmarken, Grün- und Freiräume sollen zur Identifikation und Markenbildung erhalten sowie neue Akzente und Qualitäten geschaffen werden. Öffentliche Räume sollen entsprechend ihrer jeweiligen städtebaulichen Bedeutung als identitätsstiftende Orte für Aufenthalt, Kommunikation und Bewegung sowie als stadtbildprägende Eingänge gestaltet und aufgewertet werden. Investitionen der verschiedenen Ressorts der Stadt Duisburg werden auf die vom Rat beschlossene Stadtentwicklungsstrategie abgestimmt, insbesondere unter Berücksichtigung langfristiger Wirkungen auf die Gesamtstadt. Für die Umsetzung der vom Rat beschlossenen Stadtentwicklungsstrategie und ihrer Schwerpunkte sollen kommunale Investitionen und Leistungen durch ein aktives und zielgerichtetes Fördermittelmanagement unterstützt werden. Die Handlungs- **Der Oberbürgermeister** fähigkeit der Stadt Duisburg als maßgeblicher Akteur auf dem Bodenmarkt soll durch ein kommunales Flächenmanagement **Stadtentwicklungsdezernat** langfristig gesichert werden, das der vom Rat der Stadt beschlossenen Stadtentwicklungsstrategie folgt. Die Stadtgesellschaft **Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement** soll an der Gestaltung eines zukunftsfähigen Duisburgs frühzeitig beteiligt und aktiv eingebunden werden. Die Aktivierung und Beteiligung der in Duisburg lebenden Menschen, lokaler Akteure und Interessengruppen soll die zukünftige wirtschaftliche, soziale, kulturelle und ökologische Entwicklung nachhaltig sichern und verbessern.